(extrem) rechte strukturen in krefeld

1945 —— 2023

(extrem) rechte strukturen in krefeld

1945 —— 2023

kr

(extrem) rechte strukturen in krefeld

1945 —— 2023

Inhalt: Antifaschistisches Recherchekollektiv Krefeld
Veröffentlichung 2. Mai 2023, Krefeld
Auflage: 1000 Stück
Inhaltliche Ergänzungen gerne an: kronik@riseup.net

danke

Ganz herzlich bedanken möchten wir uns beim Hartmut-Meyer-Archiv und Jo Greyn, ohne die diese Broschüre nicht möglich gewesen wäre. Außerdem gilt unser Dank der „Solidarischen Gesellschaft der Vielen e. V.",dem „Antifaschistischen Bildungszentrum und Archiv Göttingen", dem „Apabiz" und Jürgen Pomorin. Ebenso möchten wir uns bei Rechtsanwalt Dr. Jasper Prigge bedanken.

Für die Druckkosten konnten wir uns über finanzielle Unterstützung freuen. Riesen Dank an:
Krefelder Bündnis für Toleranz und Demokratie
Studierendenparlament der Hochschule Niederrhein
ver.di Linker Niederrhein
Villa Merländer e. V.

ViSdP: Ö. Ulucan, Sankt-Johann-Straße 16, 47053 Duisburg

vorwort

Die Arbeit an dieser Broschüre begann 2019 mit dem Ziel, eine grobe Übersicht über ehemalige und aktuelle rechte Strukturen in Krefeld geben zu können, um somit auch die Einschätzung zukünftiger Potenziale für eine entsprechende Mobilisierung zu erleichtern. Zurückgegriffen werden konnte auf eine umfangreiche Publikation des „Arbeitskreises Antifaschismus Krefeld" aus dem Jahre 1988 mit dem Titel „Das braune Netz in Krefeld. Auf dem Weg zu einem neuen Faschismus?". Maßgeblich an der damaligen Broschüre beteiligt war der Krefelder Antifaschist Jo Greyn, der für diese neue Übersicht sein Archiv geöffnet hat. Weiterhin konnte auf viele Quellen aus dem Hartmut-Meyer-Archiv der VVN-BdA NRW zurückgegriffen werden sowie auf die Dokumentationen einzelner aktiver und ehemals aktiver Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Krefeld.

Im Laufe der Recherche verfestigte sich – entgegen der ursprünglichen Intention – das Ziel, eine möglichst detailreiche Zusammenstellung sehr unterschiedlicher Milieus und Strukturen zusammenzutragen. Sie soll insbesondere zukünftigen Generationen von Antifaschistinnen und Antifaschisten eine Hilfe sein, anhand lokaler Ereignisse die deutschlandweite Entwicklung des Faschismus und rechter Bewegungen nachzeichnen zu können.

Krefeld war und ist keine Neonazi-Hochburg. Zwar gab es zur Zeit der NPD-Gründung in den 60ern und nach der Wiedervereinigung in den 90ern militante Nazi-Netzwerke in Krefeld, die auch überregionale Bedeutung erlangten, darüber hinaus war die rechte Szene in der 227.000 Einwohner umfassenden Stadt jedoch stets verhältnismäßig klein – teilweise gar nicht vorhanden. Dass sich immer wieder neue Strukturen bildeten, die damit gewissermaßen eine Kontinuität darstellen, liegt vordergründig an der Initiative von Einzelpersonen, welche es schafften, die vorhandenen, aber unorganisierten, rechten Tendenzen in Krefeld zu bündeln.

Seit der Nachkriegszeit haben sich das Agitationsfeld, die Taktik, die Themen, das Auftreten und die politischen Überzeugungen verändert, auch wenn die Parallelen etwa in den Anfängen der NPD und der AfD überraschend stark sind. War es in den ersten Jahrzehnten nach dem Ende der NS-Zeit Gang und Gebe, geschichtsrevisionistische Äußerungen zu tätigen, scheint dies heute ein öffentliches Tabuthema zu sein. Auch das Ausmaß rechtsterroristischer Bestrebungen der 60er- und 70er-Jahren sowie die Gewaltbereitschaft der Neonaziszene in den 80ern und 90ern wirken überholt – auch wenn sich immer wieder Gegentendenzen zeigen. Umso wichtiger ist es heute, einen sehr breiten Blick auf das Phänomen des Faschismus zu werfen und ebenso jene Kreise in den Blick zu nehmen, die sich nicht eindeutig als faschistisch klassifizieren lassen, jedoch auch keine scharfen Trennlinien ziehen. Es sollte gleichwohl klar sein, dass etwa die in dieser Broschüre dargestellten Aktivitäten der militanten Skinhead-Szene nicht auf eine Stufe mit konservativen Strömungen innerhalb und außerhalb der CDU/CSU zu stellen sind.

Leider war es aus zeitlichen Gründen nicht möglich, eine Übersicht über die in Deutschland in den 80ern sehr stark vertretenen Grauen Wölfe zu liefern. Ebenso wurde die Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Krefeld kein Teil dieser Broschüre; sie wird gegebenenfalls in einer gesonderten Ausgabe behandelt.

An die in dieser Broschüre erwähnten Personen:

Die Darstellung von Parteien, Netzwerken, und Personen dient nicht dem Zweck der persönlichen Denunziation, sondern soll Strukturen offenlegen, die ein Verständnis für verschiedene politische Strömungen begünstigen. Viel Zeit ist in die Prüfung auf Richtigkeit der hier beschriebenen Umstände geflossen. Sollte dennoch das Gefühl entstanden sein, dass gewisse Aspekte falsch dargestellt wurden, bitten wir um eine E-Mail mit einer Richtigstellung an: kronik@riseup.net

begriffdefinitionen

Anmerkung: Im Zusammenhang mit rechten Strukturen wird ausschließlich die männliche Form (z.B. „Faschisten") benutzt, um dadurch die strukturellen Gegebenheiten rechter Kreise abzubilden. Das bedeutet hingegen nicht, dass nicht auch Frauen in rechten Kontexten aktiv sind.

antifaschistisch / Antifa
Unter „antifaschistisch" werden alle Aktivitäten subsumiert, die sich gegen faschistische Tendenzen einsetzen. Die heute bekannte lose Strömung unter dem Begriff „Antifaschistische Aktion" oder „Antifa" hat ihren Ursprung in den 1970er- und 1980er-Jahre, als Autonome und Linksradikale neben Neonazis auch die kapitalistische Gesellschaftsordnung als faschistisch bekämpften. Name und Logo gehen dabei auf die 1932 ausgerufene – geschichtlich weitestgehend unbedeutende – KPD-Kampagne „Antifaschistische Aktion" zurück.

antisemitisch
(→ S. 120)

extremistisch / extrem / radikal
Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht im Extremismus Aktivitäten, die darauf abzielen, die „Grundwerte der freiheitlichen Demokratie" zu beseitigen, während Radikalismus zwar an der Wurzel anpacken möchte, die „Verfassungsordnung" allerdings nicht infrage stelle. Im öffentlichen Diskurs kann kaum über „Rechtsextremismus" gesprochen werden, ohne dass auf die angeblich unterschätzte Gefahr durch „Linksextremismus" hingewiesen wird. Die Extremismustheorie dient daher in erster Linie dazu, links und rechts in gewissen Punkten gleichzusetzen und gemeinsam zu verurteilen. Rechtes Gedankengut mit „umstürzlerischen" Absichten wird in dieser Arbeit daher als „extrem rechts" statt „rechtsextrem" bezeichnet, weil hier die Betonung nicht auf „extrem", sondern auf „rechts" liegt. Zwar ist es ohnehin sinnvoll, auf „Kofferwörter" zu verzichten und den zu kritisierenden Inhalt konkret zu benennen: antisemitisch, rassistisch, homophob, national-konservativ usw. In einem solchen Sammelband ist der Verzicht auf Sammelbezeichnungen allerdings kaum möglich.
(→ S. 81)

faschistisch
(→ S. 93)

geschichtsrevisionistisch
(→ S. 20)

links / rechts
eindimensionales politisches Spektrum zurückgehend auf die Sitzordnung in der französischen Abgeordnetenkammer 1814. links = progressiv, die Gleichheit der Menschen fördernd, rechts = konservativ, die Ungleichheit der Menschen fördernd. Da die Einteilung rechts-links der Komplexität unterschiedlicher politischer Einstellung kaum gerecht wird, wird „rechts" in dieser Arbeit nicht vorrangig als politischer Analysebegriff, sondern als grobe politische Einordnung genutzt.

nationalistisch / patriotisch
In der deutschen Gesellschaft hat sich die Vorstellung etabliert, als nationalistisch verstehe man die Aufwertung der eigenen Nation und die gleichzeitige Abwertung anderer Nationen, während Patriotismus lediglich die positive Bezugnahme auf die eigene Nation, ohne eine Abwertung anderer, beinhalte. Aktuelle Forschungen legen allerdings nahe, dass diese Unterscheidung nicht der Realität entspricht und der Begriff Patriotismus schlicht ein „Marketingbegriff" für den nahezu wesensgleichen, allerdings negativ behafteten, Nationalismus ist.

neonazistisch
Im Gegensatz zu Altnazis, sind Neonazis in der NS-Zeit nicht aktiv gewesen (meist aufgrund des niedrigen Alters). Neonazismus steht für die Wiederaufnahme und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts. Ihm ist eine positive Bezugnahme auf die NS-Zeit daher immanent.

rassistisch
Rassismus ist die – mittlerweile wissenschaftlich widerlegte – Vorstellung, es gebe verschiedene biologische Menschenrassen. Heute wird Rassismus jedoch selten biologisch argumentiert, sondern kulturell. „Modernen" Rassisten zufolge könnten verschiedenen „Ethnien" festgeschriebene kulturelle Werte zugerechnet werden, die sich nicht miteinander vermischen sollten. Diese Weltsicht nennt man „Ethnopluralismus".

völkisch
die Vorstellung, dass ein „Volk" durch eine in sich geschlossene biologische „Rasse" definiert ist, die es zu bewahren gelte.

inhaltsverzeichnis

1945 – 1964 / 08 - 21

Nach dem zweiten Weltkrieg konnten in Krefeld, wie in anderen Teilen Deutschlands, ehemalige Nazis hohe Stellen besetzen und sich bundesweit in SS-Traditionsverbänden einen Namen machen. Faschistische Erfolge auf parlamentarischer Ebene blieben zwar aus, dafür konnten NSDAP-Mitglieder auch im Nachkriegsdeutschland Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben.

1964 – 1989 / 22 - 51

Mit der Gründung der NPD hatten der Neonazismus und Rechtsterrorismus nun auch einen parlamentarischen Arm. Krefeld spielte hierbei mit einem Brandanschlag auf das DKP-Büro, der Unterstützung und Gründung rechtsterroristischer Gruppierungen und der Organisation von „Wehrsportübungen" eine unrühmliche Rolle. In den 80ern sorgte dann ein breites Netz an teilweise verbotenen Parteien und Gruppierungen für Aufregung. Der rechte SINUS-Verlag und die Komet-Zeitschrift versuchten darüber hinaus, ins konservative Milieu vorzudringen.

1989 – 2022 / 52 - 125

Die nationalistische Stimmung nach der Wiedervereinigung machte sich auch in Krefeld bemerkbar. Jüngere Neonazis fanden sich in der gewalttätigen Skinheadszene wieder, ältere im „Krefelder Forum für ein freies Deutschland". Zwischen 2005 und 2014 schaffte die NPD ein Comeback. Später waren es vor allem die AfD und der rechtskonservative Kreis (CC, K3, Werteunion Niederrhein), die an Einfluss gewinnen konnten.

chronik / 126 - 135

Die Chronik rechter Aktivitäten in Krefeld (kronik) gibt einen unvollständigen Überblick über die Zeit ab 1964.

1

945–
–1964

10 **„irgendwann muss doch mal gut sein“**
Die Probleme mit der „Entnazifizierung“

18 **vorwärts in die vergangenheit**
Traditionsverbände als politischer Akteur
Exkurs: *Was ist Geschichtsrevisionismus?*

„irgendwann muss doch mal gut sein"

Die Probleme mit der „Entnazifizierung"

Die „Entnazifizierung" stieß in der Nachkriegszeit, insbesondere mehrere Jahre nach Kriegsende, auf heftigen Widerstand der deutschen Bevölkerung, ehemalige NSDAP-Funktionäre wurden ohne große Reue wieder in den Alltag integriert. Eine Aufarbeitung der Vergangenheit ließ lange auf sich warten und konnte sich nur gegen erhebliche Gegenwehr seitens konservativer und extrem rechter Kräfte durchsetzen.

1933 – 1945

Am 30. Januar 1933, dem Tag der „Machtergreifung" der **„Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" NSDAP**, herrschte im **„Heinzelmännchen"** auf der Königstraße Jubel. Hier feierte die SA in ihrem Stammlokal die Kanzlerschaft Adolf Hitlers. Abends startete von hier ein Fackelzug über die heutige Hansastraße und den Hauptbahnhof den Ostwall entlang. Bei der ersten Stadtverordnetensitzung nach den Wahlen im März 1933 ernannte die Stadt Krefeld Adolf Hitler zum Ehrenbürger – die Ehrenbürgerschaft ist offiziell mit seinem Tod erloschen – und benannte die Rheinbrücke später in „Adolf-Hitler-Brücke" um, zu dessen Einweihung auch Rudolf Hess zugegen war.

Dabei war Krefeld bis dato eher konservativ oder links geprägt, die Etablierung der NSDAP war nur durch Ereignisse auf Reichsebene möglich. Bei der Kommunalwahl am 14. September 1930 erreichte die NSDAP lediglich 15%, etwa gleich viel wie die KPD. Erst bei den Neuwahlen für den Reichstag am 12. März 1933 erhielt die NSDAP ca. 41%. Das entsprach fast 40.000 Krefelderinnen und Krefeldern, die sich für die Nationalsozialisten aussprachen. Nur 15.000 wählten die „Kommunistische Partei Deutschland" (KPD). Das Zentrum erhielt 28.518 Stimmen, die SPD 10.501.

Zwischen dem 30. Januar und dem 12. März 1933 kam es in Krefeld – vor allem auf der Ritterstraße, der Kurzen Straße und der Seidenstraße – zu Zusammenstößen zwischen Nazis und Kommunisten. Teilweise wurde scharf geschossen.

Die Herrschaft der NSDAP bestärkte Entwicklungen, die bereits in den frühen 30er-Jahren begonnen hatten. So wurde die Krefelder Wirtschaft in der NS-Zeit durch alle Branchen hinweg auf Bestreben privater Unternehmer „entjudet". Vielfach war es auch die zivile Bevölkerung, die den Verfolgungsapparat des NS-Regimes am Laufen hielt. Das Überwachungsnetz der Gestapo in Krefeld war sehr dünn. Die Gestapo setzte bei ihren Verhaftungen nicht auf eigene „Ermittlungsleistungen", sondern konnte sich vielfach auf die Denunziationen aus der Stadtgesellschaft verlassen. Vor der Reichspogromnacht am 9. November 1938 waren vorwiegend Kommunisten und andere „Volksfeinde" davon betroffen. Nach der Reichspogromnacht traf es vorwiegend Jüdinnen und Juden. Es bildeten sich ganze Ortsgruppen, die es sich in Blockwartmanier zur Aufgabe gemacht hatten, Personen zu beschatten, die mit Juden verkehrten. Die „Ortsgruppe deutscher Ring" am Alexanderplatz tat sich hierbei besonders hervor. 1939/40 wurde **Ludwig Jung** Leiter der Krefelder Außendienststelle der Gestapo. Seine Schreiben, in denen er etwa die KZ-Haft verlängern und Schutzhaftbefehle ausstellen konnte, waren geprägt durch Hass und Verachtung. Auch Jung konnte auf das freiwillige Denunzieren von Jüdinnen und Juden seitens der Bevölkerung bauen. Nach dem Krieg wurden diese Denunzianten nicht angeklagt, obwohl 70% der Gestapo-Akten durch die USA sichergestellt werden konnten.

Mit der Aufrüstung Deutschlands stellten auch viele Krefelder Firmen ihren Betrieb auf die Rüstungsproduktion um. Die Edelstahlwerke stellten Panzerstahl her, die I.G. Farben lieferten Grundstoffe für Spreng- und Kampfstoffe, Rheika stellte Kunstseide für Fallschirme her und Siempelkamp baute Maschinen, die für die Herstellung von Kriegsgeräten notwendig waren. In der Uerdinger Waggonfabrik, bei I.G. Farben und der Rheinischen Kunstseide AG wurden Zwangsarbeiterlager und Arbeitserziehungslager eingerichtet (z. B. Rheinuferstraße, Rumeln, Kaldenhausen, Friedensstr. 81). 1944 arbeiteten 15.000 ausländische Menschen – zivile Arbeiterinnen und Arbeiter und Kriegsgefangene – in Krefeld, teils unter miserablen Bedingungen. Die britische Luftwaffe stufte die Waggonfabrik und I.G. Farben bei der Erfassung der Industrie im deutschen Reich mit der höchsten Priorität ein.

Krefelder Oberbürgermeister Alois Heuyng (links) empfängt Gauleiter Florian in Krefeld, 13. November 1937. Bild: Stadtarchiv Krefeld

Keine Stunde Null

Der Mythos der „Stunde Null" nach der Niederlage Deutschlands lässt sich ebenso wenig für NRW wie für Krefeld aufrecht erhalten. Die fehlende Melde- und Entnazifizierungspflicht in NRW führte zu einer politisch-apathischen Grundstimmung, die eher eine Verdrängung statt einen reflektierten Umgang mit der NS-Zeit beförderte. Schon früh wurden Entnazifizierungsbestrebungen von der Gesamtbevölkerung abgewehrt. Waren es 1946 noch etwa 50% der Deutschen in der US-amerikanischen Zone, so sank die Zahl derjenigen, die sich für eine Entnazifizierung aussprachen bis 1949 auf unter 17%. 1952 sprachen sich sogar 60% der Deutschen dafür aus, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder hinsichtlich ihrer Aufstiegsmöglichkeiten nicht benachteiligt werden sollten. Viele, insbesondere Verbeamtete, erhielten ihre ehemalige Stelle wieder – so auch in Krefeld. Entsprechend fielen die Strafen für verurteilte NS-Verbrecher außerordentlich milde aus oder wurden gar nicht erst durchgesetzt. Über 95% der früheren Nazis wurden amnestiert oder als Mitläufer eingestuft und durch die Zahlung kleinerer Geldstrafen faktisch rehabilitiert. Selbst von oberster Stelle verlangte man schon wenige Jahre nach Kriegsende einen Schlussstrich. Konrad Adenauer, damaliger Bundeskanzler, forderte am 20. September 1949 ein schnelles Ende der Entnazifizierung. Durch die Denazifizierung sei *„viel Unglück und Unheil angerichtet worden."* Nicht Deutschland wurde von den Nazis befreit, sondern die Nazis von ihrer Vegangenheit, die sie als Jugendtorheit oder Voraussetzung für Aufstiegsmöglichkeiten entpolitisierten. Einstige ideologische Bekenntnisse zum Nationalsozialismus wurden nahezu ausgeblendet.

> ***~~„Durch die Denazifizierung ist viel Unglück und Unheil angerichtet worden.~~“***
>
> — Konrad Adenauer, Bundeskanzler, 1949

Beschwichtigung statt Entnazifizierung

Beispielhaft sei hier auf **Alois Heuyng**, Krefelder Oberbürgermeister von 1933 bis 1945 und SA-Obersturmbannführer, hingewiesen. Heuyng fiel während seiner Amtszeit immer wieder durch antisemitische Hetze auf, konnte nach 1945 allerdings erwirken, als Mitläufer der Kategorie IV eingestuft zu werden. Er klagte erfolgreich eine Oberbürgermeister-Pension von 1400 DM ein – das Durchschnittseinkommen lag zu der Zeit bei 410 DM. Auch **Richard Schulenburg**, ehemaliger Leiter des „Judenreferats" der Krefelder Gestapo wurde als Kategorie IV-Mitläufer eingestuft und konnte seine Zeit bei der Gestapo auf seine Rente anrechnen lassen. **Horst Richter**, SS-Scharführer und verantwortlich für das Massaker an 560 Bewohnerinnen und Bewohnern des Bergdorfes Sant'Anna di Stazzema 1944 wurde in Italien zwar als Kriegsverbrecher verurteilt, die deutsche Justiz klagte den bis zu seinem Tod in Krefeld lebenden Kriegsverbrecher jedoch nicht an. **Alfred Wünnenberg**, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS und der Polizei, 1943 bis 1945 mit der Führung der Geschäfte des Chefs der Ordnungspolizei beauftragt, wurde zwar verurteilt, jedoch ein Jahr später wieder freigesprochen. 1963 starb er in Krefeld. →

„Es war meine wachsende Überzeugung, daß nur noch die Nationalsozialisten das Reich vor der Katastrophe und vor dem drohenden Zugriff der Kommunisten retten konnten."

— Paul Kleinewefers

Zwar entließen die Alliierten 1945/46 217 Beamte der Krefelder Stadtverwaltung, 135 von ihnen wurden später jedoch wieder eingestellt, weitere 36 verabschiedet oder pensioniert. Im Februar 1946 wurde die Entnazifizierung an die Krefelder Zuständigkeit übergeben. Die britische Militärregierung rügte die Krefelder Stadtvertretung kurze Zeit später jedoch dafür, dem Aufbau des Entnazifizierungsausschusses zu wenig Interesse entgegengebracht zu haben. Zuvor war der Polizeibeamte **Bruno Gronenberg**, der den Ausschuss leiten wollte, als politisch nicht tragbar eingeschätzt worden, auch der im Anschluss tätige Verwaltungsbeamte Busch wurde im Juni 1946 durch die Militärregierung suspendiert. In der Sitzung der Stadtvertretung am 30. Juli 1946 berichtete Oberstadtdirektor Dr. Stepkes über die Tätigkeiten des Ausschusses, beschränkte sich dabei aber auf die personellen Auswirkungen der Entnazifizierung auf die Stadtverwaltung sowie die allgemeine Kritik an der Entnazifizierung. In seinem Tagebuch warf er dem Entnazifizierungsausschuss vor, zu ungerecht und radikal zu arbeiten. Dabei lässt sich festhalten, dass von den insgesamt 14.269 Fällen, die der Ausschuss von April 1946 bis März 1949 behandelte, nur 848 zu einer Entlassung führten – das entspricht weniger als 17%. Des Weiteren war der Ausschuss für die Einteilung von insgesamt 15.645 Personen gemäß der fünf Kategorien von Kategorie I (Hauptschuldige) bis Kategorie V (Entlastete) zuständig. Der Krefelder Ausschuss ordnete keine Person den ersten beiden Kategorien (Hauptschuldige oder Belastete) zu. Am 11. März 1949 verfasste die Stadtvertretung einen Antrag, der Stadtverwaltung die Auflösung des Ausschusses zu empfehlen. In dem Begründungstext wurde die Entnazifizierung als „Komödie", die zu einem „Rummel" geraten sei, bezeichnet. Nach der Auflösung warf der mittlerweile arbeitslose Ausschuss-Leiter Hans Juchem der Stadtverwaltung vor, „ehemalige Angehörige der NSDAP laufend wieder einzustellen".

Und tatsächlich hatten es ehemalige Nationalsozialisten und deren Unterstützer nicht schwer, in der Nachkriegszeit weiterhin ihre Ämter – insbesondere in Justiz und Polizei – ausüben zu können. **Hermann Hörnemann**, in der Nachkriegszeit Polizeimeister in Krefeld, war in der NS-Zeit Teil des an der Ostfront eingesetzten „Polizei-Bataillons 316". Das Polizei-Bataillon 316 war eine militärische Einheit der NS-Ordnungspolizei im Zweiten Weltkrieg und beteiligte sich aktiv am Holocaust. Hörnemann, so halten Quellen fest, tat sich besonders bei den Hinrichtungen in Hansewicz hervor. **Fritz Barthmann**, nach 1945 Leiter der Kriminalpolizei in Krefeld, war vormals Mitglied der NSDAP und SS-Hauptsturmführer. Als aktives Mitglied beim Verein „Lebensborn", hatte er sich für die Erzeugung von „nordischem" Nachwuchs engagiert. Gleichzeitig gehörte er zur Befehlszentrale des „Reichssicherheitshauptamtes" in Bonn, der zentralen Behörde im Repressionsapparat der NS-Diktatur. **Gerhard Brunsch**, während des Krieges Amtsgerichtsrat beim Sondergericht Konitz und verantwortlich für mehrere Hinrichtungen wegen Verstoßes gegen nazistische Zwangsgesetze oder antifaschistische Betätigung, wurde nach dem Krieg Amtsgerichts-

rat in Krefeld. **Jakob Kruss**, ehemaliger Landgerichtsrat im Nazi-Justizministerium für politische Strafsachen, bekleidete nach Kriegsende das Amt des Landgerichtsdirektors in Krefeld. Krefelder Oberstaatsanwalt wurde **Hans Niese**, der während des Krieges noch Kriegsrichter bei der 30. Division Lübeck war. **Wilhelm Oskierski**, in der NS-Zeit Kriegsberichtsrat bei der 428. Division z.b.V., wurde nach Kriegsende Landgerichtsrat in Krefeld und **Helmut Bartsch**, ehemaliger SS-Hauptsturmführer und Mitglied einer Untersuchungskommission im KZ Auschwitz, konnte nach 1945 Kriminalhauptkommissar in Krefeld werden.

Der Krefelder Unternehmer und Chemiker **Fritz ter Meer**, Sohn des Bayer-Werk-Gründers Edmund ter Meer, gehörte zu den Hauptangeklagten im Nürnberger I.G. Farben-Prozess. Als Wehrwirtschaftsführer, Beauftragter des Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion für Italien und Träger des Ritterkreuzes zeichnete ter Meer sich in der NS-Zeit verantwortlich für die Errichtung des Buna-Werkes der I.G. Farben in Auschwitz sowie für Experimente an lebenden Menschen. Die I.G. Farben hatte ihre Produktion im Zweiten Weltkrieg sukzessive auf die Kriegsproduktion umgestellt und Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter beschäftigt. Nach dem Krieg wurde ter Meer wegen Plünderung und Versklavung im Zusammenhang mit dem KZ Auschwitz zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, 1950 jedoch bereits wegen „guter Führung" entlassen. Nach seiner Entlassung ging Fritz ter Meer zu Bayer und war dort von 1956 bis 1964 Aufsichtsratsvorsitzender. In der Bayer-Werkszeitung wurde nach seinem Tod 1967 ein Nachruf abgedruckt, der ter Meer als *„ein leuchtendes Vorbild für die jüngere Generation"* bezeichnete. Bayer benannte gar eine Stiftung zur Förderung von Studierenden nach ihm („Fritz-ter-Meer-Stiftung", heute: „Bayer Science & Education Foundation"). Bis 2006 legte die Firma Bayer darüber hinaus zu Allerheiligen einen meterhohen Kranz am Grab auf dem Uerdinger Friedhof ab. 1973 wurde eine 2008 geschlossene Uerdinger Realschule nach Fritz ter Meer benannt.

Ähnlich entwickelte sich auch die Biografie des Krefelders **Paul Kleinewefers**. In seiner Autobiografie „Jahrgang 1905" hält der Unternehmer fest, im Winter 1928/29 ersten Kontakt zur NSDAP aufgenommen zu haben, der er im August 1932 beitrat. Vorher war Kleinewefers Mitglied der **„Deutschen Volkspartei" (DVP)**, einer Vorläuferpartei der FDP. Kleinewefers war, so schrieb er es in „Jahrgang 1905", überzeugt gewesen, *„daß nur noch die Nationalsozialisten das Reich vor der Katastrophe und vor dem drohenden Zugriff der Kommunisten retten konnten."* Vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten war Kleinewefers eng mit dem späteren Krefelder Oberbürgermeister **Alois Heuyng** verbunden, den er als Parteigenossen bezeichnete, später kamen gute Kontakte zur Krefelder Gestapostelle hinzu. Als Leiter einer Maschinenfabrik erhielt Kleinewefers zu Beginn des Krieges sogenannte „Fremdarbeiter" als Arbeitssklaven, die unter miserablen Bedingungen schuften mussten. Kleinewefers selbst leugnete dies immer wieder. Im Juni 1991 schrieb er für die Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" den Artikel „Fremdarbeiter oder Zwangsarbeiter? Eine Widerlegung verzerrender Darstellungen", der acht Jahre später auch in der rechten Zeitung **„Soldat im Volk"** abgedruckt wurde. Darin verharmloste Kleinewefers die zwanghafte Lage der Arbeitenden, die angeblich unter guten Bedingungen gearbeitet hätten und lediglich aufgrund des „Bombenterrors" der Alliierten – wie Kleinewefers es schrieb – gelitten hätten. Weiter rechtfertigte er den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern zum Wohle eines höheren Ziels, dem Sieg des Krieges: *„Wir Betriebsführer in der damaligen Rüstungsindustrie standen unter dem Druck, bestimmte Leistungen in der Produktion von Waffen, Maschinen, Geräten usw. zu erbringen, abgesehen von der vaterländischen Pflicht, unsere Aufgabe ebenso selbstverständlich zu erfüllen, wie man das von den Soldaten an der Front erwartete."*

Dass Kleinewefers in der Nachkriegszeit dem Entnazifizierungsausschuss und den zuständigen britischen und amerikanischen Behörden gemeldet wurde, empfand er als denunzierend. Er schrieb: *„Diese Denunziationen, Prozesse, Verleumdungen und Erpressungsversuche, welche in Krefeld ihre Fortsetzung fanden und sich über fünf Jahre hinzogen, vergifteten nicht nur die Atmosphäre, besonders im Bereich der Firmenführung, sondern bedeuteten als ständiges Element der Unsicherheit ein zusätzliches Handicap in diesen ersten Aufbaujahren."* Kleinewefers wurde der Kategorie III (Belastete) zugerechnet.

Nach dem Krieg konnte Kleinewefers trotz seiner Quengeleien über angebliche Erpressungsversuche seinen Betrieb wieder aufbauen und hohes Ansehen in der breiten Bevölkerung erlangen. Seine 1989 gegründete „Kleinewefers-Stiftung" – später umbenannt in „Adalbert-Stiftung" – arbeitete eng mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Düsseldorfer Industrieclub zusammen. Außerdem wurde er zum Ehrensenator der Universität Karlsruhe ernannt. Ausgeblendet werden musste dafür, dass er noch in der Zeit zwischen 1980 und 1983 mindestens drei Artikel und einen Leserbrief für die extrem rechte Zeitschrift **„Nation Europa"** geschrieben hatte. In dem im Januar 1980 erschienenen Text „Zum Verständnis der USA" →

beklagte er aufgrund der hohen Anzahl schwarzer Menschen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Schwarze, die er als *„vielfach arrogant, ja aggressiv"* bezeichnete, könnten nun Einfluss auf die Politik nehmen und die Demokratie abschaffen. Er schrieb: *„Da die Geburtenziffer der Neger die der Weißen bei weitem übersteigt, entsteht hier ein Problem. Es sind immerhin schon an die 40 Millionen Schwarze."* Im ebenfalls in „Nation Europa" erschienenen Artikel „Zeitzeuge unter Zeitgenossen" bemängelte er eine angebliche „Umerziehung" der nachwachsenden Generation, die verschleiere, was die Nationalsozialisten tatsächlich antrieb.

1990 ermöglichte er mit einer Geldspende, dass das Lexikon „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert" bei der für geschichtsrevisionistische Schriften bekannten **„Deutschen Verlagsgesellschaft" (DVG)** herausgegeben werden konnte. Gegründet wurde die DVG von **Waldemar Schütz**, Mitglied der NSDAP, der Waffen-SS, der **„Deutschen Reichspartei" DRP** (→ S. 15), Präsidiumsmitglied bei der Gründung der **NPD** (→ S. 25) und Herausgeber der **Deutschen Nachrichten**, des Parteiblatts der NPD. Auch in dem von Kleinewefers mitfinanzierten Lexikon fanden sich zahlreiche geschichtsrevisionistische, rassistische und antisemitische Einträge. Der Begriff „Judenfrage" wurde beispielsweise wie folgt naturalisiert: *„[...] Die Ablehnung von Minoritäten, die sich von der Mehrheit durch Abstammung oder Verhalten unterscheiden, ist eine in Tieren und Menschen entwicklungsgeschichtlich verankerte, ursprünglich arterhaltende Funktion. [...]"* Weiterhin wurden im Lexikon Stellungnahmen von Jüdinnen und Juden, die sich gegen das antisemitische Programm der Nationalsozialisten wendeten als *„Jüdische Kriegserklärung"* diffamiert. Der Eintrag zu „Nordische Rasse" beginnt mit folgender Textpassage: *„Rasse mit dem Hauptverbreitungsgebiet Nordeuropa, Körpermerkmale der Nordischen Rasse sind: Erhebliche Körperlänge, lange Gliedmaßen, schmaler und langer Kopf, herausspringender Hinterkopf, schmales Gesicht, schmale vorspringende Nase mit hoher Nasenwurzel, vorspringendes Kinn, blondes oder rötliches Haar, blaue oder graue Augen, helle Haut. Die Nordische Rasse hat, wie alle Rassen, einen spezifischen Stil, in dem sich Fähigkeiten und Begabungen entfalten, sie hat deshalb auch die Kultur in ihrem Verbreitungsgebiet auf eine besondere Weise geprägt, die sich bei allen indo-germanischen Völkern – in denen die Nordische Rasse verbreitet war und ist – findet."*

1991 schrieb er ein Nachwort für das im **Heitz & Höffkes Verlag** (→ S. 62) herausgegebene Buch „Den Weg zur Freiheit bahnen", das sich mit dem nationalsozialistischen Politiker Wilhelm Börger befasste. Börger war seit 1920 in völkischen Bewegungen aktiv und trat 1929 der NSDAP bei, später wurde er Landesobmann der **„Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" (NSBO)**. 1932 rief der fanatische Antisemit in Köln: *„Wenn wir an der Macht sind und der Franzose überschreitet die deutsche Grenze, dann sterben am nächsten Tag in Deutschland alle Juden!"* Sein Buch „Rassenkunde für jedermann" erreichte 1933 eine Auflage von 200.000 Exemplaren. Kleinewefers lobte ihn in seinem Nachwort als *„Mann mit ehrlichen Mühen"*, der *„Humus einer neuen und besseren Zukunft"* gewesen sei.

Am 18. Dezember 2001 verstarb Paul Kleinewefers. Bis heute beschäftigt die Kleinewefers GmbH etwa 1.400 Personen und eine Straße in Inrath trägt seinen Familiennamen.

„Wiedergutmachung"

Für die Belange der „Wiedergutmachung" entrechteter Verfolgter der Nationalsozialisten richtete Krefeld ein eigenes städtisches Amt ein. 1946/47 erfasste das Wiedergutmachungsamt 858 Personen, von denen jedoch nur 389 als Verfolgte anerkannt wurden.

Die Prozesse der Wiedererlangung etwa übertragener Immobilien erwiesen sich für die Verfolgten als überaus schwierig und zeitaufwendig, weil sich die Krefelder Nachkriegsgesellschaft in erheblichem Maße dagegen sträubte, bei der „Wiedergutmachung" mitzuwirken. Das Problembewusstsein bei der Mehrzahl der privaten „Arisierer" der Wirtschaft, die zuvor die „Entjudung" vorangetrieben hatten, bei Verwaltungsbeamteten oder bei Zeugen war ausgesprochen gering. Mitgefühl mit den jüdischen Geschädigten war allerhöchstens abstrakt und endete da, wo persönliche Nachteile hätten in Kauf genommen werden müssen. Es bildete sich eine Abwehrfront, die in klassischer Täter-Opfer-Umkehr die „Zumutungen" des durch die Militärregierung eingeführten Rückerstattungsrechts als „Siegerjustiz" bezeichneten. Verstärkt seit den 1950er-Jahren wurde gesamtgesellschaftlich gar die gesamte Anerkennung einer Opfergruppe abgelehnt, weil damit auch die Existenz einer Tätergruppe einhergeht.

Entsprechend mussten sich Jüdinnen und Juden, die zum Beispiel ihre Immobilien vor ihrer Flucht zu Schleuderpreisen verkauften, auf teils jahrzehntelange Auseinandersetzungen gegen rechtlich versierte Gegner einstellen, weshalb viele berechtigte Forderungen im Sand verliefen oder gar nicht erst geltend gemacht wurden. Die schwere Bürde, abermals mit einer solchen Ablehnung der deutschen Bevölkerung konfrontiert zu sein, wirkte als doppelte Belastung auf die Verfolgten. Eine ausführliche Betrachtung findet sich in Claudia Flümanns Buch „... doch nicht bei uns in Krefeld!".

Rechte Parteien

Eindeutig in der Tradition der NSDAP stehende Parteien konnten nach 1945 keine Wahlerfolge feiern; ehemalige Nazis waren ohnehin vorwiegend außerparteilich organisiert und die restriktive Politik der Adenauer-Regierung nahm vielen Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln.

Im Sommer 1947 gründete sich die **„Deutsche Partei"** **(DP)** aus der seit 1945 bestehenden **„Niedersächsischen Landespartei" (NLP)**. Mit der Umbenennung versuchte die Partei ihren Ruf als regionale Heimatpartei loszuwerden und sich als konservative Partei rechts der CDU mit teils extrem rechten Bestrebungen zu etablieren. Auf Bundesebene versuchte die DP, den Bürgerblock als Zielgruppe anzusprechen, auf Landesebene war hingegen die Tendenz als nationale Sammlungspartei Profil gebend, welche vor allem durch ehemalige Mitglieder der **„Deutschen Reichspartei" (DRP)** vorangetrieben wurde. Bei der NRW-Landtagswahl 1950 erreichte die DP in Krefeld mit 2,6% ihr zweitbestes Ergebnis – noch mehr Stimmen konnte sie nur in Bonn erhalten. Auch bei der Kommunalwahl 1952 schnitt die DP in Krefeld mit 3,5% überdurchschnittlich gut ab. Nach und nach zeichnete sich jedoch ab, dass sich die Deutsche Partei nicht gegen die CDU-Dominanz durchsetzen konnte. Nach der Bundestagswahl 1957 wanderten viele Anhänger zu den Unionsparteien ab. Im Frühjahr 1961 verbanden sich die Parteireste mit dem **„Gesamtdeutschen Block" (BHE)** zur **„Gesamtdeutschen Partei" (GDP)**, die jedoch nach der Bundestagswahl 1961 wieder zerfiel.

Die **„Deutsche Reichspartei" (DRP)** entstand im Januar 1950 auf Initiative der Führungskräfte aus der niedersächsischen **„Deutschen Konservativen Partei/Deutsche Rechtspartei" (DKP/DRP)** und Teilen der hessischen **„Nationaldemokratischen Partei" (NDP)**. Die DRP kann im Gegensatz zur **DP** als in der Tradition der NSDAP stehend bezeichnet werden. In ihr sammelten sich ehemalige NSDAP-Funktionäre in hohen Positionen. Der parlamentarische Erfolg blieb jedoch ebenfalls aus, was gleichermaßen an dem Erfolg der **„Sozialistischen Reichspartei" (SRP)** und dem revisionistischen Programm der Adenauer-Regierung lag, das viele für Rechte relevante Themen bespielte. Teile der DRP gründeten daher im Juni 1962 mit der **„Deutschen Freiheitspartei" (DFP)** eine neue Kleinstpartei, die auch in Krefeld aktiv wurde. Im Juni 1962 trat der Nationalsozialist **Hermann Schwann**, Vorsitzender der **„Vereinigung Deutsche Nationalversammlung" (VDN)** bei der Krefelder DFP als Redner auf. In der parteinahen Zeitung **„Reichsruf – Wochenzeitung für das nationale Deutschland"** wurde für den 3. März 1964 eine öffentliche Versammlung der DRP in der Krefelder Gaststätte „Zum Nordbahnhof" angekündigt. Als Redner trat **Manfred Stambula**, langjähriger Vertrauter Otto Strassers, auf. Das Thema: „Kriegsschuldlüge und Friedensvertrag". Nur drei Monate später, im Juni 1964 nach ihrem Parteitag in Bonn, beschloss die DRP, sich selbst aufzulösen und eine „Union aller nationaldemokratischen Kräfte" zu bilden, die schließlich zur Neugründung der **„Nationaldemokratischen Partei Deutschland" (NPD)** (→ S. 25) führte.

Die am 2. Oktober 1949 gegründete nationalsozialistische **„Sozialistische Reichspartei" (SRP)** ging aus ehemaligen Mitgliedern der **„Deutschen Konservativen Partei – Deutschen Rechtspartei" (DKP-DRP)**, insbesondere dem ehemaligen Vorsitzenden **Dr. Dorls** hervor. Teilweise wechselten ganze Kreisverbände zur SRP. Das Parteiprogramm der sich offen zum Hitler-Faschismus bekennenden Partei wies zahlreiche Ähnlichkeiten mit dem der NSDAP auf. 1950 gründete sich wie in vielen anderen nordrhein-westfälischen Städten auch in Krefeld ein Kreisverband, nennenswerte Wahlerfolge konnte die SRP jedoch nur in Niedersachsen erlangen. Bei den Landtagswahlen 1950 holte die Partei lediglich 0,2% der Stimmen in NRW (bei der Landtagswahl in Niedersachsen 1951 waren es 11%). 1952 wurde die SRP aufgrund ihrer Nähe zum Nationalsozialismus vom Bundesverfassungsgericht verboten. Im gleichen Atemzug – nur drei Tage später – reichte die Bundesregierung jedoch auch einen Verbotsantrag gegen die KPD ein. Kritisiert wurde die antilinke CDU-Regierung damals dafür, dass das SRP-Verbot lediglich als Feigenblatt genutzt wurde, um die KPD verbieten zu können und die eigene rechte Politik als Politik „der Mitte" darzustellen. Nach dem Verbot fanden sich führende Funktionärskader in der DRP wieder, weitere Parteimitglieder wechselten zur **„Bayernpartei" (BP)**, zum **„Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE)** oder zur **DP**.

Die **„Freie Demokratische Partei" (FDP)** kann zwar nicht als extrem rechts bezeichnet werden, wies in ihren Anfangsjahren aber durchaus dahingehende Tendenzen auf. Hervorgegangen ist die FDP aus der **„Demokratischen Partei" (DP)**, die sich in Krefeld am 10. August 1945 gründete – zumindest sind ab diesem Datum erste Mitgliedschaften überliefert. Eine erste öffentliche Veranstaltung in Krefeld fand am 5. Mai 1946 statt. Zu der Zeit waren die liberalen Kräfte in Deutschland vordergründig regional organisiert. Erst am 17. März 1947 mit der Gründung der deutschlandweiten FDP änderte sich das. Am 27. Mai 1947 gründete sich auch der NRW-Landesverband, der sich ebenso wie der Bundesverband vor allem gegen sozialistische Be- →

Heinz Harmel.
Bild: Wikimedia Adendorf, Peter / CC-BY-SA 3.0

vorwärts in die vergangenheit

Traditionsverbände als politischer Akteur

Die HIAG als Zusammenschluss ehemaliger SS-Soldaten übte starken Einfluss auf die Politik der Nachkriegszeit aus und entwickelte sich zunehmend zu einer Organisation, die extrem rechte Agitation betrieb und unterstützte. Gegründet wurde der NRW-Landesverband von dem zum damaligen Zeitpunkt in Krefeld lebenden Heinz Harmel. Auch andere nazistische Soldatenverbände hatten Bezüge nach Krefeld.

Die Rolle der Traditionsverbände in der Nachkriegszeit

Angehörige der NS-Führungsschicht schafften es dank der Besetzung der Alliierten in der Nachkriegszeit nicht, eine faschistische Massenbewegung aufzubauen. Dennoch war es möglich, ein breites, verzweigtes Netz an Organisationen, Parteien und Verbänden aufzubauen, die bis in die Regierungspolitik hineinwirkten. Ihren Fokus legten sie dabei weniger auf eigene parlamentarische Impulse, sondern auf Traditionsverbände, in denen sie versuchten, sich von ihrer Schuld reinzuwaschen und eine Aufarbeitung der NS-Verbrechen zu verhindern. Der Weg von der Einklagung normaler Renten für SS-Soldaten hin zu geschichtsrevisionistischen Aktivitäten ist dabei vorgezeichnet. Falsch ist die seinerzeit auf Regierungsebene vertretene Auffassung, bei der SS habe es sich um „ganz normale Soldaten" gehandelt, die sich nichts hätten zu Schulden kommen lassen. Das „Entstrafungssystem", das zur Folge hatte, dass wesentliche Bereiche des öffentlichen Lebens unhinterfragt von ehemaligen Nationalsozialisten geleitet wurden, konnte sich vor allem aufgrund der regen Betätigung der soldatischen Traditionsverbände und des wohlwollenden Verhaltens maßgeblicher Teile der Bevölkerung und der Politik durchsetzen. Es war die Zeit der „Persilscheine", mit denen sich Kriegsverbrecher reihenweise rehabilitieren ließen und den Weg frei machten für einen Sprung in die Vergangenheit.

HIAG als politischer Akteur

1951 organisierten sich ehemalige SS-Mitglieder in der neu gegründeten **„Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS" (HIAG).** Mitbegründer und erster Sprecher des NRW-Landesverbandes war der in Krefeld lebende **Heinrich Heinz Arthur Harmel.** Harmel war schon zu seiner Schulzeit Mitglied bei der „Wandervogel-Bewegung", der „Bündischen Jugend" und dem „Freikorps Roßbach". Später meldete er sich freiwillig zum Arbeitsdienst des „Stahlhelms" und anschließend bei der SS-Standarte „Germania" in Hamburg. Im Jahr 1940 wurde er Kommandeur des Panzergrenadierregiments „Deutschland", später Chef der 10. Panzerdivision „Frundsberg". Seit dem 7. September 1944 fungierte er als Generalmajor der Waffen-SS. Harmel wurde mit dem SS-Ehrendegen ausgezeichnet. Für seine Verdienste beim Aufbau der HIAG erhielt er von der HIAG die goldene Ehrennadel. Dass sich Harmels Position zur NS-Zeit auch nach seiner dreijährigen Internierung nicht geändert hatte, zeigte sich nicht nur an seinem Engagement bei der HIAG, sondern auch in einem – ihm wohlwollend geschriebenen – Artikel in der Rheinischen Post, in der Harmel zitiert wurde: *„Am 8. Mai gab es nichts zu feiern, man muß sich damit begnügen, Kränze niederzulegen und die Versöhnung zu suchen."* Harmel starb am 2. September 2000 in Krefeld.

Die HIAG versuchte, sich nach außen hin als geläutert und auf dem Boden der demokratischen Grundordnung stehend darzustellen. Hinter den nur unzureichend dichten Kulissen sah dies jedoch anders aus. So wurde im HIAG-eigenen **„Munin-Verlag"** unter anderem die Eidesformel der SS nachgedruckt, mit der die Waffen-SS dem Führer Adolf Hitler Gehorsam bis in den Tod schwor.

Trotz dieser Tatsache pflegte die HIAG gute Kontakte zur CDU/CSU, zur SPD und zur Bundeswehr. Im Munin-Verlag erschien 1976 eine Langspielplatte mit dem Titel „Deutsche Präsentier- und Parademärsche" des Heeresmusikkorps 5 der Bundeswehr, auf dem auch eigens für die SS komponierte Stücke gespielt wurden. Dass SPD und CDU/CSU so erpicht auf gute Kontakte zu den Veteranen der Waffen-SS waren, hängt mit einem erfolgreichen Bluff der HIAG zusammen. Ihre Sprecher behaupteten, bis zu zwei Millionen Menschen, also zwei Millionen Wählerstimmen zu vertreten. In Wahrheit lebten in Westdeutschland jedoch lediglich 250.000 Veteranen, von denen gerade einmal 8% bei der HIAG organisiert waren. Während sich die großen Parteien den Interessen der HIAG annäherten, blieben Gegenleistungen vollständig aus – intern dominierte der „braune Geist", nach Außen verfolgte man eine rigorose Entlastungsstrategie, welche die SS gegen jede historische Wahrheit als gleichgestellt mit der Wehrmacht darzustellen versuchte. Mit Erfolg. Franz-Josef Strauß, später Kanzlerkandidat für die CDU/CSU, ließ 1963 verlauten, die Soldaten der Waffen-SS *„sind selbstverständlich in meine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkriegs einbezogen."* Auch der Verfassungsschutz, der die HIAG 1983 gar aus seinen Berichten strich, schien kein großes Interesse daran zu haben, die Waffen-SS und ihren Ehemaligenverband als ernst zu nehmendes Problem zu betrachten. Ein Journalist, der sich in die Westberliner Neonazi-Szene einschleuste, musste bald feststellen, dass die Motivation des Verfassungsschutzes, gegen die HIAG vorzugehen, ausgesprochen gering war. Der Journalist erklärte: *„An DVU und HIAG darf ja keiner rangehen."* Die HIAG betonte stets, ausschließlich die Versöhnung der Deutschen und die Integration der ehemaligen SS-Angehörigen verfolgen zu wollen. Mit der Zeit wurde jedoch auch für Außenstehende immer deutlicher, dass die HIAG zu einer eigenen politischen Kraft heranwuchs, die aktiv neofaschistische Propaganda betrieb und sich der extremen Rechten zuwandte. Sie sah sich in der Tradition des Nationalsozialismus, verherrlichte ohne Spur von Selbstkritik die Kriegseinsätze der SS und diffamierte die Opfer des Nationalsozialismus, allen voran die in der VVN organisierten Antifaschistinnen und Antifaschisten. Entsprechend umwarb die HIAG nun nicht mehr vordergründig ehemalige SS-Angehörige, sondern junge, militärisch begeisterte Rechte. Im monatlich erscheinenden Kameradschaftsblatt der HIAG **„Der Freiwillige"** wurde Werbung für die völkisch-nationalistische **„Wiking Jugend" (WJ)** (→ S. 43) geschaltet. Dass das Primärziel, hohe Renten für die Mitglieder der Waffen-SS zu erwirken, durch revisionistische Agitation verdrängt wurde, zeigte sich auch daran, dass **Hans Wissebach,** CDU-Bundestagsabgeordneter und HIAG-Spitzenmann im Bundestag, am 5. Oktober 1975 die Freilassung des ehemaligen Hitler-Stellvertreters und Kriegsverbrechers Rudolf Heß forderte. Erst in den 80ern korrigierten SPD und später auch die CDU ihren Kurs und distanzierten sich vom nazistischen Waffen-SS-Verband. Der Bundesverband der HIAG löste sich 1992 auf.

„~~Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie alle anderen auch!~~"

— Konrad Adenauer, Bundeskanzler

→

/ was ist geschichts-revisionismus?

Im Nationalsozialismus – so schreibt es der Journalist Ralph Giordano – ist in Deutschland die humane Orientierung verloren gegangen. Das Individuum wurde in eine private humanitäre und eine politisch nicht humanitäre Hälfte gespalten. Während sich die Deutschen bezüglich ihres Handelns in der NS-Zeit häufig auf äußeren Zwang beriefen, so fiel dieser in der Nachkriegszeit weg. Umso erstaunlicher, dass dennoch so massenhaft nationalsozialistische Ideen und kriegerische Akte verteidigt wurden. Das geschah vorrangig durch kollektive Affekte der manischen Schuldabwehr, wie in der Relativierung der begangenen Verbrechen.

„Es waren ja nicht sechs Millionen Juden...“, *„Die andere Seite hat ja auch Verbrechen begangen“*, *„Konzentrationslager waren keine deutsche Erfindung“*, *„Hitler hat nicht nur Schlechtes gemacht“* oder *„Die Soldaten haben nur ihren Dienst ausgeführt“* waren und sind gängige Äußerungen, in denen sich der Unwille einer reflektierten Aufarbeitung zeigt. Dass diese Reaktionen deutschlandweit in nahezu identischer Weise kollektiv auftraten, könnte auf ein subjektiv vorhandenes, aber verdrängtes Schuldgefühl zurückzuführen sein. Die Existenz der politisch inhumanen Hälfte wird so vehement negiert, dass dazu historisch nicht haltbare Darstellungen notwendig sind. Und: Je mehr man mit dem Finger auf die anderen zeigen konnte – etwa durch die Bezeichnung der alliierten Luftangriffe als „Bombenholocaust“ – desto weniger musste man sich mit sich selbst befassen.

Geschichtsrevisionistisch ist also jenes Bestreben, das die anerkannte Geschichtsschreibung zu revidieren versucht, indem historische Ereignisse umgedeutet werden, etwa indem die Kriegsschuld Deutschlands verneint wird. Der allgegenwärtige Geschichtsrevisionismus in der BRD nach Kriegsende konnte sich kaum auf historische Fakten berufen, sondern war vordergründig eine ideologische Agitation, mit der man sich von der Vergangenheit reinzuwaschen versuchte. Das bewusste Leugnen, Relativieren, Manipulieren und Verharmlosen konnte und kann als eindeutig extrem rechtes Bestreben gewertet werden.

„Verband deutscher Soldaten“ (VdS)

Als Teil des Dachverbandes **„Verband deutscher Soldaten“ (VdS)** übte die HIAG starken Einfluss auf diesen aus und bestimmte den Kurs maßgeblich mit. Der 1951 gegründete Zusammenschluss ehemaliger Berufssoldaten verschrieb sich der Traditionspflege, Amnestierung verurteilter Kriegsverbrecher und der Interessensvertretung ehemaliger Berufssoldaten. Der Krefelder Kreisverband wurde vor allem nach der Selbstauflösung der HIAG aktiv. Auch hier fanden sich ehemalige Waffen-SS-Soldaten wieder, wie der 1967 in Krefeld verstorbene **Heinz Fiethen**, SS-Hauptscharführer und Angehöriger der Leibstandarte Adolf Hitler. Regelmäßige Mitgliederversammlungen fanden in den „Bayern-Stuben“ auf der Königstraße und im „Et Bröckske“ statt. Die „Damenversammlungen“ veranstalte der VdS im „Café Heinemann“ am Ostwall. Darüber hinaus beteiligte sich der VdS an den Feierlichkeiten der Stadt Krefeld anlässlich des „Volkstrauertages“ am 13. November.

Mitglied im VdS war außerdem der **„Verband Deutsches Afrika-Corps“**, der in den 80ern und 90ern über eine Kreiskameradschaft in Krefeld verfügte. Die monatlichen Treffen des zeitweise von **Peter Silkens** geführten Verbandes fanden im „Haus Pieper“ am Glockenspitz statt.

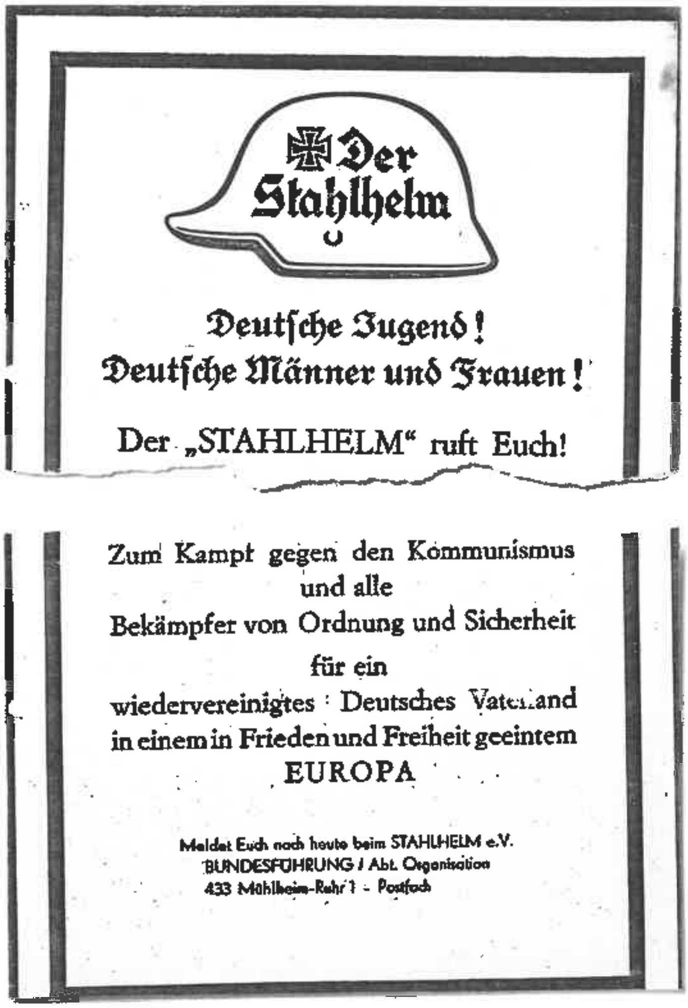
SS-Divisionen mit Vorsitz in Krefeld

Zu den achtzehn Traditionsgemeinschaften der HIAG zählte unter anderem die **3. SS-Panzer-Division „Totenkopf“**, eine „Elite-Einheit“, die für die Bewachung der Konzentrationslager in Dachau und Buchenwald verantwortlich war und der zahlreiche Kriegsverbrechen nachgewiesen wurden, unter anderem die Beteiligung an der Zerstörung des Warschauer Ghettos und die Ermordung von mehr als 45.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Vorsitzender der Traditionsgemeinschaft der „Totenkopf“-Division war zwischenzeitig der in Krefeld-Hüls wohnende **Friedrich „Fritz“ Schuster**, der verlauten ließ: *„Wir haben keine Vergangenheit zu bewältigen.“* Schuster war SS-Obersturmbannführer, NSDAP-Mitglied, Mitglied der SS-Zuchtanstalt „Lebensborn“ und wurde von Heinrich Himmler persönlich mit dem SS-Ehrenring ausgezeichnet. Auch der Vorsitz der **12. SS-Division „Hitlerjugend“** wurde zwischenzeitlich von einem Krefelder, **Hans-Georg Keßlau**, besetzt.

Stahlhelm

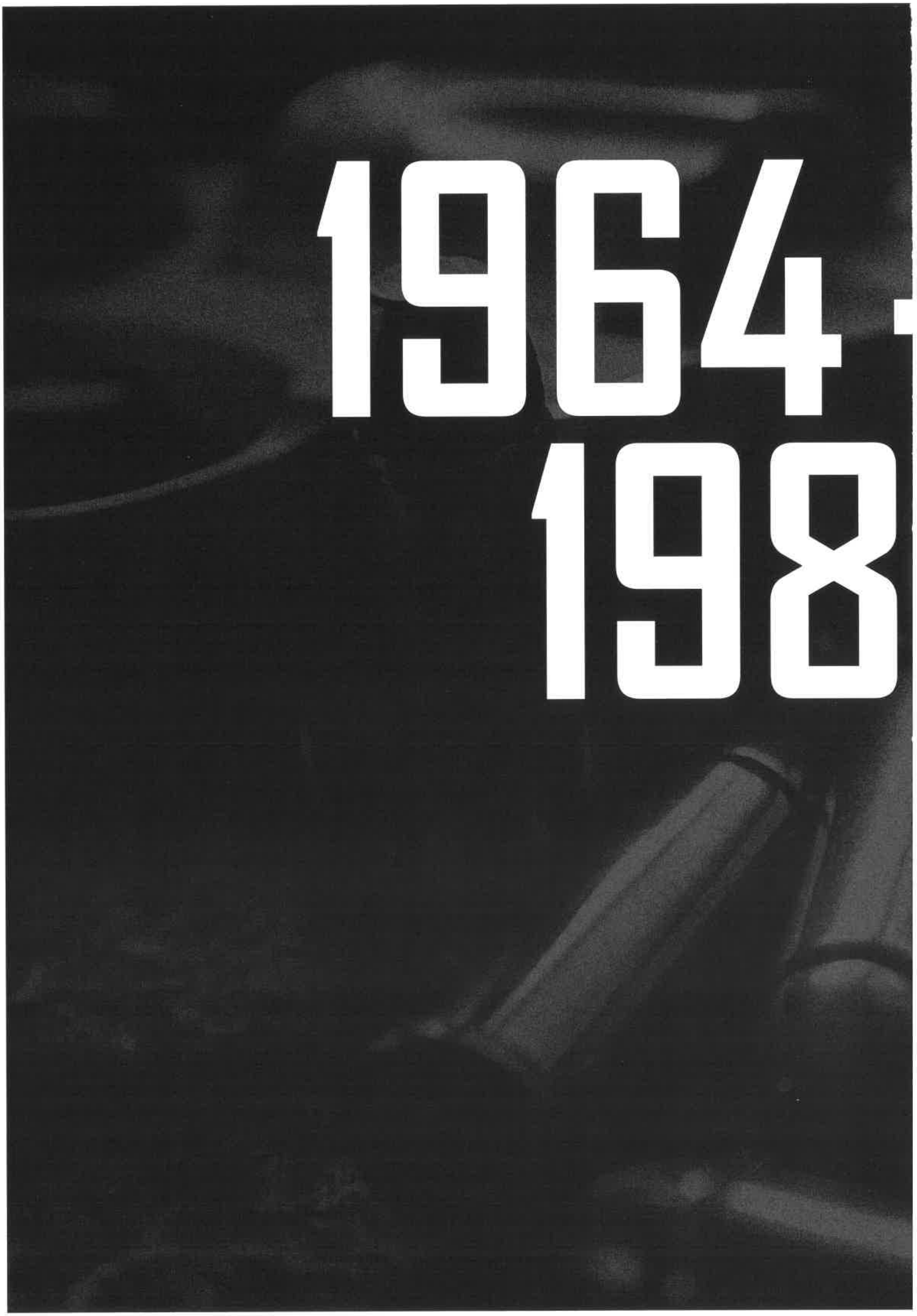
1918 gründete sich in der Weimarer Zeit der **Stahlhelm** als paramilitärischer, ultrarechter Kampfverband. 1933 wurde der Stahlhelm in die SA eingegliedert und 1935 aufgelöst. 1950 reaktivierten ehemalige Mitglieder den Stahlhelm, der später den Zusatz **„Stahlhelm - Kampfbund für Europa"** trug mit dem Ziel, *„das Erbe der soldatischen Gemeinschaft"* weiterzutragen. Geprägt war das rassistische Programm durch einseitig nationalistische und militaristische Verherrlichung der deutschen Geschichte und die Leugnung der deutschen Schuld. Parteipolitisch gab sich der Stahlhelm unabhängig, unterstütze jedoch die konservativ-nationalistische Politik der Adenauer-Regierung. Einigend könnte gewesen sein, so formulierte es der Stahlhelm, der *„Kampf gegen den Kommunismus und alle Bekämpfer von Ordnung und Sicherheit für ein wiedervereinigtes Deutsches Vaterland in einem in Frieden und Freiheit geeinigten EUROPA"*.

Bei Veranstaltungen des Stahlhelms in den 50er- und 60er-Jahren traten teilweise bis zu 3000 Teilnehmer paramilitärisch auf, womit dieser eine Vorbildfunktion für die in den 70ern entstandenen Wehrsportgruppen einnahm. Das Bundestreffen am 20. und 21. Mai 1967 fand in Krefeld statt. Von 1993 bis 1996 übernahm der zum damaligen Zeitpunkt in Krefeld lebende **Peter Böttcher** den Vorsitz. Böttcher war Hauptmann der deutschen Luftwaffe und noch in den 90er-Jahren in rechten Kreisen aktiv, beispielsweise war er 1996 erster Vorsitzender des Deutschen Kameradschaftsbundes und zeitweilig presserechtlich Verantwortlicher für die Stahlhelm-Zeitung **„Der Frontsoldat"**. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Stahlhelm jedoch massiv an Einfluss einbüßen müssen. Neben Kontakten zur **„Deutsche Volksunion" (DVU)** (→ S. 68), zur **NPD** und zu militanten Organisationen war der Stahlhelm eng mit der **„Aktion Deutscher Osten" (ADO)** vernetzt, die 1964 unter anderem von dem gebürtigen Krefelder **Willy Glasebock** gegründet wurde. Glasebock, ebenfalls aktiver „Stahlhelmer", war in der NS-Zeit **Truppenoffizier** und in der Nachkriegszeit Mitarbeiter bei der **„Deutschen National-Zeitung"**. In seinem Buch „War Deutschland am 2. Weltkrieg allein schuld?" vertrat er den historisch nicht haltbaren Mythos von der „Kriegsschuldlüge". Am 19. April 1963 schrieb er in einem Zeitungsartikel: *„Tatsache ist, daß in der Waffen-SS die Angehörigen der verschiedendsten europäischen Nationen gefochten haben und daß die Front gegen den Bolschewismus, den Feind Europas, gerichtet war."*



Im April 1979 protestieren in Arolsen 2000 Personen gegen das Treffen der vom Krefelder Friedrich Schuster geführten SS-"Totenkopf"-Division.
Bild: picture alliance / Klaus Rose

Anfang 1998 führte die rheinland-pfälzische Polizei mehrere Hausdurchsuchungen bei Stahlhelm-Mitgliedern durch und konfiszierte illegale Schusswaffen und Sprengvorrichtungen. Der Bundestag bezeichnete den Stahlhelm e. V. auf eine Anfrage im August 1999 als *„rechtsextreme Gruppierung, deren ideologische Ausrichtung insbesondere von nationalistisch-völkischem, antisemitischem und revisionistischem Gedankengut geprägt ist."* Im Jahr 2000 wurde der Stahlhelm aufgelöst. ■


1964-
198

25 **vom hoffnungsträger zum durchlauferhitzer**
Die Rolle der NPD in Deutschland und Krefeld

30 **rechtsterrorismus made in krefeld**
Die Neonazi-Partei VSBD/PdA
Exkurs: *Keltenkreuz statt Hakenkreuz*
Exkurs: *Pseudo-Antikapitalismus von Rechts*

34 **neuheidnischer antisemitismus**
Die Gylfiliten-Gilde
Exkurs: *Esoterik, Neuheidentum und die extreme Rechte*

38 **wehrsport in krefeld**
Die NS-Kampfgruppe Winter

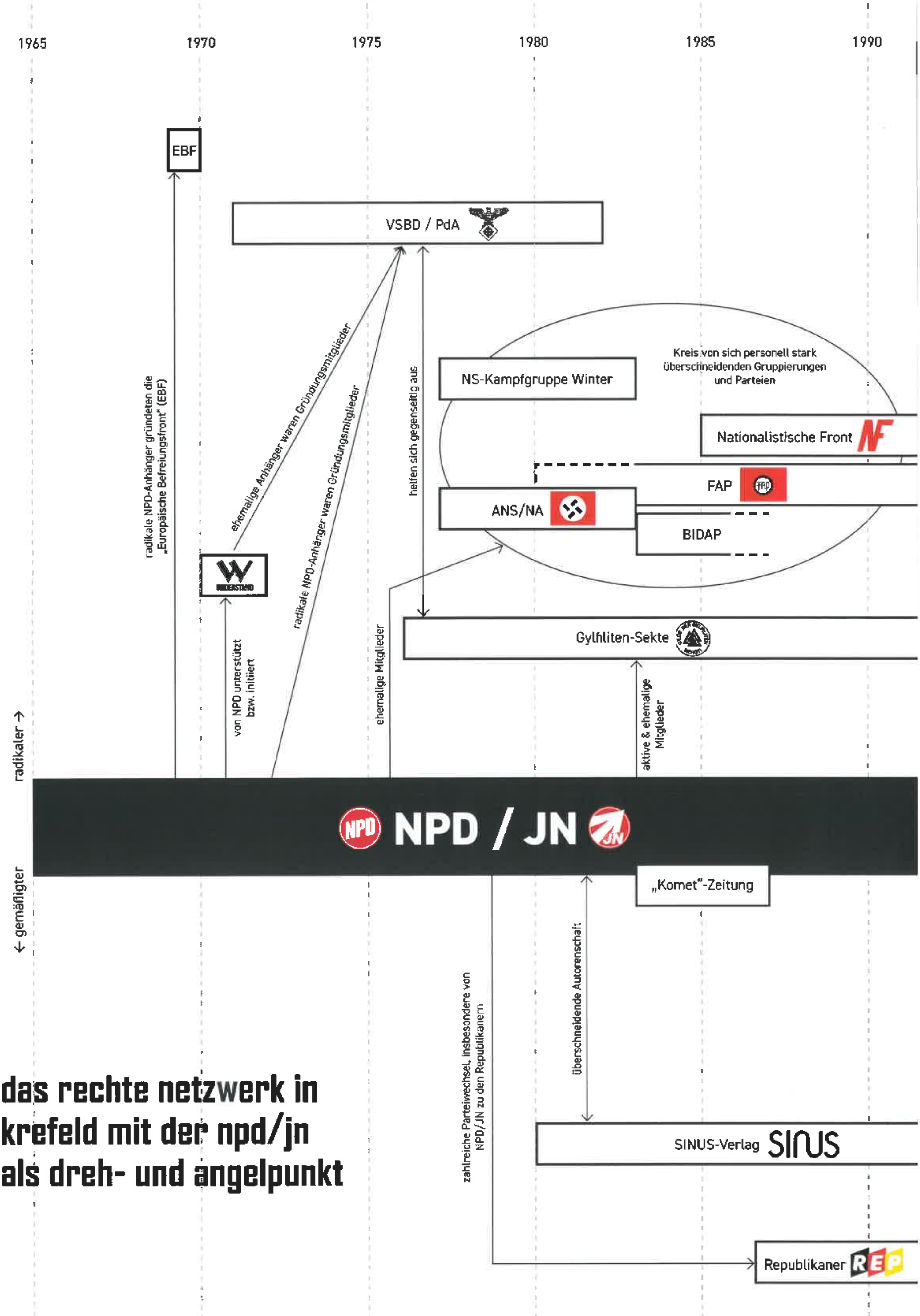
40 **ein strategischer flickenteppich**
ANS/NA, BIDAP, FAP, WJ, NO, NF, ETC.

44 **schülerzeitung von rechts**
Die „Komet" als Startschuss Manfred Rouhs'

47 **verlag als schnittstelle**
Der Sinus-Verlag
Exkurs: *Wie neu ist die „Neue Rechte"?*

50 **was sonst in krefeld los war**
Krefelder Appell, Busch-Besuch, Thälmann-Prozess

das rechte netzwerk in krefeld mit der npd/jn als dreh- und angelpunkt



vom hoffnungsträger zum durchlauferhitzer

Die Rolle der NPD in Deutschland und Krefeld

Mit der NPD errichteten ehemalige Anhänger der NS-Zeit 1964 erstmals eine rechte Sammlungspartei mit der Aussicht auf eine Beteiligung in den Parlamenten. Doch der erwünschte Erfolg blieb aus und führte zu einer Radikalisierung der Mitglieder. Insbesondere in Krefeld wurde diese Radikalisierung sichtbar.

Die Entwicklung vor 1964

In den zwanzig Jahren nach Ende des 2. Weltkriegs hatten rechte Kräfte wenig Erfolg, sich im großen Maße zu vernetzen. Explizit extrem rechte Parteien wie die **„Sozialistische Reichspartei" (SRP)** (→ S. 15), deren Quasi-Nachfolgepartei **„Deutsche Reichspartei Deutschland" (DRP)** (→ S. 15) oder die später teilweise verbotene **„Deutsche Partei" (DP)** (→ S. 15) blieben vor allem im parlamentarischen Bereich einflusslos. Ehemalige NSDAP-Mitglieder hatten ihre Heimat in der Nachkriegszeit ohnehin in den sogenannten „Mitte"-Parteien wie **CDU/CSU** oder **FDP** gefunden (→ S. 15). Die reaktionäre Ausrichtung der Adenauer-Ära von 1949 bis 1963 nahm den Faschisten zusätzlich den Wind aus den Segeln, was sich positiv auf die Wahlergebnisse der **CDU/CSU** auswirkte. Die **DRP** – damals einflussreichste nationalsozialistische Partei – dümpelte über Jahre im Bereich von 1% herum.

1963 schaffte sie es allerdings durch ein Wahlbündnis mit der **DP** und der **„Gesamtdeutschen Partei / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (GDP/BHE)** auf 5,2% der Stimmen bei der bremischen Bürgerschaftswahl. Für den Vorsitzenden der DRP und späteren Vorsitzenden der **NPD** Adolf von Thadden das Zeichen: Eine neue Konzentration extrem rechter Kräfte ist erfolgversprechend.

Die Parteigründung

Vor diesem Hintergrund gründete sich am 14. November 1964 die **„Nationaldemokratische Partei Deutschland" (NPD)** mit dem Ziel, eine Union aller nationalen Kräfte darzustellen. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder stammte aus der **DRP** und anderen rechten Parteien. 10 der 18 Mitglieder im NPD-Gründungsvorstand waren bereits vor 1933 der NSDAP beigetreten. Zusätzlich erhielt die NPD Unterstützung von rechten Verbänden wie der **„HIAG"** (→ S. 18). Die DRP machte sich durch die Neugründung überflüssig und löste sich im Dezember 1965 selbst auf. Im gleichen Jahr gründete sich die Jugendorganisation **„Junge Nationaldemokraten" (JN)** und im darauffolgenden Jahr der **„Nationaldemokratische Hochschulbund" (NHB)**, der allerdings nie aus seiner politischen Bedeutungslosigkeit hervortreten konnte.

Inhaltlich knüpfte die NPD stark an die Position der DRP sowie der NSDAP an. Aus der politischen Isolation der DRP und dem (Teil-)Verbot anderer rechter Parteien hatte man allerdings gelernt und legte nun besonderen Wert auf eine „demokratische" Fassade. Demnach bekannte sich die NPD *„rückhaltlos auf den Boden einer freiheitlichen Grundordnung"*. Eine offensichtliche Finte, die dennoch von der „Bundesvereinigung des Deutschen Arbeitgeberverbandes" (BDA) und dem damaligen Bundesinnenministers Paul Lücke lobend erwähnt wurde.

Dass es sich bei der „Zurückhaltung" wirklich nur um ein rein taktisches Kalkül handelte, wurde selbst von führenden NPD-Politikern wie dem Präsidiumsmitglied Otto Hess bestätigt: *„Jetzt können wir zwar noch nicht offen reden, aber das werden wir einst auch wieder können."* Das änderte sich auch nicht, als ein erster interner Richtungsstreit zwischen einem „national-konservativen" und dem „radikalen" Flügel zugunsten des radikalen Flügels endete, ähnlich wie wir es bei der AfD erlebten.

Steigender Einfluss, fallender Einfluss

Bei den ersten Landtagswahlen schaffte es die NPD aus dem Stand heraus in sieben Länderparlamente. In Baden- →

Württemberg erreichte sie sogar 9,8% und stellte 60 Landesparlaments-Abgeordnete.

Der steigende Wahlerfolg fiel zeitlich mit der Bildung der ersten „großen Koalition" zwischen CDU/CSU und SPD zusammen, welche eine fühlbare Verminderung nationalistisch-antisozialistischer Hetze seitens der CDU/CSU zur Folge hatte. Erstmals konnte sich damit eine Partei rechts der CDU/CSU als „nationale Alternative" etablieren und gegen den propagierten „Linksruck" ankämpfen.

Die Euphorie vor der Bundestagswahl 1969 war auch in Krefeld riesig. Unter Führung von **Josef Künkels Anrath** und seinen Stellvertretern **Uwe Neuhaus-Lobberich** und **Heinz Dollen** veranstaltete der Kreisverband Kempen-Krefeld in der Zeit vor der Wahl eine zweistellige Anzahl an Veranstaltungen. Unter anderem in den Gasthäusern „Et Bröckske", „Neymanns", „Berkner", im Uerdinger „Burghof" oder im Verberger Gasthaus „Auler". Die Mitgliederversammlungen fanden in der Gaststätte „Peter Krücken" in Willich statt. An mehreren Samstagen vor der Wahl verteilten sie darüber hinaus Wahlzeitungen auf dem Theaterplatz. Auf der Landesliste NRW fand man auf Platz 38 auch einen Krefelder NPDler: **Volker Lachenicht** (Krefeld-Gartenstadt).

„~~Jetzt können wir zwar noch nicht offen reden, aber das werden wir einst auch wieder können.~~"

— Otto Hess,
NPD-Präsidium,
Januar 1967

Der erhoffte Erfolg bei den Bundestagswahlen 1969 blieb allerdings aus. Die NPD schaffte es nur auf 4,3%, in NRW sogar nur auf 3,1%. Ihre Wahlniederlage führte sie auf den starken Widerstand der linken außerparlamentarischen Opposition zurück. Hinzu kam eine wieder zunehmend stärkere Polarisierung zwischen der SPD und der CDU/CSU kurz vor den Wahlen. Die Hoffnungen, die viele Nazis in die NPD gesteckt hatten, waren damit vorüber.

Wenige Monate nach der Wahl, am 31. Januar 1970, schaffte es die Krefelder NPD dann überregional in die Presse: 27 Mitglieder des Krefelder Kreisverbandes, darunter auch das Gründungsmitglied **Martin Fuehrer**, gaben medienwirksam bekannt, dass sie aus der Partei austraten und warnten vor dem NPD-Kreisverband.

Sie warfen dem Vorstand, zu dem auch **Volker Lachenicht** gehörte, vor, Sachbeschädigung und Brandstiftung zu dulden. Außerdem machten sie bekannt, dass das NPD-Mitglied **Wilhelm Bernhard** im Mai 1968 den Schaukasten der Lukaskirche Gartenstadt einschlug, ihn mit Benzin übergoss und anzündete. Der Kreisvorsitzende **Horst Udtke** soll dazu wie folgt Stellung bezogen haben: *„Man darf es leider nicht laut sagen, aber wir müssten noch mehr solcher Mitglieder haben."* Das spätere Vorstandsmitglied **Günther van Offern** soll darüber hinaus mit einer Pistole und 48 Schuss scharfer Munition am NPD-Parteitag in Siegen teilgenommen haben. Darüber hinaus bemängelten die Ex-NPD-Mitglieder eine innerparteiliche Diktatur, manipulierte Wahlen und Bespitzelungen.

Europäische Befreiungsfront

Springen wir noch einmal zwei Monate zurück: Im November 1969 gründete sich in NRW eine extrem rechte Terrorgruppe namens **„Europäische Befreiungsfront" (EBF)**. Zu ihrem Umkreis gehörten etwa 20-35 Personen, vorwiegend ehemalige Mitglieder des gewalttätigen, offiziell verbotenen **NPD-Ordnerdienstes (OD)**. Der OD war bekannt dafür gewesen, politische Gegner bei Veranstaltungen systematisch zu verprügeln, wozu sie einheitlich mit Schutzkleidung und Waffen ausgerüstet wurden. Am 16. September 1969 durchschoss der Chef des OD, Klaus Kolley, sogar die Oberarme zweier Gegendemonstranten.

Zu diesem Ordnerdienst gehörte auch **Volker Lachenicht.** Lachenicht war Gründungsmitglied der EBF und maßgeblich an deren Aufbau beteiligt. Neben ihm weitere NPDler wie Hartwig Neumann – NPD-Kreisvorsitzender von Köln – oder Helmut Blatzheim – Leiter der JN in Duisburg.

Heute wird die EBF als erste rechtsterroristische Gruppe in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg angesehen. Die Mitglieder gingen davon aus, dass ein Verbot der NPD bevorstehe und der Kampf gegen eine *„Verrohung der Sitten"*, *„rote Terroristen"* und die *„Rettung des Abendlandes"* nun antiparlamentarisch bestritten werden müsse.

Sie planten Sprengstoffanschläge auf DKP-Geschäftsstellen und Gewerkschaftsvertretungen sowie die Tötung von als zu links empfundenen Fernsehkommentatorinnen und -kommentatoren.

Gründungsveranstaltung der „Aktion Widerstand" in Würzburg. Der Krefelder NPD-Bundestagskandidat Volker Lachenicht soll bei dieser Veranstaltung ein Banner mit der Aufschrift „Hängt die Verräter" in die Höhe gehalten haben. Ob es sich bei Lachenicht um die Person ganz links auf dem Foto handelt, ist nicht vollständig sicher.
Bild: FR, 10.12.70

Dazu legten sie „schwarze Listen" von kommunistischen Politikerinnen und Politikern und „zersetzenden" Journalisten an. Für einen Notfallplan war sogar die Entführung und Exekution von öffentlichen Personen vorgesehen. Ihr ohnehin schon breit angelegtes Waffenarsenal wollten sie durch einen Überfall auf eine Bundeswehrkaserne in Hubbelrath aufstocken. Zur Standardausrüstung aller Gruppenmitglieder gehörte jederzeit eine Schusswaffe. Auch Lachenicht war zuvor wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt worden.

Zu all diesen Geschehnissen kam es glücklicherweise nicht. Einen Tag vor ihrer ersten geplanten Aktion nahm die Polizei 14 Personen der EBF fest – darunter auch Volker Lachenicht, bei dem Pistolenmunition und ein Pistolenhalfter gefunden wurden. Insgesamt stellte die Polizei 25 Schusswaffen und 10 000 Schuss Munition sicher.

Geplant hatten sie einen Anschlag auf das Treffen des DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph mit dem von rechter Seite stark verachteten SPD-Bundeskanzler Willy Brandt am 21. Mai 1970. Durch Schüsse auf die Isolatoren wollte die EBF das Stromnetz der gesamten Stadt lahmlegen und so das Treffen sabotieren. Doch Helmut Krahberg, Gründungsmitglied der EBF, fungierte parallel als Informant für den Verfassungsschutz NRW und verhinderte so die Umsetzung der Anschlagspläne und besiegelte das Ende der EBF.

Am 7. November 1970 wurde ein ehemaliger EBF-Aktivist aber doch noch tätig: Ekkehard Weil schoss den Wachsoldaten des Ehrenmals der sowjetischen Armee in Berlin-Tiergarten, Iwan Schtscherbak, nieder; Iwan überlebte schwer verletzt. Weil galt als unpolitischer Einzeltäter, trotz seiner Mitgliedschaft bei der EBF und der Tatsache, dass in der Nähe des Tatorts die Parolen *„Auftakt gegen den Bolschewismus"* und *„Zerschlagt die rote Korruption"* hinterlassen wurden. Auf dem Boden lag darüber hinaus ein Flugblatt mit dem Text: *„Wir, die Europäische Befreiungsfront, haben diesen Kampf gegen die roten Sozialisten begonnen, und wir bedienen uns des letzten politischen Mittels, der Liquidation."* Nach vier Jahren Haft wurde Weil begnadigt. Zum Dank verübte er weitere Anschläge in Berlin, Wien und Salzburg; unter anderem auf das Wohnhaus des bekannten Nazi-Jägers Simon Wiesenthal.

Aktion Widerstand

Nachdem der bundesweite Aufbau der EBF schon im Anfangsstadium scheiterte, organisierten sich die aktionistisch orientierten NPD-Mitglieder in der **„Aktion Widerstand"**. Ihr schlossen sich neben der NPD fast sämtliche außerparlamentarische rechte Gruppen, Verbände, Organisationen, Vereine und Einzelpersonen an. Selbst **CDU/CSU**-Mitglieder sympathisierten mit der Gruppe. Die „Aktion W" wurde somit zur größten rechten Sammelbewegung, welche die Bundesrepublik bis dato gesehen hatte.

Am 31. Oktober 1970 gründete sich in Würzburg die **„Aktion Widerstand e. V."**, die als Teil der fast gleichnamigen „Aktion W" deren rechtliche Angelegenheit wie das Anmieten von Sälen oder das Starten von Petitionen übernahm. Bei der Gründungsveranstaltung war auch der Krefelder EBF-Aktivist **Volker Lachenicht** anwesend und soll ein Transparent mit der Aufschrift *„Hängt die Ver-* →

Düsseldorf 27. Januar 1971 Extrablatt

Extrablatt

UZ unsere zeit sozialistische volkszeitung

Fotos: UZ

Krefeld: Nazis verübten Sprengstoff-Anschlag

Justiz: Auf rechtem Auge blind

Mit Mordhetze und Bomben gegen Verträge mit der UdSSR und Polen / Polizei: „Wissen von nichts."

Der DGB-Landesvorstand forderte in einer Entschließung den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn auf, das Verbot der NPD nun in die Wege zu leiten.

Titelblatt der DKP-Zeitung „unsere zeit" vom 27. Januar 1971.

räter" in die Luft gehalten haben. Im Anschluss zogen rechte Schlägertrupps durch die Stadt und terrorisierten die Einwohnerinnen und Einwohner.

Die „Aktion W" etablierte die Parolen *„Brandt an die Wand"* und *„Deutsches Land wird nicht verschenkt, eher wird der Brandt gehängt."* Ihre Mitglieder fielen durch ein aggressives Auftreten auf und waren in unzählige Schlägereien, Bedrohungen – teilweise mit Schusswaffen – und Anschläge verwickelt. Zu einer ersten Demonstration im November 1970 in Würzburg kamen trotz Verbots etwa 4000 Alt- und Neonazis.

Ebenfalls etablierte sich durch die „Aktion Widerstand" der bis heute bei Neonazis populäre Kühnengruß, ein abgewandelter Hitlergruß. Bei einer ausgestreckten Faust werden Daumen, Zeige- und Mittelfinger abgespreizt, um so ein „W" zu formen.

Obwohl die NPD Zugpferd der „Aktion W" war, machten sich in der Partei auch Gegenstimmen breit. So kritisierte Adolf von Thadden, dass man durch gewalttätige Aktionen den Wähler verschrecke und sich nicht als Partei etablieren könne.

Anschlagsserie in Krefeld

Genau in dieser Situation machte die Krefelder NPD rund um den NPD-Bundestagskandidaten **Volker Lachenicht** und den ehemaligen Kandidaten für den NPD-Bundesvorstand 1967 **Horst Udtke** von sich reden. Zwischen November 1970 und Januar 1971 verübten Krefelder Neonazis aus dem NPD- und „Aktion W"-Umfeld fast zwanzig Anschläge in Krefeld. Sie schossen unter anderem auf das DGB-Büro, das SDAJ-Heim und die Filiale der sozialdemokratischen „Neuen Rhein-Zeitung". Dabei hinterließen sie teilweise Schilder mit einem „W", dem Zeichen der „Aktion Widerstand".

Nachdem bereits viermal die Scheiben des Büros der „Deutschen Kommunistischen Partei" (DKP) eingeworfen worden waren, setzten „Unbekannte" das Büro in der Nacht auf den 25. Januar 1971 mit einem Sprengsatz in Brand. Nur durch Glück konnten sich die Personen in den Wohnhäusern rechtzeitig retten und die Feuerwehr alarmieren. Das DKP-Büro brannte dennoch vollständig ab.

Ganz so unbekannt waren die Täter allerdings nicht. Die sozialistische Volkszeitung „UZ" schrieb am 27. Januar 1971: *„Die neonazistischen Kräfte, die hinter diesen verbrecherischen Anschlägen stehen, sind bekannt. Einer davon ist der Krefelder NPD-Bundestagskandidat Volker Lachenicht. […] Bei einer Hausdurchsuchung in Lachenichts Wohnung wurden ein Sturmgewehr, 100 Schuss Munition und ein Sprengkörper gefunden."* Das verwundert kaum, bedenkt man, dass **Lachenicht** zwei Jahre zuvor als Teil der **EBF** Brandanschläge auf DKP-Büros geplant hatte.

Aber Lachenicht war natürlich kein Einzeltäter. In keiner anderen Stadt wurden so häufig Anschläge auf ein DKP-Büro verübt. Gustav Trambowsky, Vorsitzender der DKP Rheinland-Westfalen, bezeichnete die Krefelder NPD als den stärksten Kreisverband in Nordrhein-Westfalen und Krefeld als „Tummelplatz" für Neonazis. Nur eine Woche vor dem Anschlag auf das DKP-Büro wurden drei Krefelder Neonazis bei einer Provokation gegen die sowjetische Botschaft in der Bundesrepublik zeitweilig festgenommen.

Nach dem Brandanschlag auf das DKP-Büro wurde es dann sehr still um die Krefelder NPD. Aber auch die bundesweite NPD verlor nach und nach immens an Einfluss.

Entwicklung in der NPD

Die NPD wurde von der Gewalttätigkeit der „Aktion W" überrollt und sah sich aus taktischen Gründen dazu genötigt, sich von dieser zu distanzieren. Viele der „Aktion W" zugehörige NPDler wurden aus der Partei ausgeschlossen oder verließen diese im Zuge der öffentlichen Distanzierungen von selbst. Die überwiegende Mehrheit schloss sich den neu gegründeten, radikaleren Parteien an. Dazu zählte zum Beispiel die 1972 gegründete **„Aktion Neue Rechte" (ANR)**, die mit ihrer „antikapitalistischen" Demagogie als Sammelbecken für die „Nationalrevolutionären" aus der NPD diente. Eine ähnliche inhaltliche und personelle Ausrichtung vertrat die 1971 in

1983 in Krefeld verklebter Aufkleber der NPD.

Mehrfach verklebter JN-Aufkleber auf der Neusserstraße und Hochstraße, August 1985.

Krefeld gegründete **„Partei der Arbeit" (PdA)** – später in **„Volkssozialistische Bewegung Deutschland / Partei der Arbeit" (VSBD/PdA)** (→ S. 30) umbenannt. An der Gründungsveranstaltung nahmen auch ehemalige Krefelder NPD-Mitglieder wie der bekannte **Volker Lachenicht** oder **Wolfgang Kantelberg**, späterer Gründer der **„Gylfiliten-Gilde"** (→ S. 34), teil. 1976 kam die NPD bei der Bundestagswahl auf nur 0,3% der Stimmen.

Jugendlicher Neuanfang in den 80ern

Zwar gab die Krefelder NPD auch in den 70ern immer mal wieder ein Lebenszeichen von sich, wirklich aktiv wurde sie aber erst wieder Anfang der 80er Jahre.

Manfred Rouhs, Schüler am Moltke-Gymnasium, brachte ab 1983 die als überparteilich beworbene Schülerzeitung **„Komet"** heraus (→ S. 44). Aber Rouhs war – mit kleiner Pause – Mitglied der Krefelder **JN** und wusste deren Inhalte geschickt in die Schülerzeitung einfließen zu lassen. Erst nachdem der „Antifaschistische Arbeitskreis Krefeld" diese Verbindung öffentlich gemacht hatte, fungierte die „Komet" ganz offiziell als JN-Schülerzeitung.

Rouhs übernahm angesichts des in NPD/JN-Kreisen als Erfolg angesehenen Zeitungsprojekts den Vorsitz der Krefelder JN. Zuvor hatte den Posten des JN-Stützpunktleiters der Krefelder **Bernd Lindenhahn** inne. Lindenhahn kehrte der NPD allerdings den Rücken und wendete sich der radikaleren **„Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP)** zu, für die er 1985 zur Landtagswahl antrat (→ S. 41). Seinen Nachfolger Manfred Rouhs bezeichnete er als „laffes Würstchen", das besser in die CDU passe.

Und tatsächlich versuchte Rouhs der JN ein gemäßigtes Image zu verpassen, was allerdings nur mittelmäßig funktionierte. Neben dem massiven Kleben von rassistischen und antiamerikanischen Aufklebern (insb. Horkesgath, Fischeln, Neue Linnerstr.) machte die JN immer wieder durch Kundgebungen und absurde Aktionen auf sich aufmerksam:

Als in der Nacht zum 6. Mai 1983 Autos und türkische Geschäfte in der Roßstraße mit Hakenkreuzen beschmiert wurden, verteilte die JN im Anschluss Briefe *„an alle Bewohner der Roßstraße"*, in welchen sie sich bereit zum Kampf *„gegen den Neonazismus"* erklärten und gleichzeitig 1000 DM Belohnung zur Ergreifung der Täter aussetzten.

Am 15. September 1984 besuchte der NPD-Landesvorsitzende **Gerlach** den Krefelder Theaterplatz. Ein Neonazi verletzte im Rahmen der Veranstaltung eine Gegendemonstrantin durch einen Tritt in die Magengegend.

Am 12. Dezember 1985 richtete sich Manfred Rouhs, zu dem Zeitpunkt bereits NPD-Bundestagskandidat, an das Krefelder Rathaus und forderte, die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers der Stadt Krefeld zu streichen.

Nachdem eine für den 16. November 1985 geplante JN-Kundgebung auf dem Neumarkt aufgrund der starken Gegenproteste fast gänzlich ins Wasser fiel, machten sich am 5. April 1986 etwa 20 JN-Mitglieder auf dem Neumarkt breit. Zuvor hatte der JN-Landeskongress in einer Gaststätte in Krefeld stattgefunden. Angekündigt waren 200–300 Personen, gekommen waren zwischen 40 (Polizeiangabe) und 120 (JN-Angabe). 20 Personen zogen auf den Neumarkt und bedrohten dort Personen an einem Infostand der SDAJ, unter anderem mit Tränengas.

Der Umzug Rouhs' nach Köln 1987 und die Gründung der **„Republikaner" (REP)** (→ S. 54) führte abermals dazu, dass die NPD in der Versenkung verschwand. Ohnehin wurde die Krefelder NPD/JN in den 80ern durch ein Netz an rechten Gruppierungen, Vereinen und Parteien übertönt (→ S. 40). Dieses Netz wurde allerdings maßgeblich durch ehemalige NPD/JN-Mitglieder wie **Bernd Lindenhahn** aufgebaut und aufrechterhalten. Die NPD selbst diente für viele Neonazis lediglich als Durchgangsstation. ■

Absurd:
Auf einer Veranstaltung der Krefelder Jusos im April 1983 berichtete ein Besucher, er sei von ehemaligen Mitgliedern der NPD/JN brutal zusammengeschlagen worden. Die Person entpuppte sich im Nachgang allerdings als der damalige JN-Stützpunktleiter Bernd Lindenhahn und die Geschichte als frei erfunden. Nachdem seine Erzählung in der Zeitung „Krefeld am Sonntag" erschien, stellte Lindenhahn einen Strafantrag wegen Verleumdung. Die JN brachte hierzu sogar eine Krefelder Sonderausgabe der bundesweiten Zeitung „Klartext" heraus.

Entwicklung der NPD nach '89: (→ S. 68)

rechtsterrorismus made in krefeld

Die Neonazi-Partei VSBD/PdA

1971 gründete Friedhelm Busse in Krefeld die sogenannte „Partei der Arbeit" (später VSBD/PdA), die eine zentrale Rolle in der rechtsterroristischen Szene in Deutschland spielte. Nach mehreren Schießereien und Banküberfällen verbot das Innenministerium die Partei im Jahre 1982.

Das Umfeld der PdA

Mitte/Ende der 60er erstarkte die organisierte extreme Rechte in Deutschland, was vor allem der 1965 gegründeten **NPD** zugutekam. Diese war zuversichtlich, in der Bundestagswahl 1969 eine zweistellige Prozentzahl erreichen zu können, musste sich aber mit nur 4,3% zufriedengeben. Das führte zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, dem Abwandern zahlreicher Parteimitglieder und der Neugründung aktionistisch geprägter Gruppierungen wie der **„Aktion Widerstand" (Aktion W)** (→ S. 25). Eine weitere, besonders militante und insbesondere in NRW aktive Gruppe, fungierte unter dem Namen **„Deutsch-Soziale Aktion" (DSA).**

Sowohl die DSA als auch die „Aktion W" machte 1970 und 1971 durch gewalttätige Übergriffe und Störaktionen unter anderem in Willich, Wuppertal, Bonn, Mönchengladbach, Düsseldorf, Dortmund und Köln von sich reden; immer mit dabei: **Friedhelm Busse.** Seine offene Gewaltbereitschaft sorgte schließlich für einen Ausschluss aus der NPD, die zu dieser Zeit noch sehr auf eine Außendarstellung als Ordnungspartei setzte. Im gleichen Zuge distanzierte sich die NPD auch von der anfänglich noch mitgetragenen „Aktion W".

Die Gründung der PdA

Am 17. Juni 1971 erfolgte dann der Zusammenschluss der beiden militanten Gruppierungen Aktion W und DSA: Unter dem Namen **„Partei der Arbeit - Deutsche Sozialisten" (PdA/DS)** gründeten sie eine eigene Partei, was insbesondere dem „Schutz der Einzelkämpfer" dienen sollte. Etwa 40 Personen fanden sich zur Gründungsveranstaltung in Krefeld ein.

Dass Busse ausgerechnet Krefeld als Ort wählte, ist wenig verwunderlich. Schließlich konnte er hier auf eine nennenswerte Anzahl an Mitstreitern zählen. Schon in den Vorjahren trat Busse regelmäßig als Gastredner bei Veranstaltungen der Krefelder NPD auf. Beispielsweise am 26. Mai 1969 im Gasthaus „Et Bröckske", am 29. Mai 1969 im Gasthaus „Auler" in Krefeld-Verberg oder am 18. Juni 1969 im „Tivoli Hagschinkel" in Krefeld-Uerdingen.

Nur drei Monate vor Parteigründung marschierte eine rechte Terrorgruppe aus Krefeld, ausgerüstet mit Schusswaffen und Munition, vor das Haus des damaligen SPD-Ministerpräsidenten Heinz Kühn, um ihn einzuschüchtern. In dieser Zeit kam es außerdem zu mehreren Angriffen auf das Krefelder DGB-Büro und das DKP-Büro, das schließlich in der Nacht vom 24. auf den 25. Januar 1971 vollständig in Brand gesetzt wurde. Beste Voraussetzungen also, um hier eine rechtsterroristische Partei zu gründen.

Zu dem rechtsterroristischen Kreis in Krefeld zählte der ehemaligen NPD-Kreisvorsitzende **Volker Lachenicht** (→ S. 28 & S. 92). Lachenicht war eines der 40 Gründungsmitglieder der PdA. Ebenfalls bei der Gründungsveranstaltung dabei: Der Krefelder und ehemalige NPD- und Aktion W-Aktivist **Wolfgang Kantelberg.** Auch Kantelberg war nach der Wahlniederlage aus der NPD ausgetreten, weil diese ihm zu links war (→ S. 34).

Erwähnenswert ist darüber hinaus die Anwesenheit von Peter Weinmann. Weinmann war in der Bonner Neonazi-

szene aktiv und V-Mann für drei verschiedene Geheimdienste, unter anderem das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Unter dem Spitzelnamen „Werner" sollte er für monatlich mindestens 600 DM (zzgl. Spesen und Sonderzahlungen) Informationen über die rechte Szene sammeln, die er teilweise illegal besorgte. Darüber hinaus betätigte sich Weinmann als Anheizer bei gewalttätigen Aktionen, also als „Agent Provocateur". Gelder, die er für seine Spitzeltätigkeit erhielt, flossen teilweise wieder zurück in die rechte Szene, unter anderem als Spende an die **„Wehrsportgruppe Hoffmann"** (→ S. 86).

Aber zurück nach Krefeld: Die 40 anwesenden Gründungsmitglieder wählten **Friedhelm Busse** zum 1. Vorsitzenden des „Zentralkomitees".

Die *„national-revolutionäre"* PdA verstand sich als *„politische Organisation des Volkssozialismus gegen kapitalistische und kommunistische Ausbeutung."* Zweimal gab sie als Parteiorgan die Zeitschrift **„Dritte Republik"** heraus.

Im Gegensatz zur massentauglichen NPD hatte die PdA ganz bewusst den Anspruch, eine neonazistische Kaderpartei zu sein. Ihre aktionistische Ausprägung führte sogar dazu, dass Busse sich mit der Baader-Meinhof-Gruppe solidarisierte.

Die „ANR" als Konkurrenz

Wirklich erfolgreich war die PdA nicht. Sie konnte ihre Mitgliederzahl nur auf 60 Personen erhöhen und war weit davon entfernt, das erwünschte Sammelbecken für Aktionsgruppen innerhalb und außerhalb NRWs zu sein. Erfolgversprechender war da die **„Aktion Neue Rechte" (ANR)**, die ebenfalls eine Sammlungsbewegung darstellen wollte.

Gegründet wurde die ANR von einem ehemaligen NPD-Bundesvorstandsmitglied im Januar 1972 in München. Dieser hatte gute Kontakte zu Friedhelm Busse und ernannte ihn zum NRW-Beauftragten der ANR. 1973 wurde Busse beim 1. ordentlichen Bundeskongress sogar in den Vorstand gewählt. Doch auch die ANR war von internen Differenzen geprägt und spaltete sich in „traditionelle Rechtsradikale" rund um den Gründer und „nationalrevolutionäre Rechte", die sich unter anderem unter dem Namen **„Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation" (NRAO)** neu organisierte. Richtig erholen konnte sich die ANR von dieser Abspaltung nicht und spielte in den Folgejahren keine nennenswerte Rolle mehr. 1976 war die ANR endgültig am Ende.

Friedhelm Busse wurde 1929 in Bochum geboren. Als Sohn eines SA-Sturmbannführers meldete er sich mit 15 Jahren freiwillig zur Waffen-SS und kämpfte als Panzerjäger gegen die vorrückenden Alliierten. Nachdem er sich in den Nachkriegsjahren in verschiedenen extrem rechten Gruppierungen betätigte (u.a.: DRP), trat er 1965 – also mit 36 Jahren – der NPD bei. 1971 gründete er in Krefeld die Vorgängerpartei der VSBD. Bild: „Vorwärts wir marschieren zurück"

Neuauflage als „VSBD/PdA"

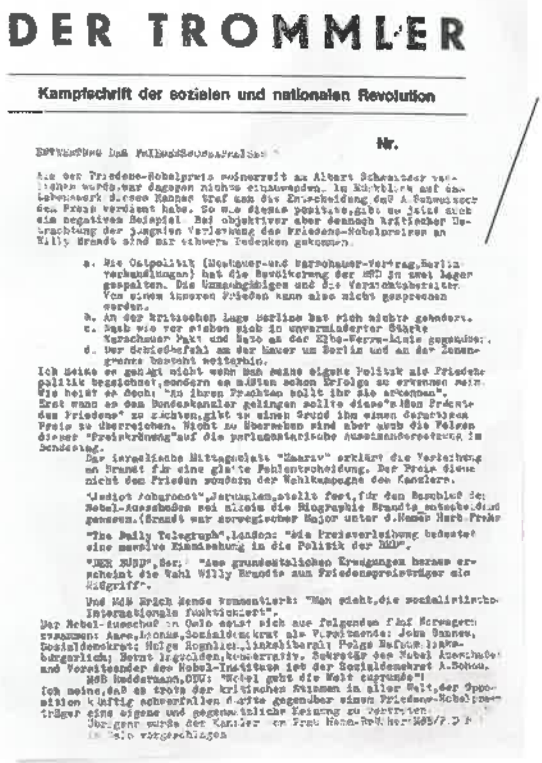
Während seiner Tätigkeit bei der ANR vernachlässigte Busse die in Krefeld gegründete PdA fast vollständig. Erst im Jahr 1975 versuchte er sie zu reanimieren – diesmal unter dem Namen **„Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit)" (VSBD/PdA)**. Es erschienen neue Ausgaben der Zeitschrift „Dritte Republik" und die Partei knüpfte Kontakte in ganz Deutschland (insb. Frankfurt und München). Als Logo nutzte die VSBD das Keltenkreuz und etablierte es nachhaltig als Symbol in der neonazistischen Szene.

In Krefeld gründete das aktive VSBD-Mitglied **Wolfgang Kantelberg** 1976 seine eigene rassistische Glaubensgemeinschaft mit dem Namen **„Gylfiliten-Gilde"** (→ S. 34) und fokussierte sich fortan nicht mehr auf seine Tätigkeiten in der VSBD. Überschneidungen waren aber weiterhin vorhanden und auch seine Mitgliedschaft blieb unangetastet. So sicherten Wehrsportgruppen aus dem VSBD-Umfeld die geheimen Gylfiliten-Treffen ab. Kantelberg bot den Nazis der VSBD im Gegenzug „religiöse Seminare" an und bezog die Rechtsterroristen in seine Gebete mit ein.

Die VSBD radikalisierte sich in den Folgejahren zunehmend, sowohl in der aggressiver werdenden Sprache, als auch in ihrem durch Schlägereien, Banküberfälle und Waffenschmuggel bestehenden Aktionismus. Unterstützung bekam sie von der **„NSDAP-Aufbau- und Auslandsorganisation" (NSDAP-AO)**, welche die VSBD als einzig wählbare Partei zur Erreichung des Nationalsozialismus nach Hitlers Vorbild bewarb. 1978 wurde die Wohnung des mittlerweile in München wohnenden Friedhelm Busse durchsucht. Seine Wohnung fungierte gleichzeitig als VSBD-Parteibüro.

→

Das Keltenkreuz als Logo der VSBD/PdA. Seit 1982 verboten.



DER TROMMLER

Kampfschrift der sozialen und nationalen Revolution

Nr.

[illegible]

Als der Friedens-Nobelpreis seinerzeit an Albert Schweitzer verliehen wurde, war dagegen nichts einzuwenden. Im Rückblick auf das Lebenswerk dieses Mannes traf man die Entscheidung daß A. Schweitzer den Preis verdient habe. So wie dieses positive, gibt es jetzt auch ein negatives Beispiel. Bei objektiver aber dennoch kritischer Betrachtung der jüngsten Verleihung des Friedens-Nobelpreises an Willy Brandt sind mir schwere Bedenken gekommen.

a. Die Ostpolitik (Moskauer- und Warschauer-Vertrag, Berlinverhandlungen) hat die Bevölkerung der BRD in zwei Lager gespalten. Die Unnachgiebigen und die Verzichtsbereiten. Von einem inneren Frieden kann also nicht gesprochen werden.
b. An der kritischen Lage Berlins hat sich nichts geändert.
c. Nach wie vor stehen sich in unverminderter Stärke Warschauer Pakt und Nato an der Elbe-Werra-Linie gegenüber.
d. Der Schießbefehl an der Mauer um Berlin und an der Zonengrenze besteht weiterhin.

Ich meine es genügt nicht wenn man seine eigene Politik als Friedenspolitik bezeichnet, sondern es müßten schon Erfolge zu erkennen sein. Wie heißt es doch: "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen". Erst wenn es dem Bundeskanzler gelingen sollte diese "süßen Früchte des Friedens" zu züchten, gibt es einen Grund ihm einen derartigen Preis zu überreichen. Nicht zu übersehen sind aber auch die Folgen dieser "Preiskrönung" auf die parlamentarische Auseinandersetzung im Bundestag.

Das israelische Mittagsblatt "Maariv" erklärt die Verleihung an Brandt für eine glatte Fehlentscheidung. Der Preis diene nicht dem Frieden sondern der Wahlkampagne des Kanzlers.

"Jediot Acharonot", Jerusalem, stellt fest, für den Beschluß des Nobel-Ausschusses sei allein die Biographie Brandts entscheidend gewesen. (Brandt war norwegischer Major unter d. Namen Herb. Frahm

"The Daily Telegraph", London: "Die Preisverleihung bedeutet eine massive Einmischung in die Politik der BRD".

"DER BUND", Bern: "Aus grundsätzlichen Erwägungen heraus erscheint die Wahl Willy Brandts zum Friedenspreisträger ein Mißgriff".

Und MdB Erich Mende kommentiert: "Man sieht, die sozialistische Internationale funktioniert".

Der Nobel-Ausschuß in Oslo setzt sich aus folgenden fünf Norwegern zusammen: Aase Lionäs, Sozialdemokrat als Vorsitzende; John Sannes, Sozialdemokrat; Helge Rognlien, linksliberal; Helge Refsum, linksbürgerlich; Bernt Ingvaldsen, konservativ. Sekretär des Nobel Ausschusses und Vorsitzender des Nobel-Instituts ist der Sozialdemokrat A. Schou.

MdB [illegible], CDU: "Nobel geht die Welt zugrunde"!

Ich meine, daß es trotz der kritischen Stimmen in aller Welt, der Opposition künftig schwerfallen dürfte gegenüber einem Friedens-Nobelpreisträger eine eigene und gegensätzliche Meinung zu vertreten.

Übrigens wurde der Kanzler von [illegible] in Oslo vorgeschlagen

Das Presseorgan „Der Trommler" der Volkssozialistischen Jugend Krefeld.

keltenkreuz statt hakenkreuz

Mit dem Verbot vieler Symbole aus der NS-Zeit kreierte die rechte Szene eigene Codes oder funktionierte bereits bestehende Symbole zu ihren Zwecken um. Das Keltenkreuz als Alternative zum Hakenkreuz wurde durch die VSBD in Deutschland etabliert. Der Taschenspielertrick dahinter: Die VSBD betont eine angebliche enge Beziehung zwischen den Kelten und Germanen, genau genommen eine „Rassengleichheit" und lobt das „nordische Wesen". Definiert werden die Kelten in alter rassistischer Manier anhand ihrer äußerlichen Merkmale wie Größe, Hautfarbe oder Körperform. Dabei sind die den Kelten zugeschriebenen Merkmale identisch mit denen, die Hitler der arischen Rasse zusprach. Die Benutzung des Keltenkreuzes kann daher als taktisches Vorgehen angesehen werden, unterschwellig die alten Inhalte aus der NS-Zeit zu vertreten, ohne dabei vorbelastete Begriffe wie „Arier" oder eindeutige Symbole zu verwenden.

Für die VSBD war das Keltenkreuz darüber hinaus ein *„Zeichen der europäischen Solidarität"*, wie es in einem internen Schulungsbrief heißt. Es soll die Gemeinsamkeit europäischer Faschisten demonstrieren, die sich nur zusammen gegen einen äußeren Feind, den Bolschewismus, wehren könne.

1980 gründete sich eine eigene Jugendorganisation **„Junge Front"** mit deutschlandweit etwa 150 Mitgliedern. In **Krefeld** war die VSBD-Jugend hingegen unter dem Namen **„Volkssozialistische Jugend Krefeld" (VJK)** aktiv. Als Presseorgan veröffentlichte sie eine *„Kampfschrift der sozialen und nationalen Revolution"* unter dem Titel **„Der Trommler"**; nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Zeitschrift des **„Bundes Heimattreuer Jugend"**. In „Der Trommler" schrieb das anonyme Herausgeberkollektiv:

„Wir wollen Sprachrohr eines neuen Sozialismus sein, eine Synthese aus links und rechts, die autoritäres Unrecht in jeder Form bekämpft. Wir können eine andere Gangart erzwingen, wenn wir uns frei machen von den alten Schablonen wie links und rechts." Als sozialistisch betitelte sich die VJK, weil sie *„hemmungsloses Profitstreben gewissenloser Geschäftsmacher auf Kosten des Volkes"* hasste.

Im Jahr 1981 verfügte die VSBD/PdA über mehrere Landesverbände und Stützpunkte, ihre Tätigkeiten fokussierten sich allerdings hauptsächlich auf Bayern und Hessen. Die NRW-Landesgruppe war zu diesem Zeitpunkt kaum noch aktiv. Angaben zur bundesweiten Mitgliederzahl schwanken zwischen 50 (bayerischer Verfassungsschutzbericht 1980) und 1000 (Antwort auf eine SPD-Anfrage 1981). Realistisch ist eine Anzahl von etwa 200 Personen mit einem jungen Durchschnittsalter.

Verbot und Nachfolgegruppen

Schon Anfang 1980 wurden aufgrund vorangegangener blutiger Auseinandersetzungen erste VSBD-Veranstaltungen verboten. 1981 wurden sechs Mitglieder der Partei wegen gemeinschaftlichen schweren Landfriedensbruchs zu Bewährungsstrafen verurteilt. Ausschlaggebend für das später folgende Parteiverbot waren allerdings zwei Vorfälle:

Am 24. Dezember 1980 wurde das mehrfach vorbestrafte VSBD-Mitglied Frank Schubert – bis Sommer 1980 VSBD-Funktionär – beim Waffenschmuggel in Waldshut/Rhein gefasst. Dabei erschoss er einen Schweizer Polizisten, einen Schweizer Grenzbeamten, verletzte zwei weitere Beamte schwer und beging anschließend Selbstmord. Das verlieh Schubert eine Märtyrerrolle in der rechten Szene. So hielt beispielsweise der **„Ku-Klux-Klan West Germany"**, zu dem Schubert gute Kontakte pflegte, einen „Frank-Schubert-Gedächtnismarsch" ab und legte eine Gedächtnistafel an.

Am 20. Oktober 1981 stellte die Polizei in München fünf bewaffnete Neonazis, die verdächtigt wurden, auf dem Weg

zu einem Banküberfall gewesen zu sein. Durch mehrere Polizeischüsse – einige Quellen berichten von einer Handgranate – starben zwei der Neonazis. Die weiteren Personen, und dazu zählte auch Friedhelm Busse, wurden verhaftet. Anschließend ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen elf Personen, auch hier inklusive Friedhelm Busse, wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Am 27. Januar 1982 verbot der Bundesminister des Inneren die VSBD und ihre Jugendorganisation „Junge Front" in West-Berlin, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Niedersachsen. In NRW bestand zu diesem Zeitpunkt kein Landesverband mehr. Klagen gegen dieses Verbot waren nicht erfolgreich.

Die VSBD-Mitglieder verbündeten sich mit der ebenfalls verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann unter dem Namen **„Nationale Aktivsten"**. Ende 1982 gründeten sie gemeinsam mit der terroristischen ANS die **„Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten" (ANS/NA).** (→ S. 40)

Am 25. November 1983 wurde Friedhelm Busse im Zuge eines der größten Prozesse gegen Neonazis u. a. wegen Begünstigung von Bankräubern und Verstößen gegen das Waffengesetz zu drei Jahren und neun Monaten Freiheitsentzug verurteilt.

Im Herbst 1986 konnte Busse das Gefängnis verlassen und betätigte sich wieder in der Neonaziszene. Die ANS/NA war mittlerweile ebenfalls verboten worden, sodass sich die Mitglieder fortan in der **„Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP)** wiederfanden. Auch Busse wurde nach seiner Freilassung hier tätig. In Krefeld beteiligte sich vorwiegend **Bernd Lindenhahn**, ehemaliges NPD/JN-Mitglied, am Aufbau der FAP (→ S. 41). Nachdem auch die FAP 1995 verboten wurde, kehrte Busse in seinen letzten Lebensjahren († 2008) zur NPD zurück. ■

pseudo-antikapitalismus / von rechts

Das Programm der VSBD zeichnete sich durch eine pseudo-antikapitalistische Phraseologie aus. Die Mitstreiter nannten sich „Volkssozialisten" und verstanden sich teilweise als *„linke Leute von rechts"*. Kein neues Phänomen:

Die Thematisierung der „sozialen Frage" war bereits Ende des 19. Jahrhunderts Bestandteil der Agitation gegen die Moderne und die Umwälzung der als „natürlich" empfundenen feudalen Ordnung. Kapitalismus und seine Folgen galten in diesem Kontext als Symptome kulturellen Verfalls. Auch Teile der „Konservativen Revolution" vertraten in der Weimarer Republik diese Ansicht.

1925 bei einer Arbeitstagung der NSDAP in Hannover legte der später aus der Partei ausgeschlossene Dr. Otto Strasser ein Programm vor, das das 25-Punkte-Programm der NSDAP aus dem Jahr 1920 antikapitalistisch präzisieren sollte. Hier war, neben der Stärkung der Volksgemeinschaft, der Entrechtung der Juden und imperialistischer Bestrebungen, auch die Rede von der *„Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens"*, *„Brechung der Zinsknechtschaft"*, Verstaatlichung von Betrieben, Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinnen von Großunternehmen und der Enteignung von Land für gemeinnützige Zwecke.

„Arbeit" wurde hier mit dem „deutschen Wesen" verbunden, während Müßiggang und Einkommen ohne Arbeit (vornehmlich durch Zinsen) auf Juden, Sinti und Roma und andere Gruppen projiziert wurden. Der „deutschen (Wert-)Arbeit" stand das produktive, „schaffende" Kapital (also die deutschen Unternehmer) zur Seite, welches durch das unproduktive, „raffende" Kapital (also das ausländische, jüdische Kapital) bedroht würden. Der zentrale Konflikt verläuft hier also nicht zwischen Kapital und Arbeit, sondern zwischen deutschen Arbeitern und Unternehmern auf der einen und jüdischen, englischen usw. Arbeitern und Unternehmern auf der anderen Seite. Sozialistisch im eigentlichen Sinne war an dem Programmentwurf freilich nichts. Das Bekenntnis zum privaten Unternehmertum war darin ebenso enthalten wie die Forderung nach *„Einführung eines organisch aufgebauten Ständesystems anstelle des konstruierten Parlamentarismus"*.

Der auf die Brüder Gregor und Otto Strasser zurückgehende „Strasserianismus" ist heute Stichwortgeber für „nationalrevolutionäre" Anhänger des „Dritten Weges", also eines deutschen Sozialismus zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sowie Protagonisten der Querfront, die von ihrer eigenen Klientel mithin als „Nationalbolschewisten" tituliert werden.

Die Parole *„Für die Unterdrückten! Gegen die Ausbeuter!"* stellte beispielsweise den Untertitel der NPD-Broschüre der „Antikap-Kampagne" zum G8-Gipfel 2007 dar und wurde direkt von einer Werbekampagne der NS-Zeitung „Der Angriff" übernommen. Die Antikap-Broschüre wurde außerdem mit einem Zitat Gregor Strassers eingeleitet. Die letzte Seite der Broschüre mit der Losung *„Nationale und sozialistische Revolution jetzt!"* zierte das Konterfei Ernst Röhms, der bis 1934 die Sturmabteilung (SA) der NSDAP angeführt hatte. Teile der damaligen SA beklagten, dass nach der erfolgreichen nationalistischen Revolution der NSDAP eine zweite Revolution – die sozialistische – hätte folgen müssen, um einer „Verbonzung" der Partei entgegenzuwirken. Diese Auffassung wird auch von heutigen Neonazis vertreten.

Theoretisch ergänzt wird diese programmatische Verschiebung rechter Kreise weg von Hitler hin zum „nationalen Sozialismus" seit Ende der 1960er Jahre durch den Kopf der französischen „Neuen Rechten", Alain de Benoist (→ S. 48), dessen Einfluss auch auf die deutsche rechte Szene inzwischen deutlich größer sein dürfte als der Strassers.

Wolfgang Kantelberg, Gründer der Gylfiliten. Bild: M. Papirowski in: „Publik-Forum"

neuheidnischer antisemitismus

Die Gylfiliten-Sekte

Von 1976 bis in die 90er-Jahre trieb die von Wolfgang Kantelberg gegründete heidnisch-germanische Glaubensgilde „Gylfiliten" in Krefeld ihr Unwesen. Die Sekte war nicht nur zutiefst rassistisch und antisemitisch, sondern verfügte auch über beste Verbindungen in die neonazistische Szene. Neben Alt-Nazis und Germanentümlern fanden die Gylfiliten vor allem bei jungen gewalttätigen Neonazis Zulauf, die ihre rassistischen Taten religiös begründet wissen wollten.

Die Vita des Gründers

Wolfgang Kantelberg betätigte sich Ende der 60er wie die meisten deutschen extrem Rechten in der aufstrebenden **NPD**. Aufgrund der unerwarteten Wahlschlappe 1969 (→ S. 26) und der angeblich „zu linken" Politik der NPD kehrte er ihr Anfang der 70er den Rücken zu und wurde in der **„Aktion Widerstand"** (→ S. 25) aktiv. Zu dieser Zeit drang Kantelberg in die Düsseldorfer Staatskanzlei des Ministerpräsidenten Heinz Kühn ein und wurde vorübergehend festgenommen.

1971 war er Gründungsmitglied der in Krefeld ins Leben gerufenen **„Partei der Arbeit (PdA)"** (→ S. 30). Gleichzeitig suchte er die Nähe zum neugermanisch-nazistischen Sektenspektrum. Mit dem **„Nordbund"** – Mitglied des **„Arbeitsrings deutscher Gemeinschaften"** – war schon 1961 eine solche Gruppe in Krefeld aktiv gewesen. Seine vorzeitige Heimat fand Kantelberg aber im **„Goden-Orden"**, der damals mit etwa 400 Mitgliedern schlagkräftigsten Germanen-Truppe. Hier betätigte er sich als Autor in der Zeitschrift **„Kosmische Wahrheit"**, in der unter anderem über den *„arischen Jesus"* geschrieben wurde.

1975 spaltete Kantelberg („Bruder Wali") sich langsam von den Goden ab und gründete 1976 mit der **„Gylfiliten-Gilde"** seine eigene Gemeinschaft. Beheimatet war diese – ebenso wie Kantelberg selbst – in Krefeld-Gatherhof. Unterstützt wurde er unter anderem von **Günter Sadlowski** („Bruder Mimir"), damaliger Bauingenieur beim Stadtbauamt Krefeld und Funktionär sowie Ex-Bundestagskandidat der NPD und **Alfons Libisch** („Bruder Forseti"), ehemaliger SS-Mann und „Blumen-Gärtner" (so sagte er es selbst) im KZ Auschwitz.

Ritueller Kitsch

Der „Kultleiter" Kantelberg gab seit Gylfiliten-Gründung die Zeitschrift **„Odrörir"** sowie diverse Schulungsbriefe (insg. mehrere hundert Ausgaben) heraus. Darin findet sich ein kaum zu durchschauendes Wirrwarr über Sonnenbahnen, Tierkreiszeichen, Mondzahlen, kosmisches Bewusstsein, Zwerge, Odin, Lebenswasser, Runen, Blutopfer, Körperpole, Wetzsteine und die Illuminaten. Beim Anblick der Zeremonien kann man schon mal ins Schmunzeln kommen, wenn Kantelberg in Fantasiesprache („Diutisk") predigt und eine schwarz-weiß-rote Fahne mit dem Hammer des germanischen Gottes Thor

Wolfgang Kantelberg, übergibt „Bruder Willi" anlässlich seines Geburtstages ein Horn. Bild: Dokumentation „Wotans Wiederkehr"

Ein Gylfiliten-Mitglied köpft als Routine-Ritual mit einer Axt ein Huhn. Bild: Dokumentation „Wotans Wiederkehr"

berührt. Oder die anwesenden Gylfiliten aus einem Kuhhorn trinken, während sie „Odins Helm" tragen.

Doch man sollte der Versuchung widerstehen, in den Gylfiliten nur eine zu belächelnde Spinnergruppe zu sehen. Das wird schon bei den Ritualen deutlich. Vor laufenden Fernsehkameras köpften sie in einem Waldstück ein Huhn, ließen das Blut in einen Becher tropfen und sangen dann rund um ein Feuer ein Lied mit dem Text *„Ich schwöre auf den Heiligen Stein. Ich bin stolz ein Deutscher zu sein"*. Darüber hinaus sollen bei den jährlich stattfindenden „Ostara-Things" auch mal Verräter symbolisch an einer Holzstange verbrannt oder Waffen geweiht worden seien.

„~~Marx und Moses haben das Ziel der Weltversklavung und die Juden ernten das, was sie selber gesäht haben.~~"

— Kantelberg

Die antisemitische Ideologie

Für die Gylfiliten stellte das Hakenkreuz ein religiöses Heils- und Meditationszeichen dar. In einem Leserbrief an die WZ 1985 erklärte Gylfilit **Achim Spitz**, dass die Gylfiliten entgegen einem WZ-Artikel Adolf Hitler nicht als Propheten ansehen, sondern König Gylfi. Hitler solle allerdings einen herrlichen Platz an der Heldentafel Odins im Himmel Walhalla eingenommen haben. Er diene als *„Fürsprecher vor den Göttern"*, den die Gylfiliten mit den Worten anriefen: *„Adolf, Bete zur Einheit Deutschlands!"*

Kantelberg erklärte dazu: *„Man muss ja festhalten, dass ohne Hitler die jüdische, also die bolschewistische Weltrevolution vollendet gewesen wäre. Hitler hat also praktisch verhindert, dass die Welt versklavt wurde. Marx und Moses haben das Ziel der Weltversklavung und die Juden ernten das, was sie selber gesät haben."* Als überzeugter Antizionist solidarisierte Kantelberg sich im selben Atemzug mit den Palästinensern. Und auch wenn Kantelberg verlauten ließ, *„persönlich nichts gegen Juden zu haben"*, so konnten Juden selbstverständlich nicht Mitglied bei den Gylfiliten werden. In Ausgabe 122 der „Odrörir" wurde dies so erklärt: *„Die Juden sind die Todfeinde von uns Götterverehrern und zwar, weil sich die Aggression von ihnen gegen uns ausrichtet, wie die Bibel schwarz auf weiß bestätigt."*

Den Gylfiliten zufolge passte weniger das aus dem Judentum hervorgegangene Christentum als vielmehr das Heidentum zum deutschen Wesen. Es habe nur noch eines (erfolgreichen) dritten Weltkrieges bedurft, damit die germanischen Götter wieder zurückkehrten. Hier wird auch deutlich, weshalb die Gylfiliten-Gilde nicht nur als geschlossene rassistische und antisemitische Gemeinde fungierte, sondern enge Kontakte zu neonazistischen Gruppierungen in ganz Deutschland pflegte.

Neonazistische Verknüpfung

Die Gylfiliten waren überzeugt, dass die Jugend für den Neonazismus nur noch über die Religion zu gewinnen gewesen →

sei. Mit Reisen und Wandern wollten sie darüber hinaus die Abenteuerlust insbesondere von Schülern ansprechen; eine Taktik, die man auch bei anderen rechten Gruppierungen wie der **„Wiking Jugend“ (WJ)** (→ S. 43) findet. Zur WJ gehörten damals auch Kantelbergs Kinder Thora, Thorsten und Thorwald. Kantelberg selber war Mitglied beim FAP-nahen **„Deutschen Jugendbund Westmark“ (DJB)**. Über seine vergangenen Tätigkeiten in der neonazistischen Szene verfügte Kantelberg darüber hinaus über weitreichende Kontakte, die auch im Alltag der Gylfiliten-Gilde eine zentrale Rolle spielten.

Ende der 70er hatten die selbst in der rechten Szene als gefährlich geltenden Gylfiliten eine eigene Wehrsportgruppe, die **„Sportgruppe West“**. Kantelberg leitete außerdem die Wehrsportgruppe **„Deutscher Jugendbund“**. Später war es eine Wehrsportgruppe des **VSBD-Gründers Friedhelm Busse**, die regelmäßig den „Thingplatz“ abschirmte. Im Gegenzug veranstaltete Kantelberg religiöse Seminare für Jung-Nazis. Auch der Vorsitzende der Krefelder **NPD**-Nachwuchsorganisation **„Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Manfred Rouhs** (→ S. 44) war 1985 einmal Gast bei den Gylfiliten. Vermutlich in den 80ern wurde auch Kantelberg wieder Mitglied bei der **NPD**. Ferner verfügte Kantelberg über Kontakte zu englischen Neofaschisten, die zum Kampftrinken auch mal nach Krefeld zu einem „Seminar“ auf der Gladbacher Straße kamen.

Dass die neuheidnische Sekte keinesfalls ein isoliertes Grüppchen darstellte, zeigte auch ein Blick in die **„Odrörir“**-Hefte. Hier waren regelmäßig Werbeanzeigen für die **WJ** und die **„Bürgerinitiative Deutsche Arbeiterpartei“ (BIDAP)** (→ S. 41) abgedruckt.

Werdegang und Nachlass

Aus heutiger Sicht ist es erstaunlich, wie lange sich die Gylfiliten mit einem solch abstrusen Programm halten konnten. Gegründet 1976 fanden sie auch zehn Jahre später noch mediale Aufmerksamkeit. So zum Beispiel 1986, als **Simon Wiesenthal** („Eichmann-Jäger“) **Wolfgang Kantelberg** wegen Volksverhetzung verklagte. In der Zwischenzeit hatten sich auch in Frankfurt, Stuttgart, München, Wien und sogar Paraguay und Argentinien Gylfiliten-Gruppen gegründet. Die Mitgliederzahl wurde zwischenzeitlich auf bis zu 1000 geschätzt, in Krefeld schwankte die Angabe zwischen 40 und 100 Personen. Nachdem neuheidnische Sekten wie die Gylfiliten in den 80ern einen regelrechten Boom verzeichnen konnten, kamen die meisten Gruppierungen in den 90ern nach und nach zum Erliegen. Die ihnen zugrunde liegende Blut-und-Boden-Ideologie und das rassistische Germanenbild spielt zwar auch heute noch eine wichtige Rolle im Neonazismus, doch der von den Gylfiliten praktizierte Kult-Kitsch wird – zumindest öffentlich – kaum noch zur Schau gestellt.

Dafür lässt sich in Zeiten des Internets eine Renaissance von Verschwörungstheorien erleben, insbesondere die Vorstellung einer (jüdischen) Weltverschwörung. Artikel und Zeichnungen aus den alten **„Odrörir“**-Zeitungen, in denen das „allsehende Auge der Illuminaten“ in allen möglichen Logos und Formen wiedererkannt wird, könnten heute 1:1 auf Youtube zu sehen sein und hunderttausende Klicks sammeln. Auch wenn die Gylfiliten schon seit über 20 Jahren der Vergangenheit angehören und ihre Rituale heute vorwiegend Kopfschütteln hervorrufen, sind ihre Themen noch so aktuell wie vor 20 oder 100 Jahren. ■

Übrigens

Neben den Gylfiliten waren etwa zehn weitere völkisch-rassistische Sekten wie der **Armanen-Orden**, der in Krefeld gegründete **Nordbund** oder die **Artgemeinschaft** in Krefeld aktiv. Ebenso zahlreiche weitere religiöse Sekten, wie der „Arbeitskreis Jugendsekten“ des evangelischen Jugendreferats 1984 publik machte:

Scientology Church
Eckankar
Transzendentale Meditation
Krsna Bewegung
Rajaneesh Bewegung
Sri Chinmoy Zentren
Vereinigungskirche / Moon-Sekte
Heimholungswerk Jesu Christi
Zeugen Jehova
Freie Volksmission Krefeld

Die Gylfiliten zeigen beim „Ostara-Thing" den Hitlergruß.
Bild: WZ, 22.3.85

esoterik, neuheidentum & die extreme rechte

Esoterik wird heutzutage gleichbedeutend mit den Begriffen „New Age" oder „Okkultismus" verstanden und steht für eine große Zahl an unterschiedlichen Lehren und Weltanschauungen, welche die Suche nach innerer Erkenntnis und Antworten auf die Schlüsselfragen der Menschheit zum Ziel haben, die man außerhalb rationaler und wissenschaftlicher, aber auch etablierter religiöser Erklärungsmodelle zu finden sucht. Dadurch haben esoterische Weltanschauungen einen absoluten Wahrheitsanspruch gemeinsam, ohne dabei einer einheitlichen Lehre zu folgen.

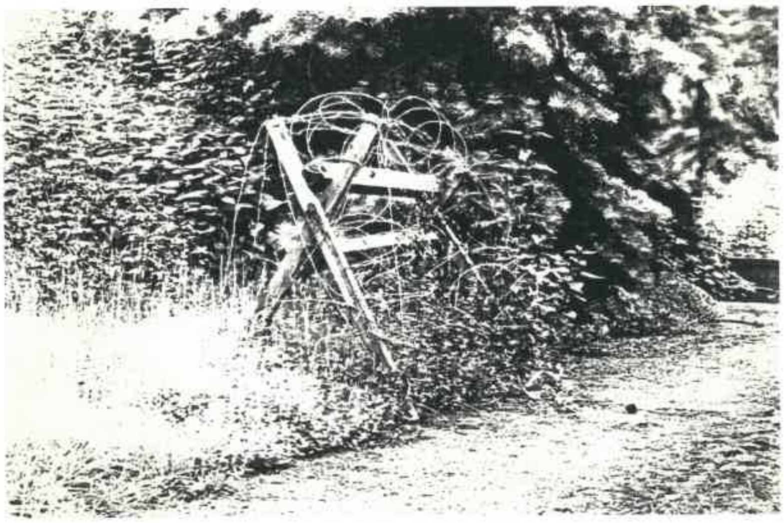
Esoterik wird in der allgemeinen Wahrnehmung zwar eher belächelt, gilt aber als weiche und damit harmlose Disziplin und als Gegenkonzept zu unserer techniklastigen Umwelt und einem als abstrakt wahrgenommenen Wirtschaftssystem. Deswegen verwundert es nicht, dass sich die Esoterik gerade in Zeiten von Umbrüchen, wirtschaftlichen Veränderungen und Krisen großen Zuwachses erfreut.

Eine Besonderheit stellt die braune/rechte Esoterik dar, die ihre Anfänge im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert hat und als Reaktion auf den vergleichsweise spät aufkeimenden Liberalismus in Deutschland und Österreich entstanden ist. Hierin verbinden sich rassetheoretische und sozialdarwinistische Vorstellungen dieser Zeit mit esoterischen Konzepten, die bereits in ihrer Überidealisierung von Natur und dem karmischen Denken in vorbestimmten Schicksalen ihre Anlagen findet. Ebenso findet eine Rückbesinnung auf eine vermeintliche, bis weit in die Vergangenheit reichende nordisch-deutsche Rasse und Kultur statt, welche ein hohes spirituelles Bewusstsein besitzen soll.

Diese Kultur sieht man vor allem durch fremde Völker bedroht, die als spirituell minderwertig betrachtet werden, sowie die Moderne – die häufig mit Jüdinnen und Juden in Zusammenhang gebracht wird –, welche das Glück des Individuums in den Mittelpunkt stellt und es aus seinem naturwüchsigen Zustand befreit. Ein solcher Individualismus wird als oberflächlich und materialistisch abgelehnt, weil er das Bewusstsein zu seinem spirituellen Selbst aushöhle.

Antisemitische Komponenten finden sich zudem in dem Glauben, dunkle Mächte würden diese Bedrohungen gezielt einsetzen, um die Herrschaft über das eigene, als erhaben empfundene Volk oder gar die Welt auszuüben. Nicht selten wurde das Judentum als wurzellos betrachtetes Volk direkt benannt. Im Nationalsozialismus spielte die rechte Esoterik zwar eine untergeordnete Rolle, wurde teils sogar bekämpft, bei bestimmten Akteuren, wie etwa dem Reichsführer SS Heinrich Himmler, jedoch stark befürwortet. Teilweise bediente man sich seiner Symboliken, wie den germanischen Runen und der Schwarzen Sonne. Moderne Formen der rechten Esoterik finden sich heute hauptsächlich im verschwörungsideologischen Milieu.

Ähnlich verhält es sich mit dem Neuheidentum, mit dem es teilweise Überschneidungen und gegenseitige Beeinflussung mit der rechten Esoterik gibt. Das Neuheidentum ist in seiner politischen Ausrichtung sehr vielfältig und deswegen nicht per se im extrem rechten Kontext einzuordnen, gilt aber vielen Rechten als Teil des ideologischen Überbaus. Grund dafür ist das Berufen auf eine jedem eigenen Volk zugehörige Religion, die sich natürlich aus der eigenen Kultur und dem eigenen Lebensraum ergebe. In diesem Zusammenhang übernimmt das Neuheidentum die Rolle einer Ersatzreligion zum Christentum, welches seine Wurzeln und Traditionen im orientalischen Judentum hat und deswegen im zentral- und nordeuropäischen Raum als aufgezwungen und kulturfremd angesehen wird. Antisemitische Motive spielen auch hier eine nicht unerhebliche Rolle. Da es nur wenige Überlieferungen über die genaue Ausübung der heidnischen Religion und Riten der Germanen gibt, lässt sich diese Leerstelle mit eigenen romantisierten und ideologischen Vorstellungen füllen. Viele Vorstellungen decken sich mit denen der rechten Esoterik: die Vorstellung der besonderen spirituellen Nähe einer eigenen Art oder Rasse, die Unterscheidung in reine und unreine Völker, ein naturwüchsiger Zustand, in dem das Recht des Stärkeren gilt und gesellschaftliche Rollen, zum Beispiel unter den Geschlechtern, die klar definiert sind. Durch ein gemeinsames Brauchtum – etwa dem Feiern heidnischer Feiertage und dem Besuch von Kultstätten – schafft man das Gefühl einer eigenen und in sich geschlossenen Volksgemeinschaft.



Das von Harald Winter ab 1993 angemietete Übungsgelände in Neuss.

wehrsport in krefeld

Die NS-Kampfgruppe Winter

Die Neonazi-Szene der 70er-Jahre wurde durch sogenannte Wehrsportgruppen geprägt, also paramilitärische, extrem rechte Gruppen, die das Gewaltmonopol der Bundesrepublik nicht anerkannten und sich auf einen bewaffneten Kampf vorbereiteten. Die wohl bekannteste stellte die in Nürnberg beheimatete „Wehrsportgruppe Hoffmann" dar. Aber auch im Raum Krefeld/Fischeln/Willich existierte mit der „NS-Kampfgruppe Winter" eine solche Gruppierung.

Das Umfeld

Die **Kampfgruppe Winter** gründete sich 1976/77 in Willich. Öffentlich in Erscheinung trat sie erstmals Mitte 1977 im Krefelder „Stadtanzeiger". Darin bewarb sie sich selbst als *„Konservative Sportgruppe, die gegen alles, was irgendwo links steht, arbeitet"*. Zuvor war die Gruppe unter dem Namen **„Bund deutscher Jugend"** bereits durch neonazistische Aktivitäten in Willich auffällig geworden.

Angeführt wurde die Truppe vom Willicher **Harald Winter**. Winter verfügte über beste Kontakte zu **Wilhelm Heinrich Wübbels** aus Bocholt, ehemaliger SS-Mann und Führer der 1975 neu gegründeten **NSDAP**, sowie (Mit-)Herausgeber der **„Nationalsozialistischen Reichszeitung – Wille und Weg"**. In dieser Zeitschrift konnte man auch Näheres über die Ideologie der NS-Kampfgruppe Winter erfahren:

„Wir wollen keinen Ruhm, wir wollen den Sieg für unsere Sache. Freiheit – Selbstbestimmung – Wiedervereinigung! Freiheit = Besatzer raus! Parteien weg! Verräter tot!"

~~„Freiheit = Besatzer raus! Parteien weg! Verräter tot!"~~

Die Kampfgruppe Winter gehörte zum „Gau Rheinland" der **„Reichsleitung der NSDAP"** und war für den Bereich Krefeld/Viersen zuständig. Darüber hinaus pflegte sie eine enge Verbindung zur **„Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten" (ANS/NA)** (→ S. 40).

Aktivitäten

Die Gruppe rund um Harald Winter bestand vorwiegend aus Krefelder, Fischelner, Willicher und Viersener Neonazis. Die Gaststätte „Heidekrug" auf der Krefelder Straße – nur 300 Meter vom Wohnhaus Harald Winters entfernt – diente als Clubraum und regelmäßiger Treffpunkt. Hier wurden NS-Propagandamaterial und eine Mitgliederkartei von bis zu 50 Neonazis aufbewahrt.

Zu „Wehrübungen" trafen die Neonazis sich auf einem Gelände in Anrath-Vennheide, das ein älterer Mann zur Verfügung stellte. Gemeinsam mit der **„Wehrsportgruppe Hoffmann"** und anderen neonazistischen Gruppen führten sie hier Schießübungen und Manöver durch.

Im April und Juni 1978 traten sechs uniformierte Mitglieder provokativ in die Öffentlichkeit, womit sie es sogar in den Verfassungsschutzbericht NRW schafften: Im Juni marschierten sie in SA-Uniform und ausgerüstet mit Karabinern (Militärgewehre) über die Krefelder Hochstraße und sangen dabei Kampflieder aus der Hitlerzeit, unter anderem mit dem Liedtext: *„Ja wir hauen auf die Juden drauf am Tag der Revolution"*. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung fanden die Beamten weitere Karabiner und Seitengewehre, außerdem wurden Hieb- und Stichwaffen sichergestellt. Zwei Jahre später wurden Harald Winter und drei weitere Gruppenmitglieder dafür wegen Volksverhetzung zu Geldstrafen bis zu 2700 DM verurteilt.

Ebenfalls im Sommer 1978 hielten Mitglieder der Gruppe in der Krefelder Innenstadt PKWs an und verteilten den **„NS-Kampfruf"** der **„NSDAP-Aufbau- und Auslandsorganisation" (NSDAP-AO).**

Ende der 70er schaffte es ein antifaschistischer Krefelder, sich in die Kampfgruppe einzuschleusen. Im Juli 1979 übergab er seine Informationen an die Krefelder Kriminalpolizei. Doch weder das noch die Verurteilung setzten dem Treiben ein Ende.

Nach weiteren Übungen in Fischeln, an den Rheinwiesen und sogar in Belgien brannte Mitte 1982 der Bauernhof des alten Mannes, dem das Übungsgelände in Anrath gehörte, auf mysteriöse Weise ab. In der Umgebung des Bauernhofes wurden neonazistische Parolen geschmiert. Im Anschluss führte die Kampfgruppe Winter ihre Wehrübungen in einem Garten im Raum Willich durch.

Für den 3. November 1982 lud die Truppe u. a. die **„Wehrsportgruppe Fulda"** rund um den Neonazi-Führer **Thomas Brehl** zu einer gemeinsamen Tagung in Willich ein. In der darauffolgenden Nacht überraschte die Polizei zehn Personen (14 – 27 Jahre), die gerade im „Heidekrug" übernachteten. Die Personen aus Hessen und NRW führten SS-Fahnen und nationalsozialistische Literatur mit sich.

Weiter unter neuen Namen

1983 löste sich die Kampfgruppe Winter offiziell auf, beziehungsweise benannte sich um. Die ehemaligen Mitglieder waren nun unter dem Namen **„Bund der Aufrechten"** aktiv und fühlten sich insbesondere der im selben Jahr verbotenen **ANS/NA** zugehörig, die mit der **„NA-28 Krefeld"** kurzzeitig über eine eigene ANS/NA-Truppe in Krefeld verfügte. Nach dem Verbot der ANS/NA widmeten sich die Mitglieder der ehemaligen Kampfgruppe Winter deren inoffizieller Nachfolgepartei **„Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP)** (→ S. 41).

Als 1984 der ehemalige ANS/NA-Vorsitzende Michael Kühnen verhaftet wurde, marschierte die Gruppe durch Willich und sang dabei das faschistische Horst-Wessel-Lied und alte Nazi-Lieder mit Texten wie *„Wir werden weitermarschieren bis alles in Scherben fällt"*.

Spätestens seit 1985 war Harald Winter dann ganz offiziell als Funktionär bei der **FAP** aktiv. 1988 beteiligte er sich an der Gründung des **„Freundeskreis Deutscher Sozialisten" (FDS)** mit Sitz in Krefeld. Die etwa 40 Mitglieder starke Gruppe brachte anfangs das Mitteilungsblatt **„Der Deutsche Sozialist"** und ab 1989 die Zeitschrift **„Die Tatgemeinschaft"** heraus, für die sich Harald Winter verantwortlich zeigte. Der FDS stellte eine Untergruppierung der FAP für den Bezirk „Linker Niederrhein" (Krefeld, Mönchengladbach, Viersen) dar. Auch „Die Tatgemeinschaft" wurde vorwiegend in Mönchengladbach und Krefeld verteilt. Im Februar 1993 löste sich der FDS auf.

Harald Winter und sein Umfeld waren aber weiterhin aktiv, wenn auch in einem etwas kleineren Rahmen. Ab 1993 mietete Winter ein mit Stacheldraht versehenes Gelände in Neuss an, auf dem immer wieder Wehrsportübungen mit nationaler Beteiligung stattfanden. So kamen beispielsweise zu einer Feier anlässlich Adolf Hitlers Geburtstag 2001 fünf Autos zum Gelände.

Darüber hinaus gab Harald Winter von 1996 bis 2012 gemeinsam mit dem ehemaligen **FAP**-Aktivisten **Rainer Dohren** aus Kempen/Willich den Wandkalender **„Germanischer Jahrweiser"** heraus. Unter dem Namen „SW Agentur" vertrieb er neben den Kalendern außerdem Bücher und Spiele und mischte im Immobiliengewerbe, An- und Verkauf sowie Webdesign mit. 2007 soll er der Betreiber der Krefelder **NPD**-Homepage gewesen sein.

Heute beschränkt sich seine politische Agitation auf das Pflegen seines Facebook-Accounts. Hier findet man nebst klassischen antisemitischen Verschwörungstheorien auch unzählige Inhalte der **AfD**, der sich Harald Winter anscheinend zugehörig fühlt. Außerdem stechen immer wieder Inhalte von **Rainer Wendt** und **Hans-Georg Maaßen** ins Auge, die beide schon als Gast des **„Konservativen Kreis Krefeld" (K3)** und der **„Werteunion Niederrhein"** von **Gerald Wagener** nach Krefeld eingeladen wurden (→ S. 86). ■

Jugend“. In der österreichischen militanten Zeitschrift **„Sieg“**, an der sich die Krefelder **„Alarm“** orientierte, war Dericks als Kontaktadresse abgedruckt. Ebenso war er Ende der 80er Herausgeber der Zeitung **„Die Tatgemeinschaft“** vom **„Freundeskreis Deutscher Sozialisten“**, einer Untergruppierung der FAP für den Bezirk „Linker Niederrhein“. Ebenfalls verantwortlich für die „Tatgemeinschaft“: **Harald Winter**, Gründer der **„NS-Kampfgruppe Winter“** (→ S. 38).

Aufkleber der „NF“,
Krefeld Zentrum 1986.

Der Fokus der FAP lag allerdings weniger in einer theoretischen Propaganda, sondern vielmehr auf der Erzeugung einer Stimmung der Angst: Schmierereien auf dem Friedhof und in den Stadtteilen Fischeln und Gatherhof, Pöbeleien am Jahrestag der Reichspogromnacht, versuchte Erstürmung des Juso-Ladens „Teestube“ und unzählige gewalttätige Übergriffe auf dunkelhäutige und linke Personen. FAP-Mitglieder aus Krefeld fuhren regelmäßig in umliegende Städte (Viersen, Willich, Kempen, Meerbusch), um den dortigen „Kameraden“ zur Seite zu stehen oder um Sturmversuche auf Geflüchtetenunterkünfte zu unterstützen. 1988 marschierten 120 Neonazis aus dem FAP-Umfeld, darunter auch einige Krefelder, unangemeldete durch Viersen. **Bernd Lindenhahn** prahlte damit, mit seinem Trupp aus Fischeln die alternative Kneipe „Blauer Engel“ in wenigen Minuten zu Sperrholz verarbeiten zu können.

„~~Unser alter Kontinent hat seine Weltgeltung verloren, weil raumfremde, imperialistische Mächte es so wollen. Nationalismus ist Wille zur Freiheit.~~“

— R. Dohren
in einem Flyer der FAP

Insbesondere der gute Kontakt nach Kempen, wo die FAP eine Landesinformationsstelle betrieb, ist hier noch erwähnenswert, weil sie die Gefahr der FAP verdeutlicht. Der Kempener FAP-Landesvorsitzende **Oskar Dax** war im April 1987 an einer großen Waffen- und Sprengstofflieferung beteiligt, die nur daran scheiterte, dass der Lieferant versehentlich eine Explosion verursachte.

Als Kontakt für die FAP-Landes-, Presse- und Informationsstelle in Kempen tauchte neben Oskar Dax auch der Name **Rainer Dohren** auf. Dohren war in den gesamten 80ern für Presseerzeugnisse und Aufkleber verantwortlich, die auch in Krefeld zuhauf verklebt wurden. 1988 wurde Dohren wegen Beleidigung des Krefelder DGB zu einer Geldstrafe von 1600 DM verurteilt. Später – ab 1996 – betrieb Dohren in enger Verbindung mit **Harald Winter** eine Werbeagentur und brachte den **„Germanischen Jahrweiser“** heraus (→ S. 39). Darüber hinaus schrieb Dohren Texte für die **„Nordische Zeitung“** der völkisch-rassistischen Organisation **„Artgemeinschaft“**, dessen Vorsitz der bekannte Neonazi Jürgen Rieger inne hatte.

Die Artgemeinschaft war auch in Krefeld als regionale „Gefährtenschaft“ mit dem Namen **„Freundeskreis Rheinland“** aktiv. Am 10. Juni 1995 organisierte sie beispielsweise einen Vortrag mit der belgischen neuheidnischen Organisation **„Nordlandia“** im Keller der Gaststätte „Hagschinkel“ in Krefeld-Uerdingen; jener Gaststätte, in der sich später auch das **„Krefelder Forum Freies Deutschland“** regelmäßig traf (→ S. 58).

In Krefeld verklebter Aufkleber der „Nationalen Offensive“ – eine Abspaltung der „FAP“.

1988 löste **Friedhelm Busse,** Gründer der **VSBD** (→ S. 30), den damalige Bundesvorsitzenden der FAP ab. Das führte parteiintern zu starken Auseinandersetzungen, woraufhin sich ein Teil der FAP-Mitglieder in der 1990 neu gegründeten Partei **„Nationale Offensive“ (NO)** organisierte. Mit 150 Mitgliedern verfügte sie im Gegensatz zur FAP (1000 Mitglieder) jedoch nicht über eine sonderlich große Reichweite. Ehe die NO im Dezember 1992 verboten wurde, tauchten auch in Krefeld Aufkleber, unter anderem mit dem Slogan *„Schlagt die Linken, wo Ihr sie trefft“* oder *„Rechts Radikal Richtig“* auf.

Nationalistische Front

Die **„Nationalistische Front“ (NF)** wurde am 16. November 1985 gegründet und fungierte als Sammelbecken militanter Neonazis mit militärischer Schulung – sogenannte Kader. Die Tätigkeiten der NF sorgten für eine Eskalation neonazistischer Gewalttaten, häufig mit Holzknüppeln und Baseballschlägern.

Ab 1986 machte sich die NF auch in Krefeld breit und vereinte insbesondere gewaltbereite Skinheads aus Krefeld und Willich. Darüber hinaus versuchte sie, eher vergeblich, Einfluss auf die örtliche Punkszene zu nehmen. Sicherlich ein schwieriges Unterfangen, wenn das Titelbild der auch in Krefeld verteilten NF-Zeitschrift **„Klartext“** sich negativ über Randalierer am 1. Mai äußert.

Als die „Klartext“ Anfang der 80er noch ein Organ der **JN** war, wurde **Thomas Kamper** darin als Kontaktadresse für die JN-Krefeld angegeben. Später wechselte Kamper – ebenso wie die „Klartext“ – die Partei und landete im Umfeld der NF, vermutlich, weil er aus der JN/NPD ausgeschlossen wurde. Auch **Bernd Lindenhahn** wechselte vermutlich 1988 zur NF. Schon 1986 hatte er sich dazu geäußert, die FAP verlassen zu wollen.

Bis Anfang der 90er – die NF wurde am 27. November 1992 verboten – waren Anhänger der Partei gemeinsam mit **FAP**-Mitgliedern für viele Angriffe in Krefeld verantwortlich. Befeuert wurden diese durch den neuen Nationalstolz im Zuge der Wiedervereinigung. Aus diesen Strukturen entwickelte sich später die Musik- und Skinheadszene rund um die Band **„Barking Dogs“** Ende der 90er (→ S. 64).

Wiking Jugend

Die **„Wiking Jugend“ (WJ)** stimmt zwar ideologisch mit den zuvor genannten Gruppierungen und Parteien überein, lässt sich aber nicht ohne Weiteres mit ihnen in einen Topf werfen. Gegründet wurde sie bereits 1952 mit weltanschaulichen und organisatorischen Bezugspunkten zur Hitler-Jugend. Kennzeichen, Uniformen und Grußzeichen wurden übernommen, jedoch nicht aus provokativer Absicht, sondern aus traditioneller „Verpflichtung“. 1961 beteiligten sich WJ-Mitglieder an einer Verteilung von geschichtsrevisionistischen Flugblättern in der Krefelder Innenstadt.

Bis zu ihrem Verbot 1994 sollen laut eigener Aussage etwa 15.000 Kinder und Jugendliche das Angebot der WJ angenommen haben, viele weitere wurden durch die WJ-Schülerzeitschrift **„Gäck“** beeinflusst. Die Jugendorganisation war dabei über all die Jahre wichtiges Bindeglied in der rechten Szene und verfügte über enge Kontakte zu allen wichtigen altnazistischen und neonazistischen Organisationen. Auch in Krefeld vereinte sie rechte Jugendliche mit **FAP**-Anhängern wie **Bernd Lindenhahn** und **Frank Dericks** und Personen wie dem **„Gylfiliten“**-Gründer **Wolfgang Kantelberg** (→ S. 34), dessen Söhne Mitglieder in der Wiking Jugend waren.

Und auch, wenn die WJ ursprünglich weniger auf provokatives Auftreten setzte, wirkte die Kombination aus Germanenkult, Romantik des Lagerlebens und militärischem Drill vor allem anziehend auf die Skinhead-Bewegung, die an Einfluss in der Jugendorganisation gewann und diese zunehmend radikalisierte. Das machte die Wiking Jugend in den 80ern zur größten neonazistischen Jugendorganisation Deutschlands und führte dazu, dass WJ-Mitglieder sich an schwersten Überfällen und Misshandlungen von politischen Gegnerinnen und Gegnern beteiligten. Überschneidungen zur **„Nationalistischen Front“** und anderen gewaltaffinen Gruppierungen – auch in Krefeld – liegen da auf der Hand. ■

Manfred Rouhs (rechts) neben Axel Reitz bei einer DLVH-Kundgebung am 4. September 1999, Bild: r-press

gute Kontakte pflegte, weitergeleitet haben. Die Folge: Rouhs wurde aus der NPD/JN ausgeschlossen und widmete sich fortan vollständig den Republikanern.

Die Republikaner verstanden sich selbst als rechtskonservativ und versuchten, sich von offenem Neonazismus abzugrenzen. Dass der 1985 zum Vorsitzenden gewählte Franz Schönhuber ehemaliges Waffen-SS-Mitglied war, störte allerdings niemanden. Auch nicht, dass ganze NPD-Ortsgruppen aus taktischen Gründen zu den Republikanern überliefen, ebenso wie bekannte Neonazis wie der ehemalige Pressereferent der „Nationalzeitung" Harald Neubauer. Auch in Krefeld waren die Schnittmengen zur extrem rechten Szene ein offenes Geheimnis (→ S. 54).

Umzug nach Köln

Vermutlich 1987 zog Rouhs von Krefeld nach Köln. Auch hier beteiligte er sich am Aufbau der Republikaner und wurde darüber hinaus Generalsekretär des nationalistischen **„Ringes Freiheitlicher Studenten" (RFS)**. Dieser wurde 1977 von Mitgliedern der **„Kölner Burschenschaft Germania"** (→ S. 96) gegründet und verfügte ab 1981 über eine Gruppe in Krefeld. Anfangs **CDU/CSU**-nah, ließ sich später eine inhaltliche und personelle Nähe zu den REPs feststellen. So lud der RFS 1987 den Republikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber nach Köln ein. Ordner des RFS gingen an dem Abend mit Knüppeln und Reizgas gegen Gegendemonstrierende vor.

Europa vorn, DLVH, Pro Köln

Die Erfahrung, die Rouhs mit der Herausgabe der „Komet" sammeln konnte, steckte er ab 1988 in sein neues Zeitschriften-Projekt namens **„Europa vorn" (EV)**. „Europa vorn" wurde über die Jahre zu einem der bedeutendsten Strategieorgane der extremen Rechten. Sie wirkte als Bindeglied zwischen der „Neuen Rechten" (→ S. 49) und der Skinhead-Szene, zu der Rouhs über die Jahre eine enge Verbindung aufbaute. So fanden sich zur Feier des 10-jährigen Bestehens von „Europa vorn" am 26. Oktober 1996 ungefähr 250 Neonazis und rechte Hooligans aus dem gesamten Bundesgebiet in Eschweiler-Dürwiß ein. Musik kam von Frank Rennicke – Liedermacher und damalige Schlüsselfigur der Neonaziszene.

Zu diesem Zeitpunkt war Manfred Rouhs bereits mit den Republikanern (1989) und der **„Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH)** (1991) im Kölner Stadtrat vertreten. Die DLVH verstand sich als Zusammenschluss enttäuschter NPD- und REP-Mitglieder und lässt sich treffend mit dem selbst gewählten Slogan beschreiben: *„Alle unter einem Hut."*

Spätestens hier wurde deutlich: Manfred Rouhs hatte immer ein rein taktisches Verhältnis zu Parteien und Organisationen. Die häufigen Wechsel seiner Mitgliedschaften lassen und ließen sich daher weniger auf einen unsteten Charakter zurückführen. Rouhs: *„Man mag selbst entscheiden, welcher Rechtspartei er den Vorzug gibt. Mir persönlich ist es egal, unter welchem Parteikürzel sich die deutsche Neue Rechte letztlich durchsetzen wird."* Dass Rouhs hier von der „Neuen Rechten" sprach und sich in seinen Publikationen mehrfach von „Hitleristen" abzugrenzen versuchte, sorgte übrigens nicht dafür, dass seine Verbindung zu militanten Neonazis abbrach. Und das aus gutem Grund: Denn Rouhs kritisierte an Hitler nicht das organisierte Auslöschen des europäischen Judentums, sondern die auf ihn zurückzuführende *„schlimmste Niederlage des deutschen Volkes"*. Rouhs macht Hitler für den Verlust des Reiches und eine *„bis heute andauernde Fremdbestimmung"* verantwortlich. Kurz: Faschismus gut, Niederlage schlecht.

Aus der DLVH ging 1996 die Bürgerbewegung **„pro Köln"** hervor, an dessen Aufbau Manfred Rouhs maßgeblich beteiligt war. Aus „pro Köln" wiederum entwickelte sich die **„pro-Bewegung"** mit den Parteien **„pro Deutschland"** und **„pro NRW"**, die auch in Krefeld in den Jahren 2011 bis 2013 eine Rolle spielte (→ S. 84).

Von 2004 bis 2011 saß Rouhs für „pro Köln" im Kölner Stadtrat. Außerdem war Rouhs bis zu dessen späteren Auflösung im Jahr 2017 Bundesvorsitzender von „pro Deutschland". ▪

verlag als schnittstelle

Der SINUS-Verlag

Mehr als 30 Jahre lang verfügte Krefeld mit dem „SINUS-Verlag" über eine publizistische Schnittstelle zwischen konservativen und extrem rechten Kreisen.

Werbeanzeige für die „edition d" des Krefelder SINUS-Verlages in verschiedenen rechten Zeitschriften.

Am 27. November 1980 gründete der Tönisvorster Kaufmann **Günter Stammes** die **„SINUS-Verlag GmbH"** mit Sitz in Krefeld. Bereits seit mindestens 1977 wurden unter diesem Namen Bücher aus der rechten Ecke herausgegeben.

Günter Stammes bei „student"

Stammes – alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer des SINUS-Verlages – war zuvor lange Jahre Mitglied der CDU, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung in Viersen und saß für die CDU im Stadtrat (St. Tönis) und Kreistag (Kreis Viersen). Neben dem SINUS-Verlag betrieb Stammes das Druckhaus „Stammes-Druck" in St. Tönis.

Verlagserfahrung sammelte Stammes vor der Gründung des SINUS-Verlages als Vertriebsleiter und Redaktionsmitglied der rechten Zeitschrift **„student"**. Die „student" verkörperte die Rolle eines „Tabu-Brechers" und versuchte mithilfe geschickter Formulierungen, extrem rechte Inhalte **CDU/CSU**-nahen Kreisen zugänglich zu machen. Autoren waren unter anderem: Henning Eichberg – Mitglied der **„Aktion Widerstand"** (→ S. 25) und Vordenker für die **„Nationalistische Front"** (→ S. 43), Karl Richter – bayerischer Landesvorsitzender der **„Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)** (→ S. 46), Rolf Schlierer – Sprecher der **„Deutschen Burschenschaft"** (→ S. 88) und späterer Bundesvorsitzender der **Republikaner** (→ S. 54), Günter Deckert – stellvertretender Bundesvorsitzender der **NPD** (→ S. 25), Alfons Hueber – Bundesvorsitzender der **JN** (→ S. 25) und heute bei der CDU. Enge Kontakte pflegte die „student" darüber hinaus zur **„Burschenschaft Danubia"** aus München.

1978 fusionierte „student" mit dem **„Deutschen Studenten-Anzeiger"** des **NPDlers** Peter Dehoust, Initiator des rassistischen **„Hilfskomitee südliches Afrika"** und Vorstandsmitglied bei der **DLVH**. Später galt „student" als Bündnisorgan des neofaschistischen **„Ringes Freiheitlicher Studenten" (RFS)**, zu dessen Generalsekretär der Krefelder **Manfred Rouhs** (→ S. 44) avancierte.

Neurechter SINUS-Verlag

Nichtsdestotrotz legte Günter Stammes Wert darauf, zur „politischen Mitte" gezählt zu werden, was er auch später für den SINUS-Verlag immer wieder betonte. Kurz nachdem am 1. Mai 1988 eine Dokumentation des „Arbeitskreis Antifaschismus Krefeld" über das „Braune Netz" in Krefeld erschien, stellte Stammes eine Strafanzeige gegen den Herausgeber. Zwar vertrat die Staatsanwaltschaft die Ansicht, dass die Inhalte des Strafantrags nicht zur Eröffnung eines Verfahrens ausreichten, das hielt Stammes allerdings nicht davon ab, die 300 DM Buße, die zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens zu spenden waren, als inhaltlichen Erfolg zu verbuchen. Rückendeckung bekam Stammes von einem Artikel in den „Niederrhein Nachrichten", in dem der Sachverhalt verzerrt dargestellt wurde. Doch auch im Anschluss hielt der antifaschistische Arbeitskreis an seinen Kernaussagen fest: *„1. Die Mehrheit der Autoren des SINUS-Verlages ist dem ultrakonservativen bis rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. 2. Anzeigen des SINUS-Verlages erschienen in ultrakonservativen, rechtsextremen und sogar in neonazistischen Zeitschriften."*

Zweitere Aussage lässt sich unschwer belegen: Anzeigen erschienen unter anderem in den nationalrevolutionären, teils militanten Zeitschriften **„wir selbst"**, **„Sieg"** und **„Aufbruch"**, in den konservativen Organen **„Junges Forum"**, **„Paneuropa Deutschland"**, **„Criticon"** →

2011 übergab Günter Stammes sein Druckhaus „Stammes Druck" an seinen Nachfolger. Der Stammes Druck war teilweise für Satz und Druck der im SINUS-Verlag erschienenen Bücher verantwortlich. Zwei Jahre später folgte die Übergabe des SINUS-Verlages an Siegfried Bublies.
Bild: Lübke, WZ-Archiv

und **„Mut"** sowie im Buchdienst der neofaschistischen Zeitschrift **„Nation Europa"**. Insbesondere die Buchreihe **„edition d"** des SINUS-Verlages diente als theoretische Grundlage für das gesamte rechte Spektrum in Deutschland (von militanten Neofaschisten bis zu CDU-Politikern) und wurde daher in der **NPD**-Zeitung **„Deutsche Stimme"** wärmstens empfohlen.

Und auch erstere Behauptung entspricht zweifelsfrei der Realität. So publizierte Stammes 1985 eine der zentralen Schriften des Franzosen Alain de Benoist: „Kulturrevolution von rechts". Benoist kann zweifelsfrei als *der* Vordenker der „Neuen Rechten" betitelt werden und nimmt auch heute noch eine maßgebliche Rolle bei der Theoriebildung der „Neuen Rechten" ein; etwa bei der **„Identitären Bewegung"** oder der **„Deutschen Burschenschaft"**.

Der ehemalige SS-Freiwillige Armin Mohler, Apologet der „Konservativen Revolution", veröffentlichte 1981 das Buch „Vergangenheitsbewältigung. Oder wie man den Krieg nochmals verliert." im SINUS-Verlag. Mohler wirkte als Lehrmeister sowohl auf Alain de Benoist in Frankreich als auch als Franz Josef Strauß-Berater und veröffentlichte seine Texte unter anderem in der **„Deutschen Nationalzeitung"** des **DVU**-Gründers Gerhard Frey. Mohler machte keinen Hehl aus seiner Gesinnung und bezeichnete sich selbst als Faschisten.

1982 erschienen Aufsätze aus der nationalbolschewistischen Zeitschrift „Widerstand – Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik" (1924–1934) des späteren NSDAP- und SED-Mitglieds Ernst Niekisch (1889–1967) als eigenes Buch namens „Widerstand". Niekisch zählte zu den einflussreichsten Politikern des nationalbolschewistischen Strasser-Flügels innerhalb der NSDAP und diente später als Zitatgeber der **„Autonomen Nationalisten"** (→ S. 77).

Das Vorwort für „Widerstand" lieferte Uwe Sauermann, der im SINUS-Verlag darüber hinaus eine Biografie Niekischs veröffentlichte. Sauermann war ehemaliger Vorsitzender der **NPD**-Studentenorganisation **„NHB"** und ehemaliger Funktionär der **„Burschenschaft Danubia"** aus München. Gemeinsam mit dem Nationalrevolutionär **Karl Höffkes** schrieb er das Buch „Albert Leo Schlageter", in dem er Schlageter – Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation „Großdeutsche Arbeiterpartei" und Verantwortlicher mehrerer Sprengstoffanschläge – als Freiheitskämpfer feierte.

1989 erschien im SINUS-Verlag das Buch „Standpunkte eines Konservativen" von Heinrich Lummer, ehemaliger Mitarbeiter des Bundestags für die CDU und Senator in West-Berlin. Lummer verfügte über beste Kontakte zu extrem rechten Personen und Gruppierungen und war in eine Spendengeldaffäre an die **NPD** verwickelt. Darüber hinaus fiel Lummer immer wieder durch antisemitische Äußerungen auf, was 1998 dazu führte, dass ihm die Einreise nach Israel verweigert wurde.

Weitere Autoren des SINUS-Verlages waren Heinrich Jordis von Lohausen, Wolfgang Venohr, Sebastian Haffner, Helmut Diwald, Bernhard Willms, Caspar von Schrenck-Notzing, Günter Rohrmoser, Klaus Hornung, Hans-Dietrich Sander oder Robert Hepp. Die meisten dieser Autoren publizierten in neonazistischen und ultrakonservativen Zeitschriften wie **„Criticon"**, **„Mut"**, **„wir selbst"**, **„Neue Zeit"**, **„student"**, **„Nation Europa"** oder **„Deutsche Nationalzeitung"**.

Es kann also keinen Zweifel daran geben, dass der SINUS-Verlag als Schnittstelle zwischen CDU und dem extrem rechten Lager diente und über inhaltliche wie personelle Überschneidungen verfügte.

Und heute?

Am 2. Mai 2013 übergab Stammes die Geschäftsführung an Siegfried Bublies in Beltheim, der viele der alten Bücher – auch aus der „edition d"-Reihe – auch heute noch verkauft. Der Agraringenieur galt schon zum Zeitpunkt der Sitzverlegung als wichtige Persönlichkeit im rechten Verlagswesen. Bublies war 1974 Kreisvorstandsmitglied der **JN** in Bad Kreuznach und später im Landesvorstand in Rheinland-Pfalz tätig. 1979 gründete er die bereits erwähnte nationalrevolutionär ausgerichtete Zeitschrift **„wir selbst"** und 1985 gemeinsam mit **Karl Höffkes** den **„Verlag Bublies und Höffkes"**. Bublies trennte sich von Höffkes und benannte den Verlag in **„Verlag Siegfried Bublies"** um, während Höffkes gemeinsam mit dem Krefelder **Detlev Heitz** den Verlag **„Heitz und Höffkes"** ins Leben rief (→ S. 62).

Die im Verlag Bublies angebotenen Bücher verherrlichen in weiten Teilen den Nationalsozialismus; kein Wunder, da viele der Autoren ehemalige NS-Funktionäre waren. Einige der Bücher werden über den verschwörungstheoretischen **„Kopp Verlag"** und den neurechten Verlag **„Antaios"** (→ S. 97) vertrieben. Außerdem vertreibt Bublies CDs mit Wehrmachtsliedern und Werken von extrem rechten Liedermachern wie der rechten Schlüsselfigur Frank Rennicke.

Ende der 80er war Bublies Kreisvorsitzender der **Republikaner** (→ S. 54) in Koblenz. ■

wie neu ist die „neue rechte" ?

Als „Neue Rechte" bezeichnet man eine politische Strömung, welche sich insbesondere in Frankreich – unter dem Publizisten Alain de Benoist – und Deutschland seit den 1960er-Jahren etablierte und versuchte, die Grenzen zwischen antidemokratischem Nazismus und demokratischem Konservativismus zu verwischen. In Deutschland zeichnete sich diese Entwicklung bereits mit der Gründung der NPD 1964 ab, welche mit dem Ziel antrat, den „Muff" des Nationalsozialismus abzuschütteln und als junge rechte Kraft aufzutreten, fernab von Grabenkämpfen am rechten Rand. Als wichtige Instanzen für die „Neue Rechte" galten und gelten die Zeitschriften „Junge Freiheit" (JF) (→ S. 97), „Europa vorn" (→ S. 46) und „Nation und Europa" (→ S. 62), die Partei „Die Republikaner" (REP) (→ S. 54), der Publizist Armin Mohler (→ S. 48) und der Verlag „Edition Antaios" (→ S. 97).

Ob der Begriff „Neue Rechte" sinnvoll ist, um diese Entwicklung zu fassen, daran wurde vermehrt Kritik geäußert. Unklar sei, was das spezifisch „Neue" an der „Neuen Rechten" sei. Ebenso wurde kritisiert, dass die Klassifizierung der „Neuen Rechten" als Türöffner oder Scharnier zwischen (Rechts-)Konservativismus und der extremen Rechten keine inhaltliche Betrachtung liefert, sondern diese auf ihre Funktion, eine politische Sphäre reduziere.

Neu ist an der „Neuen Rechten" wahrlich in erster Linie das Fehlen eines konkreten, positiven Bezugs auf den Nationalsozialismus – wie er in der Nachkriegszeit noch durchaus vorhanden war. Ideologisch sind jedoch starke Überschneidungen zur „Alten Rechten" vorhanden: der Antiliberalismus, die Ideologie der Ungleichheit, der Staatsautoritarismus, Freund-Feind-Politik, Homogenitätsstreben und Nationalismus – der mal mehr, mal weniger völkisch daher kommt. Die „Neue Rechte" wie die extreme Rechte gehen konform in ihrer prinzipiellen Gegnerschaft zum demokratischen Verfassungsstaat westlicher Prägung und ihrem Pluralismusmodell. Die „Neue Rechte" versucht jedoch, ihre Agitation innerhalb der Demokratie und nicht von außen gegen die Demokratie zu organisieren und darzustellen – der teilweise positive Bezug auf die Demokratie in verschiedenen öffentlichkeitswirksamen Schriften ist dabei ein rein instrumenteller, strategischer. Die „Neue Rechte" arbeitet konkret daran, allgemein als positiv gewertete Begriffe wie „Kultur", „Solidarität", „Gemeinschaft", „Freiheit", „Demokratie" oder „Nation" neu zu besetzen und dadurch in größeren Bevölkerungsteilen – insbesondere in konservativen Kreisen – Einfluss gewinnen zu können. Abgesehen von durchaus unterschiedlichen Strömungen innerhalb der „Neuen Rechten", eint diese doch der positive Bezug zu Autoren der sogenannten „Konservativen Revolution". Etabliert wurde der Begriff „Konservative Revolution" durch den Publizisten Armin Mohler, der maßgeblich zum Aufbau der „Neuen Rechten" in Deutschland beigetragen hat. Unklar ist jedoch, wo Mohler die Grenze zwischen Nationalsozialismus und „Konservativer Revolution" zu ziehen denkt. Viele Personen, die er zweiterem zuordnet, etwa Carl Schmitt, Max Hildebert Boehm oder Hans Grimm, können als wichtige Theoretiker des völkischen Nationalsozialismus gesehen werden. Mohlers Versuch, mit der Konstruktion einer angeblich vom Nationalsozialismus zu unterscheidenden deutschen Rechten einen geschichtlich unbefangenen Theoriebezug herstellen zu können, läuft daher ins Leere. Was die Erfindung des Begriffs „Konservative Revolution" tatsächlich zu schaffen versuchte, war die Rehabilitierung völkischer, antisemitischer Inhalte, indem ihnen ein neues Label aufgesetzt wurde und eindeutige Inhalte verklausuliert übernommen wurden. Damit passte sich die „Neue Rechte" an die geänderten Rahmenbedingungen an.

Blieb die „Alte Rechte" scheinbar gedanklich in der Weimarer Republik und der NS-Zeit stecken, so versuchten neurechte Ideologiemuster, sich von den offensichtlich autoritären und faschistisch-totalitären Herrschaftsmethoden abzuwenden und „zeitgemäße" Adaptionen anzubieten, was unter anderem beinhaltet, völkische Ideen nicht gänzlich über Bord zu werfen, sondern diese theoretisch neu zu fundieren. Hierzu wurde der Begriff „Ethnopluralismus" geprägt, mit dem die kulturelle Homogenität von Gesellschaften propagiert wurde, welche sich durch die Trennung verschiedener „Ethnien" herstellen lasse. Der heute verbrannte Begriff der „Rasse" wurde durch den der „Ethnie" ersetzt, um eine Definierung verschiedener „Ethnien" nicht etwa nach Abstammung, sondern nach Zugehörigkeit zu einer „Kultur" möglich zu machen. Zugrunde liegt dem aber ein sehr ähnliches Menschenverständnis, nach dem die als homogen und daher nicht mischbar verstandenen Kulturen ihren Ursprung in der Veranlagung der Menschen finden. Schwarze und weiße Menschen müssten demnach nicht – wie es etwa in der Blut-und-Boden-Ideologie der Fall ist – aufgrund unterschiedlicher „Rassen" voneinander getrennt werden, sondern wegen unveränderbarer kultureller Anlagen. In diesem Zusammenhang lässt sich auch die Abwehr der dem „deutschen Wesen" als fremd angesehenen „Cola"-Kultur der Alliierten in der Nachkriegszeit verstehen. Bezeichnet wird der Ethnopluralismus daher in der gegenwärtigen Rassismusforschung als „Rassismus ohne Rassen". Nicht die Abwertung anderer Kollektive, sondern die vermeintlich natürliche Abgrenzung zu ihnen steht im Vordergrund – das von Carl Schmitt geprägte Modell des „Pluriversums" wird in ein „Europa der Vaterländer" übersetzt.

Die Beschreibung der „Neuen Rechten" als Scharnier zwischen dem Konservativismus und dem Neonazismus ist also keine bloße Standortbestimmung, sondern ebenso eine inhaltliche. Die gespielte Harmlosigkeit der Vertreter der „Neuen Rechten" ist nicht bloß taktischer Natur, sondern findet sich in der Theoriebildung wieder, die daher jedoch nicht tatsächlich harmloser wird.

krefelder appell

Am 16. November 1980 wurde in Krefeld der sogenannte „Krefelder Appell“ verabschiedet. Darin wurde die Forderung an die deutsche Bundesregierung aufgestellt, die Stationierung von amerikanischen Pershing-Raketen nicht zuzulassen.

Bis zu 5 Millionen Menschen unterschrieben den „Krefelder Appell“ gegen Atomraketen in Mitteleuropa.

Zwei Tage lang, am 15. und 16. November, tagten etwa 1500 Personen aus dem Umfeld der neuen Friedensbewegung im Krefelder Seidenweberhaus. Dass die „Deutsche Friedensunion“ Krefeld als Ort ausgewählt hatte, war reiner Zufall. Krefeld war weder auffällig links noch ein Zentrum von Friedensaktivistinnen und -aktivisten. Lediglich das Seidenweberhaus verfügte über eine gute Lage und bot Platz für die hohe Anzahl an erwarteten Gästen. Zu den Gästen zählte eine breite Mischung an Kommunistinnen, Wissenschaftlern, kirchlichen Vertretern, Gewerkschafterinnen, Journalistinnen und Friedensaktivisten.

Ihr Anlass: Der am 12. Dezember 1979 beschlossene Nato-Doppelabschluss sah vor, dass in der BRD atomar bestückbare Mittelstreckenraketen als Antwort auf die sowjetische Aufrüstung mit SS-20-Raketen aufgestellt werden konnten. Dagegen richtete sich die Krefelder Initiative und konnte in den folgenden zwei Jahren bis zu fünf Millionen Unterschriften, unter anderem von namhaften Wissenschaftlerinnen, Künstlern und Politikerinnen, sammeln, darunter etwa 10.000 Krefelderinnen und Krefelder. Der damalige Oberbürgermeister der Stadt Krefeld, Hansheinz Hauser (CDU) wehrte sich gegen die Nennung der Stadt „Krefeld“ anlässlich eines *„organisierten Propagandafeldzuges der DKP, unterstützt von der SED und der KPdSU“*, wie er es nannte. Dabei ließ er außer Acht, dass sich auch Politiker und Politikerinnen der SPD, Grünen und FDP-Jugend an der Krefelder Initiative beteiligten oder diese unterstützten.

Doch der Appell war erfolglos. Am 22. November 1983 sprach sich der Deutsche Bundestag für die Stationierung aus und versetzte der Friedensbewegung einen harten Dämpfer, der zu mehreren Abspaltungen und internen Auseinandersetzungen führte. Insbesondere die Frage, ob eine militante Vorgehensweise (Blockaden, Streiks, physische Gewalt) nicht die bessere Aktionsform darstelle, wurde in den Folgejahren heftig diskutiert. In Krefeld wurde diese Spaltung schon Monate zuvor, am 25. Juni 1983 anlässlich des Bush-Besuchs, deutlich.

was sonst in kref

krefelder krawalle

Bei den Auseinandersetzungen am Südwall wurde auch der V-Mann Peter Troeber festgenommen. Bild: Broschüre „Krefeld '83“

Am 25. Juni 1983 besuchte der damalige Vize-Präsident der USA George Bush das Krefelder Seidenweberhaus. Neben einem Friedensfest auf dem Sprödentalplatz und einigen Demonstrationen und Aktionen in der Krefelder Innenstadt (mehrere 10.000 Beteiligte) sorgte vor allem eine linksradikale Demonstration mit 1000 Personen für Schlagzeilen. Die daraus hervorgegangenen „Krefelder Krawalle“ waren später ein wesentlicher Aufhänger für das bis heute gültige Vermummungsverbot bei Demonstrationen.

Anlässlich einer Feier zu „300 Jahre Deutsche in Amerika“ reisten Bundespräsident Karl Carstens, Bundeskanzler Helmut Kohl und Vize-Präsident George Bush nach Krefeld. Ebenfalls angereist waren etwa 1000 Aktivistinnen und Aktivisten aus der autonomen Szene, die das Treffen offensiv angreifen wollten und sich mit den friedlichen Aktionen der als zu bürgerlich empfundenen Friedensbewegung nicht zufriedengeben wollten.

Schon vor der Demonstration kontrollierte die Polizei anreisende Fahrzeuge, alle Gepäckschließfächer im Bahnhof, observierte „einschlägig bekannte Objekte“ und stürmte eine Wohngemeinschaft, in der mehrere aus Hamburg angereiste Autonome übernachteten. Außerdem verhängte sie für den gesamten Innenstadtbereich ein fast zweiwöchiges Demonstrationsverbot und richtete eine eigene „Nachrichtensammel- und Informationsstelle“ ein.

Um 10:15 Uhr setzte sich die autonome Demo vom Hauptbahnhof Richtung Innenstadt in Bewegung. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer trugen Motorradhelme; auf dem Fronttransparent stand die Aufschrift „Kampf der Nato-Kriegspolitik“. Als die Demonstration vom Südwall in die Breite Straße einbiegen wollte, kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, die an dem Tag stark vertreten war. Unterstützt wurde sie vom SEK, das vor allem in der Breite Straße durch sein brutales Eingreifen von sich Reden machte und die Demonstration auseinanderschlug. Rund 50 Demonstrantinnen und Demonstranten wurden verletzt, 134 festgenommen. Nur fünf der Festgenommenen stammten aus Krefeld. Für ein Nachspiel sorgte der Berliner V-Mann Peter Troeber. Troeber soll

eld los war

sich maßgeblich an den Ausschreitungen beteiligt haben und wurde vorübergehend festgenommen. Im Haftbefehl war sogar ausdrücklich die Rede davon, dass Troeber Steine auf anwesende Polizisten geworfen haben soll.

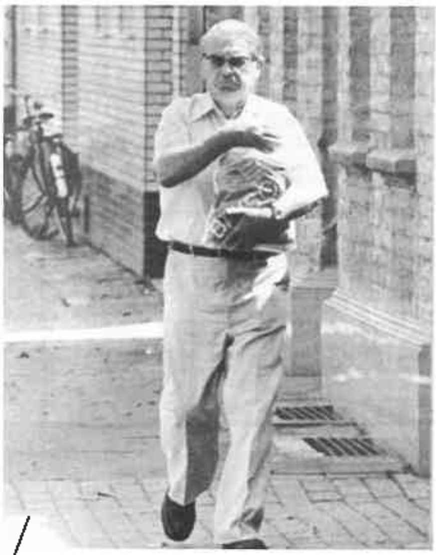
Später am Tag wurde es noch einmal hektisch. Der Konvoi des Vize-Präsidenten wurde an der Hansawache vorbeigeleitet. Da hatten sich allerdings 200 - 300 Demonstrierende versammelt, die die unerwartete Gelegenheit nutzten und die schwarzen Limousinen mit allerlei Gegenständen bewarfen.

Trotz der Enttarnung des „Agent Provocateur" Troeber nutzte insbesondere die CDU die „Krefelder Krawalle" als Anlass, das Demonstrationsrecht zu überarbeiten und Vermummung sowie Schutzbewaffnung zu verbieten. Zwei Wochen nach der Demonstration wurde außerdem ein Nachbereitungstreffen in Wuppertal von der Polizei aufgelöst und die anwesenden 104 Personen festgenommen sowie erkennungsdienstlich behandelt.

Kontrovers wurden die „Krefelder Krawalle" auch in der linken Szene und der Friedensbewegung diskutiert. Nachdem sich zahlreiche linke und grüne Persönlichkeiten von der linksradikalen Demonstration distanziert hatten, brachte ein breites Bündnis eine dokumentarische Broschüre heraus, in der es die Geschehnisse aufarbeitete und die Distanzierungen zurückwies.

thälmann-prozess

Am 18. August 1944 wurde der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Ernst Thälmann im KZ Buchenwald ermordet. Der Prozess gegen den mutmaßlichen Mittäter Wolfgang Otto wurde 1985/86 vor dem Krefelder Landgericht durchgeführt.



Angeklagter Wolfgang Otto, Bild: Manfred Scholz

Wolfgang Günter Klaus Otto meldete sich bei Kriegsbeginn zur SS als Wachmann für das KZ Buchenwald. Er wurde Zahlmeister, Unterscharführer, Kommandanturschreiber, schließlich Stabsscharführer, der „Spieß" der Kommandantur und Leiter des „Exekutivkommandos 99", des Genickschusskommandos. 1947 wurde Otto von einem amerikanischen Gericht zu 20 Jahren Haft wegen der Teilnahme an zahlreichen Hinrichtungen verurteilt, 1952 aber wieder entlassen.

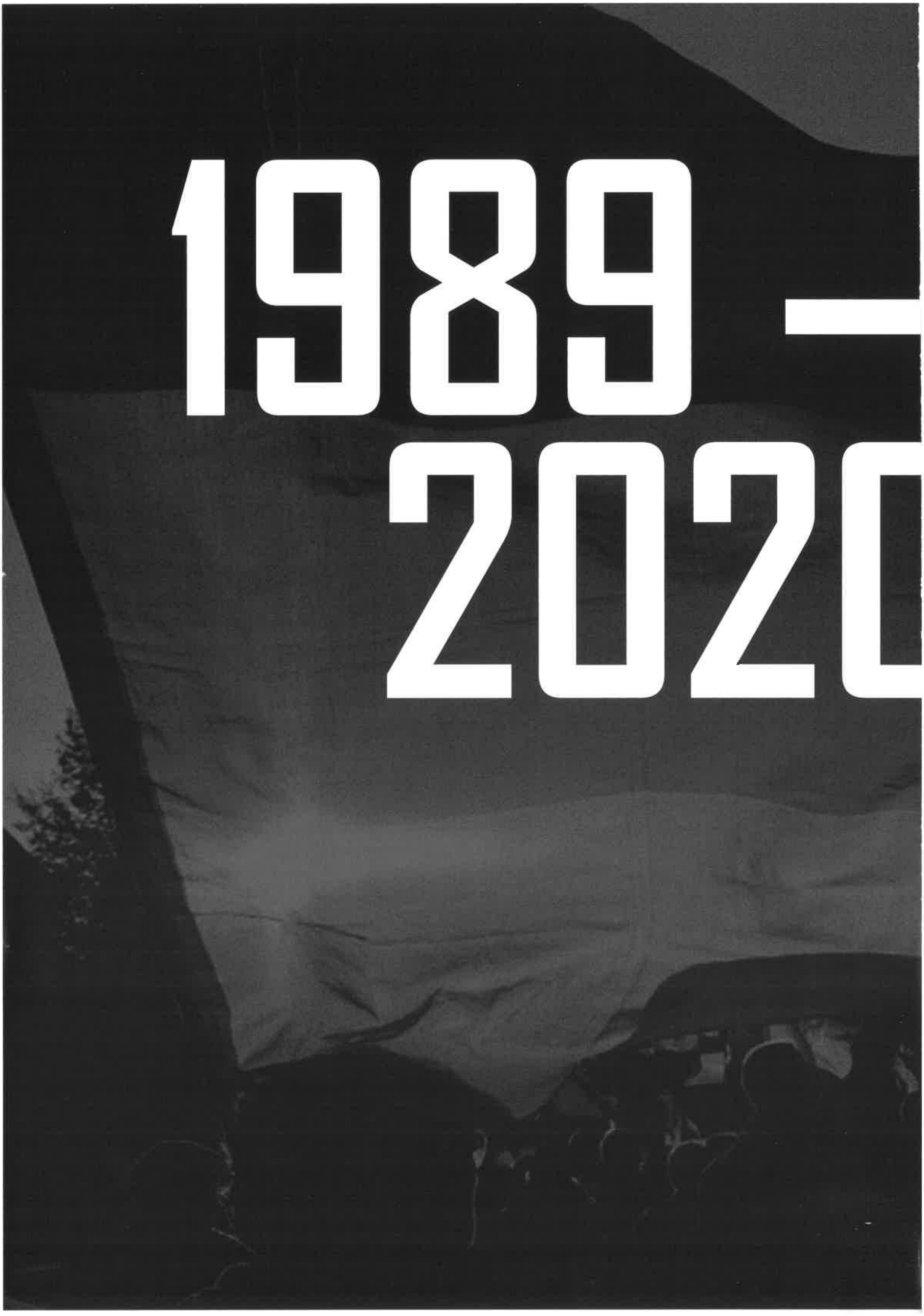
Nachdem Antifaschistinnen und Antifaschisten 1962 den Aufenthaltsort Ottos ausfindig machen konnten, erstattete die Witwe Ernst Thälmanns Anzeige gegen Otto. Ihm wurde vorgeworfen, als Oberscharführer der Kommandantur und Exekutionsprotokollführer an der Ermordung Thälmanns beteiligt gewesen zu sein. Der Befehl zur Exekution des politischen Gegners wurde von Hitler und Himmler höchstpersönlich erteilt und von mehreren SS-Leuten vor dem Krematorium des KZ Buchenwalds vollzogen. Auch Otto soll hier anwesend gewesen sein.

Erst 1985, also 23 Jahre nach Anzeigenstellung, wurde der Prozess am Landgericht in Krefeld begonnen. Zuvor war das Verfahren sechsmal eingestellt worden, teilweise mit absurden Begründungen. So habe es an dem Mordmerkmal der Heimtücke gefehlt, weil Thälmann mit seiner Exekution gerechnet haben müsse, als er ins KZ Buchenwald gebracht wurde. Darüber hinaus stellte die Staatsanwaltschaft die Glaubwürdigkeit des Hauptzeugen, den sie als „sogenannten Augenzeugen" und „angeblichen Tatzeugen" betitelten, in Frage, weil dieser im Januar 1951 kommunistische Flugblätter verteilt hatte.

Für diese Äußerungen war vor allem die Staatsanwaltschaft Köln verantwortlich. Zu jener Zeit war Dr. Hans Mittelbach als Oberlandesgerichtsrat in Köln tätig. Mittelbach war derjenige Richter, der im März 1933 den Haftbefehl Thälmanns unterschrieben hatte. In einem Interview mit der „Deutschen Volkszeitung / die tat" anlässlich des Thälmann-Prozesses sagte er: *„Ich würde heute noch die Kommunisten alle in Haft nehmen"*.

Gegen diesen enormen Widerstand seitens der deutschen Justiz konnte sich die Klägerin Rosa Thälmann schließlich doch durchsetzen und brachte die Anklage vor das Krefelder Landgericht, wo sie internationales mediales Interesse erfuhr. Otto war zu diesem Zeitpunkt pensionierter Lehrer, der vom Land NRW auch für seine Zeit im KZ Buchenwald eine hohe Pension erhielt. Zuvor konnte Otto ungestört als Geschichtslehrer in Schulen in Kleve und Geldern tätig sein.

Nach insgesamt 27 Prozesstagen wurde Otto im Mai 1986 der „Beihilfe" für schuldig befunden und zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, unter großem Jubel der anwesenden Prozessbeobachtenden. Doch Otto ging in Revision und erwirkte zwei Jahre später vor dem Düsseldorfer Landgericht seinen Freispruch.


1989 –
2020

54 **chronik des scheiterns**
Die Republikaner als Hoffnungsträger der „Neuen Rechten“

58 **nicht bloß ein gesprächskreis**
Das Krefelder Forum Freies Deutschland

62 **der zweite weltkrieg aus rechter sicht**
Propaganda-Dokus des Heitz und Höffkes Verlags

64 **rechtsrock und gewalt**
Die Krefelder Skinheadszene rund um die Band „Barking Dogs“

68 **ein unerwünschtes comeback**
Der hügelige Werdegang der NPD

76 **ein jahr action**
Die Aktionsgruppe Krefeld/Duisburg
***Exkurs:** Was bleibt von den „Autonome Nationalisten“?*

78 **hooligans gegen links**
Konflikte in der KFC Uerdingen Fanszene

80 **stimmungsmache am rande der cdu**
Rechtskonservative Strukturen in Krefeld
***Exkurs:** Extremismusdoktrin*
***Exkurs:** Die Mär vom bürgerlichen Ausstiegsprogramm*

92 **auch ohne flügel rechtsaußen**
Die Krefelder „Alternative für Deutschland“
***Exkurs:** Ist die AfD faschistisch?*

106 **türkischer nationalismus**
Türkische und islamische Verbände in Krefeld
***Exkurs:** Islamismus als rechte Ideologie*

114 **die große weltverschwörung**
Immer wieder montags: Querdenken 215
***Exkurs:** Antisemitismus und Verschwörungstheorien*

chronik des scheiterns

Die Republikaner als Hoffnungsträger der „Neuen Rechten"

Die Partei „Die Republikaner" galt in den 80ern als Zugpferd der sich neu organisierenden „Neuen Rechten". Die extrem rechte Vita zahlreicher hochrangiger Parteifunktionäre brachte das gemäßigte Image allerdings schnell ins Wanken. Die Geschichte des Krefelder Kreisverbandes kann sicherlich nicht als spektakuläre Erfolgsgeschichte interpretiert werden.

Gründung und Programmatik

Am 27. November 1983 gründete sich die Partei **„Die Republikaner" (REP)**. Die Republikaner behaupteten, eine *„neue, unabhängige, konservativ-liberale Volkspartei"* zu sein, die mit Neonazis und explizit der NPD *„nichts, aber auch gar nichts zu tun"* habe. Ähnlich wie heute bei der AfD klafften allerdings auch damals öffentliche Inszenierung und Realität weit auseinander.

Das Selbstbild als bürgerliche Partei rechts der CDU/CSU kam bereits bei einem Blick auf einen der drei Gründungsmitglieder ins Schwanken: Franz Schönhuber hatte sich 1942 als NSDAP-Mitglied freiwillig zur faschistischen Luftwaffe und zur Waffen-SS gemeldet. Nach seiner Einberufung zur „Leibstandarte SS Adolf Hitler" wurde er unter anderem SS-Unterscharführer in der Brigade „Charlemagne". In der Nachkriegszeit betätigte er sich als Redakteur, wurde vom Bayerischen Rundfunk allerdings fristlos entlassen, nachdem er sein NS-relativierendes Buch „Ich war dabei" veröffentlichte, das nicht zufällig von der extrem rechten **„Deutschen National-Zeitung"** zum „Buch des Jahres" gewählt wurde. Dass sich an seinen alten Feindbildern nichts geändert hatte, veranschaulichte er auch als „Wanderredner" der faschistischen **„Deutschen Volksunion" (DVU)** (→ S. 68). Seinen Reden zufolge dürften *„Kommunisten nur soviel Spielraum haben wie der Gehängte zwischen Hals und Strick."* Mit der Gründung der Republikaner 1983 wurde Schönhuber dessen stellvertretender Vorsitzender, von 1985 bis 1994 sogar Bundesvorsitzender.

Auch ungeachtet dieser Persönlichkeit wiesen antifaschistische Gruppierungen stets auf die völkisch-faschistischen Inhalte und Kontakte der häufig als „Neue Rechte" (→ S. 49) beschriebenen Republikaner hin. So übernahmen die Republikaner, teilweise wortgleich, Inhalte von der DVU oder beklagten einen angeblichen Zerfall der Volksgemeinschaft.

Dass die Republikaner als Bindeglied zwischen konservativen und neofaschistischen Kräften wirkte, zeigte bereits der Übertritt mehrerer Spitzenfunktionäre der **NPD** sowie ganzer NPD-Ortsverbände. Bei zahlreichen Veranstaltungen der Republikaner im Bundesgebiet traten darüber hinaus militante Neonazis als Saalschutz auf. Etwa 1986, als der stellvertretende Landesvorsitzende NRW auf einer öffentlichen Parteiveranstaltung in Siegburg **FAP**-Mitglieder als *„Parteifreunde"* begrüßte. Oder 1987, als der militante Saalschutz einer Republikaner-Versammlung in Aachen den Schlachtruf *„Schlagt den Roten die Schädeldecke ein"* anstimmte. Oder im selben Jahr, als Franz Schönhuber beim den Republikanern sehr nahe stehenden **„Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS)** in Köln zu Gast war und Ordner mehrere Gegendemonstrierende angriffen.

1989 wurde die Gesinnung der Republikaner dann selbst für die letzten Zweifler deutlich: Die Partei schaltete eine Anzeige in der militant national-revolutionären Zeitschrift **„Sieg"** und forderte: *„Wacht auf, Nationale Sozialisten! Mit den Republikanern in die Parlamente! Wenn man einen Schweinestall ausmisten will, muß man hineingehen."*

Regionaler Aufbau der REPs

Den ersten parlamentarischen Erfolg verzeichneten die Republikaner 1986 mit dem Einzug in den bayerischen Landtag (3%). Das brachte der zuvor kleinen Partei bundesweit neue Mitglieder. Wie in weiten Teilen der Bundesrepublik kamen diese auch in Krefeld nicht nur aus dem rechten Rand der CDU/CSU, sondern zu einem großen Teil aus der **NPD** und dessen Jugendorganisation **JN**.

Der Krefelder **Manfred Rouhs** (→ S. 44), zuvor Landesvorsitzender der JN, wechselte 1987 aus offensichtlich taktischen Gründen zu den sich gemäßigter gebenden REPs. Schon mit

seinem Zeitungsprojekt **„Komet“** (→ S. 44) hatte Rouhs die durchschaubare Taktik verfolgt, nicht auf den ersten Blick als Neonazi erkannt zu werden. Neben Rouhs liefen mindestens acht weitere JNler zu der neuen Partei über.

Ebenfalls 1987 zog Rouhs allerdings nach Köln um, wo er seine Karriere bei den Republikanern und der späteren Abspaltung **„Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)** (→ S. 46) fortsetzte. Für die Krefelder Republikaner bedeutete dies nach einem kurzen Aufleben erst einmal Ruhe.

Hans-Ulrich Höfs, Gründungsbeauftragter der Krefelder Republikaner und Bundesvorsitzender des Gesamtdeutschen Studentenverbandes, Bild: WZ

Dafür lohnt sich ein Blick in die Nachbarschaft: Gründungsbeauftragter der Republikaner in Mönchengladbach war der bei Antifaschistinnen und Antifaschisten bereits bekannte **Walter Wrage.** Wrage war zuvor beim **„Freundeskreis Deutscher Sozialisten“ (FDS)** (→ S. 39) aktiv, einer Gruppierung, die vorwiegend aus ehemaligen **FAP**-Funktionären und Anhängern des führenden Neonazis Michael Kühnen bestand. Außerdem war er zwischenzeitig verantwortlich für das Hetzblatt **„Deutscher Sozialist“** (→ S. 39).

„~~Wacht auf, Nationale Sozialisten! Mit den Republikanern in die Parlamente! Wenn man einen Schweinestall ausmisten will, muß man hineingehen.~~“

— Anzeige der Republikaner in der national-revolutionären Zeitschrift „Sieg“

Für den Kreis Viersen zeichnete der St. Töniser **Walter Bergmann** als Gründungsbeauftragter verantwortlich. Auch Bergmann konnte zu diesem Zeitpunkt auf eine neonazistische Vergangenheit zurückblicken. So trat er einem Leserbrief in der Zeitschrift **„Deutscher Anzeiger“** zufolge 1984 dem **„Schutzbund für Leben und Umwelt“**, einer neonazistischen Splittergruppierung aus dem Umfeld der **DVU**, bei und forderte die Leserschaft zur Nachahmung auf.

Als Zuständiger für den „Stützpunkt Tönisvorst“ gab Bergmann an, einen politischen Stammtisch in einem Vorster Lokal etabliert zu haben, bei dem sich Parteifreunde aus dem Kreis Viersen, Mönchengladbach und Krefeld trafen.

Die Parteizeitung **„Der Republikaner“** berichtete in der Ausgabe 3/89 darüber hinaus über die Gründung eines „Bezirksverbandes Niederrhein“ im Februar 1989. Bezirksvorsitzender wurde der Düsseldorfer Wolfgang Rau, der zuvor als stellvertretender Bundesvorsitzender der **JN** tätig war. Rau war außerdem Kreisvorsitzender der Düsseldorfer Republikaner und REP-Landesgeschäftsführer.

Im Mai/Juni 1989 – kurz vor der Europawahl – gründete sich dann auch in Krefeld ein offizieller Kreisverband.

Rückendeckung hatten die sich im Aufbau befindenden Republikaner schon im Februar 1989 aus der CDU/CSU bekommen. Hansheinz Hauser, Krefelder CDU-Politiker und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lehnte in einem Interview mit der Rheinischen Post ein Bündnis mit den Republikanern nicht ab. Ihm zufolge seien die *„Republikaner nicht schlechter als die Grünen“*.

Und so verwunderte es kaum, dass die Gründungsmitglieder der Krefelder Republikaner ihre ehemaligen Verbindungen zur CDU/CSU in den Vordergrund stellten: Gründungsverantwortlicher und erster Vorsitzender wurde der Bockumer **Hans-Ulrich Höfs**, der sich zu Beginn betont zurückhaltend und bieder gab. Er erklärte, bis dato in der CDU, genauer gesagt in der „Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ (CDA), engagiert gewesen zu sein. Auch der Geschäftsführer und Finanzier der Krefelder Reps, **Jan Büschgens** sowie der zweite Vorsitzende, **Heiner Kaulertz**, verwiesen immer wieder auf ihre zurückliegende CDU-Mitgliedschaft. Gemeinsam gaben sie an, einen Zustrom von ehemaligen CDU-, aber auch SPD-Mitgliedern zu erwarten.

Dass das gewollt bürgerliche Image aber auch in Krefeld nicht ganz der Realität entsprach, zeigte nicht nur die ehemalige **NPD**-Mitgliedschaft des →

Infoflyer der Krefelder Republikaner anlässlich der Kommunalwahl 1989

Gründungsmitglieds **Thomas Meier**, sondern vor allem ein genauerer Blick auf den Vorsitzenden Hans-Ulrich Höfs.

Gesamtdeutscher Studentenverband

Höfs war ab 1986 langjähriger Vorsitzender des **„Gesamtdeutschen Studentenverbandes" (GDS)**, der über eine **Bezirksgruppe Krefeld-Niederrhein** verfügte.

Gegründet wurde der GDS 1950 unter dem Namen **„Verband Heimatvertriebener und Geflüchteter Deutscher Studenten" (VHDS)**. 1964 benannte er sich in **„Ostpolitischer Deutscher Studentenverband" (ODS)** um und schließlich 1984 in GDS.

In dem Studentenverband fanden sich vor allem extrem rechte und neofaschistische Hochschulaktivisten zusammen, darunter auffallend viele „alte" Semester. Kontakte zur **„Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP)** (→ S. 41), zur **NPD** und verschiedenen Burschenschaften wurden intensiv gepflegt. Gemeinsam ging man nicht nur in den Hochschulen, sondern auch auf der Straße gegen vermeintlich Linke vor. So hatten sich mehrere GDS-Funktionäre nach der Jahreshauptversammlung 1984 gemeinsam mit FAP-Mitgliedern in die Bonner Innenstadt begeben, um die dort anwesenden Punks zu überfallen.

Auch in Krefeld existierte eine GDS-Hochschulgruppe Niederrhein. In den Jahren 1984 und 1985 ist der Kaarster **Frank Bockhold** als deren Vertreter in Erscheinung getreten. Bockhold war darüber hinaus Mitglied der **NPD/JN** und verfügte über gute Kontakte zur **Wiking-Jugend** (→ S. 43) und zur **„Europäischen Arbeiter-Partei" (EAP)**. Damaligen Antifaschistinnen und Antifaschisten war er als Skinhead und Schläger bekannt.

Wirklich aktiv war die Krefelder GDS-Hochschulgruppe allerdings nicht, was angesichts der bundesweit gerade mal 50 - 100 Mitglieder fast schon offensichtlich scheint. Im Wintersemester 1986/87 wurde die Gruppe auf Bitten des AStAs aus dem Vorlesungsverzeichnis gestrichen.

Erst 1989 machte der Krefelder GDS noch einmal von sich reden. Der Hochschulgruppen-Vorsitzende Klaus Bernhard und Hans-Ulrich Höfs luden zu einer Veranstaltung unter dem Thema „Die Deutsche Neurose" in die Gaststätte „Zum Hochfeld" in Krefeld-Oppum ein. Unter den etwa 20 Gästen fanden sich erwartungsgemäß auch Vertreter militanter Neonazi-Gruppen wie der **FAP** oder der **Wiking-Jugend**.

Zwar schrieb die Hochschulgruppe Niederrhein in ihrem Einladungstext *„Dies ist keine Reklame für die Republikaner, sondern eine für Deutschland"*, doch gewissermaßen war es genau das, eine (indirekte) Reklame für die Republikaner. Und das ist wenig verwunderlich: Bereits ein Jahr zuvor wurde dem GDS der Geldhahn zugedreht. Konnten sie zuvor als ein dem **„Bund der Vertriebenen"** (→ S. 96) angeschlossener Verband jährlich etwa 10.000 - 15.000 DM Staatsgelder einstreichen, war diese Förderung bereits weggefallen. Der Grund: die inhaltliche und personelle Überschneidung mit der extrem Rechten sowie die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Infolge dessen verlagerten viele ehemalige GDS-Mitglieder ihre Tätigkeit zu den Republikanern, die als kommende Kraft der „Neuen Rechten" eingeschätzt wurden.

Fehlstart in Krefeld

So enthusiastisch die Stimmung bei den Krefelder Republikanern vor der Europawahl 1989 war, so bedrückend war das Ergebnis. Während die REPs bundesweit 7,1% einfahren konnten, kamen sie in Krefeld nur auf 4,1%. Schon vor der Wahl hatte der frische Kreisverband mit mehreren Rückschlägen zu kämpfen.

So demonstrierten eine Woche vor der Europawahl 100 - 150 Personen vor dem Republikaner-Büro in der Hardenbergstraße und anschließend in der Buschstraße, wo das Parteiprogramm präsentiert werden sollte.

Darüber hinaus lief auch das ritualisierte Plakatieren vor Wahlen nicht wie gewünscht. Vier Mitglieder der REPs seien bei einer solchen nächtlichen Aktion, der Partei zufolge, von *„mehreren Ausländern überfallen"* worden.

Kurz vor der Wahl dann der nächste Aufreger: Dem stellvertretenden Vorsitzenden **Jan Büschgens** wurde vorgeworfen, frühere Spielbank-Kollegen um mehr als 600.000 DM geprellt zu haben. Damit schaffte Büschgens es nicht nur als „Hochstapler" in die Lokalpresse, sondern musste auch eine Hausdurchsuchung der Kriminalpolizei über sich ergehen lassen.

Doch für **Hans-Ulrich Höfs** galt die Europawahl ohnehin nur als Test für die wesentlich wichtigere Kommunalwahl im Oktober 1989. Unter den Slogans *„Gegen den Einheitsbrei GRÜNSPDCDUFDP"* und *„Gegen Überfremdung und Ausländerwahlrecht"* kandidierten die REPs zum Rat der Stadt. Die Kandidaten waren meist mittleren Alters und vorwiegend Selbstständige, Beamte oder Angestellte. Neben einem Infostand und ein paar Wahlplakaten, die allerdings auch schnell wieder beseitigt wurden, schien es, als sei bereits zu diesem Zeitpunkt die Luft wieder raus gewesen. Entsprechend fiel auch das Wahlergebnis aus: 3,7%.

Im April 1990 erfolgte dann wenig überraschend der Rücktritt **Jan Büschgens**, der angesichts der Anklage Schaden von der Partei abwenden wollte. Im Oktober 1992 wurde Büschgens zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, doch wurde gegen Zahlung einer Kaution von 100.000 DM Haftverschonung verordnet.

Der Niedergang der REPs

Bundesweit schafften es die Republikaner, sich zwischenzeitig an die Spitze der extremen Rechten zu setzen. Der Erfolg brachte allerdings auch parteiinterne Führungs- und Richtungsstreitigkeiten. 1990 verließ der langjährige stellvertretende Vorsitzende Harald Neubauer die Partei und gründete im Folgejahr mit zahlreichen ehemaligen Parteigenossen die **„Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH)**, der sich auch der ehemalige Krefelder **Manfred Rouhs** in Köln anschloss (→ S. 46).

Spätestens mit der Entscheidung des Bundesinnenministers im Dezember 1992, die Republikaner vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachten zu lassen, war der vorzeitige Niedergang der Partei besiegelt.

Auch in Krefeld lief nichts wie geplant. Im Juni 1993 fiel eine Parteiversammlung kurzfristig ins Wasser. Die Wirtin des „Haus Blumenthal" hatte die geplante Veranstaltung nach Ankündigung von Gegenprotesten und *„aus Rücksicht auf ausländische Gäste"* abgesagt.

Wirklich bedeutsam waren die Republikaner zu dem Zeitpunkt aber selbst für Hans-Ulrich Höfs nicht mehr. Höfs gründete den **„Krefelder Gesprächskreis Deutsche Politik"**, auch **„Krefelder Forum Freies Deutschland"** (→ S. 58) genannt, dem sich neben Höfs weitere ehemalige Republikaner anschlossen. Entsprechend war es in Krefeld kaum noch von Bedeutung, als 1994 der Bundesvorsitzender der Republikaner, Franz Schönhuber, aus der Partei austrat.

Kein letztes Aufbäumen

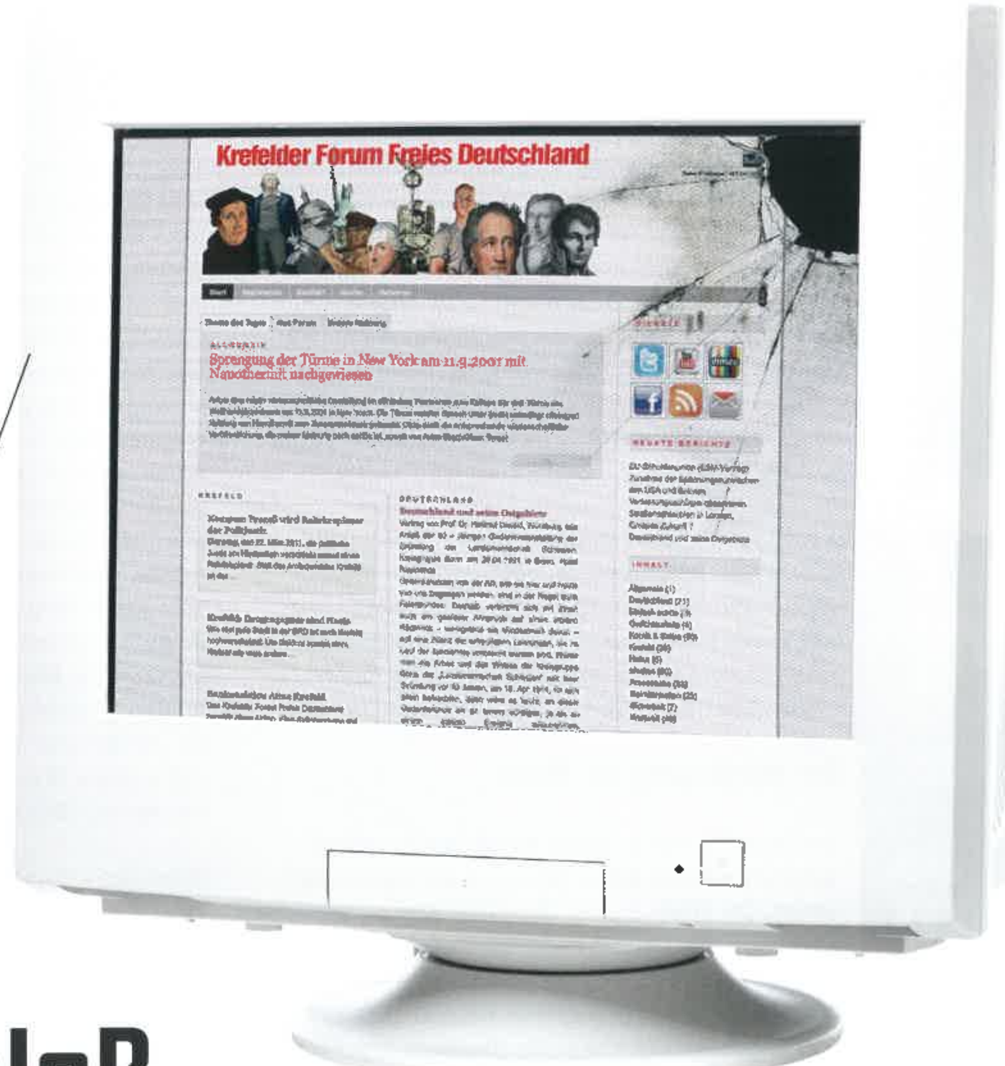
Trotz des ein oder anderen Versuchs, schafften es die Republikaner bis heute nicht, sich aus der Bedeutungslosigkeit herauszukämpfen.

1998 kandidierte der Krefelder Kreisvorsitzende **Uwe Qualmann** als Direktkandidat für den Bundestag. Plakate und Infostände liefen unter den Mottos *„Deutschland zuerst" und „Deutsche Interessen zuerst"*. 1999 traten die Republikaner in zwei Wahlkreisen zur Krefelder Kommunalwahl an. In Krefeld Süd zog **Jakob Ixkes mit** 3,0% in die Bezirksvertretung ein, gab sein Mandat später aber wieder auf, ohne dass ein Parteikollege nachrückte. Im Mitteilungsblatt **„Krefelder Echo"**, das ausschließlich für Mitglieder des REP-Kreisverbandes Krefeld erschien, schrieb der Berliner Landesverband: *„Es gibt kein Recht auf Einwanderung. Nirgendwo. Wohl aber ein Recht auf Heimat. Das nimmt man Euch."* Im April 2000 ließ der Krefelder Wahlausschuss die beiden REPs **Jakob Ixkes** und **Peter Orzechowski** zur Landtagswahl zu. Auf Wahlplakaten forderten sie *„Kinder statt Inder!"* Orzechowski wurde zwei Jahre später Schützenkönig beim „Bürger-Schützen-Verein 1852 Uerdingen".

Trotz zahlreicher Wahlplakate in ganz Krefeld und einer Veranstaltung mit REP-Spitzenkandidatin Uschi Winkelsett erhielten die Republikaner bei der Europawahl 2004 nur 1,2%. 2005 ermittelte die Krefelder Staatsanwaltschaft gegen die Republikaner wegen Wahlfälschung. 128 der 230 Unterschriften seien von ahnungslosen Bürgern erschlichen worden. Dennoch ließ der Landeswahlausschuss die Liste zur Landtagswahl zu. Die Plakate mit der Aufschrift *„Krefeld darf nicht Istanbul werden"* verschafften den Republikanern allerdings nur 0,76%.

Nach einer weiteren Wahlschlappe (Europawahl 2009: 0,8%) wollte man ab Mitte/Ende 2011 wieder offensiv in Erscheinung treten. Angeblich sollen ein Drittel der Haushalte mit Informationsblättern und Zeitungen bestückt worden sein. Großspurig wurde angekündigt, dass sich *„auch in Krefeld wieder eine starke wählbare Opposition, die die wirklichen Interessen der Menschen vertritt"* bilde. Unterstützung kam dabei vom Landesverband, der die Krefelder mit einem Aktionstag bei den Aufbauarbeiten zu unterstützen versuchte.

Doch über die Gründung einer eigenen Facebookseite mit – bis heute – einem Eintrag kamen sie dabei nicht hinaus. Gewissermaßen steht der erste (und letzte) Facebookeintrag symptomatisch für das Verhältnis zwischen Wunsch und Realität bei den Krefelder Republikanern: *„in der heutigen zeit ist es unerläßlich auch das medium internet für seine arbeit zu nutzen. Wir werden unseren facebook auftritt ständig bearbeiten und verbessern"* [sic]. Vier Likes. Das war's. ■



Internetseite des Krefelder Forum Freies Deutschland, September 2011.

nicht bloß ein gesprächskreis

Das Krefelder Forum Freies Deutschland

Fast 30 Jahre lang war das „Krefelder Forum Freies Deutschland" aktiv. Dreh- und Angelpunkt der sich als „Gesprächskreis" präsentierenden extrem rechten Gruppierung war Hans-Ulrich Höfs. Das „Forum" verfügte über beste Beziehungen zur Partei „Die Republikaner", zur DVU sowie zur regionalen NPD und fiel immer wieder durch Störaktionen von antifaschistischen und bürgerlichen Veranstaltungen auf. Höfs ist bis heute als Redner bei neonazistischen Veranstaltungen aktiv.

Vermutlich Ende 1992 trat der **„Krefelder Gesprächskreis Deutsche Politik"** – später vorwiegend **„Krefelder Forum Freies Deutschland"** genannt – öffentlich in Erscheinung. Hervorgegangen war der „Gesprächskreis" aus Teilen der Krefelder **Republikaner** (→ S. 54) und dem **„Gesamtdeutschen Studentenverband" (GDS)** (→ S. 56). Entsprechend war auch der Gründer und inoffizielle Sprecher ein alter Bekannter: der ehemalige Vorsitzende der Krefelder Republikaner **Hans-Ulrich Höfs** (→ S. 55). Weil seine Partei eine Pleite nach der anderen einfahren musste, versuchte er, seine extrem rechte Agenda unter dem Label einer unabhängigen „Bürgerrechtsbewegung" zu verkaufen und organisierte fortan Diskussionsrunden und Vortragsveranstaltungen zu allgemeinen Themen wie Arbeitslosigkeit oder Eurowährung in der Gaststätte „Hagschinkel" in Krefeld-Uerdingen.

Erwähnt wurde die Gruppierung im NRW-Verfassungsschutzbericht erstmals 1997. Zu den angeblich 40 Mitgliedern – in den Folgejahren wurde die Zahl auf 20 heruntergesetzt – gehörten dem Verfassungsschutz zufolge vorwiegend Personen aus extrem rechten Organisationen. Etwa aus der bereits erwähnten Partei **„Die Republikaner“**, der **„Deutschen Volksunion“ (DVU)** (→ S. 68) oder der **„Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)** (→ S. 46), obwohl Letztgenanntes von dem „Gesprächskreis“ glaubhaft bestritten wurde. Darüber hinaus wurde – so der Verfassungsschutz – unregelmäßig der „Pressedienst“, eine Publikation mit überwiegend rassistischer Thematik, herausgegeben. Die Krefelder „Zeitung für antifaschistische Kultur in Krefeld“ sprach im Jahr 2000 zusätzlich von einer Zeitschrift mit dem Namen „Krefelder Forum“.

Volksverhetzung

Im September und Oktober 1995 verteilte das Forum anlässlich einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen zwei Krefelder Familien ein Flugblatt, das dem presserechtlich Verantwortlichen Hans-Ulrich Höfs eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung einbrachte. Unter der Überschrift *„Benehmen sich so Gäste? Terror von Türken an Deutschen“* wurde über eine angebliche *„ethnische Säuberung an Deutschen in Deutschland“* fabuliert und der Vorwurf geäußert, die Polizei dürfe auf Anordnung die Deutschen nicht vor „ausländischen Mitbürgern“ schützen. Das Flugblatt landete in mehreren Briefkästen in Krefeld-Bockum und wurde vor dem Krefelder Hof, der Gaststätte „Et Bröckske“ und per Post verbreitet.

Das Krefelder Amtsgericht verurteilte Höfs wegen Volksverhetzung zu 9.000 DM Geldstrafe. Obwohl Höfs in einem offenen Brief verlauten ließ, dass er sich über den Strafbefehl freue, weil dieser den Beweis für *„politischen Missbrauch der Justiz, von politischer Verfolgung und Unterdrückung“* liefere und die Bundesrepublik als *„DDR light“* entlarve, ging er in Revision und drückte die Geldstrafe auf 7.200 DM. Doch auch das Urteil focht Höfs an und erwirkte vor dem Bundesverfassungsgericht nach insgesamt sechs Jahren die Aufhebung der Gerichtsentscheidung. Mediale Unterstützung und Aufmerksamkeit bekam er durch die von Neonazis herausgegebene **„Westdeutsche Volkszeitung“**, das **„Nationale Infotelefon“** und die Wochenzeitung **„Junge Freiheit“** (→ S. 97).

Auch der Vorwurf, Höfs habe eine volksverhetzende Schrift mit dem Titel „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen Überfremdung“ verteilt, wurde 1998 von der Staatsanwaltschaft fallen gelassen.

Ohne Zweifel Rechtsaußen

Auch wenn Höfs sich vor Gericht durchsetzen konnte, bestand an der extrem rechten Gesinnung des Krefelder Forums zu keinem Zeitpunkt Zweifel. So publizierte das Forum seine Inhalte unter anderem in den überregionalen Zeitschriften **„Nation & Europa“** und **„Sleipnir“** und pflegte enge Kontakte zur **NPD** (→ S. 68) und zur **„Artgemeinschaft“** (→ S. 42). Zu den aktiven Mitgliedern zählte unter anderem der spätere Vorsitzende des Krefelder NPD-Kreisverbandes **Rainer Händelkes** (→ S. 74). 1989 war dieser bereits der **DVU** beigetreten, landete dann beim neonazistischen **„Freundeskreis Deutscher Sozialisten“ (FDS)** (→ S. 39) und wechselte nach dessen Auflösung 1993 schließlich zum Krefelder Forum Freies Deutschland.

Für den 26. März 1996 kündigte der **„Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB)** der NPD eine Veranstaltung mit Herbert Schweiger, einem ehemaligen SS-Mann („Leibstandarte Adolf Hitler“) und Chefideologen der verbotenen **„Nationalistischen Front“ (NF)** (→ S. 43) an. Initiator: **Hans-Ulrich Höfs**, Veranstaltungsort: **Hagschinkel**. Schweiger wurde kurz zuvor allerdings verhaftet, sodass die Veranstaltung im mittlerweile für seine rechten Umtriebe bekannten Hagschinkel nicht wie geplant stattfinden konnte. Vor dem Veranstaltungsort kam es dennoch zu einem Aufeinandertreffen einiger Besucher mit anwesenden Antifaschistinnen und Antifaschisten. Im folgenden Wortgefecht versicherte Höfs, dass er den Begriff „Neonazi“ als Ehrentitel verstehe.

Stören von Veranstaltungen

Für die Kommunalwahl 1999 plante das Krefelder Forum Freies Deutschland, eine „Freie Wählergemeinschaft“ mit eigenen Kandidaten zu gründen. Das Vorhaben scheiterte an der zu geringen Personenzahl. Stattdessen fokussierte sich das Grüppchen auf eine bereits ausgiebig erprobte Art des politischen Aktivismus, des Störens antifaschistischer und bürgerlicher Veranstaltungen. Etwa eine Veranstaltung zum Thema

→

„Geschichtsrevisionismus" des damaligen „AK Antifaschismus Krefeld" 1995. Oder eine Veranstaltung im Moltke-Gymnasium anlässlich der Eröffnung einer Auschwitz-Ausstellung in der Villa Merländer (→ S. 17) im Januar 1998. In einer Gerichtsverhandlung wegen Volksverhetzung plauderte der Angeklagte **Ernst J.** aus, dass das Krefelder Forum bereits im Vorfeld vor der Störaktion im Moltke-Gymnasium intensiv über die Taktik der Vortragsstörung und die zu erwartende Anzeige gesprochen hatte.

Entsprechend koordiniert verliefen weitere Störversuche in den folgenden Jahren. Am 7. November 2005 tauchte Höfs mit einer großen Anzahl Gleichgesinnter bei der Lesung des Buches „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD" in der VHS Krefeld auf. Durch ständige Unterbrechungen und Zwischenrufe versuchten diese, das anwesende Publikum und den Autor einzuschüchtern. Später mogelten sie NPD-Flyer unter die Broschüren der VHS.

Ebenfalls in der VHS fand am 20. November 2008 eine Veranstaltung des Krefelder Jugendamtes zum Thema „Erlebniswelt Rechtsextremismus" statt. Höfs wurde aufgrund seiner schriftlichen Teilnahmeankündigung vorab ein Hausverbot ausgesprochen. Gemeinsam mit fünf weiteren Forumsmitgliedern und NPD-Anhängern betrat Höfs dennoch den Veranstaltungssaal, aus dem er unter Berufung auf das Hausrecht verwiesen wurde. Der ebenfalls beteiligte **Lars Spönlein** – zu dem Zeitpunkt Vorsitzender der NPD Krefeld – meldete eine Spontankundgebung an und rief weitere Parteimitglieder herbei, sodass die Teilnehmenden der Veranstaltung die VHS über einen Nebenausgang verlassen mussten.

~~„Die Kernidee der Nationalen Außerparlamentarischen Opposition ist der Nationalismus. [Er ist] die dialektische Antithese des auferlegten liberalistischen Internationalismus."~~

— 14. These der „Krefelder Erklärung"

Das Krefelder Forum betitelte das Hausverbot in einer anschließenden Stellungnahme als einen durch die *„Staatsparteien"* organisierten *„Staatsstreich"*, der *„das Grundgesetz und das Versammlungsrecht der BRD außer Kraft"* gesetzt habe. Höfs stellte eine Strafanzeige gegen mehrere Personen des Krefelder Jugendamtes, des Verfassungsschutzes NRW und des Krefelder Staatsschutzes, die erwartungsgemäß eingestellt wurde. Bei dem Mitunterzeichner und ebenfalls von einem Hausverbot betroffenen M. H. handelte es sich vermutlich um **Matthias Halmanns** (→ S. 72), NPD-Bundestagskandidat 2009 für Krefeld/Wesel und JN-Landesvorsitzender 2010. Höfs wandte sich nach der Einstellung an das Verwaltungsgericht Düsseldorf, welches das Hausverbot nachträglich tatsächlich als rechtswidrig einstufte; allerdings nur, weil das kurzfristig ausgeteilte Hausverbot nicht detailliert genug begründet wurde.

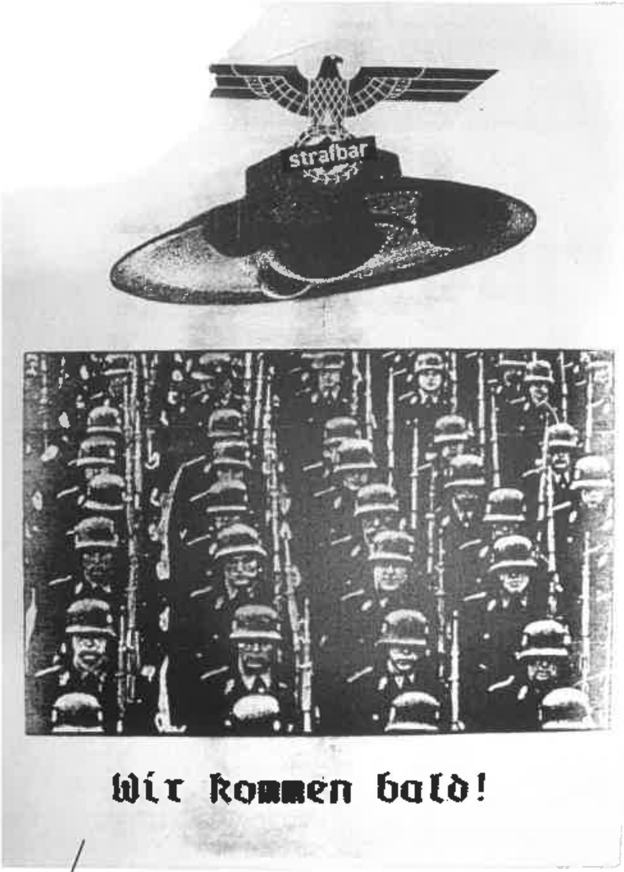
Aktivismus nach der Jahrtausendwende

Neben diesen durchgeplanten Störaktionen machten Höfs und das Krefelder Forum Freies Deutschland auch anderweitig immer wieder auf sich aufmerksam.

Im Jahr 2000 unterschrieb Höfs als Erstunterzeichner den bundesweiten Appell „Ja zu Deutschland – Ja zur NPD", eine Initiative des später wegen Holocaustleugnung zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilten NPD-Anwalts Horst Mahler.

Im November 2000 veröffentlichte die selbst ernannte „Bürgerrechtsbewegung" eine „Krefelder Erklärung zur Lage der Bürgerrechte in der BRD". Darin wurden abermals ein *„Staatsstreich von oben gegen das eigene Deutsche Volk"* und ein *„halbheißer Bürgerkrieg"* herbeifantasiert. Nachdem sich ausgiebig über eine angeblich rassistische *„Ausländergewalt"* ausgelassen wurde, legitimierte der Autor tatsächlich rassistische Übergriffe als *„Abwehr Deutscher gegen Ausländer mit und ohne BRD-Angehörigkeit"* die *„eng verknüpft mit dem natürlichen, instinktiven Territorialverhalten der Säugetiere und des Menschen"* seien. Einige Absätze mit den üblichen Floskeln über eine imaginierte Unterdrückung durch die *„politische Klasse"* später wurde die „Erklärung" mit den Worten *„Freiheit für Deutschland! Selbstbestimmung des Volkes!"* beendet.

Im Jahr 2001 zählte das Krefelder Forum neben dem **„Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB)** und der extrem rechten Vereinigung **„Thule-Seminar"** zu den Mitveranstaltern der neofaschistischen **„Deutschen Akademie"**. Orga-



Februar 2002: Nachdem Flyer mit Informationen zu Hans-Ulrich Höfs verteilt wurden, erhielt ein Antifaschist diesen Drohbrief.

nisiert wurde diese von Jürgen Schwab, Leiter des Arbeitskreises Volk und Staat im NPD-Parteivorstand und Autor in verschiedenen rechten Zeitschriften. Im April 2006 nahmen auch Personen des NPD-Ortsverbandes Krefeld an der Akademie teil.

Im September 2001 berichtete das Krefelder Forum auf ihrer Homepage von einem mehrstündigen Gespräch mit dem Krefelder Staatsschutz. Hauptthema soll der Meinungsaustausch über die *„verfassungsfeindlichen Aktivitäten der linksextremistischen Antifa"* gewesen sein. Angeblich habe der Leiter des Staatsschutzes angeboten, den Krefelder „Gesprächskreis" aus dem Verfassungsschutzbericht streichen zu lassen, was von Höfs dankend abgelehnt wurde; schließlich sei die Erwähnung kostenlose Werbung und als Auszeichnung zu verstehen. Der Wahrheitsgehalt dieses Gesprächsprotokolls lässt sich allerdings nicht prüfen. Doch schon ein Jahr zuvor machte der Krefelder Polizeipräsident Dieter Friedrich von sich reden, als er verlauten ließ, dass Rechte in Krefeld kein Problem darstellten. Zwar erwähnte dieser das Krefelder Forum Freies Deutschland als Teil einer rechten Szene, relativierte rechtes Gedankengut anschließend aber mit den Worten: *„Junge Leute haben schnell ein ‚Heil Hitler' auf den Lippen, aber nicht, weil sie rechtsextrem sind, sondern aufgrund der aktuellen Diskussion."*

Anlässlich der Umtriebe des Krefelder Forums gründete sich im Oktober 2001 das „Forum Nazifreies Krefeld", das öffentlich über die Vita und Aktivität insbesondere Hans-Ulrich Höfs aufklärte. Nachdem das antifaschistische Bündnis im Februar 2002 in Uerdingen Infos über Höfs verteilt hatte, fand ein Krefelder Antifaschist am nächsten Tag einen anonymen Zettel im Briefkasten. Unterhalb der Abbildung eines Reichsadlers, eines Hakenkreuzes und der marschierenden Waffen-SS fand sich die Drohung: „Wir kommen bald".

Die letzten Atemzüge

Mehrere Jahre lang galt das Krefelder Forum als Dreh- und Angelpunkt der Krefelder extremen Rechten. Mit der Reaktivierung der NPD verlor es allerdings zunehmend an Einfluss, trotz guter Kontakte zu der sich aufbauenden Krefelder NPD. Zu einem personellen Zerwürfnis kam es allerdings im Oktober 2009. Höfs warf dem Ex-Vorsitzenden der NPD Krefeld/Kleve, **Lars Spönlein**, vor, für den Verfassungsschutz gearbeitet zu haben. Beweise dafür legte Höfs zwar nicht vor, dafür listete er eine Reihe tatsächlicher und vermeintlicher Fehlleistungen Spönleins auf, wie etwa das Nicht-Einreichen von Unterstützungsunterschriften zur Kommunalwahl. Spönlein kündigte im Gegenzug juristische Schritte gegen Höfs an und warf ihm vor, *„senile Verschwörungstheorien"* zu verbreiten. Dennoch verkündete er, aus der NPD ausgetreten zu sein und alle Parteiämter abgetreten zu haben oder diesen entzogen worden zu sein. Höfs blieb weiterhin bestens vernetzt in der extrem rechten Szene in Krefeld und Umgebung. In der Broschüre „Die extreme Rechte in Duisburg 2011" wurde Höfs als Unterstützer der Duisburger neonazistischen Kameradschaft **„Sturm 18 e.V. - Ortsgruppe Duisburg"** erwähnt. Außerdem pflegte er weiterhin gute Kontakte zur örtlichen NPD.

In den folgenden Jahren konnte man das Treiben des Krefelder Forums allerdings hauptsächlich online wahrnehmen. Auf der eigenen Internetseite wurden etwa die Freilassung und finanzielle Unterstützung des verurteilten Holocaustleugners Horst Mahler, die Rückbesinnung auf die *„alten preußischen, deutschen Tugenden"* und die Rückkehr zur *„Volksgemeinschaft"* gefordert; Abtreibungen wurden als *„Babycaust an unseren Mitbürgern im Mutterleib"* betitelt. Hinzu kamen Verschwörungstheorien rund um die Anschläge am 11. September 2001 und Verweise auf teils antisemitische Videos über das „Geldsystem". In einem veröffentlichten Gesprächsprotokoll assoziierte Höfs den Holocaust ausschließlich damit, dass *„die Zionisten sich nur darauf berufen, um den Staat Israel zu rechtfertigen"*. Seinem linken Diskussionsgegner schlug er vor, gemeinsam gegen die *„Teile und Herrsche"*-Propaganda des *„gemeinsamen politischen Feindes"* und das *„herrschende Kapital"* zu kämpfen und einen Umsturz herbeizuführen. Der letzte Beitrag des Krefelder Forums Freies Deutschland wurde am 16. März 2018 veröffentlicht.

Am 04. Oktober 2019 hielt Höfs einen Vortrag auf dem Lesertreffen der neonazistischen Zeitschrift **„Recht und Wahrheit" (RuW)** mit dem Thema „Deutsches Reich 4.0". Höfs Vortrag wurde wie folgt angekündigt: *„Deutschland ist auch geografisch größer als die BRD."* Weitere Vorträge für „Recht und Wahrheit" hielt Höfs am 10./11. September 2021 und 02. Oktober 2021. ■

der zweite weltkrieg aus rechter sicht

Propaganda-Dokus des Heitz und Höffkes Verlags

Gemeinsam mit dem Publizisten Karl Höffkes leitete der Krefelder Detlev Heitz den in Essen ansässigen „Heitz und Höffkes Verlag", der die Bildungsarbeit der extrem rechten Szene mit kriegsverherrlichenden, faschistischen und rassistischen Filmen und Büchern ausrüstete.

Entstehung

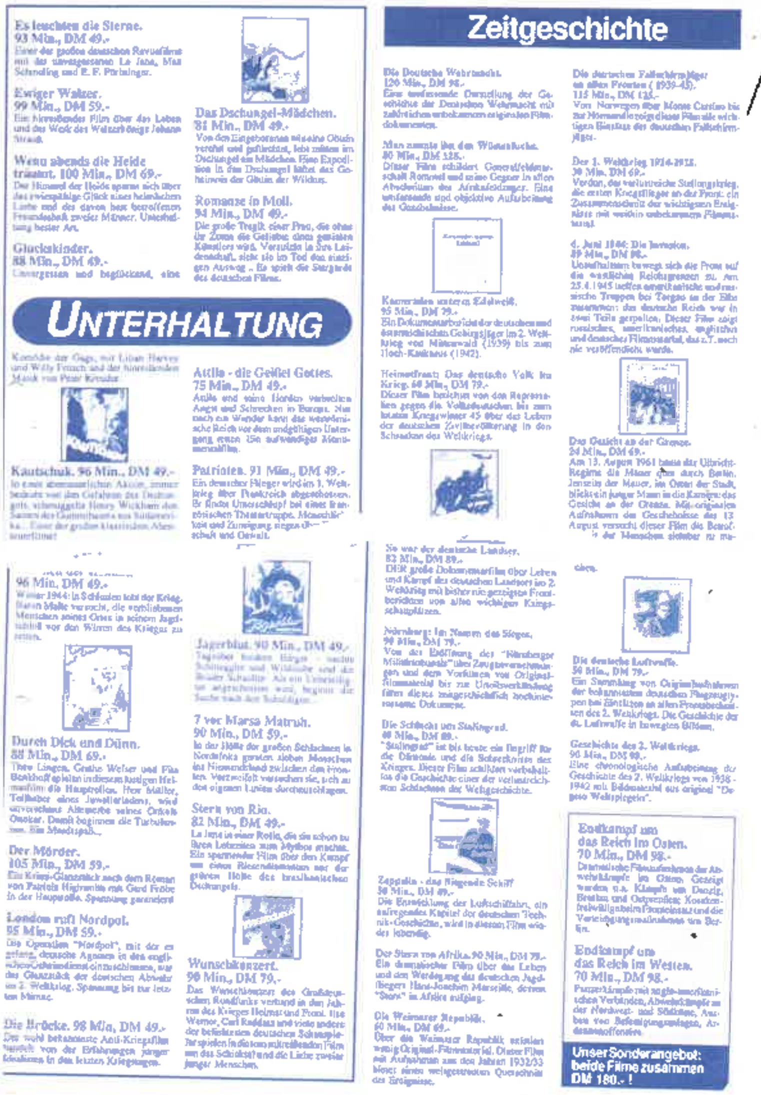
Der gebürtige Oberhausener **Karl Höffkes** betätigte sich bereits Anfang der 80er in der geschichtsrevisionistischen und extrem rechten Medienlandschaft: 1982/83 schrieb er für die extrem rechten Zeitschriften **„Nation Europa"** und **„Deutschland in Geschichte und Gegenwart"** und veröffentlichte Bücher in den ebenfalls extrem rechten Verlagen **„Arndt-Verlag"** und **„Grabert-Verlag"**. Ein Buch über Albert Leo Schlageter, Mitglied der NSDAP-Tarnorganisation **Großdeutsche Arbeiterpartei**, schrieb er gemeinsam mit Uwe Sauermann, ehemaliger Bundesvorsitzender des **NPD**-Studentenverbandes **NHB** (→ S. 59). Über mehrere Monate war er Beisitzer im Vorstand der größten extrem rechten Kulturvereinigung **„Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP)**. Außerdem betätigte er sich im Umfeld des neurechten, teils völkischen Jugendverbandes **„Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ)**, dessen „Bundesführer" Höffkes Bruder Heinz-Gerd Höffkes war.

Ab 1984 wurde Höffkes Redaktionsmitglied und Verlags-Mitinhaber der nationalrevolutionären Zeitschrift **„wir selbst"**. Gemeinsam mit dem neurechten Verleger Siegfried Bublies - zwischenzeitig aktiv in der **JN** (→ S. 25) und bei den **Republikanern** (→ S. 54) – gründete er 1985 den Verlag **„Bublies und Höffkes"**. Aufgrund einer Umgruppierung in der „wir selbst"-Redaktion trennt sich Höffkes Ende 1986 von dieser und von seinem Verlagspartner Bublies. Der Verlag wurde geteilt in den Koblenzer **„Verlag Siegfried Bublies"** und den Essener **„Heitz und Höffkes Verlag"**, der mit einer modernen Druckerei in Essen-Dellwig ausgestattet war und über eine eigene Werbeagentur, Buchhandlung und Film- und Videoproduktion verfügte. Hinter dem neuen Namen „Heitz" verbirgt sich der Anfang 1987 dazugestoßene Rechtsanwalt **Detlev Heitz** aus Krefeld-Hüls. Heitz war bereits im November 1986 als Redaktionsmitglied in **„wir selbst"** aufgelistet.

Rechte Szene statt Mainstream

Heitz und Höffkes bewegten sich in sogenannten „nationalrevolutionären" Kreisen, zu denen auch die Zeitschrift „wir selbst" zählte. Jene Kreise verstanden sich selbst als die „wahren Antifaschisten" und versuchten, die links dominierte Ökologie- und Friedensbewegung mit nationalistischen und geschichtsrevisionistischen Ideen zu füttern (siehe Exkurs „Pseudo-Antikapitalismus von Rechts" → S. 33). Entsprechend bezeichnete sich Höffkes gerne als „Linker" und besuchte regelmäßig linke Veranstaltungen. Dabei war der extrem rechte Charakter des Verlags offensichtlich: Werbung schalteten Heitz und Höffkes unter anderem in der Zeitschrift **„Der Freiwillige"** für ehemalige Angehörige der Waffen-SS oder in Beilagen der Publikationen **„Europa vorn"** und **„Nation und Europa"**. Zu den Autoren der veröffentlichten Bücher zählten der neurechte Publizist Armin Mohler, der ehemalige NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden oder Hans-Dietrich Sander, der später den **„Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten"** mitbegründete.

Die veröffentlichten Werke handelten von *„deutschen Heldinnen"*, esoterischem *„Urweistum"*, der *„Rückbesinnung auf das uralte biologische Geschichtsbewusstsein"*, Ethnopluralismus (siehe Exkurs „Wie neu ist die ‚Neue Rechte'?" → S. 49) und angeblichen *„Verfälschungen der deutschen Geschichte"*. Das Buch „Liebe gegen sexuelle Revolution" von Heinz Mahncke wurde von Heitz und Höffkes mit den Worten beworben: *„Die neomarxistisch-psychoanalytische ‚Frankfurter Schule' bewirkte mit ihren Hilfstruppen in der 68er Studentenrevolte, dass die sexuelle Revolution große Teile unseres Volkes vergiftete. [...] Heute schlägt die Natur zurück! AIDS bedroht die Menschheit. [...] [Das Buch ist] ein Plädoyer für die Vaterlandsliebe als höchstem Ausdruck menschlicher Liebesfähigkeit."* Mahncke, ehemaliges Mitglied der Waffen-SS,



Auszug aus dem
Angebot des Heitz
und Höffkes Verlags.

Verantwortlicher für den Kulturteil der Zeitschrift **„Die Republikaner"** und Flugblattverfasser für die später verbotene neonazistische Gruppierung **„Freundeskreis Freiheit für Deutschland"**, unterzeichnete darüber hinaus mindestens eine Verlagsmitteilung des Heitz und Höffkes Verlags. Unterzeichnet wurde diese Mitteilung von noch einer weiteren Person: Werner Haverbeck, dem Ehemann der wegen Holocaustleugnung zeitweise inhaftierten Ursula Haverbeck. Bereits vor 1933 gründete Werner Haverbeck den Bonner Ortsverband des **„Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes" (NSDStB)** und organisierte sich auch nach dem zweiten Weltkrieg „nationalrevolutionär".

Obwohl die enge Vernetzung mit der extrem rechten Szene und die teils geschichtsrevisionistischen und faschistischen Publikationen einen zentralen Bestandteil des Heitz und Höffkes Verlags ausmachten, versuchte dieser, sich öffentlich ein neutrales Image zu verpassen. So inserierte er in eindeutig rechten Zeitungen nicht unter dem Namen „Heitz und Höffkes", sondern unter **„H & H Filmvertrieb"**. Am 16. Januar 1995 forderte Detlev Heitz von der Zeitung „Ein Loch in der Zensur" des AStA Aachen, eine Gegendarstellung zu einem veröffentlichten Artikel abzudrucken. In dem vom VVN-BdA Kreisverband Aachen geschriebenen Artikel war unter anderem behauptet worden, das *„Programm des Verlages Heitz&Höffkes besteht fast ausschließlich aus den Faschismus verherrlichenden und entlastenden Büchern und Filmdokumentationen"*, denen es nicht um eine *„Dokumentation zum Zwecke der Auseinandersetzung geht, sondern um Indoktrination im faschistischen Sinne."*

Diese durchaus zutreffende Beschreibung war den beiden Verlegern vor allem daher ein Dorn im Auge, weil sie es geschafft hatten, mit ihren zeitgeschichtlichen Videos auch außerhalb der rechten Szene Fuß zu fassen. Insbesondere Filme über die regionale Kriegsgeschichte sorgte in mehreren Kommunen, unter anderem in Aachen, für positive Resonanz.

Getrennte Wege

Ob es diesem öffentlichen Imageschade zu verdanken ist, dass der Heitz und Höffkes Verlag in den Folgejahren keine nennenswerte Rolle mehr spielte, lässt sich nicht beantworten. Fakt ist allerdings, dass Höffkes 1996 gemeinsam mit Johannes Haneke die **„Polar Film + Medien GmbH"** gründete.

Detlev Heitz konzentrierte sich bis mindestens 2007 mit seinem in Krefeld ansässigen **„Verlag Heitz"** auf den Vertrieb von zeitgeschichtlichen Filmen und Dokumentationen. Zu diesen zählten Videos wie „Gefreiter Hitler – Der unbekannte Soldat", „Im Gespräch mit Franz Schönhuber" oder „Israels langer Arm". Einen großen Teil der Filme eint der Fokus auf die Darstellung der Nationalsozialisten als Opfer äußerer Kräfte, etwa das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, die Vertreibung der Deutschen im Osten oder die Darstellung des Angriffskrieges auf die Sowjetunion als Präventivschlag.

Höffkes hatte mehr Erfolg als sein ehemaliger Partner Heitz. Dank seines großen Archivs an Originalaufnahmen aus der Zeit zwischen 1914 und 1946 – sein Archiv zählt zu den größten dieser Art – fasste er Fuß in der als seriöse geltenden Geschichtsforschung. ARD, ZDF, RBB, MDR, Deutsche Welle, Spiegel TV, N24, N-tv, Galileo, Focus… Hinzu kamen Kooperationen mit der israelischen Holocaustgedenkstätte Yad Vashem sowie dem US Holocaust Memorial Museum in Washington D.C.

2009/10 klagte Höffkes gegen die VVN-BdA, die ihn im Internet als „Rechtsextremisten" betitelt hatte. Die Klage wurde am 29. Juni 2010 vom Landgericht Berlin abgewiesen, weil es sich bei dieser Bezeichnung um eine auf Fakten basierende legitime Meinungsäußerung handelte. ■

ein unerwünschtes comeback

Der hügelige Werdegang der NPD

Nachdem die Krefelder NPD lange von der Bildfläche verschwunden war, kämpfte sie sich nach der Jahrtausendwende langsam zurück an die Spitze der extrem rechten Szene in Krefeld. Der kurze Aufstieg wurde dabei immer wieder durch interne Querelen überschattet und fand 2014 schließlich sein vorzeitiges Ende.

Baseballschlägerjahre ohne die NPD

Ende der 80er spielte die NPD in Krefeld keine nennenswerte Rolle mehr. Das sollte sich auch mit der Wiedervereinigung nicht ändern. Vom neuen nationalistischen Taumel profitierten in Krefeld wie ganz Deutschland vor allem gewaltbereite Neonazigruppen und die Skinheadbewegung, weniger parlamentarische rechte Kräfte wie die NPD. Die extrem rechte Agitation erfolgte vor allem auf der Straße und präsentierte sich durch teilweise mörderische Gewalt gegen Migrantinnen und Migranten, was den frühen 90er-Jahren heute die Bezeichnung „Baseballschlägerjahre" einbrachte.

Auch in Krefeld sah das nicht anders aus. Die steigende Zahl rechter Übergriffe ging vor allem auf das Konto parteiunabhängiger Neonazis, auch wenn gewisse Überschneidungen sichtbar waren. So wurden bei Krefelder Neonazis, die 1994 ein Auto mit türkischen Insassen anhielten und zum Aussteigen aufforderten, nicht nur Gaspistolen, Elektroschocker und Schlagstöcke, sondern auch Werbemittel der NPD und der **Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP)** gefunden.

Deutschlandpakt mit der DVU

Versuche, die Krefelder NPD zu reanimieren, hatte **Wolfgang Just** bereits im Zuge der Jahrtausendwende unternommen. Just war ehemaliges Mitglied der **FAP** und Beisitzer im Landesverband der NPD. Als sonderlich erfolgreich konnte man sein Vorhaben allerdings nicht bezeichnen.

Erst mit neuen Entwicklungen rund um den NPD-Bundesverband präsentierte die Krefelder NPD sich vermehrt in der Öffentlichkeit. Ausschlaggebend war der sogenannte „Deutschlandpakt", ein Wahlbündnis anlässlich der Bundestagswahl 2005, das die NPD mit der **„Deutschen Volksunion" (DVU)** geschlossen hatte. Damit versuchte die NPD, ihre bisherigen schlechten Wahlergebnisse von durchweg unter 0,5% zu kompensieren.

Gegründet wurde die **DVU** als Verein 1971 von dem extrem rechten Verleger und Publizisten Gerhard Frey aus München. Als Partei konstituierte sich die DVU erst 1987 unter dem Namen **„Deutsche Volksunion – Liste D" (DVU-Liste D)**. Vier Jahre später wurde der Zusatz „Liste D" allerdings wieder gestrichen. Mit 26.000 Mitgliedern in ihrer Hochzeit 1993 gehörte die DVU lange Zeit zur mitgliederstärksten rechten Partei in Deutschland.

In Krefeld wurde am 18. November 1988 der **„Kreisverband KR/MG der DVU/Liste D"** gegründet. Dieser machte erstmals Mitte 1989 von sich Reden, als er Krefelder Bürgerinnen und Bürger, deren Adressdaten er von der Stadt Krefeld erhalten hatte, mit nationalistischen und ausländerfeindlichen Nachrichten kontaktierte.

Ansonsten strotzte die Krefelder DVU nicht vor Aktivismus. Einzelpersonen nahmen immer mal wieder an gemeinsamen Busanreisen zu DVU-Veranstaltungen teil und im August 2000 sorgte ein „DVU"-Graffiti auf einem Auto der Krefelder Tafel für Aufsehen. Versprüht wurde dieses gemeinsam mit Hakenkreuzen, „Sieg Heil"- und „Kraftschlag"-Schriftzügen. Mit Kraftschlag dürfte sicherlich die gleichnamige Rechtsrockband gemeint gewesen sein, die ebenso wie die **„Barking Dogs"** (→ S. 64) eng mit dem **„Blood and Honour"**-Netzwerk verknüpft war.

NPD-Demo „Ein Licht für Dresden" am 13. Februar 2007 auf dem Ostwall. Bild: Duisburger Netzwerk gegen Rechts

21. Juli 2007: Krefelder NPD-Vorsitzender Lars Spönlein auf der NPD-Demo am Hauptbahnhof.

Zwei Jahre später schaffte es der zu dem Zeitpunkt bereits aus Krefeld weggezogene DVU-Aktivist **Guido S.** aufgrund des Vorwurfs der Beihilfe zur schweren Brandstiftung in die Presse.

Einen sonderlich großen Motivationsschub anlässlich des „Deutschlandpaktes" konnte man bei der Krefelder NPD aufgrund der Irrelevanz (eventuell sogar Nichtexistenz) des Krefelder DVU-Kreisverbandes nicht erwarten. Dass auch die lokale NPD noch auf ziemlich wackeligen Beinen stand, zeigte dann der missglückte Wahlkampf. Zwar stellte die NPD in beiden Krefelder Wahlkreisen einen Kandidaten – **Bernd Schiller** in Krefeld II / Wesel II und **Holger Wilke** in Krefeld I / Neuss I – und hängte ein paar dutzend Wahlplakate auf, doch das Wahlergebnis von 0,7% blieb weit unter dem Bundeswahlergebnis von 1,6%. Abzusehen war dies schon vor der Wahl. Zwei angemeldete Infostände in der Fußgängerzone am 27. August 2005 und 3. September 2005 wurden gar nicht erst durchgeführt.

Comeback 2005

Dennoch scheint der Aufschwung der NPD in Deutschland auch in Krefeld seine Wirkung erzielt zu haben. Im Dezember 2005 wurde eine Homepage des neu gegründeten **„Kreisverbandes Krefeld/Kleve"** online gestellt. Hinzu kam das massive Verkleben von NPD-Aufklebern sowie das Verteilen der mit Rechtsrock versehenen„Schulhof-CD" an Krefelder Schulen.

2006 richtete der Kreisverband eine eigene Rufnummer ein und meldete sich online immer wieder zu Themen wie dem diskutierten EU-Beitritt der Türkei oder der Verlegung von Stolpersteinen zu Wort. Außerdem nahmen Krefelder NPD-Mitglieder an einer Demonstration in Dresden teil, verteilten an Karneval NPD-Propaganda und machten sich – nachdem rechte Aktivitäten in den Vorjahren vermehrt in Uerdingen zu beobachten waren – nun auch in der Krefelder Innenstadt breit.

Der Kreis der reanimierten Krefelder NPD bestand zu dem Zeitpunkt aus etwa 15 jungen Personen. Als Wortführer und Vorsitzender fungierte **Lars Spönlein**, der über gute Kontakte zum **„Krefelder Forum Freies Deutschland"** rund um **Hans-Ulrich Höfs** verfügte (→ S. 58).

„Demojahr" 2007

Am 13. Februar 2007 organisierte die NPD den ersten Neonaziaufmarsch in Krefeld nach 1945. Unter dem Motto „Ein Licht für Dresden" wollte sie der Opfer des Alliierten-Bombardements auf Dresden 1945 gedenken, ein geschichtliches Ereignis, das nach Kriegsende immer wieder mit extrem rechter Propaganda überzogen wurde und wird. Während die jährlich stattfindenden „Trauermärsche" in Dresden von der **„Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO)** (→ S. 96) ausgerichtet wurden, zeichnete sich 2007 der Krefelder NPD-Kreisverband für die Organisation einer zusätzlichen Demo in NRW verantwortlich, die man auch als Ausweichveranstaltung für jene auffassen konnte, die den Weg nach Dresden nicht antreten konnten oder wollten.

Am Dienstagabend waren unter den etwa 150 Neonazis daher auch zahlreiche NPD-Kader und „Freie Nationalisten" von außerhalb nach Krefeld gereist. Ihnen stellten sich 3000–5000 Gegendemonstrierende entgegen. Diese sorgten auch dafür, dass der am Hauptbahnhof gestartete „Trauermarsch" nicht →

NPD-Demo am 21. Juli 2007 in Krefeld. Ganz links: der spätere Kreisvorsitzende der Krefelder NPD Philippe Bodewig.

Mäßig beeindruckender „Schwarzer Block" auf der NPD-Demo am 21. Juli 2007.

die geplante Route gehen konnte, sondern an der Rheinstraße auf eine geänderte Wegstrecke ausweichen musste. Im Umfeld der antifaschistischen Blockaden und Gegenaktivitäten kam es zu vereinzelten Ausschreitungen sowie der Einkesselung einer großen Gruppe Gegendemonstrierender durch die zwei eingesetzten Hundertschaften der Polizei. Bei den Neonazis hielten der Kreisvorsitzende der NPD-Düren Ingo Haller, der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer sowie der Kameradschaftsführer der **„Kameradschaft Aachener Land" (KAL)** Rene Laube Redebeiträge.

Bereits im Vorfeld hatte die Krefelder NPD deutlich gemacht, dass es bei der Demonstration nicht nur um das Opfergehabe rund um die angeblichen *„Terrorangriffe"* der Alliierten ging. Die zuvor im Südbezirk aufgehängten Plakate mit der Aufschrift *„Gute Heimreise"* ließen darüber hinaus die rassistische Agenda erkennen.

Diese zeigte sich auch bei einem Vorfall am 22. Februar 2007, neun Tage nach der Demonstration. Die beiden NPDler **Michael Janssen** (21) und seine Freundin **Sandy S.** (18), beide Teilnehmende des „Trauermarsches", beschimpften einen schwarzen Studenten in einer Straßenbahn rassistisch und attackierten ihn mit einer Flasche so schwer, dass dieser mit einer Kopfverletzung im Krankenhaus behandelt werden musste.

Den anschließenden Gerichtsprozess nutzte die Krefelder NPD erwartungsgemäß, um sich als Opfer falscher Anschuldigungen, *„Ausländergewalt"* und einer *„Gesinnungsjustiz"* zu inszenieren. Auf ihrer Homepage veröffentlichte sie eine Solidaritätserklärung für die Täter, die von **Joachim Schäfer**, einem verurteilten Holocaustleugner aus Meerbusch, unterzeichnet wurde. An allen drei Verhandlungstagen besuchte der Kreisvorsitzende **Lars Spönlein** gemeinsam mit sechs bis zwölf NPDlern das Krefelder Amtsgericht, um den Angeklagten ihre Unterstützung auszudrücken. Auch **Hans-Ulrich Höfs**, Sprecher des **„Krefelder Forum freies Deutschland"** schloss sich der Gruppe an. Am 25. März 2008 wurden Michael Janssen und Sandy S. zu geringen Geldstrafen verurteilt.

Die mediale Berichterstattung über den Angriff nahm die NPD allerdings schon im Sommer 2007 zum Anlass für eine weitere überregionale Demonstration mit dem Titel „Meinungsfreiheit auch für Deutsche – Gegen Inländerdiskriminierung". Auf der eigens für die Demonstration eingerichteten Internetseite „demo-krefeld.de" hieß es etwa: *„Sind wir Deutschen nur noch Menschen zweiter Klasse? [...] Wir wehren uns gegen die Kriminalisierung von national denkenden Menschen in diesem Staat."*

Werbung für die am 21. Juli 2007 stattfindende Demonstration machte die Krefelder NPD auch außerhalb des Internets. Am 7. Juli führte sie Infostände vor dem Uerdinger Rathaus und auf dem Hülser Markt durch, zu denen jeweils etwa 15 NPDler aus Krefeld, Meerbusch und Neuss anreisten.

In den Wochen vor der Demo zerstörten und beschmierten vermutlich NPD-Anhänger mehrere Plakate der vom „Krefelder Bündnis für Toleranz und Demokratie" angemeldeten Gegendemonstration und warfen dem Anmelder etwa 50 Stück davon vor die Haustür. Die Gegendemonstration wurde von einem breiten Bündnis von der Jungen Union über ver.di, die Jüdische Gemeinde bis zur MLPD organisiert. Gleichzeitig mobilisierte ein niederrheinisches Antifabündnis aus dem antideutschen Spektrum zu einer Demonstration unter dem Motto

„Kein Bock auf Euch", die sich sowohl gegen die NPD-Demo als auch gegen die bürgerliche Gegendemo richtete.

Am 21. Juli 2007 war demnach viel los auf Krefelds Straßen. Während sich der Gegendemo des bürgerlichen Bündnisses mehr als 1000 Personen anschlossen und die Antifademo mit 250 Personen durch die Straßen zog, konnte die NPD lediglich 209 Neonazis aus ganz NRW mobilisieren. Ein vorwiegend jugendlicher Teil der NPD-Demo versuchte sich an einem eher mäßig imposanten „schwarzen Block". Getragen wurde dieser von den **„Freien Nationalisten Bochum-Hattingen"**, den **„Freien Nationalisten Neuss"** und den **„Autonomen Nationalisten Ahlen"**. Als weitere auswärtige Gruppen unterstütze die **„Kameradschaft Aachener Land" (KAL)** die Demonstration.

Informiert über das Thema der Demonstration schien hingegen niemand so wirklich. Eine diffuse Mischung aus Parolen wie *„Todesstrafe für Kinderschänder"* oder *„Nie wieder Israel"*, verbunden mit Bannern *„Kapitalismus angreifen"* oder *„Globalisierung stoppen"* sorgte für eine wenig durchdachte Außendarstellung. Die war allerdings ohnehin kaum vorhanden, denn die Polizei schirmte die ungewöhnlich kurze Aufzugsstrecke von etwa einem Kilometer (einmal um den Hauptbahnhof) rigoros ab. So war es für Außenstehende auch nicht möglich, die dank der strengen Auflagen abgeklebten neonazistischen Symboliken auf Tattoos und Bekleidungsaufdrucken zu bewundern.

Nahezu der einzige Berührungspunkt mit Krefelder Anwohnerinnen und Anwohnern kam in der Ritterstraße zustande, in der die Demonstration von den Dächern mit Mehl und Eiern beworfen wurde.

Ein weiterer Berührungspunkt: In der Kölner Straße, der Aufzugsstrecke der Gegendemonstration, hängte das NPD-Mitglied **Tobias B.** eine schwarz-weiß-rote Fahne und eine NPD-Fahne an seine Fenster, während er gleichzeitig Fahne tragend im vorderen Block der NPD-Demo mitlief. Gegenüber dem Haus beobachtete eine der NPD zumindest nahestehende Person das Treiben der Gegendemo und berichtete ihren „Kameraden" davon per Handy. Als sich ihr ein Antifaschist näherte, zog diese sich kurzzeitig in den Hauseingang zurück und schoss anschließend mit einer Schreckschusspistole auf den Antifaschisten.

Die NPD-Demo wurde währenddessen nach Reden des Düsseldorfers Sven Skoda und **Lars Spönlein** am Südausgang des Hauptbahnhofes für beendet erklärt. Etwa 140 Teilnehmer fuhren im Anschluss gemeinsam nach Mönchengladbach, um dort an einer weiteren Demonstration teilzunehmen.

Damit war das Demonstrationsgeschehen in Krefeld für 2007 aber noch nicht beendet. Am 6. Oktober 2007 folgten 30 Neonazis aus Krefeld und Geldern dem Aufruf Lars Spönleins und fanden sich zu einem Infostand in der Blumentalstraße ein. Ausgerechnet vor dem alten DGB-Haus, vor dem auch ein Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus steht, forderten sie die Einführung der Todesstrafe. Die Polizei nahm an diesem Tag knapp 40 Gegendemonstrierende, die sich geweigert hatten, den Platz für die NPD-Kundgebung zu räumen, in Gewahrsam und hielt diese über Stunden auf dem Hof der Polizeiwache in der Hansastraße fest. In den folgenden Monaten nahmen Krefelder NPD-Mitglieder an Demonstrationen und Veranstaltungen unter anderem in Neuss, Geldern, Kleve und Dresden teil.

Keine Rheinland-Zentrale

Dass der Krefelder Kreisverband auch überregional an Bedeutung gewann, zeigte der im Oktober 2007 bekannt gewordene Plan, eine NPD-„Rheinland-Zentrale" in der Lindenstraße 147 zu errichten. Die dortige Eigentumswohnung wurde zur Zwangsversteigerung ausgeschrieben. Weil sich schräg gegenüber der Immobilie die Wohnung des Anmelders der Gegendemonstration vom 21. Juli 2007 befand, wurde dieses Vorhaben von damaligen Antifaschistinnen und Antifaschisten korrekt als Einschüchterungsversuch gewertet.

Am 10. Januar 2008 fand ein von gut 400 Krefelderinnen und Krefeldern besuchter Informationsabend mit anschließender Demonstration gegen die Kaufabsichten der NPD statt. Etwa 15 Neonazis – die NPD hatte zuvor auf ihrer Homepage zu Störaktionen aufgerufen – stellten sich den Demonstrierenden Fahne schwenkend in den Weg. Drei Tage später meldete Lars Spönlein eine Kundgebung vor dem umkämpften Haus in der Lindenstraße 147 an und mobilisierte 30 Neonazis aus Krefeld, Düren und Geldern. Damit die Kundgebung ungestört stattfinden konnte, sperrte die Polizei Teile der Lindenstraße ab und verunmöglichte so einen organisierten Gegenprotest. Im Anschluss soll es in der Krefelder Innenstadt allerdings zu mehreren teilweise gewalttätigen Aufeinandertreffen mit Antifaschistinnen und Antifaschisten gekommen sein.

Am 17. Januar 2008 vermeldete die Stadt Krefeld unter Rücksprache mit den beiden Gläubigerbanken, dass die Zwangsversteigerung nicht weiter verfolgt werden würde und begrub damit die Planungen der „Rheinland-Zentrale". Die Reaktion der Krefelder NPD kam wahrlich etwas spät. Für den 19. Juli 2008 kündigte sie vier „Mahnwachen" in der Krefelder Innenstadt sowie eine für 80 Personen angemeldete „Großkundgebung" auf dem Theaterplatz an. Die Überschrift „Gegen Behördenwillkür" richtete sich konkret gegen die Stadt Krefeld, die nach der Verhinderung des Immobilienkaufs außerdem den Aufbau eines NPD-Infostandes aus formalen Gründen untersagt hatte. Mit den „Mahnwachen" und der „Großkundgebung" wollte sich die NPD an den Behörden rächen, konnte allerdings nur zwei der vier „Mahnwachen" durchführen und brach die Kundgebung auf dem Theaterplatz schon nach 20 Minuten ab. Denn von den anvisierten 80 kamen nur 18 Neonazis, die sich aufgrund einer defekten Lautsprecheranlage gegenseitig anschwiegen.

→

Auch an diesem Tag fiel **Tobias B.** den etwa 150 Personen des Gegenprotests auf. Er trug einen Pullover mit der Aufschrift **„C18"**, dem Kürzel der militant-neonazistischen Terrororganisation **„Combat 18"**. Etwa ein Jahr später – im Oktober 2009 – fand in Krefeld eine Hausdurchsuchung im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen die mittlerweile verbotene **„Weisse Wölfe Terrorcrew"** statt. Auch die „Weisse Wölfe Terrorcrew", die als Fanclub der Rechtsrockband **„Weisse Wölfe"** entstand, versah ihre Gruppenkleidung mit dem **„C18"**-Code. Enge Verbindungen der NPD Krefeld/Kleve zu diesen Kreisen waren schon zuvor bekannt geworden. So soll der ehemalige Ortsvorsitzende der NPD Kleve, **Benedikt Hummel**, als Schlagzeuger bei den „Weissen Wölfen" aktiv gewesen sein.

Interner Streit

Als sich der Landesvorstand gemeinsam mit mehreren NPD-Kommunalpolitikern zur „Klausurtagung" am 18. und 19. April 2009 in Krefeld einfand, konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich Krefeld zum Zentrum der nordrhein-westfälischen NPD entwickeln könnte. Verstärkt wurde dieser Eindruck auch durch eine für den 29. August 2009 in Krefeld angekündigte Großveranstaltung mit dem damaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt. Der 29. August markierte dabei nicht nur den Tag vor den Kommunalwahlen in NRW, sondern auch den Tag, an dem das antirassistische „Fest ohne Grenzen" stattfand; ein Termin, der für die Krefelder NPD besonders interessant zu sein schien, da so der zu erwartende Gegenprotest minimiert werden sollte. Schon im Vorjahr, am 30. August 2008, veranstaltete diese zeitgleich mit dem „Fest ohne Grenzen" ein landesweites, von 100 – 200 Neonazis besuchtes Fußballturnier am Elfrather See.

Doch die enthusiastischen Ankündigungen für die Großveranstaltung verblassten mit der Zeit. Bereits Ende Juli wurde deutlich, dass die Krefelder NPD in der Wahl um den Stadtrat nur in drei von 29 Wahlkreisen antreten konnte; eine Vertretung, mit der sich der Bundesvorstand sicherlich nicht schmücken konnte. Aber das war nur der Anfang: **Hans-Ulrich Höfs** vom **„Krefelder Forum Freies Deutschland"** warf dem Kreisvorsitzenden **Lars Spönlein**, der in der Zwischenzeit sogar zum Beisitzer im Landesvorstand der NPD gewählt worden war, vor, für den Verfassungsschutz zu arbeiten. Spönlein soll Höfs zufolge die Abgabe der für die Kommunalwahl benötigten Unterstützungsunterschriften bewusst torpediert haben. Spönlein, der auch von NPD-Kadern aus anderen Landesteilen scharf kritisiert wurde, wehrte sich gegen die Vorwürfe Höfs', räumte aber gleichzeitig ein, dass *„die Geschichte mit der Kommunalwahl fürchterlich schief gegangen"* sei.

In der Septembersitzung des NPD-Landesvorstandes wurde Spönlein von allen Ämtern entbunden, was Spönlein wiederum zum Anlass nahm, am 23. September 2009 aus der gesamten Partei auszutreten.

Wahrlich schlecht standen in Krefeld demnach auch die Vorzeichen für die am 27. September 2009 stattfindende Bundestagswahl. Die beiden Kandidaten **Michael Janssen** (Krefeld I / Neuss I) und **Matthias Halmanns** (Krefeld II / Wesel II) motivierten die Krefelderinnen und Krefelder dazu, nur 0,84% der Zweitstimmen für die NPD abzugeben. Damit lag das Krefelder Wahlergebnis abermals unter dem Bundesdurchschnitt von 1,5% und versetzte dem Krefelder Kreisverband einen kräftigen Dämpfer.

Darüber konnte auch eine Erklärung am 9. Mai 2010, wieder *„voll handlungsfähig"* zu sein, nicht hinwegtäuschen. Für die Wahl des Landtagswahl-Kandidaten musste die Krefelder NPD auf den Oberhausener **Manfred Aengenvoort** zurückgreifen.

Zu dem Zeitpunkt war **Matthias Halmanns** bereits der neue Kopf des Krefelder Kreisverbandes. Im Juni 2010 wurde Halmanns außerdem zum neuen Landeschef der NPD-Jugendorganisation **„Jungen Nationaldemokraten" (JN)** ernannt. Damit ersetzte er den aus der

Melanie Händelkes sah sich aus den eigenen Reihen immer wieder mit Vorwürfen der Spitzeltätigkeit konfrontiert.

Partei ausgeschlossenen ehemaligen Vorsitzenden **Oliver Hütten** aus Witten, der angeblich eigene „Kameraden" öffentlich denunziert haben soll. Hütten war auch in **Krefeld** bereits in Erscheinung getreten. Im Januar 2009 hatte er gemeinsam mit **Lars Spönlein** auf dem Neumarkt ein volksverhetzendes Banner mit der Aufschrift *„Juden raus"* hochgehalten. In kleiner Schriftgröße war darunter der Zusatz *„aus Palästina"* hinzugefügt. Hütten wurde ebenso wie Spönlein deswegen im März 2010 zu einer Geldstrafe verurteilt.

Das erhoffte Aufbäumen der Krefelder NPD ließ trotz des Aktivismus Halmanns noch auf sich warten. Überschattet wurden seine anfänglichen Bemühungen, die JN in NRW stärker zu vernetzen, durch erneute interne Konflikte.

Am 19. September 2010 wurde **Melanie Händelkes**, Mitglied des Krefelder Kreisverbandes, zur Beisitzerin im Landesvorstand ernannt. Dagegen regte sich Widerstand aus parteiunabhängigen, der NPD allerdings nahe stehenden, Neonazi-Kreisen. Insbesondere die **„Kameradschaft Aachener Land" (KAL)** und „Freie Nationalisten" aus Köln warfen ihr vor, 1998 Kontakte zum Staatsschutz gepflegt zu haben. Händelkes ließ daraufhin ihr Amt vorübergehend ruhen, um die Vorwürfe auszuräumen. Mit einer eidesstattlichen Versicherung überzeugte sie den NPD-Landesvorstand von ihrer Unschuld und konnte so ihr Amt wieder aufnehmen.

Doch die parteiunabhängigen Kreise waren wenig überzeugt und ließen nicht locker. Innerhalb eines Jahres stimmten sie insgesamt elf Kreisverbände der NPD um, den Rückzug Händelkes aus dem Vorstand zu fordern, letztendlich allerdings erfolglos. Die Art und Weise, wie dieser Konflikt ausgetragen wurde, kann dabei beispielhaft für die zutiefst zerstrittene NPD an Rhein und Ruhr gesehen werden. So versuchte Händelkes, ihre Kritiker aus Hamm und Aachen zu denunzieren und suchte nach Fotos, die belegen sollten, dass bestimmte Akteure bei „Burger King" gegessen hatten, woraus sich eine fehlende *„nationale Gesinnung"* ableiten ließe.

Neustart mit Philippe Bodewig

Etwas interne Ruhe und öffentlichkeitswirksamer Aktivismus setzte erst wieder mit den Anstrengungen **Philippe Bodewigs** ein. Bodewig war bereits bei der Demo am 21. Juli 2007 sichtlich stolz mit einer NPD-Fahne vor der Demo hergelaufen. Später wurde er zum Pressesprecher des Krefelder Kreisverbandes ernannt und löste im September 2011 **Matthias Halmanns** von seinem Amt als Vorsitzender des Kreisverbandes ab. Im September 2012 gesellte er sich außerdem zu **Melanie Händelkes** in den Beisitzerrat des Landesverbandes.

Bis dahin hatte Bodewig für ziemlich viel Wirbel in Krefeld und seinem Wohnort Kempen gesorgt. Am 16. September 2010 fand eine Hausdurchsuchung wegen illegalen NPD-Aufkleberklebens bei ihm statt. An seiner Wand soll er zu dem Zeitpunkt eine Hakenkreuzfahne angebracht haben und die Beamtinnen und Beamten konnten mehrere NPD-Aufkleber sicherstellen. Vor Gericht wurde Bodewig später dennoch freigesprochen. Deutlich wurde seine politische Weltanschauung auf seinem Google plus Account, auf dem er schrieb: *„Es wird einen Kampf geben, in dem es um mehr geht als nur den Sieg oder mehr Freiheit! Es geht um die Wurzel unserer Kultur, die Säuberung unserer verdreckten Gesellschaft".*

Ganz so radikal gab Bodewig sich in der Öffentlichkeit allerdings nicht. Für NPD-Veranstaltungen tauschte er die Springerstiefel, die Bomberjacke und das Sweatshirt mit Reichsadler gegen Anzug und Krawatte und versuchte, sich dadurch ein seriöses Auftreten zu verleihen und weniger als Hardliner wahrgenommen zu werden.

Mediale Aufmerksamkeit bekam Bodewig dann am 12. Februar 2011. Anlässlich des Mordes am 10-jährigen Mirco aus Grefrath und des anstehenden Prozesses gegen den Täter vor dem Krefelder Landgericht hatten zwei angeblich „unpolitische" Einzelpersonen eine Demonstration *„für gerechte Strafen bei Delikten an Kindern"* angemeldet. Bodewig mischte sich – natürlich im Anzug – gemeinsam mit rund 30 Neonazis und NPDlern unter die Demo und skandierte ausgerüstet mit einem Megafon die Parole *„Todesstrafe für Kinderschänder"*.

Auch der Moerser Neonazi **Kevin Giuliani** schloss sich Bodewig an. Giuliani wurde zu diesem Zeitpunkt aus den eigenen Reihen als Verräter tituliert und der Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz beschuldigt. Tatsächlich hatte Giuliani 2002/2003 an einem Aussteigerprogramm teilgenommen, dieses aber kurze Zeit später abgebrochen. Bis heute gilt Giuliani insbesondere im Umkreis der Partei **„Die Rechte"** als Persona non grata, obwohl er mit der Gründung der **„Volksgemeinschaft Niederrhein"** 2019 und neonazistischen Aktivitäten auf seinem Anwesen in Kamp-Lintfort stetig versuchte, sich einen Namen in der Szene zu machen.

21. Juli 2007: Philippe Bodewig ist wenig begeistert über den Bewurf mit Mehl und Eiern. Im Hintergrund mit Sonnenbrille: Tobias B.

Zurück nach Krefeld: Als der Kreis um Bodewig und Giuliani während der Zwischenkundgebung auf dem Von-der-Leyen-Platz ein Transparent *„Todesstrafe für Kinderschänder"* ausrollte, brachen die Anmelder die Demonstration ab. Die etwa 300 Teilnehmenden trennten sich in zwei Anschlussdemonstrationen. Die NPD zog mit 30 – 50 Personen zum Neumarkt und der „bürgerliche Teil" setzte seinen Weg mit 150 Übriggebliebenen fort.

Die anschließende mediale Berichterstattung, der zufolge die NPD unerwünschterweise eine legitime Demonstration gekapert hatte, entsprach aber nicht ganz der Wahrheit. Schon während des Demozugs hatten die Anmelder kein Problem mit den von NPD-Mitgliedern gerufenen Parolen. Zwischenzeitig wurde Bodewig neben zwei weiteren Neonazis sogar als Ordner eingesetzt. Und auch die von den „bürgerlichen" Demoteilnehmenden vertretenen Inhalte unterschieden sich kaum von der Forderung nach einer Todesstrafe. So trugen mehrere Personen T-Shirts mit der Aufschrift *„Stoppt Tierversuche – nehmt Kinderschänder"* und auf einem Schild forderte eine ältere Frau: *„Härtere Strafen müssen her: Todesstrafe, Foltern"*. Eine inhaltliche Abgrenzung war demnach keineswegs vorhanden.

09. Juli 2011: Philippe Bodewig gibt sich seriös auf einer Kundgebung gegen „Kinderschänder" auf dem Krefelder Neumarkt.

→

Die „Sturm 18 e.V. Ortsgruppe Duisburg" wurde von der Krefelder NPDlerin Annika F. und ihrem Freund Mathias W. mitgegründet.
Bild: Die extreme Rechte in Duisburg 2012

Wenig verwunderlich also, dass die Krefeld NPD eine eigene Demonstration mit der Forderung *„Todesstrafe für Kinderschänder"* anmeldete. Etwa eine Kundgebung am 9. Juli 2011 auf dem Krefelder Neumarkt, zu der insgesamt 54 NPD- und JN-Mitglieder aus ganz NRW angereist waren, ein Demoversuch in Köln am 30. Juli 2011 mit nur zwölf Teilnehmern oder Spontandemonstrationen in Kempen. Ein Video einer solchen Spontandemo veröffentlichte der Kreisverband Krefeld/Kleve auf der extrem rechten Internetplattform **„Altermedia"**, hatte aber vermutlich nicht mit so vielen negativen Reaktionen gerechnet. Denn das martialische Auftreten der Kempener und Krefelder NPDler wirkte dank des klassischen Skinhead-Outfits ein wenig aus der Zeit gefallen und entsprechend unsympathisch. Das brachte der Truppe rund um Bodewig sogar den Vorwurf ein, vom Verfassungsschutz angeheuert worden zu sein, um durch das schlechte Auftreten die letzten Sympathien für die Bewegung zu vernichten.

Sicherlich nicht ganz unbeeindruckt von dieser Kritik nutzte die Krefelder NPD ab Dezember 2011 Weihnachtsmärkte in Krefeld, Kempen und Duisburg, um als Weihnachtsmänner und Weihnachtsfrauen verkleidet Süßigkeiten und NPD-Werbemittel unerkannt unter die Leute zu bringen. Neben **Sarah Bienefeld** und **Jessica K.**, der damaligen Freundin von Philippe Bodewig, übernahm auch **Annika F.** von der NPD Krefeld die Rolle der Weihnachtsfrau. Annika F. war zuvor durch die Gründung der **„Sturm 18 e.V. Ortsgruppe Duisburg"** gemeinsam mit ihrem damaligen Freund **Mathias W.** auffällig geworden. **„Sturm 18"** (die Zahlen 1 und 8 stehen für die Anfangsbuchstaben Adolf Hitlers) war Teil der **„Vereinigten Kameradschaft Deutschland" (VKD)** und bestand aus einem kleinen, einstelligen Freundeskreis von Neonazis aus Duisburg, Düsseldorf, Mönchengladbach und Krefeld.

Unterstützt wurde das „Weihnachtsfrauen"-Konzept darüber hinaus von **Georgina G.**, die sich unter dem Slogan *„Nationalismus darf auch sexy sein"* bei der NPD in Krefeld und Duisburg engagierte. Weil sie als Prostituierte und Pornodarstellerin allerdings einen Porno mit einem schwarzen Mann gedreht hatte, wurde sie Anfang 2014 von anderen Neonazis der *„Rassenschande"* bezichtigt, aufs heftigste beleidigt und anschließend vom NPD-Parteipräsidium zur *„unerwünschten Person"* erklärt.

Schon wieder Streit

Während sich der Krefelder Kreisverband zwischen 2011 und 2014 an zahlreichen NPD-Demonstrationen in NRW beteiligte und **Philippe Bodewig** mehrfach als Redner auftrat, half **Melanie Händelkes** dabei, die kaum handlungsfähige Duisburger NPD wieder aufzubauen. Am 8. Februar 2013 wurde die mittlerweile in Wachtendonk wohnende Händelkes zur Duisburger Kreisvorsitzenden ernannt, parallel zu ihrer Mitgliedschaft im Krefelder Kreisverband. Im Mai 2013 schaffte sie es sogar auf die Landesliste für die anstehende Bundestagswahl.

Doch der Aktivismus der Krefelder NPD sollte schon im Folgejahr enden. Mitte 2014 trat **Bodewig** aus der Partei aus und nahm nach eigenen Angaben etwa zwölf Mitglieder mit. Der nachfolgenden Vorsitzenden **Sarah Bienefeld** warf er vor, vom *„Möchtegern-Strippenzieher"* **Rainer Händelkes** indoktriniert worden zu sein. Rainer Händelkes, Ehemann von Melanie Händelkes und ebenfalls wohnhaft in Wachtendonk, war schon 2011 vom **„Krefelder Forum Freies Deutschland"** kommend der NPD beigetreten und versuchte – den Aussagen Bodewigs zufolge – dort verstärkt Einfluss zu gewinnen.

Noch im Mai 2014 war Bodewig bei der Kempener Kommunalwahl für die NPD angetreten (unter 1%), ehe er sich für den Austritt bei der NPD und im Oktober 2014 für eine Neumitgliedschaft in der Partei **„Die Rechte"** im Kreisverband Mülheim/Wesel entschied. Die neonazistische Kaderpartei „Die Rechte" ging 2012 aus dem verbotenen **„Nationalen Widerstand Dortmund" (NWDO)** hervor. Im Gegensatz zur NPD war diese nicht an einem gemäßigten Auftreten interessiert, sondern setzte auf Provokation und gewalttätige Übergriffe. Entsprechend verzichtete Bodewig beim Besuch einer „Die Rechte"-Demonstration am 3. Oktober 2014 in Hamm auch auf seinen obligatorischen Saubermann-Anzug.

Aus seinen großspurigen Ankündigungen, mit „Die Rechte" 2015 das Ruder in Krefeld zu übernehmen, wurde hingegen nichts. Hier und da tauchte Bodewig mal bei einer Demonstration auf, aber eine nennenswerte Struktur konnte er in Krefeld nicht aufbauen. Stattdessen wurde er im Juli 2017 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er bei der bereits erwähnten Kommunalwahl im Mai 2014 Urkunden gefälscht, Unterschriften erschlichen und Amphetamin im Gegenzug für Unterschriften angeboten hatte. Ein weiterer NPD-Kandidat musste 1.200 € wegen Urkundenfälschung bezahlen. Der ebenfalls angeklagte **Rainer Händelkes** wurde hingegen freigesprochen.

Von 2020 bis 2022 war Bodewig der Überzeugung, die Mitglieder der Facebookgruppe „Kempen Mei-

Sarah Bienefeld (rechts) verteilt Ende 2014 Flyer vor dem Krefelder Hansazentrum. Bild: Facebook NPD Krefeld

nestadt" mit Spambeiträgen und neonazistischer Propaganda an seine politische Gesinnung zu erinnern. Unter dem Profilnamen „NS. Bodewig" sowie einem Fakeprofil mit dem Namen „endloesungderjfrage" versah er seine Beiträge mit dem Hashtag „#whitepower", postete NPD-Plakate, verteidigte den „Deutschen Gruß", zitierte Adolf Hitler und unterstützte die von seiner Mutter Margot organisierten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Kempen (→ S. 114).

Kein letztes Aufbäumen

Kurz nach dem Austritt Bodewigs schien es, als würde die Krefelder NPD unbeeindruckt weitermachen wie bisher. Zum Ende des Jahres 2014 häuften sich die Aktivitäten. Auf Weihnachtsmärkten und Kundgebungen verteilte die NPD verkleidet als Weihnachtsmänner/frauen Flyer und versuchte, sich so eine freundliche Außendarstellung zu geben. Rückblickend entpuppte sich das kurzzeitige Aufbäumen allerdings als Mini-Sturm vor einer langen Ruhe.

Im Juni 2015 verstarb **Sarah Bienefeld**, die zu dem Zeitpunkt nicht nur Vorsitzende des Krefelder NPD-Verbandes, sondern auch Beisitzerin im Landesverband war. Den vakanten Vorsitz der Krefelder NPD übernahm **Rainer Händelkes.** 2016 schaffte es auch Händelkes in den NRW-Landesvorstand. In den Folgejahren nahm er vermehrt an Veranstaltungen der NPD in anderen Städten teil. 2018 sprach er auf dem „Lesertreffen" des extrem rechten Magazins **„Recht und Wahrheit" (RuW)**, das seine geschichtsrevisionistische Agenda durch die prominente Darstellung einer Deutschlandkarte in den Grenzen von vor 1945 präsentiert. Die Nähe zum deutschen Kaiserreich macht das Magazin unter anderem durch schwarz-weiß-rote Fahnen deutlich; auch Händelkes sprach vor einer solchen.

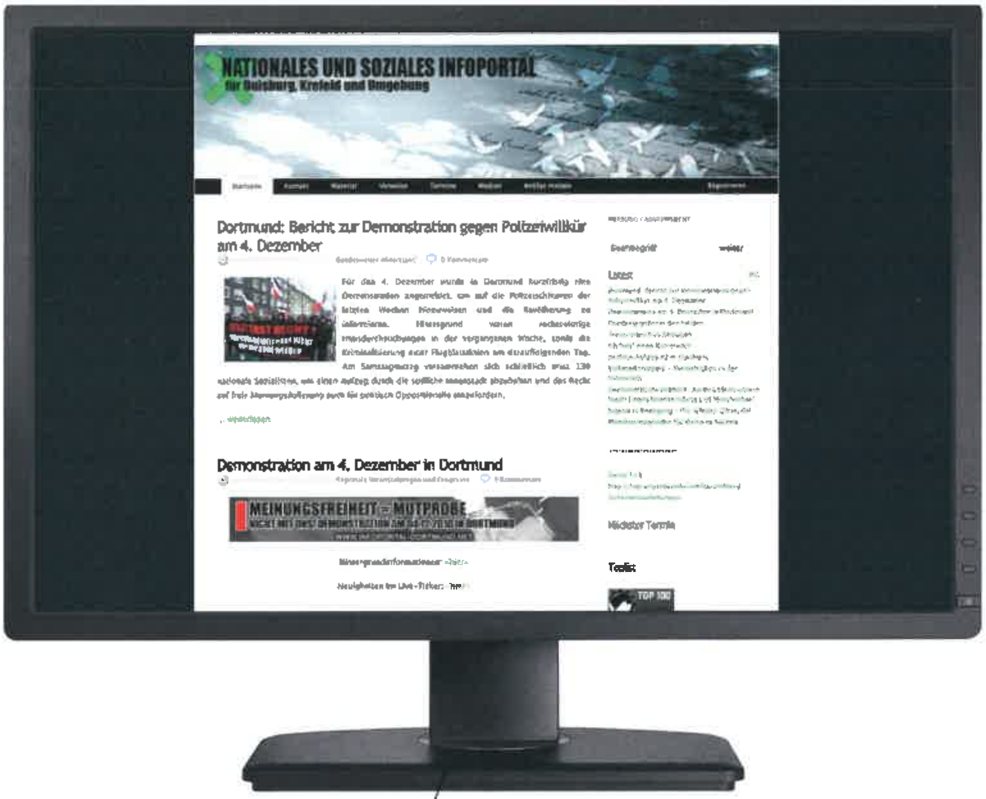
Rainer Händelkes spricht vor einer schwarz-weiß-roten Fahne mit eisernem Kreuz. Bild: rechtundwahrheit.net

In Krefeld kehrte selbst Ruhe rund um die NPD ein, die vorwiegend von dem Ehepaar Händelkes am Leben gehalten wurde. Einzelne Teilnahmen an Demonstrationen von den **„Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa)** (→ S. 78), **Pegida NRW**, **„Mönchengladbach steht auf"** oder sogenannten „Heldengedenken" wurden durch die Unterstützung des Orga-Teams von **„Düsseldorf gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Dügida)** und die Durchführung von „Sommersonnwendfeiern" ergänzt. Rainer Händelkes nahm außerdem als Trainer an Wehrsportübungen der extrem rechten Melanie Dittmer, Gründerin der an die **„Identitäre Bewegung" (IB)** angelehnte **„Identitäre Aktion" (IA)**, teil. Ein Video der Kampfsportübungen zeigt, wie Rainer Händelkes sie anlernte, ihm mit einem Messer in den Hals zu stechen.

In Krefeld sorgten nur ein paar Wahlplakate 2017 und das Auftreten als „Bürgerwehr" einer Handvoll NPDler für kurzes Aufsehen. Ausgestattet mit T-Shirts mit der Aufschrift „Schutzzone" patrouillierten diese Ende 2018 durch den Krefelder Südbezirk und über das Weinfest auf dem Dionysiusplatz. Schon mehr als zwei Jahre zuvor hatte es in Krefeld Bestrebungen gegeben, eine „Bürgerwehr" aufzubauen, die sich über die Facebookgruppe „Einer für alle, alle für einen... Krefeld passt auf" zu vernetzen versuchte. Doch der erste „Spaziergang" am 30. Januar 2016 floppte bereits und markierte damit gewissermaßen Anfangs- und Endpunkt der „Bürgerwehr". Auch die „Schutzzonenstreife" gehörte nach kurzer Zeit bereits der Vergangenheit an.

Seitdem konnten keine weiteren öffentlichen Aktivitäten des immer noch von Rainer Händelkes geleiteten Krefelder Kreisverbandes verzeichnet werden. Selbst die Internetseite scheint vorwiegend aus allgemeinen NPD-Themen ohne Krefeld-Bezug zu bestehen, die vom Essener NPDler Kevin Bredereck eingepflegt werden.

Damit steht die Krefelder NPD stellvertretend für den gesamten Bundesverband, der mit dem Aufkommen der **„Alternative für Deutschland" (AfD)** (→ S. 92) zunehmend an Einfluss verlor. Vernachlässigen sollte man dabei aber nicht, dass die NPD in der Vergangenheit immer wieder als Auffangbecken für sich auflösende extrem rechte Parteien, Bewegungen und Strukturen fungierte und ein Comeback somit jederzeit möglich erscheint – auch wenn diese der Erfahrung nach nur von kurzer Dauer sind. Dabei sind allerdings keine nennenswerten Wahlergebnisse zu erwarten. Die Krefelder NPD schaffte es nach der Wiedervereinigung trotz aller Anstrengungen bei keiner Wahl über 1% und bewegte sich stets im NRW-Durchschnitt und unterhalb des Bundes-Durchschnitts. ■



Screenshot des AG DU/KR-Blogs „logr.org/agkredu“, Ende 2010.

Outingplakat der beiden AG DU/KR-Mitglieder Andras K. und Danny M. in der Duisburger Innenstadt, Juli 2010.

ein jahr action

Die Aktionsgruppe Krefeld/Duisburg

2009/2010 sorgte die zwar kleine, dafür sehr aktive und offensiv auftretende neonazistische „Aktionsgruppe Krefeld/Duisburg“ aus dem Umfeld der „Autonomen Nationalisten“ für Aufregung. So schnell wie sie gekommen war, verschwand sie allerdings auch wieder.

Kurz nach der Jahrtausendwende, etwa ab 2005, ließ sich eine Trendwende in der neonazistischen Szene beobachten. Die „antikapitalistischen“ und „revolutionären“ Neonazis tauschten Springerstiefel und Bomberjacken gegen schwarze Windbreaker, Kapuzenpullover und Basecaps und nannten sich fortan **„Autonome Nationalisten“ (AN)**. Sie orientierten sich in Sachen Kleidungsstil, Musikgeschmack, Symbolik und Aktionsform stark an der linken Szene und übernahmen Elemente aus der Hip-Hop- und Hardcore-Kultur. Im Mittelpunkt standen praxisorientierte und experimentierfreudige Aktionen statt einer tiefgründigen, theoretischen Bildungsarbeit.

Sonderlich neu war die Taktik, sich selbst als cool, jung und rebellisch zu inszenieren allerdings nicht, wie etwa die Krefelder **JN-Schülerzeitung „Komet“** in den 80ern zeigte (→ S. 44). Dennoch hatte die Taktik Erfolg. Der Fokus auf Action – etwa durch die Bildung von „schwarzen Blöcken“ bei Demos – und die neue Ästhetik stießen gerade bei älteren Neonazis zwar auf wenig Begeisterung, wirklich stoppen konnten diese den Trend allerdings nicht.

Aktionsgruppe KR/DU

2007 machte diese Entwicklung sich in Krefeld bemerkbar. Bei einer **NPD**-Demonstration bildete sich ein „schwarzer Block“ mit vorwiegend sehr jungen Neonazis aus NRW (→ S. 71). Nicht wenige unbeteiligte Beobachtende hatten Schwierigkeiten, den Block der neonazistischen Demonstration zuzuordnen.

Wie in vielen rheinländischen Städten gründete sich 2009 auch in Krefeld eine Gruppe, die sich den „Autonomen Nationalisten“ zuordnete: **Die „Aktionsgruppe Duisburg/Krefeld“ (AG DU/KR)**. An ihr beteiligten sich etwa zehn Personen, alle Anfang 20. An einem Kontakt zu lokalen rechten Parteien wie der NPD waren diese kaum interessiert, dafür aber gut in die AN-Szene in NRW integriert. Die Krefelder und Duisburger Neonazis ver-

suchten dabei, sich selbst kontinuierlich im Gespräch zu halten. So dokumentierten sie jede Plakat-, Aufkleber-, oder Graffitiaktion auf ihrem Blog logr.org/agkredu. Neben kopierten Texten fanden sich hier außerdem Ankündigungen und Berichte von regionalen und überregionalen Demonstrationen. Beispielsweise nahm die AG DU/KR an einem „Friedhelm Busse Gedenkmarsch" (2010), dem „nationalen Antikriegstag" in Dortmund (2010) oder einem „nationalen Fußballturnier" in Oberhausen (2010) mit rund 90 Teilnehmern teil. Anlässlich eines „Trauermarsches" in Bad Nenndorf (2010) posierte die Gruppe mit einem Transparent vor der Burg Linn sowie im Landschaftspark Duisburg-Meiderich.

Besonders stolz schien die AG DU/KR auf eine körperliche Auseinandersetzung am 10. Juni 2009 gewesen zu sein, die sie leicht verdreht auf ihrem Blog rekapitulieren ließen. Darin berichteten sie davon, wie sie zu dritt einen Angriff mehrerer antirassistischer Ultras vom KFC Uerdingen vor der Kneipe „Haus Siebenmorgen" heroisch zurückschlagen konnten. An der Auseinandersetzung beteiligte Antifaschistinnen und Antifaschisten attestierten den Neonazis hingegen selbstüberschätzenden Realitätsverlust. Darüber hinaus postete die AG DU/KR ein Foto von den vermeintlichen Angreifern inklusive einiger Namen, unter anderem von einer Person, die an der Auseinandersetzung gar nicht beteiligt gewesen war. Eben jene Person wurde kurze Zeit später auf dem Weg zur Arbeit von zwei Mitgliedern der Gruppe – **Roman K.** und **Christian** – angegriffen.

Abgesehen von diesem Vorfall, der Fotoaktion vor der Linner Burg und massivem Aufkleberverkleben in Bockum und Oppum fokussierten sich die Aktionen vorwiegend auf Duisburg. Doch auch hier stieß die Gruppe auf wenig Gegenliebe.

Am 12. Januar 2010 wurde das Mitglied **Danny M.** in seinem Wohnort in Duisburg-Laar geoutet. M. zeigte sich für die Gestaltung der AG DU/KR-Aufkleber sowie die Pflege der Internetseite zuständig. Außerdem betätigte er sich als Anti-Antifa-Fotograf bei Demonstrationen und war Mitglied der teilweise neonazistischen Hooligangruppe **„Division Duisburg"**, über die er gute Kontakte zu Neonazis und Hooligans in Essen und Dortmund pflegte.

Einige Monate später, am 15. Juli 2010, wurde auch das Gruppenmitglied **Andreas K.** mit Plakaten und Flyern geoutet. K. war erst kurz zuvor von Heidenheim nach Duisburg gezogen. In Heidenheim organisierte er sich in der **„Aktionsgruppe Schwaben"** und beteiligte sich mehrfach an Auseinandersetzungen mit vermeintlichen und tatsächlichen Antifas. In Duisburg soll K. vermutlich an dem Beschmieren des Anne Frank Denkmals beteiligt gewesen sein.

Nationaler Widerstand DU

Nach einem turbulenten Jahr 2010 folgte im Februar 2011 die vorhersehbare Auflösung bzw. Umstrukturierung. Vor allem die ohnehin weniger aktiven Krefelder Gruppenmitglieder zogen sich aus der rechten Szene zurück. **Roman K.** beispielsweise widmete sich fortan der Graffitiszene.

Aus der „Aktionsgruppe Duisburg/Krefeld" wurde der **„Nationale Widerstand Duisburg" (NWDU)**, deren Fokus – der Name sagt es bereits – nun ausschließlich auf Duisburg lag. Doch auch in Duisburg fingen die alten Strukturen langsam an zu bröckeln. **Danny M.** zog sich zurück, **Andreas K.** trat nicht mehr so offensiv in Erscheinung und **Patrick S.** und **Helena F.** zogen um. Lediglich die ehemaligen AG DU/KR-Mitglieder **Bastian F.** und **Maurice S.** blieben weiterhin aktiv und wurden zu zentralen Figuren des NWDU. ■

was bleibt von den „autonomen nationalisten"?

Die sehr kurze aktive Phase der AG DU/KR kann als symptomatisch für viele AN-Gruppen in Deutschland gesehen werden. Heute gibt es kaum noch Gruppierungen, die sich selbst den „Autonomen Nationalisten" zugehörig fühlen. Stattdessen mischen Neonazis bei scheinbar bürgerlichen Demonstrationen wie Pegida oder Protesten gegen die Einrichtung von Geflüchtetenunterkünften mit. Das steht dem alten AN-Befund allerdings diametral entgegen. Die ANs waren der Überzeugung, dass das *„konformistische Volk"* umerzogen gehöre und selbst nicht Träger einer oppositionellen Politik sein könne, da ihr jeglicher antikapitalistische und revolutionäre Ansatz fehle. Gewissermaßen kann man sagen: Während die ANs ihre Gesichter verbargen (vermummt im schwarzen Block), dafür ihre neonazistische Gesinnung öffentlich und selbstbewusst zur Schau stellten, geht der Trend in die entgegengesetzte Richtung: Gesicht zeigen, aber die Gesinnung verschleiern.

Nicht außer Acht lassen sollte man allerdings den nachhaltigen Einfluss, den die AN-Bewegung auf die neonazistische Szene ausüben konnte. Heute ist es kaum mehr schockierend, wenn sich Neonazis in Stil und Aktionsform experimentierfreudig zeigen, wie etwa eine ehemalige „nationale Koch-Show" auf Youtube verdeutlicht. Die angestaubte schwarz-weiß-rote, völkische Ästhetik und der Skinhead-Look gehören der Vergangenheit an. An ihre Stelle treten popkulturelle Adaptionen, Rechtsrap und eine aufwendige Inszenierung in den „neuen" Medien. Auch wenn man die vielen kleinen „revolutionären" Neonazigruppen, die weiterhin mit Sturmhauben-Ästhetik, antikapitalistischem Pathos und Gewaltbereitschaft auffallen und ab und an einen schwarzen Block organisieren (etwa am 1. Mai 2015 und 2016), nicht aus den Augen lassen darf, so lässt sich das Erbe der ANs insbesondere bei der „Identitären Bewegung" (IB) ausmachen.

Mitglieder der rechtsoffenen Fangruppierung „Krefelder Jungs" im April 2022 auf dem Großmarkt-Gelände. Auf dem Banner ist das Totenkopf-Logo mit einem mutmaßlichen Wehrmachtshelm sowie die Aufschrift „Blau & Rot Bis in den Tod" zu sehen. Foto: Facebook

hooligans gegen links

Konflikte in der KFC Uerdingen Fanszene

Mit dem Aufkommen der rechten „Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) im Jahr 2014 änderte sich das Klima in vielen Fanszenen in Deutschland, so auch beim KFC Uerdingen 05.

Die Krefelder Fanszene

In den 80er- und 90er-Jahren waren rechte Hooligans und rassistische Parolen aus den deutschen Stadien kaum wegzudenken. In vielen Fanszenen hatten rechte Gruppierungen eine hegemoniale Rolle inne, teilweise stellten sie sogar personell die Mehrheit.

Auch unter den Fans des KFC Uerdingen (vormals Bayer Uerdingen) gab es vereinzelte Überschneidungen mit der hiesigen Skinhead-Szene und es ist sicherlich nicht falsch zu behaupten, dass die Grotenburg kein Ort emanzipatorischer Politik darstellte. Dennoch fungierte der Krefelder Fußballverein im Gegensatz zu vielen anderen Fußballvereinen nicht als Organisationszentrum für gewaltbereite Neonazis.

Als sich Ende der 90er, Anfang der 00er die Ultrabewegung in Deutschland breitmachte, verloren viele Hooligangruppierungen ihre vorherrschende Stellung. Außerdem sorgten die jungen Ultra-Gruppen für den Rückgang rassistischer und antisemitischer Gesänge, während Sexismus und Homophobie bis heute fortbestehen.

Mit den im Jahre 2000 gegründeten „Ultras Krefeld" (UK) verfügte nun auch der KFC Uerdingen über eine solche Gruppierung. An ihr lässt sich auch die Entwicklung weg vom stumpfen Proll-Image hin zu einem bunten, weltoffenen Selbstbild beobachten. UK beteiligte sich mehrfach an der „FARE-Aktionswoche" gegen Diskriminierung, mobilisierte zu einem eigenen Block auf der Anti-NPD-Demo im Juli 2007 und präsentierte seinen politischen Anspruch bei jedem Spiel mit einem Banner mit der Aufschrift „KFC-Fans gegen Rassismus". Während dieses Engagement über viele Jahre fast eine Selbstverständlichkeit in der Krefelder Fanszene darstellte, sicherlich zum Groll vieler alteingesessener Fans, sahen sich die „Ultras Krefeld" 2017 dazu veranlasst, sich in einer eigens herausgebrachten Fanzeitschrift gegen ein rechtes Rollback in deutschen Stadien und in der Krefelder Fanszene auszusprechen. Was war passiert?

Hooligan-Rollback

Beflügelt durch die Großdemonstration der **„Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa)** 2014 in Köln, an der auch mehrere Personen aus der Fanszene des KFC Uerdingen teilnahmen, versuchten

Mitglieder der Krefelder Jungs und der Gruppe „Kategorie Crefeld" bei einer gemeinsamen Party im Jahr 2017. Foto: Facebook

rechte Hooligans vieler Vereine, die an die Ultras verloren gegangene Vormachtstellung zurückzugewinnen und gegen eine vermeintlich linke, „politisch korrekte" Fankurve vorzugehen. In der Region gerieten beispielsweise in Aachen, Duisburg, Dortmund und Essen antirassistische Ultragruppen stark unter Druck. Einige mussten sich in Folge mehrerer gewalttätiger Übergriffe sogar komplett aus den Stadien zurückziehen.

Auch in Krefeld zeichnete sich diese Kehrtwende ab. 2014 gründete sich die Jung-Hooligan-Gruppe **„Kategorie Crefeld" (KC)**, später folgte die Gruppe **„Krefelder Jungs" (KJ)**, die vorwiegend aus ehemaligen Alt-Hools, teilweise aus dem 1982 gegründeten Fanclub United bestand. Beide waren eng miteinander verbunden, beispielsweise feierten sie gemeinsame Partys, und versuchten, Einfluss auf die antirassistische Grundhaltung innerhalb der Fanszene zu nehmen. Angetrieben wurden sie dabei vor allem von rechten Hool-Seiten im Internet.

Nach einigen teilweise gewalttätigen Konflikten und Einschüchterungsversuchen gegen einzelne UK-Mitglieder entspannte sich zumindest das Verhältnis zwischen UK und KC. Auch der Druck der Krefelder Jungs nahm mit den Jahren ab, was sicherlich auf die Annäherung zwischen den Jung-Hools und Ultras zurückzuführen ist.

Krefelder Jungs

Eine Einordnung der Krefelder Jungs als extrem rechte Fangruppierung wäre allerdings nicht zutreffend. Zwar ist es hinlänglich bekannt, dass sich hinter dem „unpolitischen" Image vieler Fangruppen häufig ein rechtes Gedankengut verbirgt, doch trifft dies bei den Krefelder Jungs nur bedingt zu. Eine politische Einschätzung bietet allerdings bereits das Logo, welches einen Totenkopf mit einem mutmaßlichen Wehrmachtshelm zeigt und eine „altdeutsche" Schrift verwendet, welche gemeinhin mit dem Nationalsozialismus assoziiert wird.

Einige der 20–40 Mitglieder halten auch anderen Vereinen die Treue, fühlen sich aufgrund ihres Wohnortes allerdings ebenso dem KFC zugehörig. Zu dem zu mobilisierenden Umfeld können weitere 20–40 Personen im Alter zwischen 40 und 70 Jahren gezählt werden, außerdem sind die Krefelder Jungs bei **„Old Firms United Germany"** mit Alt-Hools anderer Vereine vernetzt.

Eine Freundin des KJ-Mitglieds Ingmar A. trägt am 29. September 2019 ein T-Shirt eines neofaschistischen Musikfestivals und wird dafür aus dem Stadion geworfen.

Viele Krefelder Jungs vereint neben dem Lokalpatriotismus die Ablehnung eines angeblich zu politischen Fußballs. Auf Social Media Kanälen findet man außerdem eine starke Vorliebe für das Deutsche Kaiserreich und nordische Mythologie sowie einen einenden Hass gegen „die Antifa". Insbesondere **Gerd L.** als eine Leitfigur der KJ fällt auf Facebook durch Anti-Antifa-Propaganda und eine völkisch-nationalistische Agenda auf. Grundkonsens ist allerdings der Zusammenhalt als „KFC Familie", was dazu führt, dass bei szeneinternen Konflikten einige KJ-Mitglieder schlichtend eingreifen und eine Einheit aller KFC-Fans fordern. Dabei befinden sich unter den Krefelder Jungs auch mehrere Personen aus der Neonazi-Szene und Personen, die gute Kontakte in diese pflegen. Versuche, entsprechende Szenekleidung offen im Stadion zu tragen, etwa eine Mütze der neofaschistischen Partei **„Dritter Weg"**, führten allerdings zu heftigen Gegenprotesten. Beispielsweise wurde 2019 beim Auswärtsspiel in Köln eine Person aus dem Umfeld der Krefelder Jungs, die neonazistische Kleidung trug, aus dem Stadion entfernt. Auf der Rückfahrt kam es daher zweimal zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppen.

Zwar hat sich im Laufe der Jahre die Situation zunehmend beruhigt, eine erneute Eskalation scheint aber jederzeit möglich, wie Szenekenner berichten. Insbesondere die durch das Internet angeheizte Anti-Antifa-Stimmung in „erlebnisorientierten" Fankreisen gibt Grund zur Besorgnis, wie mehrere Angriffsversuche junger KFC-Hooligans auf den antifaschistischen Protest gegen die Querdenken-Bewegung in Krefeld zeigen (→ S. 117). ■

stimmungsmache am rande der cdu

Rechtskonservative Strukturen in Krefeld

Mit dem „Konservativen Kreis Krefeld" und später der „Werteunion Niederrhein" schafften es rechte Kräfte innerhalb der CDU, sich medienwirksam als Opposition zu inszenieren. Eine nennenswerte Vernetzung schien aber mit der Person Gerald Wagener zu stehen und zu fallen.

Es ist nahezu unmöglich, einen Blick auf extrem rechte Strukturen zu werfen, ohne dabei auf Querverbindungen in konservative Milieus zu stoßen. Um die ideologischen und personellen Überschneidungen verstehen und das Potenzial der Radikalisierung am rechten Rand der CDU einordnen zu können, müssen also auch jene Kreise beleuchtet werden, die man nicht zweifelsfrei als faschistisch oder extrem rechts einordnen kann – so auch in Krefeld.

Der Feind steht links

Als wohl stärkstes Bindeglied dient den extrem rechten bis gemäßigt konservativen Milieus die Bekämpfung des sogenannten „Linksextremismus" sowohl in Form antifaschistischer Gruppierungen als auch in Form einer imaginierten vorherrschenden linken „Meinungsdiktatur" in Deutschland.

Kern einer solchen Ansicht ist die sogenannte „Extremismustheorie", die von weiten Teilen der politischen Landschaft mitgetragen wird. Ihr zufolge näherten sich die linken und rechten politischen Ränder einander an und seien – im Gegensatz zu den Positionen in der als neutral angesehenen „Mitte" – als „extremistisch" abzulehnen.

Der Krefelder Politikwissenschaftler Rudolf van Hüllen ist ein prominenter Vertreter dieser Theorie. Er war jahrelang als Referatsleiter der Abteilung „Linksextremismus" beim Bundesamt für Verfassungsschutz tätig und publizierte unter anderem für die Bundeszentrale für politische Bildung und die CSU-nahe „Hanns Seidel Stiftung". Im Buch „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?" begründen van Hüllen und das CDU-Mitglied Harald Bergsdorf ihre Auseinandersetzung mit dem „Linksextremismus" wie folgt: *„Doch gerade die singulären Massenverbrechen der Hitler-Diktatur mahnen, den Blick für jeglichen Extremismus und jegliche Menschenrechtsverletzungen zu schärfen und jegliche Demokratiefeindlichkeit zu analysieren."* Inwiefern ausgerechnet aus der faschistischen „Hitler-Diktatur" eine Bekämpfung antifaschistischer Kräfte in Form des „Linksextremismus" zu folgen habe, wird nicht deutlich. Eine ähnliche Akrobatik gelingt ihnen als Antwort auf die Kritik, Altnazis hätten seit Beginn der Bundesrepublik in ihr einen starken Einfluss ausgeübt. Das entspreche zwar der Realität, sei aber nicht problematisch, denn die ehemaligen Nationalsozialisten *„versuchten in der Regel, sogar 150-prozentige-Demokraten zu sein, gerade weil sie eine ‚tiefbraune' Vergangenheit hatten."*

Solche wunderlichen Schlussfolgerungen und Einordnungen sind charakteristisch für den konservativen „Kampf gegen Links". Stets flankiert werden diese vom Vorwurf, der „Linksextremismus" würde von der Politik unterschätzt oder gar ignoriert und parlamentarische Kräfte und zivilgesellschaftliche Organisationen, wie etwa die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN-BdA) seien Kräfte, die sich für die *„Abschaffung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten"* einsetzten, so van Hüllen. Entgegen der tatsächlichen Entwicklung linksradikaler Kräfte in Deutschland fantasiert van Hüllen darüber hinaus von einer angeblich sinkenden Hemmschwelle bei Angriffen auf Polizeibeamtete und politische Gegner und stößt damit vor allem bei extrem rechten Kräften auf offene Ohren.

„Politisch inkorrekt"

Ähnliches schrieb auch der Publizist **Klaus Kelle** in seinem Buch „Bürgerlich, christlich, sucht ... Biete Meinung statt Mitte.": *„Landauf, landab fördern Kommunen, Länder und Bundesregierung mit Steuergeldern Linksextremisten für den ‚Kampf gegen Rechts'. Als linker Extremist muss man sich schon wirklich bemühen, sich nicht Geld vom Staat aufdrängen zu lassen."*

Gemeinsam mit seiner Frau **Birgit Kelle** lebt Klaus Kelle in Kempen, leitete seine Aktivitäten eine Zeit lang allerdings über Krefelder Adressen. Bei Klaus Kelle findet sich außerdem ein weiterer Anknüp-

fungspunkt zwischen extrem rechten und konservativen Kreisen: die Ablehnung von „politischer Korrektheit", die angeblich durch eine links-grüne „Meinungsdiktatur" allen Deutschen aufgebürdet werde. In diese Kerbe schlug er vor allem mit seinen Kolumnen „Politisch inkorrekt", die er 2013 und 2014 bei der Rheinischen Post (RP) veröffentlichen konnte.

Für seine christlich-konservativen Ansichten ist Kelle aber auch über das Rheinland hinaus bekannt. Als aktives CDU-Mitglied publizierte er unter anderem in der Welt am Sonntag, bei Focus Online oder der Tagespost. In seinem Portfolio finden sich allerdings auch ganz andere Stellen. So nahm Klaus Kelle als Referent an den sogenannten **„Dienstagsgesprächen"** teil, die über mehrere Jahrzehnte vom **Republikaner- (REP)** (→ S. 54) und **NPD**-Politiker Hans-Ulrich Pieper organisiert wurden. Neben hochrangigen Persönlichkeiten wie dem Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes, dem Kommandeur des KSK oder dem Urenkel von Kaiser Wilhelm II gaben die „Dienstagsgespräche" insbesondere Politikern der extremen Rechten eine Bühne.

Klaus Kelle auf einer Podiumsdiskussion zur „Demo für alle", 23. Februar 2019. Bild: Demo für Alle flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Ebenfalls als Referent trat Klaus Kelle 2015 in der **„Bibliothek des Konservativismus" (BdK)** auf, die dem Netzwerk der Neuen Rechten (→ S. 49) zugeordnet werden kann. Gegründet wurde die Bibliothek vom ehemaligen REP-Politiker und Geschäftsführer der Wochenzeitung **„Junge Freiheit" (JF)** (→ S. 97) Dieter Stein. Finanziert wurde das Projekt durch eine Investition in Höhe von mehreren Millionen Euro durch Folkard Edler, der insbesondere als Großspender und Kreditgeber für die **„Alternative für Deutschland" (AfD)** (→ S. 92) auf sich aufmerksam machte. Der Spiegel bezeichnete die „Bibliothek des Konservativismus" als *„wichtigsten Treffpunkt der Neuen Rechten in Berlin"*, sicherlich auch vor dem Hintergrund, dass die BdK einen hohen politischen Einfluss auf die AfD ausübt.

extremismusdoktrin

Als Extremismustheorie wird die Vorstellung bezeichnet, die Gesellschaft bestünde aus einer demokratischen Mitte, die von ihren extremen Rändern bedroht werde und vor diesen beschützt werden müsse. Diese extremen Ränder bilden organisierte Neonazis, Linke und sogenannte Ausländerextremisten. Es ergibt sich ein extrem vereinfachtes Rechts-Mitte-Links Modell.

Trotz des eklatanten Mangels historisch-wissenschaftlicher Belege findet dieses Modell heute gesamtgesellschaftlich großen Anklang sowie Anwendung in politischen Instanzen und bei regierenden Stellen wie dem Verfassungsschutz, der Polizei sowie Parlamenten und Gerichten. Es dient dazu, „Rechtsextremismus" und „Linksextremismus" als Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung gleichzusetzen und sie von der „demokratischen" Mitte abzugrenzen. Dass die eine Seite auf die Abschaffung der Demokratie zielt, während die anderen versucht, demokratische Ansprüche auszuweiten, wird ausgeblendet. Linke Gesellschaftskritik wird mit dem Ruf nach nationalem Sozialismus ebenso in einen Topf geworfen wie die Zerstörung von Eigentum mit menschenverachtenden Gewalttaten, Morden und der ständigen tödlichen Bedrohung ganzer, als fremd markierter, Bevölkerungsgruppen. Währenddessen kann sich jeder, dem nicht die Zugehörigkeit einer dieser extremen Ränder durch den Verfassungsschutz, der die Extremismustheorie gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung popularisierte, attestiert wurde, sicher sein, zu den „Guten" zu gehören und muss sich nicht mit den in der Demokratie angelegten faschistischen Tendenzen und ideologischen Verbindungen zwischen der „Mitte" und der extremen Rechten auseinandersetzen, welche Bewegungen wie Pegida, die AfD und die „Neue Rechte" (→ S. 49) entstehen ließen und begünstigen.

Die Extremismustheorie versteht Demokratie nicht als Prozess der fortschreitenden Demokratisierung, der dem Anspruch zu folgen hat, demokratische Rechte zu verbessern und zu erweitern. Sie berücksichtigt auch nicht die möglichen Rückschritte auf der Ebene der Zivilgesellschaft und antidemokratische Tendenzen innerhalb dieser. Sie reduziert Demokratie auf den Status Quo, in dem der Staat demokratische Ansprüche setzt, welche häufig sicherheitspolitisch motiviert sind. Grundlegende Kritik gegen die erdrückenden Verhältnisse soll, das ist der Kern der Doktrin, delegitimiert werden.

Eine enge Verbindung pflegen Klaus Kelle und seine Frau Birgit Kelle darüber hinaus zur Wochenzeitung **„Junge Freiheit“ (JF)**, in der Klaus und Birgit Kelle mehrere Artikel veröffentlichten und die sie durch die Anwesenheit bei verschiedensten Veranstaltungen unterstützten. Die 1986 von Dieter Stein gegründete Zeitung wies in ihren Anfangsjahren eine inhaltliche und personelle Nähe zu verschiedenen Burschenschaften sowie der rechtskonservativen Partei **„Freiheitliche Volkspartei“ (FVP)** und der rechten Partei **„Die Republikaner“ (REP)** auf. Bis heute wird die JF von nationalliberalen bis extrem rechten Kreisen geschätzt, nicht zuletzt aufgrund ihrer „Eisbrecherfunktion“ und ihres Versuchs, eine spektrenübergreifende rechte Sammlungsbewegung zu fördern. Offen neonazistische Positionen lassen sich in der JF zwar selten finden, eine personelle und inhaltliche Nähe zur **„Alternative für Deutschland“ (AfD)** ist hingegen offensichtlich.

Ebenso wie seine Frau veröffentlichte Klaus Kelle Texte in der Blogzeitung **„Die freie Welt“**, die Teil des Vereinsnetzwerks **„Zivile Koalition“** der AfD-Politikerin Beatrix von Storch ist. Die christlich-konservative bis rechts-konservative Stoßrichtung der Blogzeitung kann entsprechend als AfD-nah gesehen werden, wenn nicht gar als identisch mit ihren Positionen.

Mehrfach versuchte Klaus Kelle sich außerdem an eigenen Publikationskanälen (**denken-erwuenscht.com, the-germanz.de, nrwjetzt.de**), die allerdings nicht die gewünschte Aufmerksamkeit erhielten, wie Kelle später selber einräumte. Lediglich die Ende 2019 gegründete Onlineplattform **„Hallo Meinung“**, bei der Kelle für die redaktionelle Leitung tätig war, erhielt die gewünschte Öffentlichkeit. „Hallo Meinung“ versteht sich als Gegenpol zur vermeintlich flächenübergreifenden linkspolitischen Orientierung der deutschen Medienlandschaft. Im Juni 2020 beendete Kelle die Zusammenarbeit mit „Hallo Meinung“-Gründer Klaus-Peter Weber allerdings wieder. Zwei Monate zuvor führte Kelle über „Hallo Meinung“ noch ein Interview mit dem Krefelder Funktionär **Gerald Wagener** (→ S. 86), zu dem Kelle eine freundschaftliche Beziehung pflegt.

Ohnehin ist Kelle in der konservativen Landschaft bestens vernetzt. Als Autor des katholisch-römischen Onlinemagazins **Kath.net** und Mitglied des **OMCT Tempelritterordens** – zu dem unter anderem der religionspolitische Sprecher der **AfD** Volker Münz gehört – verfügt Klaus Kelle beispielsweise über beste Kontakte in katholisch-konservativen Kreisen, bis hin zur Ordensgemeinschaft **„Legionäre Christi“**, die weltweit durch wiederholte Fälle sexuellen Missbrauchs in die Schlagzeilen geriet. Zu seinen jährlich stattfindenden Zusammenkünften unter dem Titel **„Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz“** konnte Kelle 2018 den CDU-Politiker Jens Spahn gewinnen. Im selben Jahr zählte Kelle zu den Erstunterzeichnern der „Gemeinsamen Erklärung 2018“, die sich gegen *„illegale Masseneinwanderung“* richtete. Die Erklärung wurde in der Presse zurecht als *„erstaunliche Allianz bürgerlicher und nationaler Konservativer und neurechter Verschwörungstheoretiker“* bezeichnet.

„Gender-Gaga“

Auch Klaus Kelles Frau Birgit ist in einem breiten politischen Netzwerk aktiv. Wie ihr Mann schrieb sie gleichermaßen für etablierte Medien wie Die Welt oder den Focus und war in verschiedenen Fernsehsendungen (u.a. Maybrit Illner, hart aber fair, Lanz) zu Gast. Hinzu kommen aber auch bei Birgit Kelle eine ganze Reihe an Veröffentlichungen und Kontakte zu rechtsoffenen bis offen rechten Plattformen und Organisationen wie der Wochenzeitung **„Junge Freiheit“ (JF)** oder der Blogzeitung **„Die Freie Welt“**. In der JF veröffentlichte sie eine zweistellige Anzahl an Texten und unterstützte die Zeitung auf der Buchmesse in Frankfurt 2013 und 2015. Im selben Jahr erhielt sie den von der JF und „Förderstiftung konservative Bildung und Forschung“ vergebenen „Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten“. Ein freundschaftliches Verhältnis zeigte sich darüber hinaus durch ihre Teilnahme am JF-Sommerfest 2016.

Birgit Kelle (2. v.l.) auf der „Demo für alle" in Stuttgart, 28. Juni 2014. Bild: Demo für Alle flickr.com (CC BY-SA 2.0)

Im März 2012 veröffentlichte Birgit Kelle im Onlinemagazin des **Kopp Verlages** einen Artikel, in dem sie eine höhere Geburtenrate forderte, um das Aussterben der deutschen Bevölkerung zu verhindern. Der Kopp Verlag ist vor allem für den Vertrieb von extrem rechten und verschwörungstheoretischen Medien bekannt. Neben antisemitischen Texten finden sich Bücher zu Ufologie, Freiwirtschaftslehre, germanischer Mythologie und rechter Esoterik. Ergänzt wird das Sortiment durch diverse Waffen und Survival-Equipment; ein Angebot vor allem für die in großen Teilen neonazistische Prepperszene, die sich auf einen bevorstehenden „Krisenfall" vorbereitet. Ein Jahr später – im April 2013 – erschien ein Artikel von Birgit Kelle in der der Neuen Rechten zuzurechnenden Monatsschrift **„eigentümlich frei"**.

Mit ihren antifeministischen Büchern „Dann mach doch die Bluse zu: Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn" (2013) und „GenderGaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag erobern will" (2015) erlangte sie überregionale Bekanntheit. Es folgten diverse Auftritte etwa beim **„Konservativen Aufbruch in der CSU"** oder dem rechten **„Gerhard-Hess-Verlag"** und Artikel in etablierten, konservativen und neurechten Medien. Die Kernaussage ihres ersten Buches fasst Birgit Kelle in der **„Deutschen Umschau"**, der Zeitung des **„Bundes der Vertriebenen" (BdV) NRW** (→ S. 96) zusammen: *„Es nervt, es regt mich auf, gerade als Frau, dass inzwischen jede Lappalie, jede blöde Anmache, jedes Hinterherpfeifen und jeder Blick auf das falsche Körperteil zur falschen Zeit zum Sexismus hochstilisiert wird."*

Anlässlich der Buchveröffentlichung von „Dann mach doch die Bluse zu" gab Kelle der Zeitschrift **Sezession** und dessen Chefredakteur Götz Kubitschek ein Interview. Herausgegeben wird die Sezession von dem im Mai 2000 gegründeten **„Institut für Staatsforschung" (IfS)** (→ S. 97), das sich über die Jahre als zentrale Aktionsplattform der Neuen Rechten in Deutschland etablieren konnte und den angegliederten **„Verlag Antaios"** leitet. Götz Kubitschek, Gründer und Kopf des IfS, gilt als zentrales Bindeglied zwischen verschiedenen extrem rechten Organisationen wie der **NPD**, der **Identitären Bewegung (IB)** oder deutschen Burschenschaftsverbänden. Kubitschek ist Unterstützer des völkischen Flügels in der AfD rund um Björn Höcke.

Neben ihrer Tätigkeit als Publizistin ist Birgit Kelle auch politisch aktionistisch unterwegs: Sie ist – neben ihrer Mitgliedschaft in der CDU – Vorsitzende des Vereins **„Frau 2000plus e.V."**, stellvertretende Vorsitzende des **„Verbandes Familienarbeit e.V."**, Sprecherin des Bündnisses **„Rettet die Familie"** und Vorstandsmitglied des kaum in Erscheinung getretenen Dachverbandes **„New Women for Europe" (NWFE)**.

Mit ihrem Verein „Frau 2000plus e.V." ist Birgit Kelle Bündnispartnerin des Aktionsbündnis **„Demo für alle"**, das jährlich für die *„Wahrung der Elternrechte, Ehe und Familie und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung der Kinder"* demonstriert. Birgit Kelle trat über mehrere Jahre als Rednerin auf diesen Demonstrationen auf. Ein Symposium im Vorfeld der Demonstration wurde von Birgits Mann Klaus Kelle moderiert.

Teil des „Demo für alle"-Bündnisses ist neben etwa 30 weiteren Organisationen das **„Familienforum Österreich"**, eine Initiative aus dem Umfeld der auch als **„Moon Sekte"** bezeichneten **„Vereinigungskirche"**. Die nach ihrem Gründer Sun Myung Moon bezeichnete Sekte gilt international als eine nach dem Führerprinzip organisierte Kader-Organisation mit rassistisch-faschistischen Ansätzen, antikommunistischen Tendenzen und einem grotesken Weltbeherrschungsanspruch. 1983 entschied der Bundesgerichtshof, dass die Moon-Sekte als kriminelle Vereinigung mit faschistischen Zielen bezeichnet werden kann.

Dass solche Kreise Teil der „Demo für alle" sind, ist kein Versehen oder Zufall. Unter anderem am 22. Mai 2014 trat Birgit Kelle als Referentin einer Konferenz der **„Universal Peace Foundation" (UPF)** im tschechischen Parlament auf. Die UPF wurde 2005 von Sun Myung Moon gegründet und fühlt sich auch heute noch den Lehren Moons verpflichtet. Auf ihrer Agenda steht insbesondere die *„Verwirrung im westlichen Wertesystem"* und die Zurückerlangung der *„Bedeutung der Familie für die Gesellschaft"*. 2014 war der Chef von UPF-Deutschland, Karl-Christian Hausmann, offizieller Redner der „Demo für alle" in Stuttgart.

Am 21. September 2018 nahm Kelle als Referentin an einer Tagung des **„Bundesverbandes Lebensrecht e.V." (BVL)** teil, der insbesondere für die Organisation der jährlich stattfindenden Demonstration **„Marsch für das Leben"** bekannt ist. Die von katholischen Fundamentalistinnen und Fundamentalisten organisierten Demonstrationen sprechen sich gegen Schwangerschaftsabbrüche aus und können daher nur unter starken feministischen Gegenprotesten durchgeführt werden.

→

Wie gut Birgit Kelle in diesen rechtskatholischen Netzwerken verzahnt ist, zeigte sich bereits 2005: Mit einer Startauflage von 120.000 Stück brachte Kelle das katholische Magazin **„Vers1"** heraus, das in ihrer ersten Ausgabe zu einem Großteil beim katholischen Weltjugendtag verteilt wurde. Mit „Vers1" warb sie für die mittlerweile wegen Volksverhetzung und antisemitischen, rassistischen und homophoben Inhalten verbotene Internetseite **„kreuz.net"**. „Vers1" konnte sich nur zwei Jahre halten. Heute betreibt Klaus Kelle unter dem Namen einen Onlineshop, in dem er Bücher von u. a. Birgit Kelle, Thilo Sarrazin oder Matthias Matussek verkauft.

Auffallend bei Birgit Kelle ist die Diskrepanz zwischen ihrem politischen Umfeld und ihren politischen Argumenten. Während sie sich in der Gender-Debatte als Befürworterin einer rationalen Wissenschaftlichkeit verkauft, unterstützt sie vorrangig katholisch-religiöse Vereine bis hin zu rechtsklerikalen Kreisen. Kontakte sind – neben den bereits erwähnten – unter anderem zum „OMCT Tempelritterorden", in deren Zeitschrift Kelle publiziert, oder der Ordensgemeinschaft „Legionäre Christi" vorhanden. Der Soziologe Andreas Kemper fragt zurecht: *„Birgit Kelle stellt die internationale Forschung zum Klimawandel und die Gender-Studies an Hochschulen gleichzeitig als ideologische Hohepriesterei dar – Trifft die Zuschreibung der Hohepriesterei nicht zuallererst auf Legionäre Christi, Tempelritterei oder die Warnung vor der geheimen Wirkmacht Satans zu?"*

Demonstration von „pro NRW" vor einer Krefelder Moschee am 4. Mai 2012. Bilder: Thomas Lammertz

Anti Islam

Als zentrales Themenfeld für rechtskonservative Kreise etablierte sich in den letzten Jahrzehnten eine teils kulturalistische, teils rassistische Islamfeindlichkeit. Während im Islamismus durchaus gewisse rückschrittliche Tendenzen thematisiert und kritisiert werden müssen, ist die rechte Kritik unter dem fadenscheinigen Verweis auf Frauen- und Schwulenrechte oder den Kampf gegen Antisemitismus eine rein instrumentelle, heißt: Nicht etwa haben jene Kreise ein Problem mit rückständigen Geschlechterrollen oder antisemitischen Mythen, sondern mit einer nicht als deutsch wahrgenommenen Trägerschaft. Entsprechend ist rechte „Islamkritik" durch generalisierende Äußerungen geprägt, die eine imaginäre Trennung zwischen „dem Islam" – oder vielmehr „den Muslimen" und „den Deutschen" zu etablieren versucht, statt zwischen fortschrittlichen und rückschrittlichen Kräften.

Als der wohl wichtigste Multiplikator dieses als Islamkritik verkleideten Rassismus trat die Kleinstpartei **„Bürgerbewegung pro NRW"** auf, die erst Ende 2014 durch die **PEGIDA**-Bewegung in ihrer tonangebenden Rolle abgelöst wurde. Hervorgegangen war „pro NRW" aus der 1996 gegründeten **„Bürgerbewegung pro Köln"**, die mit dem Eintritt des ehemaligen Krefelders **Manfred Rouhs'** (→ S. 44) 1999 zunehmend an Bedeutung gewann und weitere Parteien, Vereine und Wählervereinigungen unter der **„Pro-Bewegung"** hervorbrachte.

Nennenswerte Wahlergebnisse in Krefeld konnten weder „pro NRW" (Landtagswahl 2010: 1,22 %, Landtagswahl 2012: 1,03 %) noch **„pro Deutschland"** (Bundestagswahl 2013: 0,22 %) erzielen. Der Fokus lag allerdings ohnehin anders: Die Pro-Bewegung setzte auf medienwirksame Kundgebungen vor Moscheen und türkischen Kulturvereinen sowie auf provokante Rhetorik. Für den 8. Mai 2010 kündigte „pro NRW"-Finanzier Patrick Brinkmann zum Beispiel einen Zwischenstopp seiner Wahlkampftour in Krefeld an. Seine Veranstaltungsreihe verstand er als einen *„Kreuzzug gegen den Islam in Deutschland"*. Im November 2010 ließ „pro NRW"-Generalsekretär Markus Wiener anlässlich eines geplanten türkischen Kulturzentrums in der Feldstraße in Krefeld verlauten, dass die Gründung eines Krefelder Kreisverbandes kurz bevorstehe. Wenige Tage später wurden **Heiko Drogan** und **Linda Metzing** als Beisitzer in den „pro NRW"-Bezirksverband Niederrhein gewählt. Beide Personen wurden als dem Kreisverband Krefeld zugehörig angegeben; ob es einen solchen handlungsfähigen Kreisverband aber tatsächlich gab, ist strittig.

Hans-Michael Höhne-Pattberg – Mitglied des Krefelder Integrationsausschusses – als Redner auf einer AfD-Kundgebung in Kornwestheim am 7. Juli 2018. Bild: www.beobachternews.de

Für eine groß angekündigte „Moschee Tour" in Mönchengladbach und Krefeld am 4. Mai 2012 konnte „pro NRW" nicht mehr als 16 Personen in die Dießemer Straße in Krefeld mobilisieren. Ihnen gegenüber standen etwa 170 Gegendemonstrierende, die den Zugang zur Kundgebung etwa eine Stunde blockierten und diese anschließend mit Trillerpfeifen übertönten. Angekündigter Protest aus der salafistischen Szene war nicht sichtbar. Etwa ein Jahr später – am 21. März 2013 – versuchte es „pro NRW" erneut in Krefeld und meldete eine Kundgebung vor der Geflüchtetenunterkunft am Siemesdyk an. Auch hier blieb der Erfolg aus und „pro NRW" musste sich damit zufriedengeben, in Krefeld keine Parteistruktur oder ein nennenswertes Unterstützer-Umfeld etablieren zu können. Am 24. März 2019 löste sich die Partei gänzlich auf.

Auch die deutschlandweit große **„Pegida"**-Mobilisierung seit 2014 blieb in Krefeld aus. Zwar existierte eine Facebook-Seite mit dem Namen „Pegida Krefeld", mehr als ein paar hundert „Gefällt mir"-Angaben konnte diese jedoch nicht vorweisen. Es kam zu keinen Demonstrationen oder öffentlichen Veranstaltungen. In den vergangenen Jahren trat jedoch **Hans-Michael Höhne-Pattberg** – 2020 als Einzelbewerber mit 9,5% in den Integrationsausschuss der Stadt Krefeld gewählt – durch Reden auf islamfeindlichen Kundgebungen auf. Bereits 2008 machte Höhne-Pattberg auf Verstrickungen eines Krefelder CDU-Politikers mit den Grauen Wölfen aufmerksam (→ S. 110), fand in der Lokalpolitik jedoch kein Gehör und suchte daher den Kontakt zur islamfeindlichen Website **„Politically incorrect" (pi-news.net)**. Am 7. Juli 2018 sprach Höhne-Pattberg auf einer **AfD**-Kundgebung in Kornwestheim (Ludwigsburg). Unter anderem am 12. August 2022 hielt er einen Redebeitrag auf einer Kundgebung des islamfeindlichen Vereins **„Bürgerbewegung Pax Europa e. V." (BPE)** in der Nähe der Düsseldorfer U-Bahn-Station Schadowstraße, bei der auch der wegen Volksverhetzung verurteilte Michael Stürzenberger auftrat. In einer Pressemitteilung von Pax Europa anlässlich einer Kundgebung am 7. Oktober 2022 in Münster wurde der als Redner angekündigte Höhne-Pattberg fälschlicherweise als *„Integrationsbeauftragter in Krefeld"* bezeichnet

„Linksrutsch" in der CDU?

Infolge der steigenden Zahl an Asylanträgen in Europa und insbesondere in Deutschland 2014 – 2016 erstarkten rassistische und nationalistische Gruppierungen und Initiativen, die sich als Opposition gegen den vermeintlich linken Mainstream inszenierten. Insbesondere innerhalb der CDU wurden Stimmen laut, dass sich die Partei unter Merkels Führung zu weit von ihrer konservativen Ausrichtung entfernt habe und nur zu „alter Stärke" zurück finden könne, wenn sie den angeblichen „Linksruck" stoppe.

Mit eben dieser Agenda gründeten sechs Personen Ende 2016 auch in Krefeld eine CDU-nahe, aber Merkel-kritische Initiative mit dem Namen **„Konservativer Kreis Krefeld" (K3)**. Wortführer **Gerald Wagener** ließ in einem Interview in der Rheinischen Post am 10. Oktober 2016 verlauten, dass man sich für einen Kurswechsel innerhalb der CDU engagiere, meint konkret: eine stärkere Abschottung Europas von Flüchtenden. Wagener hatte zuvor die damals noch von Bernd Lucke geführte **„Alternative für Deutschland" (AfD)** finanziell unterstützt.

Als „Kick-off" lud der „Konservative Kreis Krefeld" am 8. November 2016 die ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld in die Krefelder Gaststätte „Kleinlosen" ein. Lengsfeld war in den vorangegangenen Jahren immer wieder durch die Verteidigung der „Alternative für Deutschland" (AfD) vor Kritik in Erscheinung getreten. Als Autorin für das rechte Magazin **„Achse des Guten"**, als Rednerin auf einer Veranstaltung mit der damaligen AfD-Vorsitzenden **Frauke Petry** oder der **PEGIDA**-nahen Kundgebung „Für Meinungsfreiheit und gegen das NetzDG" in Köln, als Teilnehmerin am **„Neuen Hambacher Fest"**, an dem außerdem **Thilo Sarrazin** – Autor des häufig als rassistisch kritisierten Buches „Deutschland schafft sich ab" – und **Jörg Meuthen (AfD)** teilnahmen oder als Vorstandsmitglied der **„Vereinigung der Freien Medien"**, die dank ihrer Gratiszeitung „Der Wahlhelfer" im Verdacht stand, illegale Parteiförderung für die AfD zu sein – Lengsfeld war nie für eine konsequente Abgrenzung nach rechts bekannt. →

Entsprechend war abzusehen, dass K3 innerhalb von CDU-Kreisen nicht nur auf Begeisterung stoßen würde. Im Dezember 2016 sorgte der „Konservative Kreis" mit „satirischen" Wahlplakaten zur Bundestagswahl 2017 für Aufregung. Über dem Slogan „*Wählt mich, ich kann sonst nichts*" war der Korschenbroicher CDU-Bundestagsabgeordnete Ansgar Heveling abgebildet, den K3 als Merkel-treuen Angsthasen zu diffamieren suchte – sehr zum Unmut der nordrhein-westfälischen CDU-Zentrale. Marc Blondin, CDU-Vorsitzender des Kreises Krefeld forderte Gerald Wagener sogar auf, innerhalb von 14 Tagen die CDU zu verlassen, andernfalls drohe ihm ein Parteiausschlussverfahren. Dieses wurde Anfang 2017 aber wieder auf Eis gelegt, weil Blondin und der CDU ein gemeinsames Agieren gegen ein „Linksbündnis" als wichtiger erschien.

Am 19. April 2017 organisierte K3 gemeinsam mit der Jungen Union Krefeld (JU) eine Diskussionsveranstaltung im Mercure Hotel in Krefeld-Traar. Eingeladen wurden unter anderem **Klaus Kelle** (→ S. 80) und Ralf Höcker, der später als „AfD-Anwalt" mediale Aufmerksamkeit bekam. Nur knapp einen Monat später, am 15. Mai 2017, lud der „Konservative Kreis" den Chef der „Deutschen Polizeigewerkschaft" (DPolG) und Law-&-Order-Hardliner Rainer Wendt in das Haus Kleinlosen in Krefeld ein, um zum Thema „Sicherheit in Deutschland" zu referieren. Bereits ein Jahr zuvor hatte Wendt ein Buch mit dem Titel „Deutschland in Gefahr: Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt" veröffentlicht, das vielfach für seinen Populismus, seine Demagogie und Vorurteile kritisiert wurde.

Vom Neonazi zum konservativen Provokateur

Als wichtiger Kopf des K3 fand Gerald Wagener viel Beachtung in der Krefelder Presse, was sicherlich auch seinen guten wirtschaftlichen Beziehungen bis in hohe Regierungskreise in Russland, seine Investitionen in regionale Sportvereine, die Gründung der Deutschen Sportlotterie oder seine mögliche Investition für den Umbau des Theaterplatzes zurückzuführen ist. Die durchaus bewundernd formulierten Porträts als „schwerreicher Unternehmer" in der Krefelder Presse zeigen allerdings nur die halbe Wahrheit, wie ein Blick in **Gerald Wageners** Vergangenheit und seine Online-Präsenz zeigt.

1981 erschien im dvk-Verlag, dem damaligen Verlag der Jusos, ein Buch mit dem Titel „Ich heiße Gerald Wagener – Ein rechtsradikaler Jugendlicher berichtet." Wagener versuchte darin, einen Schlussstrich unter seine fast vierjährige Neonazi-Vergangenheit in seinem Geburtsort Hannoversch Münden zu ziehen und potenzielle Nachahmer zu warnen.

So beschreibt der heutige Unternehmer und Politiker, wie er im April 1975 – mit 14 Jahren – in Kontakt mit der Pfadfinderjugendschaft **„Zugvogel"** und dem neonazistischen Gruppenführer Carsten Trinks kam. Auf Pfadfinderfahrten sang Wagener mit den anderen Pfadfindern Wehrmachts- und SS-Lieder und zeigte sich anfällig für rechte Propaganda. Das blieb Carsten Trinks und dem extrem rechten Studienrat des Grotefend-Gymnasiums, auf das auch Gerald Wagener ging,

Gerald Wagener (oben links mit Stahlhelm) bei einer Übung der Wehrsportgruppe Hoffmann. Unten rechts (mit Schnurrbart): Karl-Heinz Hoffmann.
Bild: Rechtsum zum Abitur
Leider war es nicht möglich, Kontakt zum Urheber des Fotos aufzunehmen.

nicht verborgen und sie zeigten ihm den Weg in die rechte Szene, den Wagener dank seiner körperlichen Größe auch trotz des geringen Alters sehr schnell fand. Im Herbst 1976 initiierte Wagener die Teilnahme seiner Pfadfindergruppe an einem Lager des **„Bundes Heimattreuer Jugend" (BHJ)**, welcher die Traditionen der Hitlerjugend fortführte. Bereits im April 1976 beschwerte sich ein Pfadfinder-Vater bei der Pfadfinderschaft: „*Gerald Wagener, der Gruppenführer äußerte sich den Jungen gegenüber, die SS sei die diszipliniertestе und bestausgerüstete Organisation der Welt gewesen. Als mein 10-jähriger Sohn darauf hin entgegnete, in der Schule hätten sie aber gelernt, dass die SS Menschen getötet habe, antwortete Gerald Wagener ihm: ‚Du kannst Deiner Lehrerin mal sagen, Sie sei stockdämlich.'*"

Mit 16 Jahren – Anfang 1977 – nahmen Wagener und drei weitere „Zugvögel" zweimal an Wehrsportübungen der **„Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG)** in Heroldsberg bei Nürnberg teil. Diese von Karl-Heinz Hoffmann gegründete Gruppe wirkte von 1973 bis zu ihrem Verbot 1980 als wichtigste paramilitärische Vereinigung des neofaschistischen Lagers mit guten Kontakten ins Ausland. Bei ihren Übungen trainierten sie für ihre Ordnertätigkeiten bei rechten Parteien wie der **„Nationaldemokratischen Partei Deutschland" (NPD)** (→ S. 68), der **„Deutschen Volksunion" (DVU)** (→ S. 68), der **„Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD)** (→ S. 30) oder der **„Wiking Jugend" (WJ)** (→ S. 43) und bereiteten sich auf Terroranschläge vor. So erwies sich der Attentäter des Oktoberfest-Anschlags 1980 mit 13 Toten als WSG-Mitglied; bekannt wurde außerdem eine Beteiligung der WSG am Mord

Gerald Wagener auf einer Demonstration. Eventuell handelt es sich hierbei um die NPD-Kundgebung am 11. Februar 1978 in Göttingen, auf der er durch den Schlag mit einer Stahlstange den Oberarm eines Gegendemonstranten brach. Bild: Zeitung „die tat"

des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke in ihrer eigenen Wohnung – ebenfalls im Jahr 1980.

Dass Wagener nur zweimal bei der WSG Hoffmann auftauchte, lag nicht etwa an dieser Radikalität – Wagener sagte später, die WSG werde überbewertet werden –, sondern schlicht an der geografischen Entfernung.

Berauscht von der Anerkennung, die er in der rechten Szene für seine Teilnahme an den Wehrsportübungen und einer in diesem Zuge stattgefundenen Festnahme bekam, arbeitete er sich zur leitenden Person in Hannoversch Münden hoch. Er verfasste Flugblätter, störte linke Veranstaltungen, unterstützte den **NPD**-Wahlkampf, provozierte Schlägereien und bedrohte sogar einen Atomkraftgegner mit einer Dekorationswaffe, die er zuvor so präpariert hatte, dass sie nicht als solche erkennbar war.

Ohnehin waren Gerald Wagener und sein bis zu 60-köpfiges Umfeld aus klassischen Neonazis und CDU-Mitgliedern schwer bewaffnet und gewaltsuchend. Zu Aktionen nahmen sie regelmäßig Utensilien wie Stahlstäbe, Gaspistolen, Ketten, Totschläger oder Metallschlagringe mit und zögerten nicht, diese einzusetzen. Vereinzelt verfügten sie außerdem über scharfe Schusswaffen.

Gerald Wagener galt über die Grenzen Hannoversch Mündens hinaus als einer der schlagkräftigsten jungen Neonazis in Südniedersachsen, weshalb er mehrfach zu Veranstaltungen außerhalb eingeladen wurde, um die dortigen Neonazis bei Übergriffen auf linke Personen zu unterstützen. So etwa bei einer NPD-Kundgebung am 11. Februar 1978 in Göttingen, bei der Wagener, zu der Zeit 17 Jahre alt, mit einer Stahlstange mehrfach auf den Kopf eines Gegendemonstranten zielte und dabei dessen Oberarm brach.

Am 17. Juni 1978 griff er beim Deutschlandtreffen der NPD in Frankfurt einen Pressevertreter an und zerstörte dessen Kamera. Später versuchte er gewaltsam, eine Polizeikette zu durchbrechen, um zur Gegendemonstration durchzudringen. Selbst nachdem er einen Stein gegen den Kopf bekam und stark blutete, ließ er sich von diesem Vorhaben nicht abbringen.

Für den 30. Oktober 1978 trommelte Gerald Wagener 35 Neonazis, hauptsächlich von den **„Jungen Nationaldemokraten" (JN)** aus Hannoversch-Münden, Celle, Rinteln, Nordheim und Göttingen zusammen und initiierte bzw. koordinierte einen Übergriff auf eine Filmvorführung, die unter anderem von der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten" (VVN/BdA) organisiert wurde. Auch der niedersächsische NPD-Landesvorsitzende Hans-Michael Fiedler, zu dem Wagener gute Kontakte pflegte, war dort als Störer anwesend. Eine Eskalation konnte nur durch mehrere Zufälle verhindert werden. Der wohl entscheidendste: Gerald Wagener schlug außerhalb des Saals einen Zivilpolizisten nieder und landete in Gewahrsam, sodass die vor allem von außerhalb angereisten Neonazis nicht mehr entsprechend koordiniert werden konnten.

Darüber hinaus beteiligte sich Gerald Wagener an verschiedensten Demonstrationen in ganz Deutschland: Karlsruhe, Hamburg, Frankfurt, Köln. Wagener baute Kontakte zu führenden Neonazis

wie Thies Christophersen, Manfred Roeder, Uwe Rohwer oder dem bereits erwähnten Hans-Michael Fiedler auf. Zeitweise versuchte er sogar, eine eigene Regionalgruppe des in Göttingen beheimateten **„Unabhängigen Schülerbundes" (USB)** zu gründen. Der USB verstand sich als *„antimarxistisch, freiheitlich und gesamtdeutsch"* und brachte im *„Kampf gegen linke Gleichmacherei"* eigene Schülerzeitungen heraus, welche auch Wagener zuhauf an seiner Schule verteilte.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Wagener war keineswegs ein Mitläufer, sondern Leitfigur und Rädelsführer einer gewalttätig agierenden Gruppe mit Verbindungen zu Neonazis in ganz Deutschland. Seine Zeit in der neonazistischen Szene lässt sich daher nicht einfach mit dem Verweis auf „jugendlichen Leichtsinn" abhaken, zumal man von 16- bzw. 17-jährigen Personen durchaus erwarten kann, die Tragweite der eigenen Tätigkeiten einschätzen zu können.

Ende 1978 folgte dann überraschend der abrupte Ausstieg. Weil sich in der Zwischenzeit die Tätigkeiten des rechten Studienrats am Grotefend-Gymnasium bundesweit herumgesprochen hatten, sorgte Wageners Austritt auch für überregionales Interesse. Wagener gab Interviews für diverse Zeitungen, wurde in einen Film des Westdeutschen Rundfunks mit einbezogen und nahm an einer Fernsehdiskussion teil, was ihm von rechter Seite aus den Vorwurf einbrachte, nur wegen des Honorars aus der Neonazi-Szene ausgestiegen zu sein.

Eine weitere Mutmaßung findet sich in einem Zeitungsartikel in der Hessisch Niedersächsischen Allgemeine und dem Buch „Vorwärts, wir marschieren zurück" von Jürgen Pomorin: Gerald Wagener war im Sommer vor seinem Austritt auf ein Sportinternat gewechselt und hatte als Hundertmeterläufer gute Chancen, in die Nationalmannschaft aufgenommen zu werden. Seine politischen Tätigkeiten hätten dem im Wege stehen können.

Gerald Wageners Version: Eine ihm nahestehende, über 80 Jahre alte Person hat ihm von seiner Zeit in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen erzählt. Weil Wagener dieser Person vertraute, konnte seine eigene Einstellung, die KZs seien gar nicht so schlimm gewesen, nicht mehr stimmen. Nach zwei Wochen intensiver Auseinandersetzung mit sich selbst wandte er sich an einen lokalen SPD-Politiker, der zuvor gegen Wagener im Zuge der Filmvorführung ausgesagt hatte. Mit seinen späteren öffentlichen Auftritten und seinem Buch wollte er potenzielle Nachahmer von dem Weg in den rechten Sumpf abhalten.

Und auch wenn seine Version plausibel und zutreffend sein möge, so kann von einem klaren Trennstrich keine Rede sein. Als Wagener in den 80ern Betriebswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg studierte, war er wiederholt zu Gast im Verbindungshaus der **„Marburger Burschenschaft Germania"**. Die Germania Marburg ist Teil des völkischen Kooperationsverbandes **„Deutsche Burschenschaft" (DB)** (→ S. 88). 2011 wurde bekannt, dass der radikalste Flügel innerhalb der DB, die sogenannte **„Burschenschaftliche Gemeinschaft"**, einen „Ariernachweis" zur Aufnahme forderte; demnach sollte nur Mitglied werden, wer eine *„europäische Gesichts- und Körpermorphologie"* aufweise. Der Antrag wurde zwar nicht angenommen, der Flügel, aus dem die Forderung stammte, konnte sich in den Folgejahren allerdings an die Spitze des Verbandes setzen. Ein Gutteil der Germania Marburg zählt zu eben jenem Flügel. Das verwundert kaum, schaut man sich einmal die Mitglieder der Burschenschaft an: Patrick Bass – Rapper „Komplott" der **„Identitären Bewegung" (IB)**, Heinrich Mahling – **IB**-Regionalleiter für Hessen, Nils G. – Gründungsmitglied der **„Jungen Alternative" (JA)** Marburg-Biedenkopf, Robert Offermann – Pressesprecher der **AfD**-Hamburg, Philip Stein – Leiter des extrem rechten Vereins **„Ein Prozent"**, Verleger und **AfD**-Politiker, um nur einige zu nennen. Hinzu kommen beste Kontakte zur **NPD**, **„Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO)** (→ S. 96), neurechten Zeitungen und Kameradschaftsaktivisten. Die Germania Marburg kann also zweifelsfrei zu jenem Kreis gezählt werden, aus dem Wagener eigentlich ausgetreten schien. Bis heute scheint er jedoch kein Problem mit der extrem rechten Gesinnung der Burschenschaft zu haben, wie mehrere „Gefällt mir"-Angaben bei Facebook im Jahr 2020 zeigen.

Ohnehin verrät ein tiefer gehender Blick auf Wageners Social Media Profile eine Menge über seine gesellschaftlichen und politischen Einstellungen. 2012 kommentierte er einen empörenden Artikel darüber, dass eine israelische Kauffrau antisemitische Geschäftsmails aus Deutschland erhielt, mit den Worten *„ist ja lächerlich"*. Wagener sprach dem Staat Israel ab, Meinungsfreiheit zu haben und unterstützte die Äußerung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriels, dass Israel ein *„Apartheid-Regime"* sei. Befürwortend schrieb er zu Vladimir Putins Äußerung, dass Russland keine Minderheiten brauche: *„Mich kotzt die deutsche Multi Kulti Scheisse nur an. Das ist unser Land und unsere Kultur."* 2016 unterschrieb er – neben nur 57 weiteren Personen – eine Petition, mit der die staatliche Förderung der sich gegen Rassismus und Antisemitismus engagierenden Amadeu-Antonio-Stiftung gestoppt werden sollte. Außerdem fiel Wagener immer wieder durch die Gleichsetzung von antifaschistischen Gruppierungen mit Nationalsozialisten auf, etwa durch die vielfache Verwendung der Wortschöpfung „AntiFA-SA" oder durch das Posten eines geschichtsrevisionistischen Cartoons. 2019 teilte Wagener einen Artikel der AfD-nahen Seite **philosophia-perennis.com**. Auf seiner Gefällt-mir-Liste finden sich neben der bereits erwähnten **„Marburger Burschenschaft Germania"** mehrere Rockergruppen wie die **„Hells Angels Ostheim"**, die **„Hells Angels Cologne"**, das Hells Angels Label **„Original 81 Vertriebsgesellschaft mbH"**, die AfD-nahen **„Russlanddeutschen Wölfe"** oder der für seine homophoben und nationalistischen Einstellungen bekannte russische **„Nachtwölfe MC"**. Außerdem die Seite **„Blick nach links"** der **AfD**-Politikerin Beatrix von Storch, der Account des antisemitischen Verschwörungstheoretikers Andreas Popp, die Seite „Keine weiteren Asylantenheime in Deutschland", konservative Seiten wie **„Achse des Guten"**, **„Tichys Einblick"** oder

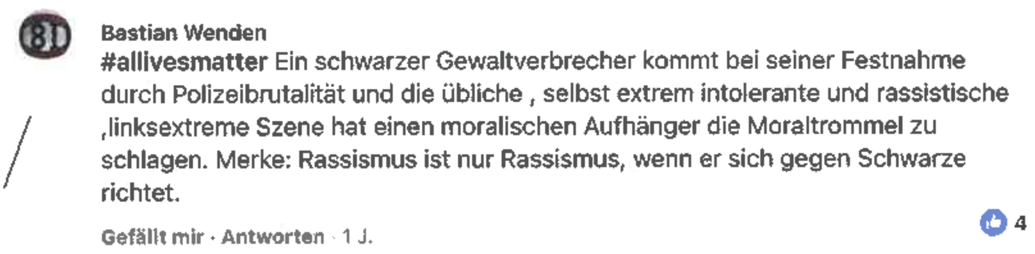
die mär vom bürgerlichen ausstiegsprogramm am beispiel gerald wageners

Nach dem Ausstieg Wageners aus der Neonaziszene galt dieser Liberalen und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern als Exempel dafür, dass man rechte Jugendliche nicht abstempeln dürfe und sich trotz ihrer Gesinnung inhaltlich mit ihnen auseinandersetzen müsse. Schließlich habe sich auch Wagener durch ein aufklärendes Gespräch von der neonazistischen Szene gelöst. Selbst die beiden in Deutschland wohl wichtigsten Extremismusforscher und Wegbereiter der „Hufeisentheorie" Uwe Backes und Eckhard Jesse erwähnen in ihrem Buch „Totalitarismus, Extremismus, Terrorismus" bewundernd den Ausstieg Wageners: *„So zeigt sich einmal mehr, dass Stigmatisierung die falsche Antwort auf neonazistische Umtriebe ist."* Das ist gerade aufgrund der Tatsache, dass Backes und Jesse einen erheblichen Einfluss auf den Verfassungsschutz und den offiziellen Umgang mit der extremen Rechten haben, problematisch. Denn:

Gerald Wagener zeigte sich im gesamten Prozess der Radikalisierung immun gegenüber Gegenargumenten. Er hielt die Geschichten über die Shoah für schlichtweg unwahr, Personen, die ihm diese näherbrachten, bezeichnete er als Lügner. Gab es handfeste Beweise, sah Wagener diese als „bedauerliche Einzelfälle". Er baute sich einen Kreis aus Lügen und Argumenten auf, in den man auch mit den besten Gegenargumenten nicht eindringen konnte. Dass sein Weltbild irgendwann doch ins Wanken geriet, lag nur daran, dass er die von ihm mehrfach als Lügen bezeichneten Erlebnisberichte nun von einer Person hörte, die ihm nahestand und der er vertraute, so sehr wie kaum einer anderen Person. Wagener könnte also vielmehr als Beispiel dafür dienen, dass eine inhaltliche Überzeugung durch außenstehende Personen kaum möglich ist.

Aber nicht nur das: Der Grund, weshalb das klärende Gespräch überhaupt erst zustande kam, war ein Anti-Wagener-Flugblatt, welches Wageners späterer Gesprächspartner durch Zufall in die Finger bekam. Nur weil lokale Antifas vom Hannoversch Mündener „Antifaschistischen Arbeitskreis", der VVN und den Jusos die Machenschaften Wageners öffentlich machten und skandalisierten, konnten diese überhaupt thematisiert werden. Solche „Nazi-Outings" werden von „Verfassungsschützern" und Extremismusforschern wie Backes und Jesse allerdings abgelehnt und als „stigmatisierend" oder sogar selbst als „extremistisch" eingeordnet.

Wenig hilfreich zeigten sich damals außerdem Justiz und Polizei: Kriminalbeamte, die eigentlich gegen Wagener ermitteln sollten, ermunterten ihn sogar zu Straftaten gegen linke Aktivistinnen und Aktivisten: *„Tretet sie doch in' Arsch."* Ein Beamter versuchte über Wagener außerdem an eine Kartei von Linken zu gelangen, um gegen diese vorgehen zu können. Für die Bedrohung eines Linken mit einer Pistole musste Wagener damals lediglich ein Wochenende Hilfsdienst im Altenheim leisten, eine Strafe, die selbst er damals als zu milde empfand. Weitere Anzeigen wegen Teilnahmen an Wehrsportübungen oder der „Affäre Filmabend" wurden gänzlich eingestellt.


Bastian Wenden
#allivesmatter Ein schwarzer Gewaltverbrecher kommt bei seiner Festnahme durch Polizeibrutalität und die übliche , selbst extrem intolerante und rassistische ,linksextreme Szene hat einen moralischen Aufhänger die Moraltrommel zu schlagen. Merke: Rassismus ist nur Rassismus, wenn er sich gegen Schwarze richtet.
4
Gefällt mir · Antworten · 1 J.

„Bastian Wenden"s Kommentar zum Tod von George Floyd und der Gedenkdemonstration in Krefeld.

„Frei-Konservativer Widerstand" sowie der Soldatenverein **Uniter Netzwerk**, der wegen rechtsterroristischer Aktivitäten einiger Mitglieder in die Öffentlichkeit geriet.

Es liegt darüber hinaus nahe*, dass Gerald Wagener den Facebook-Fakeaccount mit dem Namen **„Bastian Wenden"** betreibt, der sich in Facebookgruppen mit Krefeld-Bezug auffällig häufig zu Themen äußert, die Gerald Wagener betreffen. Als Geburtsort gibt „Bastian" Hannoversch Münden an, den Geburtsort Wageners sowie den Wohnort Visby in Schweden; zufälligerweise der Ort, zu dem Wagener als jugendlicher Neonazi auf Pfadfinderausflug gereist war. Das Profilbild, das scheinbar „Bastian" zeigen soll, wurde von einer schwedischen Touristenseite geklaut. Auch im Sprachstil, der thematischen Ausrichtung und den Facebook-Likes finden sich Übereinstimmungen, die kaum zufällig sein dürften.

*Es handelt sich hierbei um eine gut begründete Vermutung, nicht um eine eindeutig belegbare Tatsachenfeststellung.

„Bastian Wenden" fiel immer wieder durch eine provokante Wortwahl und Falschaussagen auf, die Wagener – so lässt sich zumindest vermuten – trotz seiner Rolle als Provokateur scheinbar zu extrem fand, um sie mit seinem Klarnamen zu schreiben. So äußerte „Bastian", dass es sich bei dem Krefelder Grünen-Politiker Karsten Ludwig um einen *„der Initiatoren der AntiFa Krefeld"* handele, ohne dafür Belege zu liefern. Das in anderen Beiträgen genutzte Vokabular spricht darüber hinaus Bände: *„Kopftuchghetto"*, *„Merkels Kulturbereicherer"*, *„Goldstücke"*, *„Teddybärchenwerfer"*, *„Nazikeule"*, *„alliierte Kriegsverbrechen"*, *„Egal of Flüchtling oder Zuwanderer: raus damit!"*.

Umso diffuser, dass Wagener auch anderweitig in Erscheinung trat, etwa durch Kommentare gegen Antisemitismus und den völkischen Flügel der AfD, die Befürwortung der NS-Dokumentationsstelle Krefeld oder eines NPD-Verbotes, die Stiftung von vier Stolpersteinen und das Sponsoring eines Trikotaufdruckes für die zweite Mannschaft des SC Edermünde mit dem Slogan „Love SCE Hate Racism". Demgegenüber kritisierte er die Krefelder Pinguine für das Anbringen einer Werbebande für die Organisation Sea Watch, die in Seenot geratene Flüchtende vor dem Ertrinken rettet, und kündigte daraufhin an, sich als Sponsor zurückziehen zu wollen.

Bei Gerald Wagener handelt es sich also um eine ambivalente Person, die sich zwar augenscheinlich von rechten Inhalten abzugrenzen sucht, eine solche Trennlinie aber mehr als inkonsequent zieht, mitunter gar selbst entsprechende Inhalte zu vertreten oder befürworten scheint.

Werteunion Niederrhein

Im Dezember 2017 war Wagener maßgeblich daran beteiligt, dass sich der **„Konservative Kreis Krefeld"** umstrukturierte und in der neu aufgebauten **„Werteunion Niederrhein" (WUN)** aufging. Die Werteunion gründete sich am 25. März 2017 als Interessensvertretung innerhalb der CDU mit nahezu identischen Zielen wie K3; ein Eintritt schien daher absehbar. Bei der Gründung der Werteunion Niederrhein waren neben Gerald Wagener mehrere CDU-Politiker aus Krefeld zugegen – unter anderem die damalige CDU-Ratsfrau und Bezirksverordnete in Krefeld-Mitte Simone Roemer.

In den Folgejahren wurde die Werteunion immer wieder für ihre fehlende Grenze zur **AfD** kritisiert – auch aus der CDU selbst. Im Februar 2018 lud die Werteunion Niederrhein den AfD-Gründer Bernd Lucke zu einer Veranstaltung in Verberg ein.

Im März 2019 überwarf sich Wagener mit dem Bundesvorstand der Werteunion und trat aus der WUN aus. Stattdessen betätigte er sich bei **„Comeback Crefeld" (CC)**, einem losen Verbund von angeblich 200 Personen – viele davon Mitglieder der Werteunion –, die eine Wählergemeinschaft für die Kommunalwahl 2020 planten. Im Juli 2019 trennte sich Wagener allerdings wieder von Comeback Crefeld, weil sich die Liste für eine Annäherung an die AfD aussprach. Auch der Landesverband der Werteunion distanzierte sich von „Comeback Crefeld". Wagener dazu in einem Interview in der Rheinischen Post: *„Ich sehe die Krefelder AfD differenziert. Es gibt vernünftige Leute wie den Krefelder Landtagsabgeordneten Martin Vincenz, mit denen man reden kann. [...] Jetzt aber gibt es eine klare Hinwendung zur AfD, in der der Höcke-Flügel*

Gründung der Werteunion Niederrhein aus der „Kernmannschaft des Konservativen Kreises Krefeld (K3)". Mitte (unter dem Wort „Werte"): Simone Roemer, 3. v.r.: Gerald Wagener. Bild: Facebookseite Axel Kormann (WUN)

immer stärker wird." Mit dieser *„völkisch gefärbten AfD"* sei eine politische Zusammenarbeit für Wagener unvorstellbar. Mit einer ähnlichen Argumentation hatte Wagener bereits seine Unterstützung der AfD im Juni 2013 gerechtfertigt, als er mit 11.900€ eine AfD-Veranstaltung auf der Krefelder Pferderennbahn finanzierte. Damals sei die AfD noch eine *„Professorenpartei"* gewesen, die sich erst später zu einer Partei entwickelt habe, die *„Antisemiten und Rechtsextreme"* hofiere. Auch anhand seiner Kandidatur für die Bundestagswahl 2013 auf einem Listenplatz der AfD sei nicht auf eine Verbindung seinerseits zur Partei zu schließen. Gleiches gelte für den Vorwurf des Krefelder AfD-Kandidaten **Josef Görges**, Wagener habe anlässlich der Kommunalwahl 2014 eine Parteispende in Aussicht gestellt, sofern der Listenplatz statt an Josef Görges an Wageners Ehefrau vergeben werde. (→ S. 27)

Veranstaltung mit Hans-Georg Maaßen im Haus Kleinlosen, 17. Februar 2020, v.l. Christian Last, Gerald Wagener, Hans-Georg Maaßen, Carsten von der Venn. Bild: Facebookseite Werteunion Niederrhein

Am 9. September 2019 trat Gerald Wagener wieder der Werteunion Niederrhein bei und wurde zusätzlich als wirtschaftspolitischer Sprecher in den Bundesvorstand derselben gewählt. Für den 17. Februar 2020 lud die WUN den ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen zu einer Veranstaltung in die Gaststätte Kleinlosen ein, zu der es erstmals einen organisierten antifaschistischen Gegenprotest mit etwa 70 Personen gab. Die Werteunion Niederrhein beschwerte sich anschließend im Internet, dass es zu körperlichen Angriffen auf Besucher der Veranstaltung gekommen sei, anwesende Gegendemonstrierende sowie die Polizei bestätigten diesen Vorwurf nicht.

Nicht einmal einen Monat später – am 7. März 2020 – war dann aber wieder Schluss mit der Werteunion Niederrhein. Gemeinsam mit den Gründungsmitgliedern Carsten von der Venn, Daniel Bruckmann und Christian Last verkündete Wagener seinen endgültigen Austritt aus der Werteunion, weil das Ziel – der Rückzug von Angela Merkel und Annegret Kramp-Karrenbauer – erreicht worden sei; eine Analyse, die unter anderem vom Werteunion-Gründer und damaligen Vorsitzenden Alexander Mitsch kritisiert wurde. Obwohl sich die Werteunion Niederrhein in dieser Folge auflöste, wurde deren Facebookaccount regelmäßig mit neuen, provokanten Beiträgen versehen. Am 22. April 2020 sah sich der Bundesverband dazu genötigt, sich von der Seite und insbesondere der provozierenden Rhetorik zu distanzieren und beantragte die Löschung eines Beitrages. ■

auch ohne flügel rechtsaußen

Die Krefelder „Alternative für Deutschland"

Spätestens seit dem Aufruf zum „Aufstand der Anständigen" durch den damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder im Oktober 2000 war es für extrem rechte Akteure schwierig, im öffentlichen Diskurs Fuß zu fassen. Mit dem Aufstieg der „Alternative für Deutschland" (AfD), der PEGIDA-Bewegung und der „Querdenken"-Proteste lässt sich hingegen eine Kehrtwende beobachten. Insbesondere die heterogene Ausrichtung der AfD sorgt dafür, dass völkisch-nationalistische Themen mit konservativen Inhalten vermischt und gesellschaftsfähig aufbereitet werden. Die oft heraufbeschworene „Brandmauer gegen Rechts" scheint zu bröckeln – sofern sie je existierte.

Von der „Eurokritik" zur „PEGIDA-Partei"

Am 14. April 2013 trafen sich in Berlin über 1500 Personen zur Gründung der Partei **„Alternative für Deutschland" (AfD)**. Ihre Kernthemen: Kritik am Euro und Kritik an der EU. Initiiert wurde die Parteigründung vom Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der über den Verein **„Wahlalternative 2013"** Mitstreitende für die Gründung einer „euroskeptischen" Partei suchte.

Lucke hatte sich schon in den Jahren zuvor für eine neoliberale Finanzpolitik stark gemacht, etwa durch die Organisation des **„Hamburger Appells"** 2005, in dem für niedrigere Löhne und eine Streichung von Sozialleistungen plädiert wurde, oder durch die Gründung des **„Plenums der Ökonomen"** 2010, das sich vorwiegend gegen den Euro-Rettungsschirm für Griechenland aussprach und darüber hinaus die gesamte Abschaffung des Euros forderte.

Trotz des anfänglichen Fokus' auf Finanzpolitik wurde schon in der Gründungszeit die Ausrichtung und spätere Entwicklung der Partei deutlich. Die AfD verstand sich als einzige Alternative gegen eine abgehobene Regierung, die den Kontakt zum „Volk" verloren, die Interessen der Deutschen verraten und eine „degenerierte" Demokratie hervorgebracht habe.

In der fünf Monate nach der Gründung stattgefundenen Bundestagswahl erreichte die AfD aus dem Stand 4,7 % (Krefeld: 3,75 %) der Stimmen und scheiterte somit nur knapp am Einzug in den Bundestag. Bei der Europawahl im Mai 2014 erhielt sie 7,1 % (Krefeld: 5,86 %). Am selben Tag erfolgte die Teilnahme des neu gegründeten Krefelder AfD-Kreisverbandes an den Kommunalwahlen, die mit 4,3 % im bundesweiten Vergleich allerdings wenig erfolgreich endete.

Zu diesem Zeitpunkt war die AfD bereits durch interne Streitigkeiten – sowohl im Bundesverband als auch im Krefelder Kreisverband – in Erscheinung getreten. Auf Bundesebene machten sich die religiös-adlige Beatrix von Storch und der Chef der AfD-NRW Marcus Pretzell für eine Radikalisierung der Partei und eine Ausweitung der Parteithemen stark, um sich stärker von der FDP abzugrenzen.

In Krefeld war der Streit eher persönlicher Natur: AfD-Kandidat **Josef Görgens** (Listenplatz 7) aus Verberg zeigte die AfD-Spitzenkandidatin **Ruth Brauers**, den Unternehmer **Gerald Wagener** (→ S. 86) und weitere Vorstandsmitglieder wegen Wahlfälschung an. E-Mails des AfD-Vorstandsmitglieds **Werner Tegethoff** sollen nahe gelegt haben, dass Gerald Wagener eine Parteispende in Aussicht gestellt habe, wenn als Direktkandidat für Traar/Verberg Wageners Frau statt Görgens gewählt werde. Wörtlich hieß es in der besagten Mail Tegethoffs: *„Josef Görgens geht gar nicht als Kandidat. (...) Wagener macht seine Unterstützung von einer schlagkräftigen Truppe auf den ersten fünf Listenplätzen abhängig."* Alternativ könne „Frau Wagener" antreten.

Die Anzeige wegen Wahlfälschung nahm Ruth Brauers, die zuvor als Oberbürgermeister-Kandidatin der Krefelder Wählergemeinschaft in Erscheinung trat, wiederum zum Anlass, Görgens wegen „übler Nachrede" und „Verleumdung" anzuzeigen. Außerdem forderte sie das AfD-Schiedsgericht auf, Görgens zu verwarnen und ihn für zwei Jahre von bestimmten Parteiämtern auszuschließen.

Trotz dieser Unstimmigkeiten war das vorzeitige Erstarken der AfD in Krefeld und ganz Deutschland nicht aufzuhalten. Bundesweit jagte ein Skandal den nächsten und auf jeden „Rechtsruck" folgte ein weiterer: Weil sich Lucke im Gegensatz zu den AfD-Parteispitzen insbesondere ostdeutscher Bundesländer nicht mit der flüchtlingsfeindlichen **PEGIDA-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes")** gemein machen wollte, kam es zum Zerwürfnis. Björn Höcke, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion Thüringen, initiierte im März 2015 die **„Erfurter Resolution"**, in welcher sich die AfD als *„Widerstandsbewegung"* gegen *„Multikulturalismus"* und die *„Gleichmacherei von Mann und Frau"* präsentierte. Gemeinsam mit den Erstunterzeichnern Alexander Gauland (Brandenburg) und André Poggenburg (Sachsen-Anhalt) gründete er den völkische Flügel der AfD mit der Bezeichnung **„der Flügel"**.

Die AfD wurde ab 2015 verstärkt als inoffizieller parlamentarischer Arm der PEGIDA-Bewegung verstanden, die sich gegen die Aufnahme von Flüchtenden während der sogenannten „Flüchtlingskrise" 2014/15 und eine „Islamisierung" positionierte. Umfragen zufolge sollen etwa 82 % der PEGIDA-Anhänger die AfD unterstützt haben.

Lucke, der sich gegen diese Entwicklung zu Wehr zu setzen versucht, wurde vonseiten Frauke Petrys (Sachsen) Spalterei vorgeworfen. Im Juli 2015 setzte sich die dem nationalkonservativen Teil der AfD zuzurechnende Petry als Bundesvorsitzende gegen Bernd Lucke durch, woraufhin Lucke die Partei verließ.

Nur zwei Jahre später – im September 2017 – war es dann wiederum Petry selbst, die der Partei den Rücken kehrte, weil noch radikalere Kräfte rund um Alexander Gauland und Alice Weidel die Vormachtstellung übernommen hatten. So wurde auch das von Petry angeschobene Parteiausschlussverfahren →

/ ist die afd faschistisch?

Faschismus ist die teils unscharfe Bezeichnung für verschiedene antikommunistische, völkische, extrem rechte Bewegungen seit den 1920er-Jahren. Dem britischen Professors Roger Griffin zufolge basiert der Faschismus auf zwei Kernpunkten: Ultranationalismus, also die Vorstellung, es gebe eine tief verwurzelte nationale Identität und Palingenesis (Neugeburt mit traditionellen Werten), was den Faschismus etwa vom rückwärtsgewandten Konservativismus abgrenzen soll. Faschistische Bewegungen waren weniger durch eine ausgefeilte Theorie als vielmehr durch einen Drang zum Handeln und eine Revolutionsrhetorik geprägt. Die Kommunistische Internationale definierte den Faschismus an der Macht als „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals", womit der Faschismus als auf den Kapitalismus zurückgehend begriffen wird. Psychoanalytische Ansätze heben bezogen auf den Faschismus als kleinbürgerliche Bewegung hingegen einen gemeinsamen „autoritären Charakter" von Faschisten hervor, der etwa durch Konformismus, Autoritätshörigkeit, Irrationalismus und Vorurteile geprägt ist.

Phänomene, die mit dem Begriff „Faschismus" gefasst werden, sind so divers, dass teilweise zusätzliche Beschreibungen genutzt werden. So spricht man vom „deutschen Faschismus", um die nationalen Besonderheiten in Deutschland, die sich von den Faschismen in anderen Ländern und Systemen unterscheiden, herauszustellen. Der Faschismus in Deutschland übertraf hinsichtlich Massenmobilisierung, Begeisterung, Brutalität und Vernichtungsdrang alle anderen faschistischen Bewegungen. Stärker als in anderen Ländern war der Faschismus in Deutschland durch den weltverschwörerischen Antisemitismus und völkisch-rassistische Welterklärungsmuster geprägt.

Bei der Frage, ob die AfD faschistisch ist, gehen die Meinungen auseinander. Bezugnehmend auf die Definition von Roger Griffin fehlen der bundesweiten AfD die eindeutigen palingenetischen Bestrebungen. Findet man diese zweifelsohne in einzelnen Landesverbänden, wie etwa in Thüringen, oder in der Parteijugend, so legen andere Landesverbände – etwa der nordrhein-westfälische – Wert auf eine konservative Selbstdarstellung, welche bei genauer Betrachtung jedoch häufig als rein strategische bewertet werden kann. Fest steht: Die AfD ist mindestens der parlamentarische Türöffner für den Faschismus und weist selbst erhebliche faschistische Potenziale auf.

gegen Björn Höcke nicht weiter verfolgt. Höcke wurde zuvor nahezu zweifelsfrei nachgewiesen, unter dem Pseudonym „Landolf Ladig" in extrem rechten Zeitschriften Texte publiziert zu haben, in denen er den Nationalsozialismus verherrlichte, die **NPD** (→ S. 25) lobte und eine *„rassenbiologische"* Marktwirtschaft forderte. Höcke pflegt darüber hinaus eine enge Freundschaft mit dem Landesvorsitzenden der NPD-Thüringen Thorsten Heise, der als zentrale Figur des militanten Neonazitums in Deutschland über gute Kontakte zur Terrorgruppe **„Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU)**, zum **Ku-Klux-Klan** und zum Rechtsrock-Netzwerk **„Blood and Honour"** (→ S. 66) verfügte.

Spätestens durch diese zweite Parteispaltung schärfte die AfD ihr Profil als eine Rechtsaußen-Partei mit rassistischem, antisemitischem, sexistischem, faschistischem, arbeitnehmerfeindlichem und nationalistischem Profil, das kaum Tabus zulässt. Folglich stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte Partei im Januar 2019 als *„rechtsextremen Prüffall"* ein und den **„Flügel"** im März 2020 als eindeutig rechtsextrem. Der Aufforderung nach einer Auflösung des „Flügels" kam die Partei im April 2020 nur insofern nach, als dass Online-Angebote vom Netz genommen wurden. Eine tatsächlich strukturelle Auflösung erfolgte nicht, sodass der „Flügel" auch trotz seiner formalen Auflösung als aktiver Teil der Partei gesehen werden muss.

Selbstdarstellung der Krefelder AfD

Der Krefelder Kreisverband der AfD präsentiert sich selbst als „gemäßigter" Teil der Partei mit einer demokratisch-konservativen Ausrichtung. Wenn möglich geht er öffentlich auf Distanz zu Vertretern des völkischen „Flügels" rund um Björn Höcke. Geprägt ist die Außendarstellung der AfD Krefeld maßgeblich durch Beiträge auf der eigenen Facebookseite. In diesen beklagt sie regelmäßig die angeblich zunehmende Gewalt durch Geflüchtete und Personen mit Migrationshintergrund, „entartete" political Correctness sowie eine Dekadenz der Gesellschaft. Die Selbstwahrnehmung als Opfer einer „links-grünen" Mehrheitsgesellschaft wird gepaart mit einem mal provokativen, mal scheinbar intellektuellen Auftreten. Insbesondere **Martin Vincentz**, stellvertretender Sprecher der Krefelder AfD, seit 2020 Mitglied des Krefelder Stadtrats und seit Anfang 2022 Vorsitzender der AfD NRW und der Landtagsfraktion versucht – nicht unerfolgreich –, der AfD und insbesondere dem Krefelder Kreisverband ein seriöses, rationales, gemäßigtes Image zu verpassen.

Die Krefelder Parteispitze – nicht ganz so gemäßigt

Dieses „gemäßigte" Image der Krefelder AfD lässt sich allerdings nur bei oberflächlicher Betrachtung aufrechterhalten. Bereits ein Blick in die Führungsriege des Kreisverbandes lässt ein anderes Bild erahnen.

Thomas Mayer-Steudte etwa, Beisitzer, ehemaliger Schriftführer und seit 2020 Bezirksvertretungsmitglied für Uerdingen im Krefelder Stadtrat, kann auf eine jahrzehntelange Karriere in der extrem rechten Burschenschaftsklientel zurückblicken.

1982 gründete der damalige Student in Heidelberg den nach ihm benannten **„Verlag Thomas Mayer-Steudte"** für den Vertrieb von Postkarten, Tonträgern und Büchern rund um Studentenverbindungen, insbesondere Burschenschaften, sowie Bücher zur deutschen Geschichte.

Während seiner Studienzeit war Mayer-Steudte Mitglied der pflichtschlagenden Burschenschaft **„Normannia Heidelberg"** mit dem Wahlspruch *„Ehre – Freiheit – Vaterland"*. Pflichtschlagend bedeutet, dass alle Mitglieder zur Aufnahme einen Fechtkampf austragen müssen. Auch nach dem Studium blieb Mayer-Steudte – wie für Burschenschaften üblich – der Normannia als „Alter Herr" im „Lebensbund" verbunden. Sein Sohn trat der ebenfalls pflichtschlagenden Burschenschaft **„Teutonia Jena"** bei.

Die „Burschenschaft Normannia" ist Mitglied des Verbandes **„Deutsche Burschenschaften" (DB)**, der für seine völkisch-nationalistische Ausrichtung vielfach in der Kritik steht – auch von anderen Burschenschaften. Insbesondere die personelle Überschneidung mit terroristischen und nationalsozialistischen Personen bis in oberste Positionen sorgte regelmäßig für mediale Aufmerksamkeit. So waren beispielsweise Herwig Nachtmann – verurteilt wegen des Verstoßes gegen das NS-Wiederbetätigungsverbot und Verwicklung in terroristische Aktivitäten in Südtirol – und Norbert Weidner – ehemaliger Funktionär der verbotenen **FAP** (→ S. 41) – zwischenzeitig Pressesprecher bzw. Schriftleiter des Verbandsorgans **„Burschenschaftliche Blätter"**.

In eben diesen „Burschenschaftlichen Blättern" warb Thomas Mayer-Steudte mehrfach für seinen Verlag. Hinzu kamen Werbeanzeigen in dem 2005/2006 veröffentlichten „Handbuch der deutschen, österreichischen und schweizerischen

Thomas Mayer-Steudte, Krefelder AfD-Politiker und ehemaliger Vorsitzender des burschenschaftlichen „Denkmalerhaltungsvereins Eisenach e.V." Hier mit typischer Burschenmütze der Burschenschaft „Normannia Heidelberg". Bild: Denkmalgeflüster

Werbeanzeige des „Verlags Mayer-Steudte" in den „Burschenschaftlichen Blättern" 2015.

Korporationen und studentischen Vereinigungen an Universitäten und Hochschulen **„Civics Academicus"** sowie der Zeitung **„Junge Freiheit" (JF)** (→ S. 97).

2015 warb der „Verlag Mayer-Steudte" in den „Burschenschaftlichen Blättern" mit der Überschrift *„Materialversand der Deutschen Burschenschaft"*. Das konnte wenig überraschen, schließlich brachte der Verlag für die DB bereits 2001 das Buch **„Für Einigkeit** und Recht und Freiheit - Die Geschichte der Berliner Tagungen der deutschen Burschenschaft von 1952 bis 1989" heraus. Die enge Verbindung zwischen Mayer-Steudte, seinem Verlag und der „Deutschen Burschenschaft" war kaum zu übersehen. In einem Leserbrief an die „Burschenschaftlichen Blätter" 2015 beschrieb er diese als *„allererste Sahne"*.

Ab 2013 war Thomas Mayer-Steudte darüber hinaus Vorsitzender des **„Denkmalerhaltungsvereins Eisenach e.V." (DEV)** und Verantwortlicher der vereinseigenen Zeitschrift **„Denkmalgeflüster"**; hier ließ er sich in klassischem Burschenschaftsoutfit abbilden. Das Burschenschaftsdenkmal wurde 1902 als Nationaldenkmal der „Deutschen Burschenschaft" (DB) und zur Erinnerung an die Deutsche Reichsgründung errichtet und dient bis heute als wichtiges Symbol für viele Burschenschaften.

2013 veröffentlichte Mayer-Steudte diesbezüglich einen fünfseitigen Artikel in den „Burschenschaftlichen Blättern" und betonte darin die Bedeutung des Denkmals für die burschenschaftliche Bewegung. 2015 warb Mayer-Steudte auf einer ganzseitigen Anzeige in den „Burschenschaftlichen Blättern" für den Eintritt aller Burschenschaftler in den DEV sowie dessen finanzielle Unterstützung. Es sei beschämend, dass der DEV gerade einmal 1200 Mitglieder habe.

Vermutlich 2018 oder 2019 zog Mayer-Steudte von Emmerich am Rhein nach Krefeld, wo er bereits zuvor eine HDI-Filiale geleitet zu haben scheint. 2018 zog sich Mayer-Steudte außerdem aus seinem Verlag zurück und übergab diesen an den Folgeverlag **„TMS 1982"**. Seit Juni 2019 ist Mayer-Steudte darüber hinaus nicht mehr Vorsitzender des DEV; stattdessen wandte er sich seinen Aktivitäten innerhalb der Krefelder/Uerdinger AfD zu, deren Ziel er unter anderem mit der Stärkung der Kultur und Brauchtumspflege angab.

Im September 2020 gerieten die Burschenschaft „Normannia Heidelberg" und indirekt Thomas Mayer-Steudte noch einmal bundesweit in die Presse. Im Haus der Normannia soll ein Gast der „Alten Leipziger Landsmannschaft Afrania" antisemitisch beleidigt, mit Geldmünzen beworfen und mit einem Gürtel geschlagen worden sein. Berichten zufolge sei das Schlagen mit Gürteln →

kein Einzelfall bei der Heidelberger Burschenschaft. Infolge des Bekanntwerdens dieses Vorfalls wurde auf der Homepage die Auflösung der Aktivitas – also der aktiven studierenden Mitglieder der Burschenschaft – bekannt gegeben. In den folgenden Monaten berichtete die Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) immer wieder über aktuelle Entwicklungen bei der Normannia. Nachdem der ehemalige Vorsitzende der Alten Herren Gunnar Heydrichs zurückgetreten war, erreichte die RNZ eine E-Mail mit der Information, dass Thomas Mayer-Steudte neuer kommissarischer Vorsitzender sei. Mayer-Steudte selbst bestritt diese Aussage gegenüber der Zeitung allerdings.

Neben Mitgliedern der „Normannia Heidelberg" waren an dem antisemitischen Übergriff auch Mitglieder der befreundeten Burschenschaft **„Germania Köln"** beteiligt. Zu eben jener Burschenschaft verfügt ein anderes Mitglied der Krefelder AfD über Kontakte: **Lothar Karschny,** Listenplatz 6 bei der Kommunalwahl 2014 und im Jahr 2019 Beisitzer des Krefelder AfD-Vorstandes.

Schon 1993 war der in Krefeld aufgewachsene Lothar Karschny kooptiertes Mitglied des Bundesvorstands der 1991 gegründeten **„Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO)**, in der er sich für den Bereich Politik und die Mitgliederzeitschrift **„Fritz"** verantwortlich zeigte. Zusätzlich wurde er als Ansprechpartner für die JLO Nordrhein-Westfalen angegeben, die ihr damaliges Landestreffen am 26. September 1993 im Haus der Kölner „Burschenschaft Germania" veranstaltete. Ein Jahr später, am 18. November 1994 trat Karschny als Redner beim Herbstseminar der JLO NRW auf – abermals im Verbindungshaus der Kölner Burschenschaft. „Germania Köln" machte immer wieder durch das Singen aller drei Strophen des „Deutschlandliedes" (inklusive „Deutschland über Alles") und die prinzipielle Nichtaufnahme von als Ausländer wahrgenommenen Personen auf sich aufmerksam. In ihrem Selbstverständnis versuchen sie diesen Umstand mit einer angeblich antirassistischen Haltung zu begründen: Man könne von niemandem, der nicht Deutscher ist, ein Bekenntnis zu „unserem Vaterland" abverlangen. Weiter heißt es: *„Damit erteilen wir rassistischen Vorstellungen eine eindeutige Absage und erstreben eine Welt, in der es keinem Land und keinem Volk erlaubt sei, sich über andere Völker zu erheben oder andere zu unterdrücken."* Absurd.

> ***„~~Widersteht dem Diktat der Medien! Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland ist nicht Polen!~~"***
>
> — JLO

Die JLO, Jugendorganisation der **„Landsmannschaft Ostpreußen"**, verstand sich als Gruppe *„junger Menschen aus ganz Deutschland, die sich für Ostpreußen interessieren"*, wie es in der „Fritz" hieß. Durch ihre Mitgliedschaft im **„Bund der Vertriebenen" (BdV)** – dem Dachverband der deutschen Vertriebenenverbände – genoss die JLO zunächst gewisse Privilegien und ein gemeinnütziges Image. Dabei war sogar der BdV mit seinen über eine Million Mitgliedern mit extrem rechten Tendenzen durchsetzt, wie antifaschistische Gruppen immer wieder herausarbeiteten. So sollen auf Kundgebungen Parolen wie *„Fegt ihn weg den roten Dreck"* gerufen worden sein – bezuschusst von mehreren Millionen Euro Bundesgeldern jährlich. Auch in Krefeld existierte ein Kreisverband des BdV, der beispielsweise am 10. September 2000 eine Veranstaltung mit 200 Teilnehmern im Restaurant „Et Bröckske" abhielt.

Dass die JLO ihren Dachverband allerdings rechts überholen würde, war bereits früh deutlich. So gab es in der „Fritz" eine eigene Rubrik mit dem Titel „Blick nach links", in dem es im April 1994 bezüglich der Einigung, dem Schutz ethnischer Minderheiten Verfassungsrang zuzusprechen, hieß: *„Gerade diese Bestimmung verdeutlicht die Abkehr vom deutschen Volk und den eingeschlagenen Weg hin zum Vielvölkerstaat."*

Immer wieder nutzte die JLO die Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 (laut der „Fritz" die Grenzen seit 1422) und bezeichnete den Gebietsverlust im Zweiten Weltkrieg als *„durch Gewalt und Unrecht"* erfolgt. Der Tenor: *„Widersteht dem Diktat der Medien! Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland ist nicht Polen!"*

Zentrales Thema für die JLO stellte die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 dar. Diesen bezeichnete die „Fritz" als *„Völkermord aus der Luft"*, als *„singuläres Verbrechen"* und *„größten Vernich-*

tungsschlag aller Zeiten". Im Februar 1999 veranstaltete die JLO erstmals einen „Trauermarsch" in Dresden zum Gedenken an die Opfer des Bombenangriffs. Ein Jahr später trennte sich die „Landsmannschaft Ostpreußen" von ihrer Jugendorganisation, weil ihre Nähe zur extremen Rechten immer offensichtlicher wurde. 2006 drängte sie die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) aufgrund ihrer Nähe zur **NPD** zur Umbenennung in **„Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO)**. Der von der JLO organisierte „Trauermarsch" avancierte währenddessen zu einer der bedeutendsten Veranstaltungen der neonazistischen Szene in Deutschland und konnte die Teilnehmerzahl kontinuierlich steigern. 2005 und 2010 reisten jeweils etwa 6.500 Demoteilnehmer aus ganz Europa an. Reden hielten führende Neonazis wie Christian Worch, Thomas Wulff, Thorsten Heise und Udo Voigt. Eine Videoaufnahme, auf der die Teilnahme des AfD-Mitglieds Björn Höcke zu sehen ist, sorgte später für bundesweite Schlagzeilen.

Zu diesem Zeitpunkt galt die JLO längst als Gruppierung mit extrem rechten Bestrebungen. Bereits 1995 hatte die Bundesregierung zur JLO-Zeitung „Fritz" verlauten lassen: *„In der Publikation ‚Fritz' werden immer wieder auch Beiträge veröffentlicht, die tatsächliche Anhaltspunkt für Bestrebungen im Sinne der §§3, 4 BVerfSchG enthalten; dazu gehören Artikel mit rassistischem oder im weiteren Sinne revisionistischem Inhalt (Verharmlosung der NS-Zeit, Gebietsrevisionismus)."* Die JLO steht auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD.

Das hinderte Lothar Karschny allerdings nicht, einen Vortrag auf der **„1. Preußischen Akademie der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen"** vom 28. bis 30 Juli 2006 zu halten. Eingeladen hatte Matthias Müller von der Burschenschaft **„Normannia Heidelberg"** (→ S. 94). Neben Karschny hielten unter anderem Björn Clemens, Bundesvize der **„Republikaner" (REP)** (→ S. 54), und Stefan Rochow, Chef der **„Jungen Nationaldemokraten"** (JN) (→ S. 25) Vorträge.

1998 trat Karschny darüber hinaus als Bundestagskandidat der Partei **„Initiative Pro D-Mark" (Pro DM)** an, einer als „rechtspopulistisch" eingestuften Kleinpartei, die von 1998 bis 2007 existierte. In einem Flyer hieß es zum Beispiel: *„Die Euro-Parteien CDUSPD... mißachten den Willen des Volkes. [...] Die etablierten Parteien meinen, die Wähler lassen sich das gefallen. Aber jetzt ist das Maß voll! [...] Kämpfen Sie also mit uns – gegen das Euro-Diktat und für mehr Demokratie!"* Im Zuge des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1998 schaltete Pro DM auch in der Krefelder WZ zahlreiche großformatige Anzeigen.

2005 unterzeichnete Karschny den sogenannten Appell **„Gegen das Vergessen – Der 8. Mai 1945"**, der in seiner Originalfassung bereits 1995 Aufsehen erregte. Darin forderten die Unterzeichner auf, am 8. Mai – also dem Tag der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus – auch des *„Beginns von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten"* zu gedenken. Das bisherige Gedenken sei zu einseitig gewesen und könne nicht *„Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewussten Nation sein."*

Initiiert wurde die Wiederaufnahme des Appells 2005 vom **„Institut für Staatspolitik" (IfS)**, das damit der *„verinnerlichten Umerziehungsbotschaft"* etwas entgegensetzen wollte. Gegründet wurde das IfS im Mai 2000 von Götz Kubitschek, Stefan Hanz und Karlheinz Weißmann. Kubitschek und das IfS gründeten später den Verlag **„edition antaios"** und brachten darüber das Magazin **„Sezession"** heraus. Sowohl der Antaios-Verlag als auch die Sezession gehören heute zur wichtigsten Schnittstelle zwischen der „Neuen Rechten" (→ S. 49) und offen extrem rechten Netzwerken. Kubitschek pflegt einen engen Austausch zum **„Flügel"** innerhalb der AfD und insbesondere zu Björn Höcke, mit dem er in der „Sezession" mehrfach Interviews veröffentlichte.

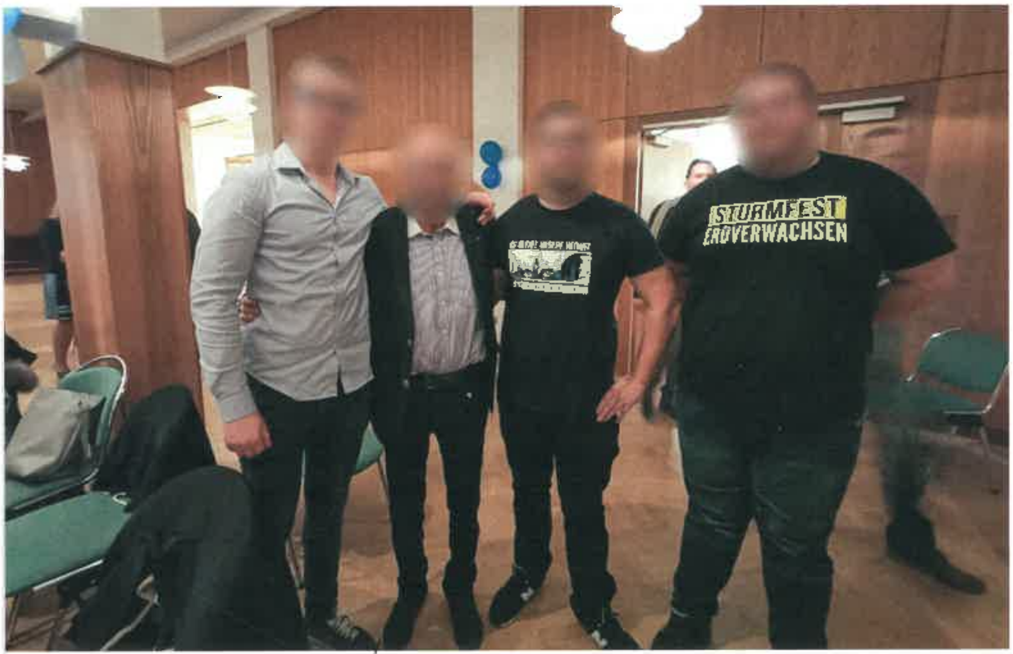
Lothar Karschny wurde aber auch selbst diverse Male publizistisch tätig. Spätestens seit 2008 veröffentlichte er Leserbriefe und eigene Artikel in der Zeitung **„Junge Freiheit" (JF)**, die über eine enge Verbindung zum IfS verfügt. Bereits 1986 gründete Dieter Stein, bis heute Chefredakteur, die JF als Organ der **„Freiheitlichen Volkspartei" (FVP)**, dann als parteilose Schüler- und Studentenzeitung und schließlich als eigenständige Zeitung, die vor allem in Burschenschaftskreisen um Leser warb. Heute ist die JF mit einer Auflage von etwa 30.000 Stück die sicherlich einflussreichste Zeitung im Grenzbereich zwischen Nationalkonservativismus und der extremen Rechten.

In einem Leserbrief anlässlich der Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz schrieb Karschny 2020: *„Man kann die Diagnose stellen, daß ein paar Unbelehrbare, Unvernünftige, die Zukunft der AfD gefährden. Man kann fordern, die ‚Unvernünftigen' auf Abstand zu halten, weil man den Konflikt für unüberwindbar hält. Aber man sollte Ursache und Urheber des Konflikts nicht aus dem Auge verlieren."* Als Ursache macht er den Verfassungsschutz aus, dessen Befugnis, zu entscheiden, was *„Gemäßigt Rechts und Zu-weit-Rechts"* sei, diskutiert werden müsse, nicht etwa die völkischen Bestrebungen innerhalb der AfD selbst, die für Karschny anscheinend wenig kritikwürdig sind.

Nicht Teil der Krefelder AfD-Führungsspitze, dafür regelmäßiger Unterstützer von AfD-Infoständen in Krefeld, Teilnehmer an AfD-Veranstaltungen und Freund des Krefelder Kreisvorstandes ist **Andreas M.** M. zählt sich selbst dem völkischen **„Flügel"** innerhalb der AfD zu und lässt sich gerne mit Personen wie dem rechtsnationalen NRW-Landtagsabgeordneten Thomas Röckemann, dem Faschisten Björn Höcke, der stellvertretenden Bundessprecherin Beatrix von Storch, der Vorsitzenden des französischen **„Rassemblement National" (ehemals „Front National")** Marine Le Pen, der Verbindungsperson zwischen AfD und **„Identitärer Bewegung" (IB)** Frank Pasemann oder dem mittlerweile wegen seiner Mitgliedschaft in neonazistischen Gruppen aus der AfD ausgeschlossenen Andreas Kalbitz ablichten. →

AfD-Infostand in der Krefelder Innenstadt im April 2020: Krefelder AfD-Sprecher Burkhard Schröder und Andreas M. Im Hintergrund André Rönn (Mitte) und Martin Vincentz (rechts). Bild: Facebook Andreas M.

Frank Wübbeling (rechts) und Andreas M. (links) auf einem AfD-Infostand in Krefeld 2019. Bild: Facebook Andreas M.



20. Oktober 2019: AfD-Oktoberfest in Niedersachsen: Andreas M. (2. v.l.) gemeinsam mit Personen aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung". 2. v.r. Simon P., IB-Leiter der Ortsgruppe Braunschweig. Bild: Facebook Andreas M.

Ende 2019 nahm er an dem vom „Flügel"-Umfeld organisierten **„Hermannstreffen"** in Ostwestfalen-Lippe teil und macht auch auf seinem Facebook-Profil keinen Hehl aus seiner Sympathie für antisemitisches, faschistisches und geschichtsrevisionistisches Gedankengut. Am 20. Oktober 2019 postete er beispielsweise ein Foto vom AfD-Oktoberfest in Niedersachsen, auf dem M. gemeinsam mit drei Personen der **„Identitären Bewegung"** posiert und kommentierte es mit den Worten: *„Interessante Gäste am Rande des Oktoberfests. Durchaus intelligente Brüder."* Unter anderem dabei: **Simon P.**, jahrelang aktivistischer Neonazi und Hooligan, später IB-Leiter der Ortsgruppe Braunschweig.

Auch ein Blick in die Facebook-Profile weiterer Krefelder AfD-Mitglieder lässt eine fehlende Ablehnung der völkisch-nationalistischen Strömung innerhalb der AfD erahnen, auch wenn „Gefällt mir"-Angaben sicherlich nicht per se gleichbedeutend mit der jeweiligen politischen Einstellung sind. So finden sich in Burkhard Schröders langer Liste sämtlicher Landes- und Kreisverbände der AfD und der im Regelfall radikaleren Nachwuchsorganisationen **„Junge Alternative" (JA)** auch „Gefällt mir"-Angaben für Björn Höcke, den Gründer der Kleinstpartei **„Aufbruch deutscher Patrioten - Mitteldeutschland" (ADPM)** André Poggenburg oder das extrem rechte, verschwörungsideologische **„Compact Magazin"**. Schröder ist Sprecher des Kreisverbandes und Ratsmitglied.

Auf **Frank Wübbelings** Liste stolpert man über Likes für die Facebookseite des **„Flügels"**, die rechte Zeitschrift **„eigentümlich frei"** sowie die „Flügel"-nahe Zeitschrift **„Deutschland Kurier"**. Wübbeling ist Sprecher der Krefelder AfD. Das – mittlerweile gelöschte – Facebookprofil von **Werner Tegethoff**, ehemaliger Vorsitzender und Sprecher der AfD-Krefeld sowie Stadtratsmitglied 2020, ließ darüber hinaus eine starke Nähe zu antisemitischen Verschwörungstheorien und Inhalten der „Reichsbürger"-Bewegung erkennen.

In eine etwas andere, aber nicht weniger radikale Richtung gehen die mutmaßlichen Kontakte der ehemaligen AfD-Bezirksvertreterin Ost und Heilpädagogin **Simone Barich**. 2004 veröffentlichte **„Aktion Leben e.V."** in ihrer Schriftenreihe eine Hausarbeit einer Pädagogik-Studentin namens Simone Barich mit der Überschrift „Wer ist Pro Familia?". Darin verfolgt Barich offenbar das Ziel, durch Diskreditierung der Beratungsstelle „Pro Familia" abtreibungsfeindliche Positionen zu stärken. Unter der Überschrift „Wichtige Zeitdokumente zum größten Verbrechen der Neuzeit" findet sich im Anschluss an den Text unter anderem eine Empfehlung für das Buch „Abtreibung – der neue Holocaust?". Dieser geschichtsrevisionistische Shoa-Vergleich ist für „Aktion Leben e.V." gängige Praxis. Bei Demonstrationen vor Abtreibungskliniken verteilten Mitglieder Flugblätter, auf denen abtreibende Ärzte mit KZ-Lagerkommandanten verglichen wurden. An anderer Stelle rückt „Aktion Leben e.V." Abtreibungen in die Nähe von Euthanasie und spricht sich generell gegen die Akzeptanz von Verhütung aus.

2014 unterstützte eine Simone Barich die anthroposophische Zeitschrift „Punkt und Kreis" mit einer Spende. Die Anthroposophie-Lehre Rudolf Steiners wurde von antifaschistischer Seite immer wieder als völkische Esoterik kritisiert. Das Weltbild Steiners sei maßgeblich durch sein „Wurzelrassen"-Konzept, „Herrenmenschentum"-Ideale und Judenfeindschaft geprägt gewesen.

AfD-Veranstaltung mit extrem rechten Akteuren

Noch deutlicher wird die fehlende Abgrenzung der Krefelder AfD zu den Inhalten des „Flügels", wirft man einen Blick auf die nach Krefeld eingeladenen Referenten.

Am 12. November 2015 lud der Krefelder Kreisverband den damaligen AfD-Landesvorsitzenden **Marcus Pretzell** zu einem Vortrag mit dem Titel „Asyl und Zuwanderung" in das Tryp-Hotel nach Fichtenhain ein. Das sorgte deshalb für mediales Interesse und eine Absage der Veranstaltung seitens des Hotels, weil Pretzell kurz zuvor verlauten ließ, dass er den Gebrauch von Schusswaffen gegen Flüchtende für gerechtfertigt halte. Auf die Absage der Veranstaltung reagierte der damalige Vorsitzende der Krefelder AfD **Werner Tegethoff**, indem er Pretzell die volle Rückendeckung seitens des Krefelder Kreisverbandes zusagte.

Eine weitere Absage musste die Krefelder AfD knapp ein Jahr später, am 4. Oktober 2017, einstecken. Geplant war eine „Jubelfeier" im Krefelder Brauhaus Wienges. Nach vorheriger Mobilisierung zu einem Gegenprotest verhinderten 50 Gegendemonstrierende gemeinsam mit dem Pächter des Wienges das Stattfinden der AfD-Veranstaltung.

Für den 4. November 2016 lud die Krefelder AfD den Düsseldorfer AfD-Politiker **David Eckert** zu einem „Stammtisch" in den Veranstaltungsraum **„Picnic Le Club"** ein. Eckert hat nicht nur gute Kontakte zu „Flügel"-Größen wie Andreas Kalbitz und Steffen Kotré, sondern machte im April 2017 auch von sich reden, als er die Planung eines Gedenkortes für die lesbischen NS-Opfer im ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück mit der Frage kommentierte: *„Ob es wohl auch bald eine Gedenkstätte für Linkshänder gibt, die im KZ umgekommen sind?"*

Am 8. März 2017 war der heutige Vorsitzende der AfD NRW **Rüdiger Lucassen** zu Gast, um über *„Deutschlands Rolle in der NATO"* zu referieren. Weitere Auftritte in Krefeld hatte Lucassen am 9. Juli 2019 und am 20. November 2019. Trotz seiner permanenten Forderung nach einer Remilitarisierung der Bundeswehr wurde Lucassen viele Jahre als gemäßigter Gegenpart zu den völkischen Strömungen innerhalb der AfD wahrgenommen. Ende 2020 ließ er auf einem gemeinsamen Podium mit Björn Höcke allerdings verlauten, dass sich beide Seiten viel einiger seien, als es manchen klar sei.

Am 22. März 2017 hielt es die Krefelder AfD für angebracht, **Viktor Heese** über die *„Russlandsanktionen"* referieren zu lassen. Auf seinem Blog prawda24.com widmet sich Heese vorrangig der Aufgabe, die angebliche finanzielle Belastung für Deutschland durch die Migrationsbewegung zu berechnen und so Argumente gegen eine Aufnahme von Geflüchteten herbeizuzaubern. Seine Artikel erscheinen darüber hinaus auf dem extrem rechten Blog **pi-news.de („Politically Incorrect")**, der Website des rechten Monatsmagazins **„eigentümlich frei"**, sowie auf den obskuren, verschwörungsideologischen Seiten **dieunbestechlichen.com** und **ruhrkultour.de.**

Die heutige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion **Beatrix von Storch** fand am 19. März 2017 den Weg nach Krefeld-Oppum, wo sie gemeinsam mit dem damaligen Landesvorsitzenden der AfD Niedersachsen **Armin-Paul Hampel** und dem Sprecher der AfD NRW

→

19. März 2017: Spitzenpolitikerin Beatrix von Storch bei einer „Großveranstaltung" in Krefeld-Oppum. Vor der Tür demonstrierten etwa 150 Personen dagegen, rigoros vom Veranstaltungssaal „Piligrim" durch 200 Polizisten, gesperrte Straßen, Absperrgitter und einen Hubschrauber getrennt. Im Hintergrund zu erkennen: Der Banner mit der Aufschrift „Unser Land, unsere Heimat. Du, mein Deutschland."
Bild: Facebook AfD Krefeld

Martin E. Renner zu einer „Großveranstaltung" der AfD eingeladen war. Die Reden wurden flankiert von Bannern, welche mit dem Slogan „Unser Land, unsere Heimat. Du, mein Deutschland." versehen waren. Von Storch wird dem nationalkonservativen, christlich-fundamentalistischen Teil der AfD zugerechnet. Als Gegnerin der gleichgeschlechtlichen Ehe und einer angeblichen *„Frühsexualisierung"* nahm sie 2014 am abtreibungsfeindlichen **„Marsch für das Leben"** (→ S. 83) teil. Armin-Paul Hampel kann eher der weit rechten Klientel der AfD zugerechnet werden. 2017 nahm er an der **„Goslarer Runde"** teil, einem geheimen Treffen völkischer AfD-Politiker, bei dem geplant worden sein soll, Björn Höcke als neuen AfD-Bundessprecher zu positionieren. Im selben Jahr hielt Hampel einen Vortrag beim vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuften **„Arbeitskreis für deutsche Politik" (AfdP)**. **Martin E. Renner** distanzierte sich zwar vom Tonfall Höckes, steht dem völkischen Flügel inhaltlich aber dennoch nah und verteidigte im Februar 2017 eine antisemitische Rede Björn Höckes. Renner ist außerdem Autor für den Blog **„Politically Incorrect"** und stellte sich bezogen auf den Umgang mit der NS-Zeit gegen eine sogenannte *„Schuldkult-Hypermoralisierung"* und eine *„sozialistische Versiffung unserer Gesellschaft"*. Am 13. August 2017 hielt er auf der Radtour der Krefelder AfD eine weitere Rede.

Am 14. September 2017 war der Essener AfD-Politiker **Stefan Keuter** auf einer Wahlkampfveranstaltung in Krefeld mit dem Titel „Hol Dir Dein Land zurück" zu Gast. Einen Monat später wurde bekannt, dass Keuter per Whatsapp mehrere Bilder verschickte, die den Nationalsozialismus verherrlichten. Dazu gehörten Bilder von Adolf Hitler beim Hitlergruß oder Fotos bewaffneter Wehrmachtssoldaten mit Bildunterschriften, in denen Gewalt gegen Asylbewerber propagiert wurde. Ein Keuter nahestehendes AfD-Mitglied sagte bei der anschließenden Gerichtsverhandlung aus, dass Keuter hinter den verschickten Botschaften auch inhaltlich stehe und ergänzte die Vorwürfe damit, dass Keuter im Büro häufiger „Heil Hitler" gerufen haben soll. Am 24. April 2019 nahm er erneut als Gastredner an einer Veranstaltung der Krefelder AfD teil. Im November 2019 sprach die Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam ein Hausverbot für Keuter aus und warf ihm vor, bei einem Besuch die NS-Verbrechen verharmlost zu haben.

Zum Neujahrsempfang 2018 lud die AfD-Krefeld den Bundessprecher **Jörg Meuthen** und den AfD-Politiker **Harald Weyel** ein. Über Meuthens politische Ausrichtung herrschte in den ersten Jahren der AfD kaum Einigkeit. Während er anfangs dem wirtschaftsliberalen Teil der Partei zugerechnet wurde, rückte spätestens nach seiner Teilnahme an einem Treffen der völkisch-nationalistischen **„Patriotischen Plattform"** im Sommer 2016 seine Nähe zu extrem rechten Positionen in den Fokus. Harald Weyel gilt in der Partei hingegen als unauffällig. Angesichts der Tatsache, dass sein Mitarbeiter Erik Lehnert Geschäftsführer des **„Instituts für Staatspolitik" (IfS)** (→ S. 97) war und Weyel bei Facebook durch sexistische Postings in Erscheinung tritt, kann das allerdings angezweifelt werden.

Am 30. Mai 2018 referierten **Thomas Röckemann** und **Christian Blex** über die Sicherheitslage in Syrien. Der zwischenzeitige AfD-Vorsitzende von NRW Röckemann kann gewiss nicht als „gemäßigte Stimme" innerhalb der Partei bezeichnet werden, was ihm den saloppen Rufnamen „Höckemann" einbrachte. Röckemann stattete Krefeld erneut am 8. Mai 2019 einen Besuch ab. Christan Blex war nicht nur Höcke-Gastgeber bei dessen NRW-Visiten, er gehört auch zu den Freunden und Förderern der „Neuen Rechten" und gilt als einer ihrer „Türöffner" im nordrhein-westfälischen Landtag. Unter anderem zählt der stramm rechte Burschenschaftler und Freund der **„Identitären Bewegung"** Zacharias

Flyer für den Besuch Thomas Röckemanns und Christian Blex in Krefeld.

Schalley zu seinen engsten Mitarbeitern.

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Nachwuchsorganisation **„Junge Alternative NRW" (JA) Tim Csehan** wurde für den 27. März 2019 zu einem „Stammtisch" und Themenabend gemeinsam mit Martin Vincentz eingeladen. Auch Csehan pflegt gute Kontakte zur **„Identitären Bewegung"** und lud ehemalige IB-Mitglieder zur Wahlkampftour der AfD in Herdecke ein. Gemeinsam mit dem JA-Vorsitzenden NRW Matthias Helferlich reichte er im Januar 2020 die **„Marler Erklärung"** ein. Darin spricht sich Csehan unter anderem für eine Akzeptanz aller Kräfte innerhalb der AfD aus. Der Erklärung zufolge müsse die AfD eine „Mosaik"-Partei werden, in der die Vielzahl rechter Strömungen zusammenfinden könne.

Für den 11. September 2019 war eine Veranstaltung mit dem ehemaligen Neonazi **Andreas Kalbitz** im Krefelder **„Picnic Le Club"** geplant. Beworben wurde das „politische Frühstück" auf den Kanälen des Krefelder Kreisverbandes allerdings nur sehr zurückhaltend, wohl wissend, dass damit das „gemäßigte" Image zu bröckeln beginnen würde. Nach der Ankündigung von Gegenprotesten ließen die Betreiber von „Picnic Le Club" verlauten, dass die geplante Veranstaltung abgesagt wurde. Im Nachgang hielt sich das Gerücht, der zuvor ahnungslose Inhaber habe nach Hinweisen die AfD ausgeladen. Doch angesichts der Tatsache, dass in den vergangenen Jahren mehrere offensichtlich erkennbare AfD-Veranstaltungen dort stattfinden konnten – etwa am 4. November 2016, am 3. Mai 2017 oder am 5. September 2018 –, erscheint die halbherzige Distanzierung des Inhabers wenig glaubwürdig; zumal die Tür von „Picnic Le Club" auch nach diesem Ereignis noch für die AfD offen stand – etwa für ihren „Stammtisch" am 8. Januar 2020. Auch die von der Krefelder AfD behauptete Gewaltandrohung und Sachbeschädigung von „Linksextremisten" scheint wenig glaubhaft. Vielmehr können neben der Protestankündigung auch interne Machtkämpfe der Grund für die Absage des Kalbitz-Auftritts in Krefeld und weiteren Städten in NRW gewesen sein.

Am 20. September 2021 trat der Co-Bundesvorsitzende der **„Jungen Alternative" Carlo Clemens** als Redner auf einer Wahlkampfveranstaltung vor dem Krefelder Rathaus auf. Vonseiten des Verfassungsschutzes wird der JA-Bundesverband im Gesamten als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft. Clemens selbst war bis 2014 Autor der neurechten Zeitung **„Blaue Narzisse"**, er schrieb für die rechte Wochenzeitung **„Junge Freiheit" (JF)** (→ S. 97) und war Praktikant bei der rechtskonservativen **„Preußischen Allgemeinen"**. Wenige Tage vor seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der JA im April 2021 hatte er sich in einem Gespräch mit der JF als *„Vertreter der Neuen Rechten"* bezeichnet und sich als Unterstützer des *„Solidarischen Patriotismus"* erklärt. Das Konzept des *„Solidarischen Patriotismus"* stammt von Benedikt Kaiser, Lektor beim **Verlag Antaios** (→ S. 97), und verfolgt das Ziel, die völkischen Kräfte innerhalb der AfD mit sozialpolitischen Ideen zu versorgen.

Am 7. Mai 2022 veranstaltete der AfD-Landesverband NRW seinen Wahlkampfabschluss vor dem Krefelder Rathaus – durch das Programm führte Thomas Mayer-Steudte. Neben dem Krefelder AfD-Politiker und Vorsitzenden der AfD-NRW Martin Vincentz sprach unter anderem **Tino Chrupalla**. Chrupalla geriet in den Blick des Verfassungsschutzes, weil er dem Holocaustleugner und Neofaschisten Nikolai „Volkslehrer" Nerling im Juni 2018 ein Videointerview gab. Gemeinsam mit Alice Weidel bildete er zur Bundestagswahl 2021 ein Spitzenteam, was ihm aus der eigenen Partei den Vorwurf einbrachte, den rechtsextremen Flügel der Partei zu repräsentieren. Chrupalla fiel darüber hinaus durch Äußerungen auf, die dem Reichsbürgertum und dem Verschwörungsdenken zugerechnet werden können.

→

Flyer für den Vortrag des wegen antisemitischer Hetze aufgefallenen Stephan Brandner.
Bild: Facebook AfD Krefeld

Für den 13. Januar 2023 plante die Krefelder AfD eine Kundgebung vor dem Hauptbahnhof mit anschließendem Demonstrationszug durch die Innenstadt. Die Demo wurde kurzerhand abgesagt – eventuell stand dies auch im Zusammenhang mit angekündigtem Gegenprotest –, die Kundgebung mit etwa 60 Teilnehmern fand dennoch statt, darunter auch mehrere Personen aus der Krefelder **„Querdenken"**-Szene, wie Initiator **Michael Pieper** und **Volker Lachenicht** (→ S. 114). Als Rednerin trat unter anderem die AfD-Landtagsabgeordnete **Enxhi Seli-Zacharias** aus Gelsenkirchen auf, die gerne mal gegen eine angebliche *„Asylindustrie"* oder eine *„ausufernde Sozialgesetzgebung"* wettert, sich an diesem Tag jedoch auf die Denunziation der Klimaproteste in Lützerath fokussierte.

Für den 2. Februar 2023 lud die Krefelder AfD einen der wichtigsten Vertreter des völkisch-nationalistischen Flügels **Stephan Brandner** für einen Vortrag mit dem Titel „Wie Regierung und Medien den Rechtsstaat aushöhlen" ein. Brandner war zur Bundestagswahl 2017 Spitzenkandidat des extrem rechten AfD-Landesverbandes Thüringen – der Landesvorsitzende **Björn Höcke** verzichtete auf eine Kandidatur und empfahl die Wahl Brandners – und wurde am 13. November 2019 wegen antisemitischer Ausfälle von seinem Amt als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages abgewählt. Eine Auflistung seiner rassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Entgleisungen würden diesen Rahmen sprengen. Als gemeinsamer Veranstalter des Vortrages zeichnete sich der **„Deutsche Akademikerverband" (DAV!)** verantwortlich, ein im September 2018 gegründeter Verband, der zwar nicht offiziell an die AfD angegliedert, jedoch untrennbar mit ihr verbunden ist. Im DAV! finden sich vor allem rechte Burschenschaftler wieder. Wenn auf ihren Veranstaltungen nicht gegen *„politische Korrektheit"*, eine *„DDR 2.0"*, die *„bunte Republik Deutschland"*, *„Cancel Culture"* oder eine *„globale Finanzoligarchie"* gewettert wird, ist die DAV! voller lobender Worte für das Deutsche Kaiserreich. Mit Christoph Birghan steht ein Vertreter mehrerer extrem rechter Burschenschaften an der Spitze des Verbandes: Er ist Alter Herr der **Berliner Burschenschaft Gothia** und der Burschenschaft **Markomannia Aachen Greifswald**, die in der Vergangenheit beide durch Verbindungen zur **„Identitären Bewegung" (IB)** auf sich aufmerksam machten.

Es ist offensichtlich, dass der Krefelder Kreisverband mit derlei Verstrickungen nicht als „moderate Insel" innerhalb einer teils faschistischen Partei angesehen werden kann. Eine Trennung zwischen Kreis-, Landes- und Bundesverband scheint weder möglich, noch gewollt. Durch die Akzeptanz und bewusste Unterstützung extrem rechter Akteure innerhalb der AfD reiht sich der Krefelder Kreisverband nahtlos ein in eine sich immer weiter radikalisierende Rechtsaußen-Partei. Ohnehin scheint die nationale Wahrnehmung der Gesamtpartei das entscheidende Merkmal für die Wahl der AfD zu sein – sei es bei einer Kommunal-, Europa- oder Bundestagswahl. Und diese Wahrnehmung ist durch immer neue Entgleisungen und „Skandale" geprägt.

Überregionale Aufmerksamkeit

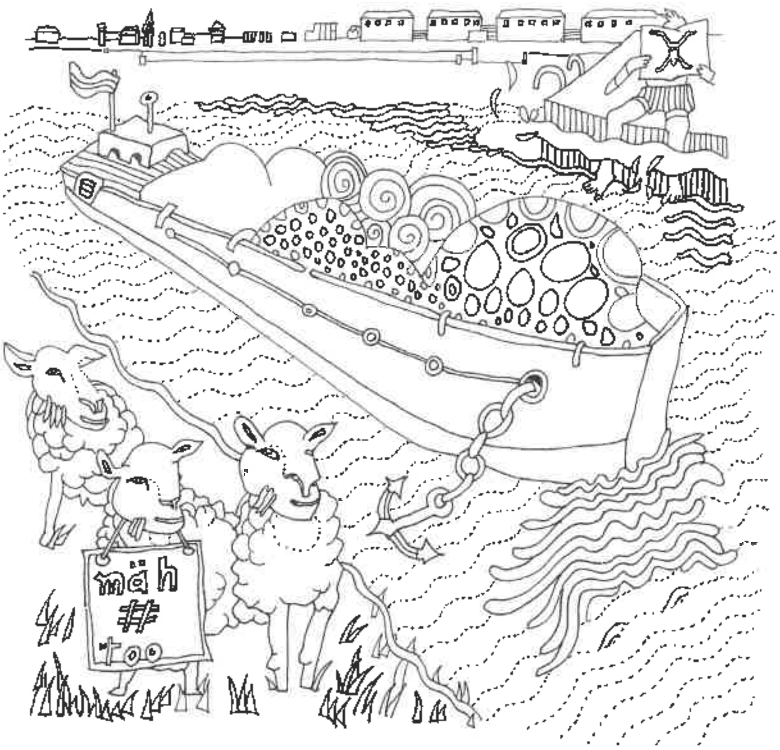
Auch die Krefelder AfD kann auf einige solcher „Skandale" mit teils bundesweiter Aufmerksamkeit zurückblicken.

Beim Neujahrsempfang 2018 im Veranstaltungsraum „Piligrim" in Krefeld-Oppum forderte der damalige stellvertretende Bundessprecher und Mitglied des Bundestags **Kay Gottschalk** zum Boykott türkischer Läden in Deutschland auf. Das brachte dem eigentlich als „gemäßigt" geltenden Gottschalk ein Ermittlungsverfahren und viel Kritik ein – auch aus den eigenen Parteireihen. So forderte Martin E. Renner den sofortigen Rückzug aus allen Parteiämtern.

Es erweckte allerdings den Anschein, als ginge es Renner weniger um eine Kritik der getätigten Aussage, die Gottschalk in Zusammenhang mit der Unterstützung vieler Deutsch-Türken für den türkischen Präsidenten Erdoğan begründete, sondern

Auszüge aus dem Malbuch der AfD-Landtagsfraktion.

um interne Machtkämpfe. Renner galt in der nordrhein-westfälischen AfD als Widersacher Gottschalks. Gottschalk selbst – der sein Büro auf der Sankt-Anton-Straße in Krefeld immer wieder für Veranstaltungen des Krefelder Kreisverbandes zur Verfügung stellte – entschuldigte sich im Nachgang für seine Äußerung, die im geschichtlichen Kontext zu unsensibel gewesen sei.



Hinter dem Zurückrudern nach provokanten Aussagen scheint allerdings in der gesamten Partei eine gewisse Taktik zu stehen, mit der einerseits das radikale Publikum befriedigt und gleichzeitig das bürgerliche Bild gewahrt werden soll. Gleiches gilt für die am selben Abend getätigte Aussage des Krefelder Polizisten und zu dem Zeitpunkt stellvertretenden AfD-Krefeld Sprechers **Guido Krebber**. Anknüpfend an seine leicht verfehlte Wahlprognose, nach der die AfD 30 % erhalten würde, ließ er verlauten: *„Und dann wird endlich aufgeräumt in diesem Land."* Nach öffentlicher Kritik an dieser Aussage relativierte Krebber seinen polarisierenden Ausruf: Konkret androhen wolle er damit natürlich nichts und von einer Drohung könne ohnehin keine Rede sein.

Ganz so leicht herausreden konnte sich die AfD knapp zwei Jahre später nach einem „Bürgerdialog" am 17. Februar 2020 im Krefelder Seidenweberhaus nicht. Erstmals lag bei dieser Veranstaltung ein Kinder-Malbuch der AfD-Landtagsfraktion aus, das zweifelsfrei rassistische Illustrationen enthielt. Durch die Darstellungen wurde außerdem deutlich, wie sich die AfD den *„Schutz unserer Frauen"* vor Vergewaltigungen und sexistischen Übergriffen vorstellt. Während sie nicht müde wird, stets die Gefahr für deutsche Frauen, die durch gewalttätige, messerschwingende geflüchtete und migrantische Männer ausgeht, zu betonen, macht sie sich im selben Malbuch über die #metoo- →

Auszuge aus dem Malbuch der AfD-Landtagsfraktion.

Bewegung lustig, in der Frauen ihren Erfahrungen mit alltäglichem Sexismus Luft machen. So stellte der Illustrator mit dem Pseudonym **„Roberto Obscuro“** diejenigen Frauen, die sich gegen jegliche sexuelle Belästigung zur Wehr setzen, als Schafherde dar, die ein Schild mit der Aufschrift „mäh#too“ umgehängt haben.

Besucher fotografierten einzelne Seiten des Buches und stellten eine Anzeige wegen Volksverhetzung, welche die AfD-Landtagsfraktion – zu der seit Mai 2022 der Krefelder AfD-Politiker **Martin Vincentz** als Vorsitzender gehört – als *„Angriff auf die Kunst- und Satirefreiheit“* zurückwies. (Martin Vincentz trat als Redner mehrfach zusammen mit Alice Weidel auf – etwa am 9. April 2022 in Gelsenkirchen oder am 30. April 2022 in Lippstadt.) Fraktionsvorsitzender Markus Wagner verteidigte das Malbuch als *„gelungenen Treffer“*, kündigte die Erhöhung der Auflage an und ergänzte: *„Kunst muss nicht von links kommen“*. Nur einen Tag später klang Wagner auf einmal ganz anders und betonte, das Buch hätte in dieser Form nie erscheinen dürfen und bat um Entschuldigung für die *„wenigen satirisch überhöhten Darstellungen“*. Eine wenig glaubwürdige Distanzierung, die wohl eher dem öffentlichen Druck zu verdanken war.

Über ein Jahr später bestätigte die Staatsanwaltschaft den Verdacht der Volksverhetzung und eröffnete ein Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der AfD-Landtagsfraktion NRW – gegen wen genau, wurde nicht bekannt gegeben.

Überregionale Aufmerksamkeit bekam die Krefelder AfD auch durch den – mittlerweile aus der Partei ausgeschlossenen – Lokalpolitiker und Mitglied der **„Russlanddeutschen für die AfD NRW“ Eugen Walter**. Dieser wurde am 17. März 2022 aus dem Krefelder Integrationsausschuss geworfen, weil er sich anlässlich des Überfalls Russlands auf die Ukraine pro Putin äußerte und eine Russlandfahne schwenkte, die er auch nach mehrfacher Aufforderung nicht entfernen wollte. Am 11. April 2022 wetterte er bei einem AfD-Treffen im Landtag gegen ukrainische Flüchtende, was ihm eine Anzeige wegen Volksverhetzung einbrachte. Ukrainische Flüchtende seien, so Walter, *„eine Gefahr für unsere Frauen, für unsere Kinder, für unsere Väter. Ich will nicht, dass weitere Flüchtlinge hier hinkommen, und ich werde dafür kämpfen.“* Zwar distanzierte sich Martin Vincentz von dieser Äußerung, bei der weniger als einen Monat später stattgefundenen Wahlkampfveranstaltung vor dem Krefelder Rathaus konnte Walter mitsamt AfD- und Deutschlandfahne jedoch ungestört Gegendemonstrierende provozieren.

Eugen Walter bei einem Wahlkampfstand der Krefelder AfD in der Innenstadt, 25. Januar 2020. Bild: Facebookprofil Eugen Walter

Eugen Walter als Redner auf einer Demonstration des Vereins „Aufbruch Leverkusen" in Köln, 4. September 2022. Bild: Youtube Kevin Gabbe

Bevor Eugen Walter am 6. Juli 2022 aus der AfD geworfen wurde, hatte er sich bereits eine neue politische Heimat gesucht: Am 30. Juni 2022 nahm er am Stammtisch von **„Aufbruch Leverkusen"** teil, für den er in den folgenden Monaten – am 4. September 2022 in Köln, am 24. September 2022 in Leverkusen/Opladen und am 4. Dezember 2022 in Köln – Redebeiträge auf Demonstrationen hielt. Am 4. September 2022 schrie er etwa ins Mikrofon *„Lieben wir Deutschland? Das ist das, was in unserem Blut ist, in unseren Genen und in unserem Charakter und das können diese Verbrecher uns nicht wegnehmen. Deutschland!"* Am 4. Dezember 2022 pöbelte er: *„Ihr seid keine Politiker. Ihr seid Marionetten von Amerika. Ihr habt das deutsche Volk verkauft. [...] Wegen euch steht Deutschland kurz vor einem Bürgerkrieg."* Bei Aufbruch Leverkusen handelt es sich um einen, in antifaschistischen Kreisen häufig als „braune Resterampe" bezeichneten, Verein des extrem rechten Politikers Markus Kurt Beisicht. Beisicht war bis September 2014 Vorsitzender der **„Bürgerbewegung pro Köln"** (→ S. 84) und Landesvorsitzender der **„Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH)** (→ S. 46) in NRW. Aus den Überresten von **„pro NRW"** entstand 2019 „Aufbruch Leverkusen" als *„der Versuch der Bündelung der authentischen patriotischen und freiheitlichen Kräfte"*. Beim Neujahrsempfang am 22. Januar 2023 verkündete Eugen Walter in einer Rede, dass er mit Markus Beisicht und dem Leipziger Alexander Kurth im vergangenen Jahr neue Freunde gefunden habe. Alexander Kurth, der ebenfalls bei „Aufbruch Leverkusen" mitmischt, war zuvor militanter Neonazi und Funktionär der **NPD** (→ S. 68) und der neofaschistischen Partei **„Die Rechte"** (→ S. 74). Im Februar 2019 durchsuchte das Thüringer Landeskriminalamt Wohnungen im Zuge von Ermittlungen gegen ein Neonazi-Netzwerk, dem vorgeworfen wird, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben, darunter auch die Wohnung Alexander Kurths.

Fazit

Deutlich wurde, dass die Krefelder AfD – nicht nur aufgrund des Vorsitzes Martin Vincentz' für den NRW-Landesverband als tragender Teil der landes- und bundesweiten Partei gesehen werden muss. Der Versuch, sich ein „konservatives" Image in Abgrenzung zum – zwar offiziell aufgelösten aber inoffiziell weiter existierenden – „Flügel" aufzubauen, kann als rein taktisches Manöver betrachtet werden. Nicht nur hat die Krefelder AfD keine Berührungsängste mit offen extrem rechten Personen und Strömungen innerhalb der Partei, sie arbeitet sogar ganz konkret mit ihnen zusammen und bietet diesen eine Bühne. Eine Trennung zwischen der neofaschistischen „Höcke-AfD" und dem Krefelder Kreisverband kann kaum gezogen werden. Die AfD ist 2023 das wichtigste Organ für den organisierten Faschismus in Deutschland. ■

türkischer nationalismus

Türkische und islamische Verbände in Krefeld

Die türkisch-islamische Community in Krefeld ist – stärker als in vielen anderen Städten – eng mit dem öffentlichen Leben und der Lokalpolitik vernetzt. Hinter dem kulturellen Austausch und dem antirassistischen Engagement kommen jedoch immer wieder islamistische und nationalistische Weltbilder zum Vorschein, die zwar nicht das Gesamtbild prägen, jedoch durchaus einen wichtigen Bezugspunkt für nicht wenige Vertreter der Community darstellen.

Wie in ganz Deutschland ist auch die Krefelder muslimische Community stark durch die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter" geprägt. Zwar sind heute weniger als die Hälfte der etwa 5,5 Mio. Musliminnen und Muslime in Deutschland türkischer Abstammung, das öffentliche islamische Leben mit zahlreichen religiösen Strukturen und Vereinen ist jedoch vorwiegend türkisch bestimmt.

Waren Moscheen in der frühen zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland meist unabhängige „Hinterhofmoscheen", geht der Trend zu zentral organisierten Moscheeverbänden mit öffentlichkeitswirksamer Darstellung.

UNION Krefeld

In Krefeld ist ein Großteil der Moscheeverbände in der 1993 gegründeten **„Union der türkischen und islamischen Verbände in Krefeld und Umgebung e. V. 1993" (Union)** organisiert. Ihr Wirkungskreis besteht heute – laut eigenen Angaben – aus etwa 15.000 Personen (in Krefeld leben etwa 15.000 türkischstämmige Personen). Die Union ist stark vernetzt in der Krefelder Lokalpolitik, unterhält gute Kontakte zur Lokalpresse und anderen kulturellen Vereinen. In der Vergangenheit hat sich die Union vermehrt für einen interkulturellen Austausch stark gemacht und sich unter anderem an Veranstaltungen und Aktionen gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus beteiligt – beispielsweise unterstützten Mitglieder die Villa Merländer (→ S. 17) beim Putzen von Stolpersteinen. In einem Interview mit der Rheinischen Post sagte **Salih Tufan Ünal**, seit 2021 erster Vorsitzender: *„Ich würde mir wünschen, irgendwann nicht mehr über Themen wie Integration und Nationalität sprechen zu müssen. Ich möchte einfach Mensch sein. Krefelder, Deutscher, was auch immer. Ich möchte als der gesehen werden, der ich bin."* Die Union, so wird gerne festgehalten, ist eine wichtige Instanz für die Sichtbarkeit muslimisch-türkischer Menschen in Krefeld und Akteurin gegen islamistische Radikalisierung einerseits und Rassismus andererseits.

Ein ganz so einseitig positives Bild lässt sich bei genauerer Betrachtung jedoch nicht aufrechterhalten, wie bereits einzelne Social Media-Auftritte aktueller und ehemaliger Vorstandsmitglieder vermuten lassen, in denen sich positive Bezüge zum Osmanischen Reich und zu islamistisch-nationalistischen Bewegungen und Parteien finden – wie etwa zur extrem rechten, nationalistischen **„Milliyetçi Hareket Partisi" (MHP)** (→ S. 110). Beispielsweise stellte Ibrahim Son, von 2019 bis 2021 erster Vorsitzender der Union, am 17. September 2013 sein Facebook-Profilbild auf das „R4bia"-Zeichen um. Positiv Bezug genommen wird damit auf die Proteste der islamistischen **Muslimbruderschaft** im Juli und August 2013 auf dem Rābi a-al- Adawiyya-Platz in Kairo (Ägypten). Am 17. September 2013 zeigte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan das „R4bia"-Zeichen (vier Finger mit eingeklapptem Daumen) und solidarisierte sich damit mit der Muslimbruderschaft. Gleichzeitig wurde die Website r4bia.com online geschaltet, auf der neben dem von Son genutzten Profilbild auch ein Manifest veröffentlicht wurde, in dem es unter anderem heißt: *„R4BIA is the end of Zionists. R4BIA is a smiling martyrdom."* (*„R4BIA ist das Ende der Zionisten. R4BIA ist ein lächelndes Märtyrertum."*). Im Dezember 2013 stufte Ägypten die Muslimbruderschaft als terroristische Vereinigung ein und verbot das „R4bia"-Zeichen.

Wesentlich deutlicher wird das Bild jedoch bei einem Blick in die insgesamt dreizehn Mitgliedervereine der Union – in diesem Text soll es vordergründig um die fünf Moscheevereine gehen: Die Zentralmoschee **Merkez**, die drei **DİTİB**-Moscheen **Yunus Emre**, **Fatih** und **Mimar Sinan** sowie die **IGMG**-Moschee **Hacı Bayram Veli**.

IGMG

Die **Hacı Bayram** Moschee am Sprödentalplatz gehört zur **„Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş" (IGMG)**, welche 1976 in Köln gegründet wurde und die zweitgrößte muslimische Religionsgemeinschaft in Deutschland darstellt. Aktuell kann Millî Görüş als Sprachrohr der islamistischen und nationalistischen **„Partei der Glückseligkeit" – „Saadet Partisi" (SP)** – angesehen werden. Die SP zeichnet sich durch Verschwörungstheorien über Zionisten, Freimaurer, CIA und Mossad aus und positioniert sich per se anti-westlich. Der in der Türkei durch Mustafa Kemal Atatürk eingeführte Laizismus – also die Trennung von Religion und Staat – ist der SP ein Dorn im Auge, weshalb sie aktiv daran arbeitet, einen Wertekanon auf Basis des Koran – gerne bezieht man sich positiv auf die Scharia, also eine göttliche Ordnung – aufzubauen. In der inoffiziellen Parteizeitung **„Millî Gazete" („Nationale Zeitung")** wurde der Holocaust geleugnet und der erste Weltkrieg als jüdisches Geheimprojekt bezeichnet, um das Osmanische Kalifat zerschlagen zu können. Einzelne deutsche Moscheeverbände distanzierten sich in der Vergangenheit von der ideologischen Ausrichtung der Mutterorganisation – auch der Imam (Religionsbeauftragter) der Krefelder Hacı Bayram Moschee **Muharrem Yazici** betont stets, kein politischer Akteur zu sein –, wie sehr das jedoch auf den gesamten Moscheeverband zutrifft und inwieweit die öffentlichen Distanzierungen von der eigenen Religionsgemeinschaft strategischer Natur sind, ist kaum zu bewerten. Am 18. Januar 2019 besuchte Yazici beispielsweise die **„Islamische Denkfabrik e. V."** auf der Gladbacher Straße, welche dem Salafismus nahestehen soll. Auf Ausflügen posieren jugendliche Mitglieder der Krefelder IGMG-Moscheegemeinde gerne mit dem islamisch-faschistischen „Wolfsgruß" (→ S. 110), dem R4bia-Zeichen und dem erhobenen Zeigefinger – mittlerweile ein Symbol für den Salafismus.

DİTİB

Mit über 900 Moschee- und Kulturvereinen und etwa 130.000 Mitgliedern ist die **„Türkisch-Islamische Union der Anstalten für Religion e. V." (DİTİB)** der größte und einflussreichste islamische Verband in Deutschland. Der Namen – auf türkisch **„Diyanet İşleri Türk İslam Birliği"** – verweist bereits auf die strukturelle Nähe zum türkischen Staat. **„Diyanet İşleri Başkanlığı" (Diyanet)** wird seit 1924 das türkische Präsidium für religiöse Angelegenheiten genannt, das zur Aufgabe hat, die tiefe Verwurzelung des Islam mit der türkische Gesellschaft dahingehend zu kontrollieren, dass in der Türkei ein staatskonformer, „türkischer" Islam gepredigt wird. Als Instrumentarium dafür dienen seither die vom Staat eingestellten Imame. Damit ist die Diyanet eine staatskonforme Institution, die Regierungspartei des Präsidenten Erdoğan **„Adalet ve Kalkınma Partisi" (AKP)** – **„Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung"** – hat die Diyanet jedoch wie keine andere Regierung zuvor für ihre Zwecke instrumentalisiert, um ihre politischen Ziele im religiösen Kleid zu vermitteln. Mit heute über 100.000 Angestellten ist die Diyanet das größte Amt der Türkei.

Logos der „Türkischen und Islamischen Vereine in Krefeld und Umgebung e. V. 1993" (Union), der „Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş" (IGMG), der „Türkisch-Islamische Union der Anstalten für Religion e. V." (DİTİB), der „Union Internationaler Demokraten" (UID) (vormals: UETD) und der „Türk Federasyon".

→

Die in Deutschland aktive DİTİB ist die offizielle Niederlassung der türkischen Diyanet und wird entsprechend aus der Türkei, genauer gesagt durch die türkischen Konsulate in Deutschland, gesteuert; insbesondere sind die in deutschen DİTİB-Moscheen arbeitenden Imame Angestellte des türkischen Religionspräsidiums. Gegründet wurde die DİTİB Anfang der 1980er-Jahre, weil die Emanzipation der in Deutschland lebenden türkischen Musliminnen und Muslime der türkischen Religionsbehörde ein Dorn im Auge war. Die Aufgabe ist es seitdem, eine enge Bindung deutscher Muslime zur Türkei herzustellen und somit den politischen Einflussbereich über die Staatsgrenzen der Türkei hinaus zu erweitern. Mit Erfolg, wie etwa Wahlergebnisse in Krefeld lebender Türkinnen und Türken beweisen. 2015 wählten 80% die Erdoğan-Partei AKP – in der Türkei waren es lediglich 40,9%. Nach der Wahl für Erdoğans umstrittenes, der Gewaltenteilung widersprechendes, Präsidialsystem 2017 wurde in der Krefelder Südstadt mit einem etwa 70 PKWs umfassenden Autokorso gefeiert.

Es ist daher keineswegs verwunderlich, dass auch große Teile der Krefelder DİTİB-Vorstände und Imame eine mehr als eindeutige politische Nähe zur AKP aufweisen. Die AKP wird als rechtspopulistische, autoritäre, militaristische Partei eingeordnet, die insbesondere die Reislamisierung der Türkei voranzutreiben sucht. Seit die AKP an der Macht ist, scheinen andere islamistische, faschistische Gruppen und Parteien ruhiggestellt – vertrauen diese doch auf die Politik Erdoğans. Systemkritiker, die Gülen-Bewegung sowie linke, kurdische und alevitische Gruppen werden jedoch mit harter Hand verfolgt.

In Krefeld haben sich der DGB und die Einzelgewerkschaften GEW und IG Metall sowie das Solidaritätshaus kritisch mit den Entwicklungen in der Türkei auseinandergesetzt und die demokratie- und gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen kritisiert. Der DGB berichtete, dass auch auf Krefelder Betriebsratssitzungen die feindliche Stimmung zwischen den verschiedenen Lagern zunehmend spürbar sei und die GEW Krefeld forderte von den DİTİB-Gemeinden eine deutliche Positionierung gegen die damaligen – 2016 – Machtbestrebungen der AKP-Regierung, welche erwartungsgemäß ausblieb. Das linke Solidaritätshaus – angegliedert an die „Föderation der demokratischen Arbeitervereine" (DIDF) warf den Krefelder DİTİB-Moscheen vor, Anhängern der Gülen-Bewegung Zutritt zu Gebetsräumen zu verweigern und DIDF-Vertreter massiv bedroht und beschimpft zu haben. Weiter kritisierten Einzelpersonen, auch in Krefelder Moscheen seien tagesaktuelle Geschehnisse in der Türkei durch Imame in die Predigten integriert worden.

Beispielhaft soll an dieser Stelle ein genauerer Blick in den Vorstand der **Fatih Moscheegemeinde** geworfen werden, weil diese durch den Neubau am Deutschen Ring, Ecke Gladbacher Straße – hier entsteht derzeit eine der größten Moscheen Deutschlands – besonders im medialen Fokus steht und mit dem Prestigebau zukünftig ihren Wirkkreis erhöhen können wird. Darüber hinaus saß die ehemalige SPD-Politikerin und stellvertretende Vorsitzende der Moscheegemeinde **Halide Özkurt**, die als wichtige Funktionärin der Diyanet vom türkischen Staat Geld erhielt, im Krefelder Stadtrat.

Der aus Trabzon stammende **Yüksel Bayalan** ist Imam und entsprechend gern gesehener Gesprächspartner für die Lokalpresse. Selten thematisiert wird seine Begeisterung für das Osmanische Reich und die inhaltliche Nähe zum islamistischen Politiker Necmettin Erbakan. Erbakan ist Gründer der der Millî Görüş-Bewegung nahestehenden Partei **„Millî Nizam Partisi" (MNP)** – auf deutsch: „Nationale Ordnungspartei" sowie mehrerer Nachfolgeparteien. Erbakan vertrat – unter anderem in seinem Buch „Millî Görüş" – die Ansicht einer zweigeteilten Weltordnung: auf der einen Seite die „gerechte" Welt des Islam und auf der anderen Seite die „falsche" westliche Welt, die Erbakan insbesondere mit dem Zionismus verknüpft. Ihm zufolge seien die Zionisten es gewesen, welche die Kreuzzüge organisierten und durch die Erfindung des Protestantismus eine kapitalistische Ordnung schufen. Auch Yüksel Bayalan teilte auf Facebook antiisraelische Propaganda. So rief er etwa dazu auf, die türkische Lebensmittelmarke „Torku" zu konsumieren, um somit israelische Konkurrenzprodukte vom Markt zu vertreiben. Positiv scheint Yüksel Bayalan – so legt es ein Blick in sein Facebook-Profil nahe – auch mit dem Gründer der **İsmail-Ağa-Gemeinde Mahmut Ustaosmanoğlu** verbunden zu sein. Die İsmail-Ağa-Gemeinde, welche eine zunehmende Nähe zur AKP-Regierung sucht, betrachtet den Dschihad zum Schutz der *„Heimat des Islam"* als religiöse Pflicht. Offensichtlich begeistert ist Bayalan außerdem von sämtlichen militärischen Operationen der türkischen Regierung – insbesondere denen der Spezialeinheit „Bordo Bereliler" (auch: „Özel Kuvvetler"), die vorwiegend für tödliche Einsätze in kurdischen Gebieten zuständig ist. Im August 2016, als Bordo Bereliler eine militärische Offensive gegen die kurdischen Verbände DKF und YPG startete, teilte Bayalan mehrfach Kriegspropaganda und sprach seine Solidarität mit den türkischen Kräften aus.

Infostand der UETD Krefeld auf dem Neumarkt im September 2015.
Bild: Twitterprofil UETD Youth Krefeld

Foto der UETD Youth Krefeld mit dem AKP-Beauftragten Metin Külünk.
Bild: Twitterprofil UETD Youth Krefeld

Die Passion für solcherlei Einsätze und ein „Märtyrertum" findet sich auch bei mehreren Vorstandsmitgliedern der Fatih-Moscheegemeinde, wie beim ersten Vorsitzenden **Ibrahim Öztürk** oder dem stellvertretenden Vorsitzenden **Hüseyin Asan**, welcher etwa ein Video teilte, auf dem türkische Spezialkräfte mit dem Wolfsgruß posieren. Auch bei Asan finden sich positive Bezüge zum Osmanischen Reich, dschihadistische, antisemitische Tendenzen und antikurdische Propaganda. Bei Buchhalter **Ercan Keskin** fällt die Positionierung noch eindeutiger aus. Keskin ist Anhänger der MHP und huldigt dessen faschistischen Gründer Alparslan Türkeş mit den Worten *„Sensin Benim Başbuğ'um, Sensin Benim Liderim"* (*„Du bist mein Chef, Du bist mein Anführer"*). Außerdem begrüßt Ercan Keskin die der MHP angegliederte faschistische, paramilitärische/militante Organisation **„Ülkü Ocakları Eğitim ve Kültür Vakfı" (Ülkü Ocakları)**, die in Deutschland als „Graue Wölfe" bezeichnet wird. Ülkü Ocakları wird die Beteiligung an mehreren Anschlägen zugerechnet, unter anderem ein Massaker, bei dem 100 Alevitinnen und Aleviten getötet wurden.

UETD / UID

Die **„Union Europäisch-Türkischer Demokraten" (UETD)** – seit Mai 2018 **„Union Internationaler Demokraten" (UID)** ist die offizielle Lobbyorganisation der AKP in Europa. Ihre Ziele werden vielfach als nicht vereinbar mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" angesehen; seit Januar 2021 ist ein Anhänger der extrem rechten Grauen Wölfe Vorsitzender des europäischen Hauptsitzes. Die UETD/UID ist keine (teil-)religiöse, sondern in erster Linie eine politische Organisation, auch wenn die politischen Inhalte der AKP-Regierung durchweg islamisch bis islamistisch sind. In Krefeld ist die UETD seit 2014 aktiv. Sie ist zwar kein Mitglied der Krefelder Union, jedoch eng mit dieser vernetzt. Am 7. Mai 2015 hielt **Talha Işık** – seit 2021 Geschäftsführer der Union – einen Vortrag bei der **UETD Youth Krefeld.**

Am 10. Mai 2015 fuhr eine Busbesatzung der UETD (Youth) Krefeld zu einer Veranstaltung mit Recep Tayyip Erdoğan in Belgien. Dort posierte die Reisegruppe für ein Gruppenfoto mit dem AKP-Beauftragten für Deutschland Metin Külünk, der für den türkischen Geheimdienst kriminelle Netzwerke in Deutschland steuert – beispielsweise den türkischen Rockerclub **„Osmanen Germania"**. Külünk wurde im Oktober 2015 auch zu einer Veranstaltung nach Krefeld eingeladen, wo er von der UETD mit einem Blumenstrauß empfangen wurde. Im September 2015 veranstaltete die UETD einen Infostand auf dem Krefelder Neumarkt, der durch blauweiße Lufballons dekoriert wurde und der UETD so ein freundliches Gesicht verpassen sollte. Die Krefelder UETD rief später zu einer Demo am 1. Juli 2016 vor dem Bundestag auf, wo eine Resolution beschlossen wurde, welche das durch das Osmanische Reich begangene Massaker an bis zu 1,5 Millionen Armenierinnen und Armeniern 1915/16 als Völkermord deklarierte. Die türkische Regierung – und damit auch die UETD – protestierte gegen diese Entscheidung und leugnete den historisch zweifelsfrei belegten Völkermord. Einen Monat später, am 31. Juli 2016, beteiligte sich die Krefelder UETD an einer Pro-Erdoğan-Großdemonstration in Köln. Am 18. Februar 2017 organisierte sie Busse vom Sprödentalplatz nach Oberhausen, wo der türkische Ministerpräsident Binali Yildirim eine Propagandashow abhielt. 2022 hielt der AKP-Abgeordnete Ismail Tamer während einer von der UID Düsseldorf organisierten Wahlkampftour auch in Krefeld – erst in der **Hacı Bayram Moschee**, dann an der Baustelle der neuen **Fatih Moschee.** →

Erkan Dündar (links), seit dem 11. Juni 2022 Vorsitzender der Krefelder Türk Federasyon, und Musa Şahin (rechts), von 2015 bis November 2019 Vorsitzender, beim Zeigen des Wolfsgrußes neben Fotos von Devlet Bahçeli, Vorsitzender der MHP, Kemal Atatürk und Alparslan Türkeş, Gründer der MHP.
Bild: Facebookseite Türk Federasyon

Union-Vorsitzender Salih Tufan Ünal (Mitte: beiges Sakko) neben Erkan Dündar in den Räumlichkeiten der Türk Federasyon am 1. Januar 2023.
Bild: Facebookprofil Musa Sahin

ADÜTDF

Die **„Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“** – **„Almanya Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu“ (ADÜTDF** oder: **Türk Federasyon)** ist ein zur **„Milliyetçi Hareket Partisi“ (MHP)** gehörender Verein, welcher vor allem extrem nationalistische Türken in sich vereint. Die MHP ging 1969 aus der extrem rechten **„Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi“ (CKMP)** hervor, wurde 1980 verboten und 1992 wieder legalisiert. Die MHP galt als wichtigste parlamentarische Vernetzung türkischer Nationalisten und Faschisten; ihre Anhänger werden als **„Graue Wölfe“** (Bozkurtçular) oder **„Ülkücüler“** (Idealisten) bezeichnet. Seit etwa 2016 hat sich die MHP der Regierungspartei angenähert – oder umgekehrt – und bildet nun eine „Volksallianz“ mit der AKP.

In Krefeld betreibt die Türk Federasyon die **Yavuz Sultan Selim Moschee** in der Seidenstraße – hier fand auch eine Kundgebung der islamfeindlichen **ProNRW**-Partei statt (→ S. 84) – bzw. das 1978 gegründete **„Türkische Kulturzentrum Krefeld“ (Krefeld Türk Kültür Ocağı)**. Die Vorsitzenden der vergangenen Jahre **Musa Şahin, Hakan Şimşek** und **Erkan Dündar** posieren auf Fotos stets mit dem „Wolfsgruß“, der als Erkennungszeichen der Grauen Wölfe gilt. Während das Zeigen des Wolfsgrußes in Deutschland legal ist, fällt das Symbol in Österreich in den strafrechtlichen Bereich. Wegen ihrer extrem rechten Grundausrichtung ist Türk Kültür Ocağı kein Mitglied in der Krefelder Union, gänzlich getrennt sind die beiden Kreise jedoch nicht – ganz im Gegenteil: **Ibrahim Öztürk**, erster Vorsitzender der **Fatih Moscheegemeinde**, ist gern gesehener Gast bei den Krefelder Grauen Wölfen, welche im Gegenzug den Bau der neuen Fatih Moschee (finanziell) unterstützen. Im Zuge des Programms „Krefeld trifft sich beim Morgengebet“ der Union organisierte diese am 1. Januar 2023 ein gemeinsames Beten in der Yavuz Sultan Selim Moschee. Im Anschluss speisten der Unions-Vorsitzender **Salih Tufan Ünal** und Türk Kültür Ocağı-Vorsitzender **Erkan Dündar** gemeinsam.

Schon 2008 wurde öffentlich, dass Teile der scheinbar „gemäßigten“ türkisch-islamischen Kreise engste Kontakte zu den Grauen Wölfen pflegten. Der Krefelder CDU-Politiker und Mitglied des Ausländerbeirates **Mehmet Demir** – Mitglied der **DİTİB-Moschee Yunus Emre** – gehörte viele Jahre den Grauen Wölfen an, wie eine Recherche des WDR-Magazins Cosmo TV auf Bestreben des Lokalpolitikers **Hans-Michael Höhne-Pattberg** (→ S. 85) dokumentierte. Fotos zeigten ihn beispielsweise neben hohen Funktionären der Grauen Wölfe.

Ibrahim Öztürk (2. v.r.), erster Vorsitzender der Fatih Moscheegemeinde bei einem Besuch bei der Türk Federasyon. Bild: Instagramprofil Ibrahim Öztürk

Bereits in den 1980er-Jahren schafften es die damals noch jungen Grauen Wölfe – zu denen Demir gehörte – in Krefeld Fuß zu fassen. Der islamfeindlichen Website pi-news.net ist die Behauptung zu entnehmen, dass die Väter von **Halide Özkurt** und dem ehemaligen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden von Krefeld-Linn **Mustafa Ertürk** die Gründer der Krefelder Grauen Wölfe waren. Jährlich fand in Krefeld-Linn, meist in der Eventlocation Baslar, die auch heute noch häufig von nationalistischen Türken aufgesucht wird, ein Treffen von mehreren hundert, teils über tausend Grauen Wölfen statt, an denen mindestens einmal auch Ertürk, Özkurt und das Auslandsbeiratsmitglied **Hatice Yakut** teilnahmen. Neben vielen weiteren türkischen Geschäften wie dem Hühnerhaus, Planet Döner, Mevlana Schnellrestaurant, Saray Catering oder Kaya Plaza taucht auch die Baslar Eventlocation als Sponsor von Veranstaltungen der Türk Federasyon auf.

Im Januar 1980 planten die Grauen Wölfe eine Großveranstaltung mit etwa 400 Besuchern im Auditoriums der Fachhochschule Niederrhein. Als bekannt wurde, dass es sich bei dem türkischen „Kulturverein" um extrem rechte Kreise handelte, zog die Fachhochschule die Raum-Zusage zurück, worauf die Grauen Wölfe, namentlich **Bülent Baki** als Vertragspartner, eine einstwillige Verfügung erwirkten und ihr Programm – mit einigen Einschränkungen – durchführen konnten. Kritik wurde unter anderem durch den Krefelder DGB laut.

Mediale Aufmerksamkeit bekamen die Krefelder Grauen Wölfe auch 1993, als ein „Grauer Wolf" einer 400-köpfigen Hochzeitsgesellschaft eines kurdischen Paares mit einem Bombenanschlag drohte. →

islamismus als rechte ideologie

Bei der Zuweisung politischer „Extremismen" unterscheidet der deutsche Verfassungsschutz nicht nur zwischen links und rechts, sondern fügt dieser binären Einteilung eine dritte Strömung hinzu – den „Ausländerextremismus", worunter sämtliche islamistische und (türkisch-) nationalistische Bestrebungen fallen. Fraglich ist jedoch, ob es sich dabei tatsächlich um eine dritte Richtung handelt oder ob Islamismus und türkischer Faschismus nicht schlicht der Kategorie „Rechtsextremismus" zugeordnet werden sollten.

Eine Darstellung als „ausländisch" betrachtet islamistische Ideologien nicht als politische Ideen, sondern als „fremdländisches Ideenkonstrukt", das keiner genauen Einordnung in ein klassisches Politikverständnis bedürfe. Dabei sind gerade der virulente Antisemitismus, die fehlende Trennung zwischen Staat und Religion, die Vorstellung eines großen homogenen Volkes, die Bekämpfung von Geschlechtergleichheit, die Vorliebe für ein untergegangenes Weltreich und der Hass auf als westlich bezeichnete Freiheit wesentliche Aspekte dessen, was als (extrem) rechts und faschistisch bezeichnet werden kann. Während etwa homophobe Pfarrer, christlich-fundamentalistische Abtreibungsgegner oder evangelikale Sekten gemeinhin dem rechten Lager zugeordnet werden, fehlt diese Einordnung beim Islamismus.

Zwar ist Islamfeindlichkeit, häufig als „hoffähige" Alternative zu Fremdenfeindlichkeit, ein wesentlicher Bestandteil der (Neuen) Rechten in Deutschland, eine ideologische Nähe zum Islamismus ist jedoch ebenso vorhanden. Hinter geschlossenen Türen führt gerade der Bezug deutscher Rechter zum Islam immer wieder zu heftigen Diskussionen – ist man sich in der Weltanschauung in vielen Punkten mit Islamisten einig und bewundert man diese für ihre gesellschaftliche Relevanz in muslimischen Kreisen, wünscht man sich hinter vorgehaltener Hand doch nach wie vor ein „reinrassiges" Deutschland. Problematisch erscheint daher weniger der Islamismus selbst, sondern nur die Tatsache, dass ihre Vertreter auch in Deutschland zu Hause sind.

Der Kampf gegen Rechts darf dieses Spiel nicht mitspielen, sondern muss politische Strömungen anhand ihrer Inhalte bewerten statt anhand der Herkunft oder Hautfarbe ihrer Vertreter. Der Kampf gegen Rechts ist auch ein Kampf gegen Islamismus.

Vatanseverler

Laut eigenen Angaben am 15. Juli 2016 gründete sich die vorwiegend in Krefeld-Uerdingen beheimatete Gruppierung **„Vatanseverler“** (Patrioten), welche erstmalig am 31. Juli 2016 durch die gemeinsame Anreise vom Sprödentalplatz zur Pro-Erdoğan-Demonstration in Köln öffentlich in Erscheinung trat. Vatanseverler ist der türkischen extremen Rechten zuzuordnen und insbesondere durch Antisemitismus, Kurdenfeindlichkeit und Nationalismus geprägt. Präsident der Gruppe ist **Muzaffer G.**, welcher den Imbiss „Bei Genc“ am Röttgen in Krefeld-Uerdingen betreibt. Hier fanden mehrfach Treffen der Vatanseverler mit bis zu 70 Personen statt. Auf Fotos posieren die Mitglieder mit dem Wolfsgruß der Grauen Wölfe und dem R4bia-Zeichen der Muslimbruderschaft.

Vatanseverler ist als lose politische Gruppierung mit Verbindungen in die Rockerszene nicht offiziell an die Moscheevereine in Krefeld oder die Union angegliedert. Mindestens 2017 nahm eine 12-köpfige Abordnung in einheitlichen T-Shirts jedoch am Frühlingsfest der **Yesil Moschee** in Krefeld-Uerdingen teil. Die Yesil Moschee gehört zum 1973 gegründeten, staatlich unabhängigen, **„Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIKZ)**. Einzelne Mitglieder gehörten im selben Jahr außerdem zur Crew des Frühlingsfestes der **DİTİB-Moschee Mimar Sinan** in Uerdingen. Verbindungen gibt es darüber hinaus – nicht nur durch Einzelpersonen – zur **Yavuz Sultan Selim Moschee** und der zugehörigen Türk Federasyon. Für den 29. Januar 2023 luden **Erkan Dündar** und **Musa Şahin** die Vatanseverler zu einem gemeinsamen Treffen in ihren Räumlichkeiten ein – etwa 30 Personen nahmen an diesem Treffen teil.

Gute Kontakte pflegen die Vatanseverler zur **UETD/UID**. Am 12. Mai 2017 besuchten mehrere Mitglieder eine Veranstaltung der UETD mit dem Politiker Fatih Zingal in Dortmund. Am 27. August 2017 in Dortmund und am 27. Oktober 2018 in Köln übernahmen Vatanseverler-Mitglieder den Sicherheitsdienst bei Vorträgen Fatih Zingals. Unterstützung bekommen sie bei ihrer Security-Tätigkeit vom UID-Präsidenten Eindhovens und Security Zafer Gültekin sowie dem UID-Politiker Zeynel Tascilar. Beide besuchten beispielsweise im April 2022 ein gemeinsames Treffen im Kaya Plaza, an dem etwa 35 Personen teilnahmen. Auch UID-Vorsitzender Metin Külünk, der Kontakte zu den **„Osmanen Germania“** pflegte, soll eine Rede gehalten haben. Im Februar 2023 nahmen Mitglieder von Vatanseverler, darunter Muzaffer G., gemeinsam mit Zafer Gültekin und vielen weiteren UID-Politikern an einer Veranstaltung in Duisburg teil.

Am 21. April 2022 demonstrierten etwa 40 Linke und Kurdinnen und Kurden auf dem Neumarkt gegen den türkischen Angriffskrieg auf kurdische Gebiete. Bereits zu Beginn der Veranstaltung kam es zu einem Angriff türkischer Nationalisten auf die Kundgebung. Kurze Zeit später sammelten sich weitere 20 bis 30 Personen aus dem Umfeld von Vatanseverler einen Straßenzug entfernt, mutmaßlich, um die Kundgebungsteilnehmenden erneut zu attackieren. Die Gruppe, zu der auch Muzaffer G. gehörte, wurde von der Polizei jedoch eingekesselt und am Erreichen des Kundgebungsplatzes gehindert. Im Anschluss versuchten Mitglieder von Vatanseverler die Adresse einzelner Kundgebungsteilnehmer zu bekommen, unter anderem, indem sie Fotos dieser auf Facebook veröffentlichten. Unterstützung bekamen sie dabei vom **AKP**-Parlamentsabgeordneten in Trabzon Saleh Cora.

Logo Vatanseverler

Auf Einladung von Erkan Dündar und Musa Şahin spricht der Präsident von Vatanseverler Muzaffer G. (links, stehend) am 29. Januar 2023 in den Räumlichkeiten der Krefelder Türk Federasyon.
Bild: Facebookprofil Vatanseverler

Treffen im April 2022 im Kaya Plaza. In der Mitte (graues Sakko) Vatanseverler-Präsident Muzaffer G. Neben ihm im schwarzen Sakko UID-Vorsitzender Eindhovens Zafer Gültekin. Bild: Facebookprofil Zafer Gültekin

Vatanseverler auf dem Gelände des Restaurants „Bei Genc" in Uerdingen kurz vor dem Besuch des Frühlingsfestes der Yesil Moschee. Die einheitliche Kleidung macht die Gruppe unübersehbar. Bild: Facebookprofil Vatanseverler

Fazit

Die türkisch-islamische Community in Krefeld ist ebenso groß wie divers. Die Union als ein zentrales Bindeglied betont stets, fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu stehen und bestreitet einen Einfluss der türkischen Regierung auf ihr Wirken in Krefeld – abgesehen davon, dass die Imame von Diyanet entsandt werden. Das mag insofern stimmen, als dass den **DİTİB**-Mitgliedern keine externen Befehle auferlegt werden, eine Verstrickung mit der türkischen Regierung ist jedoch in vielen Teilen bereits so tief verwurzelt, dass von einer freiwilligen Angleichung ausgegangen werden kann. Hayri Cakir vom Solidaritätshaus wies etwa darauf hin, dass die Union aktiv Wahlwerbung für die **AKP** machte, türkische Wählerinnen und Wähler für die Parlamentswahlen zum türkischen Konsulat nach Düsseldorf fuhr und AKP-Wahlkampfveranstaltungen gemeinsam mit der **UETD** organisierte. Gewiss handelt es sich bei der Union und den einzelnen Gemeinden nicht um eine homogene Gruppe, die Nähe vieler – auch hochrangiger – Personen zu islamistisch-nationalistischen Strömungen gibt jedoch Grund zur Besorgnis. Eine klare Abgrenzung, insbesondere nachdem es 2016/2017 auch in Krefeld öffentliche Diskussionen über diese Tendenzen gegeben hatte, scheint nicht gewollt. Sämtliche Kritik weisen die DİTİB-Gemeinden zurück und betonen, man wolle nicht zur Zielscheibe politischer Diskussionen werden und kritisiert einen *„Distanzierungswahn"* und *„Bekenntniszwang"*. Fraglich ist jedoch, weshalb daraus keine Abkopplung von der klar politisch gesteuerten Diyanet-Struktur erfolgt und die Trennung von Religion und Politik somit tatsächlich verfolgt wird.

Am 15. Februar 2023 veranstaltete die Union gemeinsam mit der Stadt Krefeld eine Solidaritätskundgebung für die Erdbebenopfer in der Türkei – auch Vatanseverler rief dazu auf und beteiligte sich an der Kundgebung. Die Union vertritt, darauf weisen etwa alevitische, kurdische und linke türkische Gruppen in Krefeld immer wieder hin, nicht alle türkisch-muslimischen Menschen in Krefeld. Für viele ist die Teilnahme an Veranstaltungen, an denen AKP-Unterstützer, Graue Wölfe und andere türkische Nationalisten teilnehmen, weil sie über gute Kontakte zur Union verfügen, ausgeschlossen. Insbesondere vor der Tatsache, dass viele kurdische Gebiete vom Erdbeben betroffen waren, muss die Stadt Krefeld sich den Vorwurf gefallen lassen, durch die Bevorzugung der Union andere betroffene Communitys auszuschließen und türkisch-nationalistische Bestrebungen mindestens billigend in Kauf nehmen. ■

die große weltverschwörung

Immer wieder montags: Querdenken 215

Über zwei Jahre – mit halbjährlicher Pause – fanden während der Corona-Pandemie in Krefeld beinahe wöchentlich Demonstrationen statt. Als Hauptanliegen formulierten diese die Aufhebung sämtlicher Pandemie-Maßnahmen sowie die Einstufung des Virus als nicht gefährlich. Hinter den Corona-bezogenen Forderungen wurde allerdings ein antisemitisches, teils faschistisches Weltbild deutlich, das nicht nur von Einzelpersonen, sondern von nahezu allen Beteiligten getragen wurde.

Im Zuge der Corona-Pandemie begannen ab März 2020 deutschlandweit Proteste gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen, gegen die Einschränkung der Freizügigkeit und gegen die „offizielle" Berichterstattung über das Virus. Forderungen für eine Aufhebung der zur Pandemiebekämpfung als notwendig eingestuften Einschränkungen wurden vermischt mit antiwissenschaftlichen Ressentiments, abstrusen Verschwörungstheorien über die Herkunft oder Nicht-Existenz von Covid-19, über geheime Machtpläne einer Elite bis hin zu nationalistischen und antisemitischen Äußerungen. Schon früh deutete sich bei den Protesten eine Vermengung von „besorgten Bürgern", Anthroposophen, Impfgegnern, Neonazis und Hooligans an, die der Glaube vereinte, es mit einer groß angelegten Kampagne gegen das „deutsche Volk" zu tun zu haben.

Krefeld am Montag

In Krefeld starteten die Proteste am 11. April 2020 mit einer ersten Mahnwache von **Michael Pieper**, dem späteren Anmelder und Organisator weiterer Demonstrationen. Pieper setzte sich alleine auf den Neumarkt, ausgestattet mit einem Schild mit der Aufschrift *„Mahnwache – Grundgesetz – Bundesrepublik Deutschland"*. Die Reaktionen der Passantinnen und Passanten, so resümierte er, fielen allerdings *„bescheiden aus"*.

Michael Pieper sah und sieht sich selbst als rationalen, faktenbasierten Kritiker der Coronamaßnahmen und distanziert sich oberflächlich von extrem rechten Inhalten und Akteuren. Doch schon zu Beginn der Pandemie zeichnete sich auf seinem Facebookprofil ein nicht ganz so eindeutiges Bild ab. Angefangen mit den Narrativen, das Corona-Virus sei *„keinesfalls gefährlicher als eine gewöhnliche Grippe"* und die Mainstream-Medien seien gleichgeschaltet, landete er schnell bei Videos der neurechten Seite **„eigentümlich frei"** und bei Artikeln des konservativen bis rechtspopulistischen Online-Magazins **„kath.net"**, wohl mit dem Verweis, mit deren rechter Gesinnung nichts gemein zu haben. Es folgten Inhalte von **Oliver Janich, Tichys Einblick, Achse des Guten, Journalistenwatch, Russia Today** und **KenFM** – alles Medien, die zumindest rechte und verschwörungsideologische Inhalte gutheißen.

Der Kanal **KenFM** wird von dem gebürtigen Krefeld-Hülser Ken Jebsen betrieben, der durch seine Verschwörungsideologien und seinen Antisemitismus deutschlandweit Bekanntheit erlangte. Nachdem er jahrelang als Reporter und Moderator tätig war, entließ ihn der rbb 2011 aufgrund seiner Aussage, der Holocaust sei als PR erfunden worden. Anschließend widmete sich Jebsen seinem eigenen Youtube-Kanal, den er als *„freies Medium für freie Menschen"* bewarb. Hier wetterte er gegen *„die Medien"*, die *„Eliten"*, Zionismus und das Finanzsystem.

Ken Jebsen spielte erstmals ab Herbst 2014 eine tragende Rolle bei den montäglichen „Friedensmahnwachen" in ganz Deutschland. Nach anfänglicher Unterstützung linker Kräfte distanzierten diese sich nach und nach von dem Bündnis aus

15. Juni 2020: Organisator Michael Pieper eröffnet die Kundgebung auf dem Krefelder Theaterplatz. Auf seiner Brust ein Button mit der Aufschrift „Für Grundrechte – Gegen Faschismus".

Der Begriff „Plandemie" auf einem offiziellen Veranstaltungsflyer verweist auf die Vorstellung, die Corona-Pandemie sei von eine bestimmten Gruppe geplant worden, um geheime Interessen durchzusetzen.

„Weltverschwörern, Montagsdemonstranten und Reichsbürgern", wie die Bundestagsfraktion der Linken die Montagsdemos charakterisierte; explizit das Wirken von Ken Jebsen bei den Demonstrationen wurde als Grund für eine Abgrenzung erwähnt.

Auch in Krefeld fanden mehrere solcher Montagsmahnwachen statt. An zwei Terminen – zuletzt am 13. Juli 2015 – trat die Duisburger Band **„Die Bandbreite"** auf dem Krefelder Neumarkt auf. Ein weiterer geplanter Auftritt am 13. September 2015 auf dem „Greengos Festival" am Elfrather See gemeinsam mit dem verschwörungsideologischen Rapper „Kilez More" wurde aufgrund kritischer Interventionen von antifaschistischer Seite vorzeitig abgesagt. Die Bandbreite spielte auch später bei den Corona-Protesten eine wichtige Rolle und trat mehrfach bei Demonstrationen in verschiedenen Städten auf. Auch die Klientel sowie die thematische Ausrichtung der „Friedensmahnwachen" fand sich vielerorts bei der Querdenken-Bewegung wieder; einzelne personelle Überschneidungen konnten ebenso in Krefeld beobachtet werden.

Zurück zu **Michael Pieper**: Am 20. April 2020 forderte er die Bundesregierung zu einem geschlossenen Rücktritt auf, weil diese der Bundesrepublik *„den schwersten Schaden seit Bestehen der Bundesrepublik zugefügt"* habe. Bill Gates warf er vor, mithilfe von Impfungen die Weltbevölkerung um 10% schrumpfen zu wollen und seine „Fakten" bezog er vorrangig von Bodo Schiffmann, Anhänger des QAnon-Verschwörungsmythos (→ S. 122). Am 21. April 2020 trat Pieper der neugegründeten Partei **„Widerstand 2020"** bei.

Mit der ersten größeren Demonstration in Krefeld am 11. Mai 2020 war die thematische Ausrichtung also bereits bekannt, die weniger mit legitimer Kritik an Freiheitseinschränkungen als mit Verschwörungsfantasien zu tun hatte. Dem Aufruf zu einem unangemeldeten „Spaziergang" am 11. Mai folgten etwa 35 Teilnehmende auf den Von-der-Leyen-Platz vor dem Krefelder Rathaus, einige von ihnen mit dem Grundgesetz in der Hand. Weil die Aktion zuvor nicht angemeldet worden war, fotografierte die Polizei die Teilnehmenden. Eine Person hatte sich einen gelben Stern mit der Aufschrift „ungeimpft" angeheftet, einem offensichtlichen Verweis auf die Zwangskennzeichnung von Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten. Bei einer Diskussion in einer internen Telegramgruppe empfand man diese Gleichsetzung von Ungeimpften mit Jüdinnen und Juden, also die Relativierung der Shoa, als nicht antisemitisch, sondern als *„das genaue Gegenteil"*.

Die erste angemeldete Kundgebung fand am 1. Juni unter dem Motto „Maulkorb? Nein danke" statt, zu der sich 50 Personen auf dem Von-der-Leyen-Platz einfanden. Ab dem 15. Juni musste die montägliche Kundgebung aufgrund einer Baustelle vor dem Rathaus auf den Theaterplatz ausweichen. Das Motto: „Die Fassade bröckelt! Der letzte Akt im Corona-Theater?"

Die erste Großdemonstration in Berlin am 1. August 2020 fand auch unter reger Beteiligung aus Krefeld statt. Aus Berlin berichtete Michael Pieper per Video, dass etwa 800.000 Demonstrierende vor Ort seien, während die tatsächliche Anzahl auf maximal 25.000 geschätzt werden kann. Andere Akteure sprachen gar von mehreren Millionen; eine Fehlschätzung, die stellvertretend für den Realitätsverlust der gesamten Bewegung gelten kann.

Querdenken 215

Organisiert wurde die Großdemonstration in Berlin von der Stuttgarter Initiative **„Querdenken 711"**, die sich später wie eine Art Franchise in ganz Deutschland ausbreitete. Jede Stadt passte den Namen entsprechend der jeweiligen Telefonvorwahl an, übernahm aber die inhaltliche und visuelle Ausrichtung der Stuttgarter. Seit Dezember 2020 wird die „Querdenken"-Bewegung vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft, seit April 2021 wird diese vom Verfassungsschutz bundesweit beobachtet.

Erstmals am 21. August 2020 wurden die wöchentlichen Kundgebungen in Krefeld mit dem Namen **„Querdenken 215"** beworben, der auf einem entsprechenden Flyer abgebildet war. Auf der eigenen Website wird Michael Pieper als Verantwortlicher angegeben.

„Querdenken 215" arbeitete in den folgenden Monaten an einer engen Vernetzung mit den Bewegungen in anderen →

Städten und konnte auf die personelle Unterstützung der eigenen Demonstrationen zählen. Ihren vorzeitigen Höhepunkt bezüglich der Teilnehmerzahl erreichte „Querdenken 215“ am 12. Oktober 2020. Unter den etwa 150 Teilnehmenden fanden sich viele zugereiste Personen unter anderem aus Moers, Düsseldorf und Kempen. Im Gegenzug unterstützten Krefelder „Querdenker“ die Demonstrationen in diesen Städten, was zu einem regelrechten „Demo-Hopping“ avancierte. In Kempen zeichnete sich vor allem **Margot B.**, die Mutter des ehemaligen NPD-Politikers **Philippe Bodewig** (→ S. 73) für die Kundgebungen verantwortlich. Margot B. verbreitete auf ihrer Facebookseite antisemitische Lügen über die Rothschild-Familie. Die Demonstrationen in Düsseldorf waren wiederum stark von den der Reichsbürger-Ideologie nahestehenden **„Corona-Rebellen Düsseldorf“** geprägt, die innerhalb der Bewegung zu den radikalsten Gruppierungen gehörte und sich mehrfach an Auseinandersetzungen beteiligte – etwa am „Sturm auf den Bundestag“ am 31. August 2020.

Auf der Krefelder Demonstration am 12. Oktober 2020 trat auch der mittlerweile verstorbene Antisemit Manfred H. (Spitzname „Ufo-Manni“) als Redner auf. In den Jahren zuvor hatte er unter anderem bei den extrem rechten **Pegida NRW**-Demonstrationen in Duisburg geredet, wo er sich auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ bezog, einem gefälschten Buch, mit dem die Nationalsozialisten ihre antisemitische Ideologie zu rechtfertigen versuchten. Ein Auszug seiner Rede vom 13. Juli 2016 in Duisburg stellt nur einen Bruchteil seines antisemitischen und gefährlichen Weltbildes dar:

„Jesus wurde ans Kreuz genagelt. [...] Drei Nägel. Für den Nagel steht [...] in der Thora [...] die Zahl 6. Und für die Zahl 6 steht der Buchstabe W. Also jetzt überlegt: [...] Drei Nägel: Jesus, drei Sechsen: die Zahl des Tieres, und der Buchstabe W, drei mal W, World Wide Web. Und jetzt reimt euch euer Ding zusammen, wer der NSA ist und wer in welche Handys, Computer etc. schnüffelt.“ Und weiter: *„Zionisten und Juden unter einem Deckel. Der Geldjude macht sein Ding, versteckt unter der jüdischen Religion, so kann man ihm nichts.“*

„~~Ihr wisst, welcher Kampf zu führen ist. Das System muss weg, das wissen wir alle. Die Bundesrepublik in Deutschland ist kein Staat, sie ist eine konstituierte Clique.~~“

— Manfred H. auf einer Krefelder Querdenken-Demo

Auch seine Rede auf der Krefelder Demonstration war von derlei abstrusen Inhalten und der extrem rechten Reichsbürger-Ideologie, nach der Deutschland eine GmbH sei, geprägt. So sagte er auf dem Theaterplatz unter anderem:

„Ihr wisst, welcher Kampf zu führen ist. Das System muss weg, das wissen wir alle. Wenn ihr die Wahrheit darüber erfahren möchtet, müsst ihr euch mit der Geschichte auseinandersetzen. [...] Die Bundesrepublik in Deutschland ist kein Staat, sie ist eine konstituierte Clique, die ein Grundgesetz obstruiert gekriegt hat. Wir sagen nicht Verfassung. [...] Bereitet euch auf ganz andere Situationen vor wie die, die momentan herrschen.“ Und welches Geschichtsbild er meinte, machte er kurze Zeit später deutlich, als er vom nationalsozialistischen Kampfbegriff *„Versailler Diktat“* sprach. Statt Empörung erntete „Ufo-Manni“ jubelnden Applaus der anwesenden Krefelder „Querdenker“.

Dass „Querdenken 215“ bei all der städteübergreifenden Vernetzung seine angebliche Distanzierung von extrem rechten Gruppen nicht aufrechterhalten konnte, zeigte sich nicht zuletzt an der Groß-Veranstaltung in Düsseldorf am 6. Dezember 2020. Geplant war ein „Corona Info-Tag“ an verschiedenen Orten in der Düsseldorfer Altstadt. „Querdenken 215“ bzw. „Krefeld am Montag“ sollte am Alten Hafen eine eigene Bühne betreiben. Zwar wurde die Bühne nach Ankündigungen antifaschistischen Protests kurzfristig abgesagt, eine große Kundgebung mit starker Beteiligung aus Krefeld und Michael Pieper als Redner fand dennoch statt – am Rheinpark Golzheim. Wie zuvor angekündigt, nahmen mehrere hundert Personen aus dem Gewalt suchenden Neonazi- und Hooliganspektrum daran teil – darunter auch einzelne Personen aus der Fanszene des KFC Uerdingen. Deren Anwesenheit sorgte bei „Querdenken“ zwar für Diskussionen und eine Distanzierung des Redners Michael Schele, ausschlaggebend war aber weniger die faschistische Ideologie, sondern schlicht das vermummte Auftreten, das man sonst eher „der Antifa“ zugeordnet hatte.

Marcel Wojnarowicz, Sänger von „Die Bandbreite“, der als Redner, Moderator und Künstler das gesamte Bühnenprogramm begleitete, brachte diese oberflächliche Distanzierung per Mikrofon auf den Punkt: *„Wir möchten hier niemanden vor den Kopf stoßen, der sich den Zielen der Querdenken-Bewegung anschließen möchte. Aber für uns ist es etwas merkwürdig, wenn Leute maskiert hier reinrennen, die aussehen wie Antifa-Aktivisten, da kriegen wir Plaque. Deshalb: Anschluss an die Demonstration sehr gerne, aber nicht mit martialischem Auftreten, wo man nicht weiß, was passiert hier gerade. Das ist keine böse Sache.“* In einem anschließenden Interview ergänzte Ingo, Organisator der Veranstaltung: *„Wir haben im Prinzip nichts gegen die Menschen, wenn sie neutral zu unseren Veranstaltungen kommen würden“* – wohlgemerkt bezogen auf eine Gruppe, in der mehrere Neonazis aus den Parteien **„Die**

Rechte" (→ S. 74), **„Der Dritte Weg"**, **„NPD"** aus dem **HoGeSa**-Spektrum, der **„Bruderschaft Deutschland"**, der **„Volksgemeinschaft Niederrhein"** (→ S. 73) und **„Combat 18"** (→ S. 72) zugegen waren. Taktisch, so Ingo, sei deren radikales Auftreten der falsche Weg, um die Masse zu erreichen.

Auch in Krefeld mischten vereinzelt Personen aus dem Hooliganspektrum des KFC Uerdingen (→ S. 78) mit, auch wenn man diesen keine geschlossene extrem rechte Gesinnung zuordnen kann. Dafür machten sie umso mehr durch gewalttätige Aktionen gegen die in Hooligankreisen verachtete „Antifa" auf sich aufmerksam. Am 15. März 2021 versuchte eine Gruppe von 15 Hooligans aus der Krefelder „Querdenken"-Demonstration heraus anwesende Antifaschistinnen und Antifaschisten am Hauptbahnhof zu attackieren, zog dieses Vorhaben aber so zaghaft durch, dass die Polizei rechtzeitig eingreifen konnte. Vorerst blieb es nur bei Beleidigungen und Drohungen. Bereits nach der Demo und in den folgenden Wochen kam es allerdings immer wieder zu versuchten und tatsächlichen Angriffen auf einzelne Antifas, teilweise unter der Verwendung von Pfefferspray. Beispielsweise am 26. April 2021 – nachdem es eine offizielle Gegendemonstration gegeben hatte – attackierten Teilnehmer der „Querdenken"-Demonstration abreisende Gegendemonstrierende am Hauptbahnhof durch Schläge ins Gesicht.

In dieser Zeit – mindestens am 29. März 2021 und am 12. April 2021 – nahm auch der Krefelder Neonazi **Jason J.** an den „Querdenken"-Demos teil, ohne selbst aktiver Teil von „Krefeld am Montag" oder „Querdenken 215" zu sein. In den Jahren zuvor war Jason mehrfach mit neonazistischen Graffitis und Übergriffen auf Linke in Krefeld in Verbindung gebracht worden. Ein anonymes antifaschistisches Outingplakat behauptete 2018, dass Jason im Februar 2018 mehrere dutzend Hakenkreuze, SS-Runen und Keltenkreuze an Hauswände in Krefeld gesprüht habe. Jason nahm darüber hinaus mehrfach an extrem rechten Demonstrationen teil, etwa bei **„Pegida

2016: Jason J. (links mit Bauchtasche) auf einer Demonstration der Partei „Die Rechte" in Dortmund-Eving. Bild: Facebookprofil Jason J.

NRW"** in Duisburg, bei einer Demonstration der Neonazi-Partei **„Die Rechte"** oder bei einer Großdemonstration in Dortmund am 14. April 2018 unter dem Motto „Europa erwache". Bei der etwa 600 Teilnehmer umfassenden Demo, organisiert von der Partei **„Die Rechte"**, lief Jason mit einer Schwarz-Weiß-Roten Fahne und einem **„HoGeSa"**-Shirt in der vierten Reihe mit.

(Extrem) rechte Akteure

Man muss also nicht nur in andere Städte schauen, um auf Verstrickungen der Querdenken-Bewegung mit Hooligans zu stoßen; Gleiches gilt für (extrem) rechte Akteure.

Am augenfälligsten in Krefeld ist die Integration des Youtubers **Kevin Gabbe**. Gabbe filmt und streamt seit mindestens 2018 rechte Veranstaltungen, etwa von **„Wir für Deutschland"** in Berlin, dem **„Frauenbündnis Kandel"**, von **„Pegida NRW"**, dem Hooligan- und Türsteherzusammenschluss **„Internationale Kölsche Mitte"**, der **„Alternative für Deutschland" (AfD)** (→ S. 92), der Neonazipartei **„Die Rechte"**, des „Islamkritikers" Michael Stürzenberger sowie der rechten Mischszene aus Hooligans und Neonazis in Mönchengladbach, Herne und Essen.

Gabbe bezeichnete sich selber als „Anti-Antifa-Fotograf", gab an, Mitglied der wenig bedeutenden Gruppe **„Patrioten NRW"** gewesen zu sein und gründete Anfang 2019 gemeinsam mit dem Neonazi **Markus Rahmsdorf** – der 2021 zwischenzeitig in Krefeld wohnte – die ebenso bedeutungslose Gruppierung **„Freie Aktivisten NRW"**. Darüber hinaus nahm er vermehrt ohne Kamera an Kundgebungen und Demonstrationen der Neonazi-Szene teil, nicht selten in entsprechendem Outfit wie einem T-Shirt mit der Aufschrift *„Ursula Haverbeck – Es geht um den Preis, den man bereit ist zu zahlen!"*. Ursula Haverbeck war länger als zwei Jahre wegen Holocaustleugnung inhaftiert und galt in der extrem rechten Szene, insbesondere bei den Herausgebern des T-Shirts **„Die Rechte"**, als Märtyrerin. Zu „Die Rechte" scheint Kevin Gabbe ohnehin ein positives Verhältnis zu haben. So ließ er sich posierend vor einem Auto von „Die Rechte" ablichten. Am 11. September 2021 beteiligte Gabbe sich an einer Kundgebung der neu gegründeten Neonazi-Partei **„Neue Stärke" (NS)** in Braunschweig, ausge-

→

Kevin Gabbe posiert vor dem Auto der Partei „Die Rechte Dortmund". Rechts im Bild der deutschlandweit bekannte Neonazi Michael Brück.
Bild: Facebook

11. September 2021: Kevin Gabbe bei einer Kundgebung der Partei „Neue Stärke" (NS) in Braunschweig.
Bild: recherche nord

17. August 2020: Kevin Gabbe als Streamer auf einer Krefelder „Querdenken"-Kundgebung auf dem Theaterplatz.

stattet mit T-Shirt, Schlauchschal und Fahne von **NS**, die er auch bei späteren Demonstrationen – etwa bei einer **„Pegida NRW"**-Demonstration in Duisburg – trug. Im Verfassungsschutzbericht NRW 2022 wurde „Kevin G." als „Rechtsextremist" bezeichnet.

An seinen Kontakten in die Neonazi-Szene und seinen politischen Überzeugungen bestand also zu keinem Zeitpunkt Zweifel; bei der Krefelder Kundgebung am 20. Juli 2020 teilte er am Mikrofon sogar ausdrücklich mit, dass er seine politischen Ansichten nicht aussprechen wolle, weil er sonst mit Anzeigen zu rechnen habe. Dennoch konnte Gabbe schon früh eine wichtige Rolle bei „Krefeld am Montag" und später „Querdenken 215" einnehmen. Er trat dort nicht nur als Streamer auf, sondern entwickelte feste Freundschaften und wurde konsequent gegen jeglichen Vorwurf von außen in Schutz genommen. Denn – das muss dazu gesagt werden – „Querdenken 215" war und ist nicht nur ein loser Zusammenschluss von Personen, sondern avancierte zu einem festen Freundeskreis, der auch über die Demonstrationen hinaus Kontakte pflegte. So traf sich die Gruppe 2020 nach jeder Demo in der Gaststätte „La Romantica". Anfang 2021 sammelten die Krefelder „Querdenker" unter dem Aufruf *„Alle für einen"* mehr als 1500€ für den als *„mutigen Menschen"* bezeichneten Kevin Gabbe, damit dieser seine Anwaltskosten für seine zahlreichen laufenden Verfahren zahlen konnte.

Die Unterstützung von „Krefeld am Montag" sorgte dafür, dass Gabbe auch anderweitig in Krefeld in Erscheinung trat. Zuvor hatte er angegeben, in der Stadt, in der er wohnt, an keinen politischen Aktionen teilzunehmen. Am 19. August 2020 störte er dann allerdings das Gedenken an den rassistischen Anschlag in Hanau. Unter der Überschrift *„Rache Aktion am Krefelder Hbf"* provozierte er oberkörperfrei die Trauernden und streamte dies live im Internet. Vorher kündigte er bei Facebook an: *„Bin auf Krawall gebürstet, warte nur noch auf aggressive und provokante Aktionen der Bunten. Ich freue mich auf die Aktion am Krefelder Hbf."*

Am 2. Januar 2021 begleitete Gabbe die Düsseldorfer Neonazi- und Hooligangruppe **„Bruderschaft Deutschland"** zu einer Demonstration nach Bochum. Als es zu körperlichen Auseinandersetzungen mit antifaschistischen Gegendemonstrierenden kam, kommentierte er dies in seinem Livestream mit den Worten:*„Dafür sind wir eigentlich hier. Den Stream mach ich nur nebenbei, weil ich bin mit den Jungs hier. Ahu Ahu Ahu. Jetzt geht's los, jetzt wird's lustig."* Schon auf der Großkundgebung in Düsseldorf am 6. Dezember 2020 hatte sich Gabbe vermummt dem Gewalt suchenden Mob angeschlossen und ließ seine Kamera zu Hause, in der Hoffnung, dass es zu einer Gewalteskalation kommen würde, an der er sich beteiligen wollte.

24. August 2020: Volker Lachenicht (links) und Daniel M. (rechts) aus Essen auf der Krefelder Kundgebung. Daniels T-Shirt trägt die Aufschrift „Fuck WHO the NWO (Covid 1984)", verziert mit Symbolen eines Auges auf einer Pyramide, ein Zeichen, das in Verschwörungskreisen für die Illuminati steht.

Ebenfalls sehr früh fester Bestandteil von „Krefeld am Montag" waren die ehemalige **AfD**-Ratsfrau **Ruth Brauers**, die in der Telegram-Gruppe unzählige Links von verschiedenen Verschwörungsseiten postete, und der ehemalige Rechtsterrorist und **NPD**-Politiker **Volker Lachenicht** (→ S. 92). Lachenicht betont, sich von seiner neonazistischen Vergangenheit gelöst zu haben, seine Äußerungen bei Telegram sprechen allerdings eine andere Sprache.

Er forderte etwa einen *„gesunden Patriotismus"* und beweinte *„unser geschundenes und geschändetes Vaterland"*. Weiter behauptete er, die BRD sei eine Firma und das Deutsche Reich bestehe de jure fort. Er wetterte gegen die USA als *„Multikulti-Staat"* und befürwortete stattdessen die *„europäischen Brudervölker"*, in denen im Gegensatz zu Deutschland die abendländische Kultur nicht bewusst zerstört werde. Mit den *„Brudervölkern"* waren offensichtlich osteuropäische Länder wie Tschechien und Rumänien gemeint, denn an anderer Stelle berichtete er, sich mit *„Patrioten verschiedener Vaterländer"* wie den beiden erwähnten getroffen zu haben, weil man *„einen gemeinsamen Feind hat, der alle relativ homogenen Völker abschaffen will, die Globalisten"*. Weiter fantasierte er darüber, dass sich *„die Linksradikalen in Deutschland und die internationalen Geldmächtigen"* zu einer *„unheiligen Allianz verbündet"* hätten. Entsprechend bezeichnete er die **AfD** als einzige Alternative in der deutschen Politik.

Bezüglich Corona war er der Ansicht, eine *„Politelite"* nutze die Pandemie, um einen möglichst hohen Schaden anzurichten und behauptete, dass die Menschheit gechippt werden würde. Die „Querdenken"-Bewegung sah er demnach nicht als Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen, sondern als darüber hinausgehend an. Es gelte, die *„Ausbreitung der Schuldknechtschaft"* durch die *„im verborgenen agierenden Bilderberger"* zu beenden und den *„Staatskrebs"* zu beseitigen. Die *„Herrschafts-Klasse"* bezeichnete er als *„Minusseelen"*, ein Begriff, der beinahe ausschließlich im extrem rechten, Hitler-verehrenden Buch namens „Adolf Hitler: Sein Kampf gegen die Minusseele" benutzt wurde. Am 8. Oktober 2022 beteiligte sich Lachenicht an einer großen AfD-Demonstration in Berlin und bepöbelte Gegendemonstrierende mit dem Ruf *„Faules Pack"*, während er ein Schild der AfD-Zeitung **„Deutschland Kurier"** hochhielt. Am 13. Januar 2023 besuchte Lachenicht,

Die beiden Krefelder AfD-Politiker André Rönn (links) (17. August 2020) und Frank Wübbeling (rechts) (24. August 2020) als Streamer auf dem Theaterplatz.

wie mehrere andere Krefelder „Querdenker", unter anderem Michael Pieper, eine Kundgebung der Krefelder AfD vor dem Hauptbahnhof.

Kurz: Lachenichts Weltbild ist nach etwa 50 Jahren immer noch zutiefst mit völkischen, antisemitischen, nationalistischen und verschwörungsideologischen Ansichten durchsetzt, die von den Positionen neonazistischer Akteure nicht zu unterscheiden sind. Dennoch zählt er zum engsten Kreis der „Querdenken"-Demos und fungierte teilweise als Ordner.

Seit spätestens Oktober 2021 war Volker Lachenicht darüber hinaus Säulenbeauftragter für das Thema „Machtbegrenzung" im Kreisverband der frisch gegründeten Partei **„Die Basis"**. Neben Lachenicht gehörten weitere regelmäßige Besucher der „Krefeld am Montag"-Demos zu „die Basis", was angesichts ihrer Rolle als parteipolitischer Arm der „Querdenken"-Bewegung wenig verwundert. Am 12. April 2021 wurde „die Basis Krefeld" von 22 Mitgliedern im Samtweberhaus gegründet. Trotz zahlreicher Wahlkampfstände in der Krefelder Innenstadt vor der Bundestagswahl 2021 erreichte „die Basis" nur 1,4% der Stimmen in Krefeld. Als Direktkandidaten waren **Lars Kosma** (Wahlkreis 114) und der Naturheilpraktiker **Stefan Marzinowski** (Wahlkreis 110) angetreten. Am 5. März 2023 löste sich der Krefelder Kreisverband auf.

Zwar kein fester Bestandteil des Krefelder „Querdenken"-Freundeskreises, aber mehrfache Teilnehmer der Montagsdemos waren die beiden Krefelder **AfD**-Politiker **Frank** →

antisemitismus und verschwörungstheorien

Gerade in Zeiten historischer Krisen oder unerwarteter Ereignisse haben Verschwörungstheorien Hochkonjunktur und sind dabei nicht zufällig oft stark antisemitisch konnotiert. Verschwörungstheorien bedürfen keiner konkreten Ursache, sondern nur eines Anlasses, da sie bereits ein hermetisch abgeriegeltes Weltbild abrufen, um zu funktionieren. So lassen sich auch altbekannte Verschwörungsideologien in aktuelle Ereignisse integrieren, wobei eigene Widersprüchlichkeiten oder Widerlegungen ignoriert werden. Verschwörungsgläubige finden sich in einem harmonischen und widerspruchsfreien Selbst, welches mit „Gesinnungsgenossen" zu einer gemeinsamen Identität verschmilzt, die in einer sich zunehmend individualisierten und verkompliziert wirkenden Welt Halt und Zustimmung bietet. Gestützt wird diese Identität durch die Auffassung, im Besitz einer vermeintlich exklusiven, aufgeklärten und oppositionellen Haltung zu sein. So wähnt man sich im Wissen um die reine Wahrheit, während der Rest der Gesellschaft noch schläft und von der eigenen Hellsichtigkeit erweckt werden müsse.

Der strukturell antisemitische Charakter findet sich in der wahnhaften Suche nach Konkretisierung des Abstrakten und Unverstandenen, dem man die Übel der Welt anhaften kann, und die nur durch die Beseitigung der Verschwörer – unterschwellig: des Juden – von diesem Übel zu befreien ist. Diese antisemitische Paranoia unterscheidet sich maßgeblich von anderen rassistischen Ideologien, die beispielsweise mit der Behauptung einer zivilisatorischen Höherentwicklung Diskriminierung und Kolonialismus rechtfertigen wollen. Dem Antisemitismus liegt (auch) ein davon zu unterscheidendes Machtparadigma zugrunde, das den Juden nicht ausschließlich als minderwertig, sondern ebenso als übermächtig ansieht. Er ist keine ideologische Rechtfertigung zur Beherrschung anderer, sondern der Versuch einer Pseudo-Rationalisierung der eigenen Furcht vor den Zumutungen der Moderne. Die hieraus abgeleiteten Programmatiken sind nahezu immer gepaart mit Gewaltfantasien gegenüber der jüdisch personalisierten Repräsentation einer komplexen Welt. Antisemitischen Weltdeutungsmustern ist immer das Potenzial implizit, in Vernichtungsfantasien und konkreten Vernichtungswillen umzuschlagen.

Antisemitische Verschwörungserzählungen und Ressentiments haben eine lange Geschichte. Ihr Fortbestand erklärt sich aus ihrer dynamischen Transformations- bzw. Anpassungsfähigkeit. So zeigte sich beispielsweise während der Coronapandemie, dass das (spät-)mittelalterliche Bild des Juden als Verschwörer und Brunnenvergifter in einer säkularisierten und aktualisierten Version fortlebt. An solchen Beispielen wird deutlich, dass sich die antisemitischen Codes zwar wandeln, dass die ihnen zugrunde liegende Furcht vor dem Beherrschtwerden als genuiner Bestandteil antisemitischer Paranoia jedoch eine gewisse Kontinuität hat. Die gewaltvolle Zurückweisung einer als Zumutung empfundenen Moderne sowie der Versuch der Rückeroberung einer vermeintlich konspirativ entwendeten Souveränität sind die (zum Teil in Manifesten niedergeschriebene) Begründung für antisemitische Terrorakte der letzten Jahrzehnte. Dabei lässt sich in der Geschichte des Antisemitismus eine durchgehende spezifische Paradoxie dechiffrieren, nämlich die historische Permanenz widersprüchlicher Vorwürfe, wie: Jüdinnen und Juden seien zu auffällig, aber mischten sich gleichzeitig unters Volk, sie seien gegen das System und verkörperten es gleichzeitig, seien nicht identifizierbar und gleichzeitig Verfechter der Endogamie etc. Hierin zeigt sich, dass der Antisemitismus nichts über Jüdinnen und Juden verrät, jedoch offenbart er das totale Unvermögen der Antisemiten, mit Brüchen in der eigenen Identitätsbestimmung umzugehen. Nicht nur neidet man Jüdinnen und Juden das angeblich „verschwörerische" Kollektiv, oder ihre unterstellte „betrügerische" Verbindung zur Macht; es ist vor allem das „Unstete" und die eigentliche Nicht-Existenz einer jüdischen Identität, die die Identitätssuche von Menschen, welche sich durch diese abschließen wollen, ad absurdum führt und dadurch die Gefahr eines existenziellen Scheiterns eröffnet.

Es ist auffällig, dass moderne antisemitische Verschwörungsideologien oft in Verkettung mit antifeministischen und antikommunistischen Narrativen in Erscheinung treten. Die simultane Furcht der Antisemiten vor der Auflösung der persönlichen sowie der völkisch-nationalen Einheit und das damit einhergehende Gefühl einer bedrohten oder bereits entwendeten Souveränität findet im Juden, der emanzipierten Frau oder der Internationalistin seine „ideale" Projektion. Denn es sind eben diese Figuren, die qua ihrer ihnen attestierten Unzuordbarkeit und/oder geschlechtlichen Zwischenposition ein angeblich urgewesenes Ganzes und seine archetypische Ordnung zerstören. Die Verschwörungserzählung liefert die Erklärung dafür, dass eine vermeintlich „natürliche" Ordnung bedroht ist oder bereits nicht mehr existiert. Würde man Jüdinnen und Juden, die Linken, die emanzipierten Frauen, kurzum, die verheerende Nichtzugehörigkeit, die Entwurzelten und Heimatlosen los, so stünde diese Möglichkeit wieder offen. Es ist daher augenscheinlich, dass sich Verschwörungstheoretiker, das zeigte sich auch bei der Querdenken-Bewegung, nicht für eine menschlichere Welt ohne ökonomische Zwänge einsetzen, sondern sich grundsätzlich mit dem Status Quo oder einer imaginierten „Normalität" identifizieren. Ihre Rebellion ist keine emanzipatorische, sondern eine konformistische, die nicht durch zu wenig, sondern zu viel Anpassung an das herrschende System entsteht.

Dirk und Katja H. Dirks T-Shirt trägt den QAnon-Schriftzug „WWG1WGA" auf einer Schwarz-Weiß-Roten Fahne. Bei Telegram schrieb er unter anderem, dass die Migrationsbewegung (in den USA) ein Fake vom Juden George Soros sei, der allen Darstellern 15 Dollar am Tag geboten hätte. Auch Katja verbreitete auf Facebook mehrfach antisemitische Lügen und extrem rechte Inhalte.
Bild: Telegram Krefeld am Montag

1. August 2020: Dirk als Repräsentant der von „Krefeld am Montag" auf der Großdemo in Berlin, eingekleidet in QAnon-Tshirt.
Bild: Facebook

Wübbeling (→ S. 98) und **André Rönn.** Zum ersten mal am 17. August 2020 filmten beide die gesamte Veranstaltung mit ihren Handykameras. Schon zuvor waren die AfDler bei „Querdenken"-Protesten in anderen Städten als Streamer unterwegs und unterstützten den Telegram- und Youtube-Kanal des befreundeten, damals noch AfD-Politiker in Rosenheim, **Stefan Bauer** mit Videos von Demonstrationen. Mehrfach bewegten sie sich auch gemeinsam auf Demonstrationen. Die Rosenheimer AfD distanzierte sich von Bauers Aktivitäten bei Protesten gegen die Corona-Politik und warf ihn im Oktober 2021 schließlich aus der Partei, weil Bauer im März 2021 bei einem Besuch des KZ Mauthausen den Corona-Impfstoff mit Zyklon B verglichen hatte.

Am 19. April 2021 hielt Wübbeling als Demonstrant und nicht als Streamer eine kurze Rede auf der Krefelder „Querdenken"-Demonstration vor dem Hauptbahnhof.

„Rabbithole" Telegram

Linke Proteste gegen die „Querdenken"-Bewegung haben sich seit Beginn vermehrt auf ebensolche Verstrickungen und Duldungen von Neonazis und rechtsoffenen Personen bezogen. Der Tenor: „Man marschiert nicht zusammen mit Nazis und Faschisten." Eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Querdenken-Demos müsste aber einen Schritt weiter gehen und gerade diejenigen unter die Lupe nehmen, die sich oberflächlich von rechtem Gedankengut distanzieren und als „bürgerliche Mitte" auf die Straße gehen. Denn ausgerechnet bei ebenjenen, sich selbst als „normale Leute" bezeichnenden, Personen verbirgt sich hinter den bunten Luftballons, dem Ruf nach *„Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung"* und den Herzchen-Gesten ein faschistisches Potenzial, das der Sozialphilosoph Max Horkheimer bereits im letzten Jahrhundert als „konformistische Revolte" bezeichnete.

Ein Blick in die Telegramkanäle „Krefeld am Montag" und „Querdenken 215" kann diese Einschätzung nur bestätigen. Abertausende Bilder, Videos, Links, Texte, Sprachnachrichten aus immer absurderen Quellen machen einen Gesamtüberblick über die Tiefe des Lochs, das sich dort auftut, unmöglich. Folglich sollen daher beispielhaft Ausschnitte aus selbst geschriebenen Texten und Diskussionen der Krefelder einen kleinen Einblick geben:

Seit Juni 2020 prägt ein Transparent mit der Aufschrift *„Für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit"* die Außendarstellung der „Krefeld am Montag"-Kundgebungen. Verziert ist es mit allerlei Blümchen, Herzchen und Smileys. **Dirk**, der Gestalter des Banners, äußerte in einem Gespräch auf Telegram sein Anliegen, für das Grundgesetz zu werben: *„Ich habe echt widerwillig das Wort Grundgesetz auf unser Plakat gepinselt."* Der Grund: Er und viele weitere „Querdenker" sind der Ansicht, dass das Grundgesetz keine Verfassung und die Bundesrepublik Deutschland vielmehr als GmbH statt als souveräner Staat anzusehen sei, eine bei sogenannten „Reichsbürgern" weit verbreitete Falschaussage. Unterstrichen wird diese Ansicht von Dirk durch das Tragen eines T-Shirts in den Farben Schwarz-Weiß-Rot, also der Flagge des Deutschen Reichs in der Kaiserzeit und von 1933 bis 1935. Erst sobald die *„BRD GmbH"* eine Verfassung habe, pinsele er „Verfassung" drüber: *„Alles zu seiner Zeit."* Andere Personen des – damals noch sehr kleinen – Querdenken-Kreises stimmten zu und betonten, dass der positive öffentliche Bezug auf das Grundgesetz taktisch klug ist.

Michael Pieper dazu: *„Friedensvertrag und ein souveräner Staat sind, wie Ruth [Brauers] schon schrieb, nicht der erste Schritt, sondern vielleicht das dritte oder vierte Ziel."* Bis dahin gelte es, weiterhin für das Grundgesetz, die *„Bedienungsanleitung der BRD"* einzutreten. →

Petra E., früher unter anderem in der Flüchtlingshilfe aktiv, während der Pandemie allerdings tragender Teil des „Querdenken"-Orgakreises äußerte dazu: *„Grundgesetz. Sagt mal, findet ihr es alle so prickelnd das in Form wie es ist unbedingt weiterzuführen? Mir gefallen da einige Punkte überhaupt nicht, die wiederum durch andere Gesetze ausgehebelt werden."* An anderer Stelle sprach auch Petra von der *„BRD GmbH"* und verwies vermehrt auf Gruppen und Personen der **QAnon**-Bewegung, beispielsweise auf den Verschwörungsideologen Hans-Joachim Müller, der etwa der Überzeugung ist, dass Bill Gates die Pandemie erfunden habe.

„~~Ändern tut sich erst was, wenn alle Medienhäuser abfackeln, Journalisten im Knast sitzen, das geraubte Vermögen der Politiker und NGOs wieder der Bevölkerung zurück gegeben wird und alle diese Arschlöcher da oben öffentlich hängen, nachdem sie komplett enteignet wurden.~~"

— Kris T. in der Telegramgruppe „Krefeld am Montag"

QAnon geht zurück auf die im Internet verbreitete Lüge, demokratische Politiker in den USA, bis hin zu Barack Obama, würden einen internationalen Kinderhändlerring betreiben und zentrale Aktivitäten wie satanische Gewalt über eine Pizzeria in Washington steuern. Als vermeintliche Vergeltungsaktion stürmte ein bewaffneter Mann am 4. Dezember 2016 die Pizzeria und schoss zweimal auf das Türschloss. Die Erkenntnis, dass es den Keller, in dem die Gewalt vonstattengehen sollte, gar nicht gab, brachte die Anhänger der Verschwörungstheorie nicht davon ab, weiter an sie zu glauben.

Im Oktober 2017 griff ein anonymer Internetnutzer namens **„Q"** auf einem Onlineportal die Geschichte auf und behauptete, weitere Geheiminformationen der US-Regierung zu besitzen. Zwar erwiesen sich auch alle seine kruden Vorhersagen, etwa dass Hillary Clinton aus den USA ausgewiesen werden würde oder George Soros einen Putsch plane, als falsch, doch auch das brachte eine steigende Anzahl an Verschwörungstheoretikern nicht davon ab, die Vielzahl an Theorien als Geheimwissen einzustufen und weiterzutragen. Verbreitet wurde durch „Q" und seine Anhänger unter anderem, dass Donald Trump als einziger Politiker gegen die *„liberalen Globalisten und jüdischen Banker"* kämpfe, dass Angela Merkel mit Adolf Hitler verwandt sei, dass Hitler nur eine Marionette einer – bis heute aktiven – geheimen Elite (häufig: die Illuminati) gewesen sei, dass es einen *„Deep State"* gebe, der eine *„Neue Weltordnung"* (NWO) umsetzen wolle, um die USA zu zerstören, dass ein Bankier die Titanic versenken ließ, um die Kontrolle über die US-Notenbank FED zu bekommen oder dass eine Elite Kinder in Kellern halte, um ihnen Adrenochrom zu entnehmen, das zu einer ewigen Jugend verhelfe.

Durch eine Vielzahl seiner Märchen zieht sich eine antisemitische Agenda. Hintermänner des Kinderhändlerrings seien *„die Rothschilds"*, mit *„globale Bankenelite"* verweist „Q" codiert auf „die Juden" und die Adrenochrom-These knüpft offensichtlich an die antisemitische Ritualmordlegende an.

Mit der Verschwörungstheorie, dass Bill Gates mithilfe von Impfungen RFID-Chips in Menschen implantieren wolle, beeinflusste „Q" die weltweiten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen maßgeblich, insbesondere in den USA und in Deutschland. Die New York Times schätzte die deutsche QAnon-Bewegung auf 200.000 Personen; Dem deutschsprachigen Telegramkanal **„Global Change"** folgten während der Pandemie über 160.000 Nutzer. Bekannte Anhänger in Deutschland sind Xavier Naidoo, Attila Hildmann, Oliver Janich oder „Querdenken"-Initiator Michael Ballweg. Die Anti-Maßnahmen-Proteste am 1. und 29. August 2020 in Berlin waren stark durch Inhalte von QAnon geprägt.

Der Krefelder „Querdenker" und QAnon-Anhänger **Kris T.** erlangte auf der deutschlandweiten Demonstration am 29. August 2020 mediale Aufmerksamkeit, indem er ein Banner mit der Aufschrift *„Lieber Mr. TRUMP, lieber Mr. PUTIN! Wir brauchen einen Friedensvertrag"* sowie ein T-Shirt und eine Mütze mit großem „Q" trug. Der ebenfalls auf dem T-Shirt aufgebrachte Schriftzug *„Where we go one*

we go all" (WWG1WGA) dient als Erkennungszeichen von QAnon. Kris nahm mehrfach an den „Krefeld am Montag"-Demos teil und gehörte zum engen Umfeld. Auch Dirk trug auf einer Demonstration in Berlin ein T-Shirt mit dem „Q"-Symbol.

Was Kris T. zu seinem Hilferuf an Trump und Putin bewog, verdeutlichte er im Telegramchat „Krefeld am Montag": *„Momentan findet der Endkampf zwischen den lichten und dunklen Mächten statt, man kann ohne Übertreibung sagen, das Jahr 2020 gehört zu den entscheidendsten der Menschheitsgeschichte."* Es muss nicht extra erwähnt werden, dass Kris die beiden autoritären Politiker Trump und Putin den *„lichten Mächten"* zuordnet und wer mit den *„dunklen Mächten"* gemeint ist. Weiter schrieb Kris: *„Ändern tut sich erst was, wenn alle Medienhäuser abfackeln, Journalisten im Knast sitzen, das geraubte Vermögen der Politiker und NGOs wieder der Bevölkerung zurück gegeben wird und alle diese Arschlöcher da oben öffentlich hängen, nachdem sie komplett enteignet wurden."* Es seien satanische Mächte, die den Menschen so weit beschädigt hätten, dass dieses Vorgehen gerechtfertigt sei.

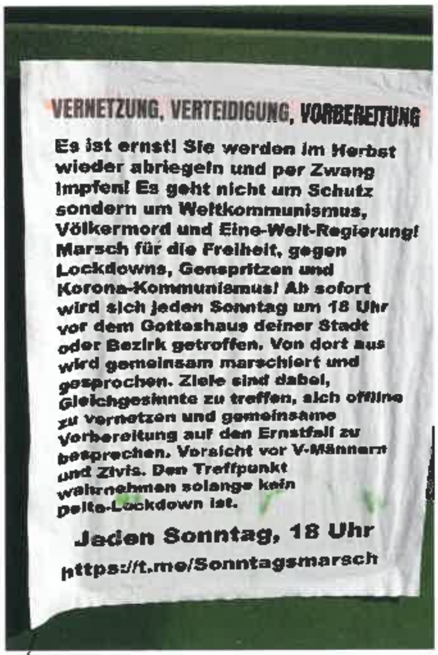
Auch weitere Mitglieder der Krefelder Telegramgruppe machten aus ihren Gewaltfantasien keinen Hehl: *„Hausputz ist angesagt. Der Dreck muss weg"* oder *„Wir kriegen alles friedlich hin, wenn die Ordnungsorgane die Füße still halten"* sind die eher harmlosen Äußerungen. *„Ich werde mit dem Messer zwischen den Zähnen und bis zum letzten Tropfen Blut kämpfen"* gehört beispielhaft zu den offensiveren Ankündigungen. Ein User wünschte sich darüber hinaus Rocker und Motorradgangs als Teilnehmer der Krefelder Demos, mit der Absicht, den Gegenprotest entweder einzuschüchtern oder körperlich zu attackieren. Bei denen gelte noch das *„Naturrecht"*, das durch *„Stierblut"* durchgesetzt werde.

Widerspruch anderer „Querdenker" für derlei Aufrufe finden sich keine. Wird doch mal eine (außenstehende) Stimme laut, die gewisse Äußerungen kritisiert, wird diese mit dem Vorwurf der Spaltung ruhig gestellt und aus der Chatgruppe entfernt. So schrieb **Kris T.** beispielsweise auf den Hinweis, dass es sich bei **Kevin Gabbe** um einen Neonazi handelt: *„spaltung ist GENAU DAS was die dunklen mächte wollen (und die antifa tut. spaltet kevin? nein! ende der diskussion.)"*

Erhellend ist außerdem ein Blick in den Telegram-Kanal **„Info: Krefeld am Montag"**, weil dieser nicht als Diskussionsforum offen für alle Interessierten ist, sondern als eine Art Blog vom Organisationskreis der Krefelder Demonstrationen betrieben wird. Man muss nicht lange suchen, um zwischen der Vielzahl an Falschinformationen zur Corona-Pandemie und der Auffassung, das Virus sei (von Bill Gates) erfunden worden, um alle Kinder unfruchtbar zu machen, auf Inhalte zu stoßen, die eine politische Einschätzung von „Krefeld am Montag" erleichtern. Am 7. August 2021 veröffentlichte der Kanal zum Beispiel ein Foto eines verklebten Zettels mit dem Kommentar *„Gefunden in Krefeld. Einfach nur geil"*. Der Inhalt des Zettels: *„Es ist ernst! Sie werden im Herbst wieder abriegeln und per Zwang impfen! Es geht nicht um Schutz sondern um Weltkommunismus, Völkermord und Eine-Welt-Regierung! Marsch für die Freiheit, gegen Lockdowns, Genspritzen und Korona-Kommunismus! Ab sofort wird sich jeden Sonntag um 18 Uhr vor dem Gotteshaus getroffen. Von dort aus wird gemeinsam marschiert und gesprochen. Ziele sind dabei, Gleichgesinnte zu treffen, sich offline zu vernetzen und gemeinsame Vorbereitungen für den Ernstfall zu besprechen. Vorsicht vor V-Männern und Zivis. [...]"*

Ein geteiltes Foto wirft darüber hinaus „der Antifa", der „Black lives matter"-Bewegung und Wikipedia vor, die Medien zu kontrollieren. Ein anderes Sharepic behauptet, momentan werde daran gearbeitet, *„19 Punkte, die Karl Marx zur Versklavung der Völker empfiehlt"*, umzusetzen. Zu diesen angeblichen 19 Punkten zählten unter anderem: *„Die Familien zerstören."*, *„Durch Wirtschaftskrisen Weltbankrotte vorbereiten"* oder *„Menschen durch Impfgifte gesundheitlich schädigen"*. Weitere Inhalte von **QAnon**-Seiten, Attila Hildmann oder anderen (neu)rechten Kanälen verdeutlichen: Trump und Putin = gut, alles Linke = schlecht. →

29. August 2020: Krefelder Kris T. (rechts) in QAnon-Shirt auf einer Querdenken-Großdemo in Berlin. Bild: Grischa Stanjek/democ.



Dieser in Krefeld angebrachte Aufruf wurde vom Orgakreis von „Krefeld am Montag" mit den Worten „Einfach nur geil" kommentiert. Bild: Telegram

26. August 2020: #wirmachenauf-Initiator Mecit Uzbay als Redner auf der „Krefeld am Montag"-Demo auf dem Theaterplatz. In seiner Rede bot er dem Gegenprotest 1000 €, sofern dieser die Existenz des Virus nachweisen könne.
Bild: Youtubekanal Kevin Gabbe

Das Weltbild beinahe des gesamten Organisationskreises ist so sehr durch (antisemitisches) Verschwörungsdenken geprägt, dass eine Trennung zwischen „guten" Maßnahmengegnern und „bösen" Neonazis nicht aufrecht erhalten werden kann. Es muss vielmehr festgehalten werden, dass wesentliche Teile der Proteste – auch und insbesondere in Krefeld – Corona nur als mobilisierenden Faktor verstanden und die Motivation, auf die Straße zu gehen, weniger in einer Kritik der konkreten Maßnahmen, sondern in tiefgreifenden antisemitischen, verschwörungsideologischen, faschistischen und rechtsradikalen Auffassungen zu finden ist. Das umfassende Netzwerk auf Telegram dient dabei als eine Art schwarzes Loch, durch das man innerhalb kürzester Zeit von vermeintlich harmlosen Inhalten zu umstürzlerischen extrem rechten Positionen gelangt, ohne es zu merken.

#wirmachenauf

Am 2. Januar 2021 sorgte ein Aufruf der Kampagne „Wir machen auf" für nationale Aufmerksamkeit. Der Krefelder Initiator **Mecit Uzbay** kündigte an, sein Kosmetikstudio auf der Neusser Straße trotz eines bundesweiten „Lockdowns" öffnen zu wollen und motivierte Einzelhändler dazu, dasselbe zu tun. Binnen eines Tages folgten ihm auf Telegram mehrere Zehntausend Nutzer. In allen großen Medien wurde diese Ankündigung als Aufbegehren des Einzelhandels gedeutet und teils unkritisch weiterverbreitet. Doch ein Blick auf den bisherigen Aktivismus von Uzbay zeigt, dass es sich weniger um eine unabhängige Unmutsbekundung, sondern vielmehr um eine Kampagne aus der „Querdenken"-Ecke handelte.

Mecit Uzbay verbreitete unter dem Pseudonym **„MedMecit"** schon lange zuvor Falschmeldungen rund um Corona. Am 18. September 2020 gründete er den Telegramkanal „Corona Lüge – Fakten aus der Welt by MedMecit", den er später in „Coronapedia – Fakten aus der Welt by MedMecit" umbenannte. Neben klassischen Fakenews waren hier auch Verschwörungstheorien rund um einen „Great Reset" oder die Aktivitäten George Soros' zu finden.

Sein Pseudonym sowie das Titelbild (Illustration eines Arztes) sollten einen ärztlichen Hintergrund suggerieren, was auch in seiner Twitter-Beschreibung deutlich wurde: „MedMecit – About Health. Alternative Medizin, Gesundheit, Wissenschaft". Uzbay konnte nach eigenen Angaben allerdings nur auf ein Heilpraktiker-Studium (ein solches gibt es nicht) zurückblicken und betrieb zum Zeitpunkt der Kampagne lediglich ein Kosmetikstudio in der Krefelder Innenstadt, das sich vordergründig auf Gesichtspflege und Haarentfernung spezialisiert.

In sein Kosmetikstudio lud er bereits im Vorjahr mehrfach Interessierte zu einem wöchentlichen „Anti Corona Stammtisch" ein. Außerdem trat er als Redner bei „Querdenken"-Demos in Krefeld auf. In einer Rede im August 2020 behauptete er, dass Sars-CoV-2 gar nicht existiere und warf den anwesenden Gegendemonstrierenden, die er mit „die Antifa" ansprach, vor, gekauft zu sein; unter großem Applaus von „Krefeld am Montag".

„Comeback" 2022

Die vorerst letzte Demonstration von „Querdenken 215" fand am 14. Juni 2021 statt. Nach einem halben Jahr Pause war die Ruhe allerdings wieder vorbei und in Krefeld fanden sich, ebenso wie in vielen anderen Städten, erneut mehrere Personen jeden Montag um 18:00 Uhr auf dem Rathausplatz ein. Anfangs als unangemeldeter „Spaziergang" beworben, fand sich nach kurzer Zeit ein neuer Veranstalter: **Dirk H.** aus Willich (nicht identisch mit dem bereits erwähnten Dirk). **Michael Pieper** blieb aber weiterhin den Protesten erhalten und nahm, neben weiteren Personen des „Krefeld am Montag"-Freundeskreises, eine zentrale Rolle in der Organisation und Außendarstellung ein. Fortan fanden die Demonstrationen wieder unter dem Label „Krefeld am Montag" und nicht mehr als „Querdenken 215" statt, obgleich das Verhältnis der beiden quasi personell identischen Gruppen ohnehin nie klar war.

Im Januar und Februar 2022 fielen die Demonstrationen kurzzeitig wesentlich größer aus als gewohnt und unter den bis zu 350 Personen fanden sich viele unbekannte, teilweise ideologisch sicherlich nicht ganz gefestigte, Personen ein. Doch der Tenor, nicht primär gegen die Corona-Maßnahmen, sondern gegen „das System" auf die Straße zu gehen, prägte weiterhin die Montagsdemos und die Telegramgruppen.

Die Demonstration am 7. Februar 2022 leitete der Veranstalter Dirk H. zum Beispiel wie folgt ein: *„Egal ob die Impfpflicht kommt [...] Dann komm ich hier trotzdem weiter her und will, dass auch diese Menschen, die aktuell dafür verantwortlich sind, dass hier so viel Leid in Deutschland passiert, zur Verantwortung gezogen werden. [...] Hier muss jeder erkennen, dass es nur über uns möglich ist, das System zum kippen zu bringen."* Der anschließende Redner ergänzte, dass man auch „nach dieser Sache" weiter demonstrieren müsse: *„Das Ding muss komplett durchgezogen werden."* Am 4. April 2022 trug ein an der Spitze der Demo laufender Ordner mit „Krefeld am Montag"-Aufkleber den gesamten Demonstrationszug ein Schild der extrem rechten Zeitschrift **„Compact"** mit sich.

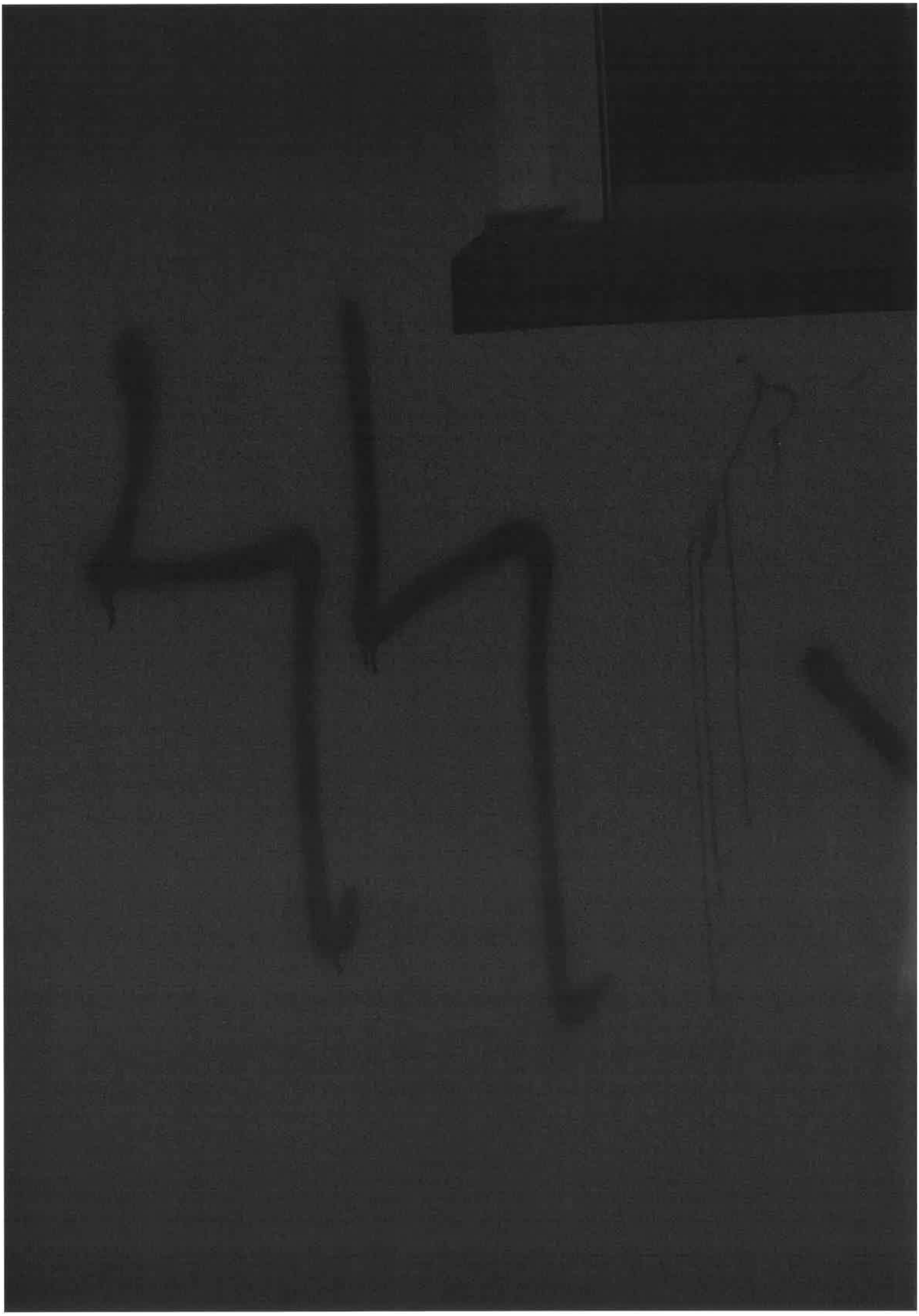
Auch auf dem offiziellen Telegram-Infokanal von „Krefeld am Montag" lief alles weiter wie gewohnt. Am 16. Februar 2022 postete dieser einen Videolink mit den ergänzenden Worten *„Ein Link zu einer 13 Teile umfassenden Serie, die sehr, sehr spannend ist. Aber Vorsicht! Nach dem Schauen der Serie wird euere Sicht auf die Welt eine andere sein."* In der etwa sechsstündigen Videoreihe kommt man dann aus dem Staunen nicht mehr raus. Die zentrale Kernaussage: Die Erde ist eine Scheibe. Geheim gehalten wird dieses Wissen von satanischen Mächten, die als Erkennungszeichen den Davidstern (angeblich das Symbol für den Teufel, schließlich verweisen die sechs Zacken, sechs Dreiecke und sechs Seiten, die im Stern zu finden sind, auf die Zahl 666) nutzen und die gesamte Welt lenken. Zu finden sei die Symbolik der Geheimelite mit jüdischem Ursprung etwa in den Logos von Facebook, Google, Apple Store und GMail sowie in der Abkürzung WWW für „World Wide Web". Das Schlimme: Es handelt sich dabei nicht um ein Satirevideo, sondern um eine in „Querdenken"-Kreisen weit verbreitete Verschwörungstheorie, die nicht nur von „Ufo-Manni", sondern offensichtlich vom innersten Kreis von „Krefeld am Montag" geteilt wird. Auch **Ruth Brauers** fiel in der Vergangenheit durch das Teilen von Inhalten zu einer angeblich flachen Erde auf.

Es verwunderte daher kaum, dass mit solcherlei Wahnvorstellungen jedes gesellschaftliche Ereignis in die eigene Wahnvorstellung eingearbeitet wird, wie es „Info: Krefeld am Montag" durch das Weiterleiten folgenden Textes am 25. Februar 2022 deutlich machte: *„Der schon ewig andauernde Russland-Ukraine-Konflikt eskaliert genau dann, als die Pandemie ihr Ende zu finden scheint, und die Aufarbeitung ansteht. Bin nur ich es, der das bemerkenswert findet? #Weltkrieg"*

Bis ins Jahr 2023 organisierte „Krefeld am Montag" wöchentliche Kundgebungen auf dem Neumarkt und vor dem Rathaus, die sich anfangs gleichermaßen mit Corona wie dem Russland-Ukraine-Krieg befassten, später konzentrierte man sich gänzlich auf Zweiteres. Gefordert wurde unter anderem der Stopp der Sanktionen gegen Russland, der Austritt aus der NATO, der Rücktritt der Regierung, Neuwahlen für eine *„direkte Demokratie"* und dass Deutschland wieder *„souverän und neutral"* werde. Am 17. Oktober 2022 sorgte eine Gegendemonstration von ukrainischen Geflüchteten dafür, dass „Krefeld am Montag" ihre Kundgebung kurzerhand abbrach und das Feld räumte. Am 14. November versuchte eine etwa 15-köpfige „Querdenken"-Abordnung, sich dem linken Sozialprotest „Genug ist genug" anzuschließen und konnten einmalig ungestört an der Kundgebung teilnehmen und ein verschwörungstheoretisches Schild unter anderem mit der Aufschrift *„Massenmigration als Waffe"* hochhalten. Nach internen Differenzen im „Genug ist genug"-Bündnis hielt „Krefeld am Montag" in der Folgezeit wieder ihre eigenen Kundgebungen ab.

Fazit

Obgleich die fehlende Abgrenzung zu Neonazis und gewaltsuchenden Hooligans auch in Krefeld offensichtlich ist, liegt eine notwendige Kritik wesentlich tiefer. Das friedfertige Auftreten bei Demonstrationen und das Selbstbild als antifaschistisch darf nicht darüber hinwegtäuschen, was als politische Stoßrichtung ganz offen zutage tritt, wenn das Thema die konkreten Coronamaßnahmen überschreitet. Eine antipluralistische, anti-linke, verschwörungsideologische, völkische, antisemitische und umstürzlerische Agenda, die zwar voller Überzeugung vertreten, aber nicht als solche erkannt wird. Denn: Den Wahn erkennt natürlich niemals, wer ihn selbst noch teilt. Oder um es mit den Worten von Michael Pieper zu sagen: *„Wenn der Faschismus wiederkommt, wird er kein braunes Hemd und einen kleinen Oberlippenbart tragen."* ■



chronik

rechter aktivitäten in krefeld

1965 – 2023, eine unvollständige Auflistung

immer aktuell: kronik.noblogs.org

1965 – 1979

Mai 1968
Das NPD-Mitglied Wilhelm Bernhard schlägt den Schaukasten der Lukaskirche ein, übergießt ihn mit Benzin und zündet ihn an.

1969
Vor der Bundestagswahl veranstaltet die Krefelder NPD eine zweistellige Anzahl an Veranstaltungen. Unter anderem in den Gasthäusern „Et Bröckske", „Neymanns", „Berkner", im Uerdinger „Burghof" oder im Verberger Gasthaus „Auler". Die Mitgliederversammlungen finden in der Gaststätte „Peter Krücken" in Willich statt.

1970
Neonazis aus dem NPD- und „Aktion W"-Umfeld verüben innerhalb von drei Monaten (November 1970 bis Januar 1971) fast zwanzig Anschläge in Krefeld. Sie schießen unter anderem auf das DGB-Büro, das SDAJ-Heim und die Filiale der sozialdemokratischen „Neuen Rhein-Zeitung". Dabei hinterlassen sie teilweise Schilder mit einem „W", dem Zeichen der „Aktion Widerstand".

31. Januar 1970
27 Mitglieder des Krefelder Kreisverbandes, darunter auch das Gründungsmitglied Martin Fuehrer, geben medienwirksam bekannt, dass sie aus der Partei austreten und warnen vor dem NPD-Kreisverband. Sie werfen ihm vor, Sachbeschädigung und Brandstiftung zu dulden.

21. Mai 1970
Mitglieder der Europäischen Befreiungsfront planen einen Anschlag auf das Treffen des DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph mit dem SPD-Bundeskanzler Willy Brand. Die Polizei stoppt die Gruppe vorzeitig und nimmt 14 Personen fest. Darunter auch das Krefelder NPD-Vorstandsmitglied Volker Lachenicht.

14. November 1970
Die Fenster der Geschäftsstelle der Neuen Rheinzeitung und der Westdeutschen Zeitung werden durch das Schleudern von Glas- und Stahlkugeln zerstört.

25. Januar 1971
Unbekannte – vermutlich aus dem Umfeld der NPD – setzen das Büro der DKP mit einem Sprengsatz in Brand. Das Büro brennt vollständig aus, nur durch Glück können sich die Personen in den Wohnhäusern rechtzeitig retten.

17. Juni 1971
Unter dem Namen „Partei der Arbeit – Deutsche Sozialisten" (PdA/DS) gründet sich eine rechtsterroristische Partei aus dem ehemaligen Umfeld der „Aktion W" und der „Deutsch-Sozialen Aktion". Das Gründungstreffen findet in Krefeld statt. In den Vorjahren trat der Gründer Friedhelm Busse bereits mehrfach als Redner bei der Krefelder NPD auf.

1976
In Krefeld wird die nationalsozialistische Sekte „Gylfiliten" gegründet.

09. November 1976
Am Jahrestag der Reichspogromnacht schänden Neonazis den jüdischen Friedhof in Krefeld.

1977
Die „Kampfgruppe Winter" tritt erstmals öffentlich in Erscheinung und ruft im Krefelder „Stadtanzeiger" zu Wehrsportübungen auf. Als Clubraum der Gruppe dient die Gaststätte „Heidekrug" auf der Krefelder Straße.

Juni 1978
Im April und Juni 1978 treten sechs uniformierte Mitglieder der „Kampfgruppe Winter" provokativ in die Öffentlichkeit, womit sie es sogar in den Verfassungsschutzbericht NRW schaffen: Im Juni marschieren sie in SA-Uniform und ausgerüstet mit Karabinern (Militärgewehre) über die Krefelder Hochstraße und singen dabei Kampflieder aus der Hitlerzeit.

1979
Bei einer Razzia in Krefeld beschlagnahmt die Polizei diverse NS-Devotionalien wie SS-Fahnen, Hitler-Porträts und Hakenkreuzbinden.

1980 – 1989

27. November 1980
Der Tönisvorster Kaufmann Günter Stammes gründet die „SINUS-Verlag GmbH" mit Sitz in Krefeld. Der Verlag dient später als Schnittstelle zwischen konservativen und extrem rechten Kreisen.

November 1981
Helmut P. aus Krefeld verteilt Nazimaterial und verschickt mit Hakenkreuzen versehene Drohbriefe an örtliche Gewerkschafter und den Polizeipräsidenten.

1982
1982/83 werden Briefe an türkische Familien in Mönchengladbach und Krefeld geschickt mit der Aufforderungen, binnen eines Jahres das Land zu verlassen. Wörtlich heißt es unter anderem: *„Der TÜRKE ist eine Gefahr für Deutschland [...] Der Tag der Säuberung wird, falls im Frühling noch TÜRKEN da sind, der 4. August 1983 sein. Deutsche macht euch bereit! Jedem Kämpfer eine Waffe!"*

Februar 1982
Ein für seine nationalsozialistischen Äußerungen bekannter Krefelder Heinz Herbert B. funkt unter anderem „Heil Hitler" über den Amateurfunk. Ein halbes Jahr zuvor hatte er bereits ein 18-seitiges „Braunbuch" veröffentlicht, in dem er sich für eine Wiederkehr zum Großdeutschen Reich aussprach und von einer *„juden-freundlichen zyklischen Krise"* sprach.

03. November 1982
Die „Kampfgruppe Winter" lädt verschiedene Neonazi-Gruppen nach Krefeld zu einer Tagung ein. Die Polizei stürmt nachts den Veranstaltungsort (Heidekrug) und findet dort neben zehn Personen nationalsozialistische Literatur und SS-Fahnen.

1983
Der Spielplan zu einem von einem ehemaligen Verfassungsschutzmitarbeiter entworfenen Spiel *„Jude ärgere Dich nicht"* wird – wie in vielen europäischen Städten – auch in Krefeld an jüdische Familien verschickt. Im Spiel hat ausgehend von sechs bekannten KZs derjenige Spieler gewonnen, der zuerst seine sechs Figuren in der Gaskammer hat.

Januar 1983
Erstmals verteilt der spätere JN-Vorsitzende in Krefeld – Manfred Rouhs – seine Schülerzeitung „Komet" an verschiedenen Krefelder Schulen. Ein Jahr später klärt eine 36-seitige Broschüre der VVN/BdA Krefeld über den extrem rechten Hintergrund der Schülerzeitung auf.

29. Januar 1983
Mitglieder der Jungen Union Krefeld distanzieren sich vom JU-Krefeld Aktionsprogramm, das insbesondere durch den Vorstand rund um Stefan Kronster herausgegeben wurde. Sie kritisieren „faschistoide" Darstellungen von politischen Gegnern.

20. April 1983
Unbekannte legen anlässlich Hitlers Geburtstag ein Feuer vor einem türkischen Geschäft auf der Roßstraße.

06. Mai 1983
Zahlreiche Autos und türkische Geschäfte in der Roßstraße werden mit Hakenkreuzen beschmiert.

28. August 1984
Bei einer Flugblattverteilaktion am Stadion in Uerdingen der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" werden sieben Neonazis vorläufig festgenommen.

15. September 1984
Auf dem Theaterplatz findet eine Kundgebung der NPD statt. Ein Neonazi verletzt im Rahmen der Veranstaltung eine Gegendemonstrantin durch einen Tritt in die Magengegend.

28. Januar 1985
Krefelder Neonazis bedrohen Menschen mit Migrationshintergrund in Mönchengladbach mit Gaspistolen und Messern.

06. Februar 1985
Die Polizei greift drei Neonazis auf, die bewaffnet mit einer Schreckschusspistole, Böllern und Tränengas eine Filmaufführung über Neonazis im Programmkino Crystal stören wollten.

16. November 1985
Zwei bewaffnete Neonazis bedrohen einen Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei fällt ihnen ein Flugblatt aus der Tasche, auf dem zur Hetzjagd gegen Ausländer und politisch Linksorientierte aufgerufen wird.

02. März 1986
Mehrere Skinheads versuchen während einer Veranstaltung gewaltsam in die Juso-Teestube einzudringen.

05. April 1986
Der Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten" hält seinen Kongress in Krefeld mit 40 Teilnehmenden ab. Außerdem organisiert dieser eine unangemeldete Demonstration in der Innenstadt und bedroht Personen eines anwesenden SDAJ-Infostandes – unter anderem mit Tränengas.

April 1988
Unbekannte schmieren *„Penner raus – ins Gas – ins KZ"* an das Arbeitslosenzentrum in Krefeld.

1990 – 1999

30. Mai 1991
Vier AntifaschistInnen werden aus der Kneipe Juke-Box in der Dionysiusstraße grundlos von sechs bis acht Neonazis mit CS-Gas angegriffen. Ein Antifaschist erleidet dabei erhebliche Verletzungen im Gesicht. Die angeforderte Polizei findet nach ihrem Eintreffen keinen der Täter mehr vor.

Juni 1991
Vier Neonazis greifen einen stadtbekannten Musiker in der Nähe der Kneipe Juke-Box an und verletzen ihn.

Juni 1991
Eine Gruppe Jugendlicher wird von einer größeren Gruppe Neonazis vor der Disco Mephisto (St. Antonstr.) tätlich angegriffen. Bei einer folgenden Schlägerei gibt es mehrere Verletzte.

Juli 1991
Auf dem Spielplatz Dreikönigenstraße wird ein dreijähriges türkisches Mädchen mit einem Messer bedroht. Die eine Stunde später eintreffende Polizei kann keine Täter mehr aufgreifen.

Oktober 1991
Im Oktober und November gibt es sechs Angriffe auf das Containerlager für Geflüchtete in der Westparkstraße und am Großmarkt. Dabei schießen Neonazis mit einer Gas-Faustfeuerwaffe auf Geflüchtete und versuchen, einen Bewohner ins fahrende Auto zu zerren und verletzen ihn dabei schwer. Drei Wochen lang findet daher jede Nacht eine antifaschistische Mahnwache statt, um die andauernden Angriffe zu unterbinden.

03. Oktober 1991
Zwischen 4:00 und 5:00 Uhr morgens wird im Projektladen Querbeet in der Hubertusstraße mit mehreren Stein- und Mörtelbrocken die Schaufensterscheibe eingeschmissen. Zwei Tage später wird hier ein Aufkleber der NSDAP/AO mit der Aufschrift „Rotfront verrecke" angebracht.

5. Oktober 1991
Im Containerlager für Asylbewerberinnen und -bewerber an der Westparkstraße werden Scheiben eingeschlagen.

13. November 1991
Laut einem WZ-Artikel sollen Kriminelle aus dem Raum Duisburg eine Portugiesin aus Krefeld zum Egelsberg verschleppt, sie mit einem Messer bedroht, sexuell misshandelt und im Gesicht verletzt haben. Das Opfer wird dabei mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft.

Dezember 1991
Eine größere Gruppe Neonazis jagt nachts vier Jugendliche den Westwall entlang. Der Türsteher des Lokals „Westside" verweigert den Flüchtenden Schutz. Trotzdem gelingt ihnen die Flucht.

03. Oktober 1992
Etwa 30 Neonazis machen sich nach einem Fußballspiel in der Grotenburg auf den Weg zum Containerlager am Großmarkt. Die Polizei stoppt die Gruppe und findet Flaschen, die mit Schwarzpulver gefüllt sind.

09. November 1992
Zwei Neonazis fahren mit ihrem unbeleuchteten PKW quer über den Platz einer Mahnwache anlässlich der Reichspogromnacht. Die Polizei findet auf der Rückbank zwei Baseballschläger.

14. November 1992
In der Nacht werden zwei Jugendliche von vier/sechs Neonazis in einer Straßenbahn auf der Uerdinger Straße angegriffen und beraubt. Beide Angegriffenen werden durch Messerstiche verletzt.

15. November 1992
Das Türschloss des Eine-Welt-Ladens auf dem Westwall wird über Nacht mit Kleber unbrauchbar gemacht. In der darauffolgenden Nacht wird die Schaufensterscheibe mit neofaschis-

tischen Aufklebern der NSDAP/AO beschädigt. Die Aufkleber zeigen unter anderem ein Hakenkreuz und den Text *„NS-Verbot aufheben"*.

05. Juni 1993
Im Südbezirk brennt gegen 21:30 Uhr ein mit Anti-Nazi-Parolen beschriebenes Auto auf der Gladbacher Straße aus.

12. Juni 1993
Die „Republikaner" planen ein Treffen in der „Bauernstube". Aus Rücksicht auf die ausländischen Gäste und aus Angst vor Krawallen sagt die Wirtin die Veranstaltung ab.

Juli 1993
Unbekannte verwüsten den jüdischen Friedhof auf der Alten Gladbacher Straße. Insgesamt werden 56 Grabsteine umgestoßen, einige von ihnen zerbrechen.

1994
Gründung der Skinhead-Band „Barking Dogs".

Oktober 1994
Drei Krefelder Neonazis stoppen in der Nacht das Fahrzeug einer türkischen Familie auf der Reinartzstraße, geben sich als Zivilfahnder aus und forderten die Insassen auf, das Auto zu verlassen. Diese weigern sich, fahren weiter und verständigen die Polizei. Die Polizei kann die drei Personen (18, 24, 36 Jahre) aufgreifen und findet bei ihnen Gaspistolen, Elektroschocker, Gas-Schlagstöcke und Werkzeug wie Hammer, Zange und Seitenschneider. Im Fahrzeug der Neonazis sind außerdem Werbemittel der NPD und FAP vorhanden sowie abgerissene Plakate der MLPD.

1995
Mitglieder des „Krefelder Forums" stören eine Veranstaltung des „AK Antifaschismus Krefeld" zum Thema Geschichtsrevisionismus.

September 1995
Das „Krefelder Forum Freies Deutschland" verteilt ein volksverhetzendes Flugblatt. Der Verantwortliche Hans-Ulrich Höfs wird zu 9000 DM Geldstrafe verurteilt, ficht das Urteil allerdings mehrfach an und erwirkt nach sechs Jahren die Aufhebung der Gerichtsentscheidung.

26. März 1996
Der Nationaldemokratische Hochschulbund der NPD kündigt eine Veranstaltung mit dem ehemaligen SS-Mann Herbert Schweiger im „Hagschinkel" an. Schweiger wird kurz zuvor allerdings verhaftet, sodass die Veranstaltung nicht wie geplant stattfinden kann.

23. August 1996
Die teils international bekannten Rechtsrockbands „08/15", „Noie Werte", „Celtic Warrior" und „Brutal Attack" reisen zu einem Balladenabend in eine spärlich gefüllte Krefelder Kneipe.

1997
Erstmals wird das „Krefelder Forum Freies Deutschland" im Verfassungsschutz NRW erwähnt. Dem Bericht zufolge soll der Kreis aus 40 extrem rechten Personen bestehen – im Folgejahr stuft der Verfassungsschutz die Anzahl der Mitglieder auf 20 herunter.

1998
Mit dem Ruf *„Türken raus"* greift ein 29-jähriger Krefelder auf der Gladbacher Straße ein älteres türkisches Ehepaar an und bricht dem Mann dabei den Ringfinger. Im September 2000 muss er sich dafür vor Gericht verantworten.

27. Januar 1998
Rechte stören die Eröffnung der Auschwitz-Ausstellung der Villa Merländer im Moltke-Gymnasium. Der 75-jährige Rentner Ernst J. aus dem Umfeld des „Krefelder Forum Freies Deutschland" wird später für seine Äußerung, die Gaskammern in Dachau seien erst nach 1945 von Alliierten errichtet worden, verurteilt. Bei der Gerichtsverhandlung wird außerdem deutlich, dass im Krefelder Forum zuvor über die Taktik des Störens beratschlagt wurde.

13. März 1998
Ein 19-jähriger Krefelder Schüler wird zu einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte in einer Gruppe von 30 bis 40 Skinheads unter Hakenkreuz- und Reichskriegsflaggen Nazilieder gegrölt und den Hitlergruß gezeigt.

15. Mai 1998
Die rechten Bands „Troieschwur", „Rufmord" und „Barking Dogs" treten in Krefeld auf. Es kommen etwa 60 Skinheads zum Konzert.

19. Juni 1998
Unbekannte zünden in der Nacht das Transparent „Kein Mensch ist illegal" im Vorgarten des Pfarrheims in Krefeld-Oppum an. In der dortigen Pfarrgemeinde sind zu dieser Zeit Kurdinnen und Kurden im landesweiten Kirchenasyl.

September 1998
Der Krefelder Hans-Werner D. tritt ein Motorrad und einen Roller seiner ausländischen Nachbarn um und beschallt die Straße mit rechtsradikaler Musik. Der einschlägig Vorbestrafte wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

20. März 1999
Spät abends bedrohen und verfolgen 20 bis 30 Springerstiefel tragende Neonazis einen zufällig vorbeilaufenden Antifaschisten mit den Worten *„Zecke"* und *„Rotfront verrecke"*. Der Antifaschist kann entkommen.

26. März 1999
Um ca. 22:30 Uhr greifen am Krefelder Hauptbahnhof sechs Nazischläger zwei Antifaschisten an. Einem Punk wird dabei ein Messer durch die Brust bis in die Lunge gestochen. Zum Glück überlebt er.

2000 – 2009

03. April 2000
Der bei der Landtagswahl als „freier Kandidat" angetretene Krefelder Uwe Döhnert platzt in die Fraktionssitzung der Grünen und beschimpft die Pförtnerin als *„Scheiß Ausländer, Kanaken, Kümmel"*. Er wird später zu einer Gesamtgeldstrafe von 1875 DM verurteilt.

20. April 2000
Die rechte Musikgruppe „Sol Invictus" tritt (an Hitlers Geburtstag) in der Krefelder Kulturfabrik auf. Das „Nationale Infotelefon" der NPD ruft zum Besuch der Veranstaltung auf. Zu einer Gegendemo kommen etwa 90 AntifaschistInnen.

24. April 2000
Zwei Skinheads aus Krefeld und Willich stoßen einen 17-jährigen Menschen mit Migrationshintergrund in Mönchengladbach zu Boden und treten ihn mit Springerstiefeln.

02. August 2000
Die Scheiben der Bezirksverwaltungsstelle Krefeld-Mitte und des Stadttheaters werden mit ausländerfeindlichen Parolen beschmiert.

27. August 2000
Zwei Lieferwagen der Krefelder Tafel werden mit Hakenkreuzen und den Schriftzügen „DVU", „Sieg Heil" und „Kraftschlag" beschmiert.

14. April 2001
Auf der Straße „Hinter Schönhausen" in Krefeld-Bockum werden mehrere PKW beschädigt. Die Reifen werden zerstochen und in den Lack Hakenkreuze geritzt. Einen rechtsextremen Hintergrund vermag die Polizei nicht zu erkennen.

Februar 2002
Nachdem Flyer mit Informationen zum Neonazi Hans-Ulrich Höfs verteilt wurden, erhält ein Antifaschist einen Drohbrief mit einem Hakenkreuz und der Aufschrift *„Wir kommen bald"*.

15. März 2002
In der Villa Merländer stören Rechte einen Vortrag des Publizisten Johannes Klotz zur Wehrmachtsausstellung.

20. Mai 2003
Der jüdische Friedhof wird von Unbekannten verwüstet. Grabsteine werden umgekippt und ein Zaun eingerissen.

28. Juli 2003
Zwei Neonazis werfen etwa 1000 Flugblätter mit dem Titel *„Rudolf Hess – Märtyrer des Friedens"* auf den Hof der Montessori-Schule in Krefeld.

06. Mai 2005
In der Nähe des Gutenbergplatzes werden mindestens neun Fahrzeuge mit in Lack gekratzten Hakenkreuzen versehen. Im April kam es bereits zu zahlreichen beschädigten PKW durch Hakenkreuze und rechte Parolen.

07. November 2005
Eine Veranstaltung der Volkshochschule zum Thema „Moderne Nazis" wird von NPD-Anhängern und anderen Neonazis gestört.

Dezember 2005
An Krefelder Schulen wird die mit Rechtsrock versehene „Schulhof-CD" der NPD verteilt.

10. April 2006
Auf dem Südwall überfallen vier Männer einen 18-jährigen türkischen Krefelder und schlagen ihn vermutlich aus rassistischen Motiven zusammen.

13. Februar 2007
Die NPD organisiert den ersten Neonaziaufmarsch in Krefeld nach 1945. Unter dem Motto *„Ein Licht für Dresden"* wollen sie der *„Opfer des Alliierten-Bombardements auf Dresden 1945"* gedenken. Am Dienstagabend sind unter den etwa 150 Neonazis auch zahlreiche NPD-Kader und „Freie Nationalisten" von außerhalb nach Krefeld gereist. Ihnen stellen sich 3000 bis 5000 Gegendemonstrierende entgegen.

22. Februar 2007
Zwei Krefelder Neonazis, die zwei Wochen zuvor an einer NPD-Demo teilgenommen hatten, verprügeln einen schwarzen Studenten, der daraufhin ins Krankenhaus muss. Die öffentliche Empörung nutzt die NPD wiederum, um sich als Opfer zu inszenieren und eine eigene Demonstration *„gegen Inländerfeindlichkeit"* zu organisieren.

21. Juli 2007
Die Krefelder NPD mobilisiert insgesamt 209 Neonazis aus ganz NRW zu einer Demonstration, auf der sich etwa 100 Personen an einem „Schwarzen Block" versuchen. Es gibt zwei Gegendemos: Antifa: 250, bürgerlich: 1000.

06. Oktober 2007
30 Neonazis aus dem NPD-Umfeld demonstrieren auf der Blumenstraße vor dem DGB-Haus für die Einführung der „Todesstrafe für Kinderschänder".

10. Januar 2008
15 NPDler stören einen Informationsabend zu den Plänen der NPD, eine „Rheinland-Zentrale" auf der Lindenstraße zu errichten. Drei Tage später meldet die NPD eine eigene Kundgebung auf der Straße an. Es kommen etwa 30 Neonazis aus Krefeld, Düren und Geldern.

19. Juli 2008
Die Krefelder NPD meldet vier Mahnwachen in der Krefelder Innenstadt und eine Großveranstaltung mit 80 Personen auf dem Theaterplatz an. Es kommen allerdings lediglich 18 Teilnehmer, sodass nur zwei der vier Mahnwachen durchgeführt werden können. Die Kundgebung auf dem Theaterplatz wird nach 20 Minuten beendet.

20. November 2008
Etwa sechs bekannte NPD-Anhänger werden einer Veranstaltung in der Volkshochschule zum Thema „Erlebniswelt Rechtsextremismus" verwiesen. Zuvor hatten sie versucht, Flugblätter zu verteilen.

Januar 2009
Der NPDler Lars Spönlein hält auf einer NPD-Veranstaltung auf dem Neumarkt ein Banner mit der Aufschrift *„Juden raus"* hoch. In kleiner Schriftgröße ist darunter der Zusatz *„aus Palästina"* hinzugefügt. Spönlein wird deswegen zu einer Geldstrafe verurteilt.

16. Februar 2009
Auf dem Weg zu einer rechtsextremen Demonstration in Dresden attackieren fünfzehn Neonazis auf einem Rastplatz bei Chemnitz sieben Gewerkschafter, die auf ihrem Weg zur Gegendemo sind. Vier Personen erleiden Prellungen, Platz-, Schnitt- und Schürfwunden. Die 15 Neonazis stammen aus Moers, Duisburg und Krefeld.

10. Juni 2009
Es findet eine Auseinandersetzung zwischen antirassistischen Ultras des KFC Uerdingen und Mitgliedern der neonazistischen „Aktionsgruppe Krefeld/Duisburg" statt. Auf ihrem Blog outet die AG KR/DU im Anschluss vermeintliche Beteiligte der Auseinandersetzung. Wenig später wird eine davon auf ihrem Weg zur Arbeit von zwei Mitgliedern der AG KR/DU körperlich angegriffen.

28. Oktober 2009
Bei einer Durchsuchungsaktion gegen Mitglieder der „Weisse Wölfe Terrorcrew" wird auch eine Wohnung in Krefeld durchsucht.

2010 – 2019

12. Februar 2011
Anlässlich des Mordes am 10-jährigen Mirco aus Grefrath findet eine Demonstration *„für gerechte Strafen bei Delikten an Kindern"* statt. Der NPD-Politiker Philippe Bodewig mischt sich gemeinsam mit rund 30 Neonazis unter die Demo und skandiert ausgerüstet mit einem Megafon die Parole *„Todesstrafe für Kinderschänder"*.

09. Juli 2011
54 NPD- und JN-Mitglieder aus ganz NRW reisen zu einer Kundgebung auf dem Neumarkt an. Gefordert wird die „Todesstrafe für Kinderschänder".

November 2011
Die Krefelder NPD verteilt – als Weihnachtsmänner – Süßigkeiten und NPD-Werbemittel auf dem Weihnachtsmarkt.

Mai 2012
Im Mai und September wird eine Bombenattrappe vor der jüdischen Synagoge platziert.

04. Mai 2012
Pro NRW veranstaltet auf ihrer „Moschee-Tour" durch Mönchengladbach und Krefeld eine Kundgebung auf der Dießemer Straße. Über 100 Personen blockieren die Zugänge und verzögern den Start um etwa eine Stunde.

20. Oktober 2012
Die NPD hält eine Kundgebung auf der Neusser Straße in der Innenstadt ab. Es gibt einen kleinen Gegenprotest.

22. Oktober 2012
Nachdem vermehrt rassistische Parolen auf das Gebäude der „Islamischen Denkfabrik" auf der Gladbacher Straße geschmiert wurden, wird nun die Fensterscheibe mit einer Mülltonne eingeworfen.

21. März 2013
Pro NRW meldet eine Kundgebung vor der Geflüchtetenunterkunft am Siemesdyk an.

November 2014
Kurz bevor die Krefelder NPD in die Belanglosigkeit versinkt, finden vermehrt kleinere Aktionen (z. B. Flyer verteilen) und Kundgebungen mit bis zu 20 Teilnehmern statt.

28. April 2015
Auf ihrer „Flaggschiff"-Tour durch NRW hält die NPD mit 14 Personen am Krefelder Hauptbahnhof. Die Kundgebung dauert eine Stunde. Zwischendurch demonstrieren etwa 60 Personen gegen die NPD.

11. August 2015
Die „Identitäre Aktion Niederrhein" hält in der Krefelder Innenstadt eine Mahnwache ab und verteilt Flugblätter gegen eine Islamisierung. Später werden ausländerfeindliche Sprüche mittels Sprühkreide vor einer Geflüchtetenunterkunft angebracht.

September 2015
Auf dem Elfrather See war das Musikfestival „Greengos" geplant, bei dem unter anderem die verschwörungsideologische Band „Die Bandbreite" auftreten sollte. Dank antifaschistischem Protest wird die Planung des Festivals vorzeitig eingestellt.

30. Januar 2016
Wie in vielen deutschen Städten formiert sich über Facebook auch in Krefeld eine Art „Bürgerwehr". Der erste „Spaziergang" floppt allerdings und markiert bereits den Endpunkt der „Bürgerwehr".

05. September 2016
Auf dem Rückweg von einer PegidaNRW-Demo in Duisburg werden AntifaschistInnen im Zug Richtung Krefeld von zwei Teilnehmern der Pegida-Demo bedroht. Am Krefelder HBF kommt es zu einer körperlichen Auseinandersetzung.

28. September 2016
Die Krefelder AfD veranstaltet einen Vortrag mit Guido Reil, versucht den Veranstaltungsort allerdings geheimzuhalten. Das klappt nicht ganz, sodass 30 AntifaschistInnen die AfD am Veranstaltungsort – das Hexagon im Seidenweberhaus – überraschen können. Bei einer anschließenden Spontandemo durch die Innenstadt zeigt ein Passant den Hitlergruß und ruft „Sieg Heil".

19. März 2017
Wenige Tage vor dem AfD-Parteitag in Köln veranstaltet die AfD eine Großveranstaltung im „Piligrim" in Oppum, unter anderem mit Beatrix von Storch und Guido Reil. Aufgrund der starken Polizeipräsenz inkl. Hubschrauber können die 80 Parteimitglieder weitestgehend ungestört ihre Veranstaltung durchziehen. Etwa 100 bis 150 Gegendemonstrierende zeigen ihre Ablehnung.

28. März 2017
In Krefeld und im Kreis Viersen werden mehrere Wohnungen von sogenannten „Reichsbürgern" durchsucht. In Krefeld beschlagnahmt die Polizei elf Waffen und 13.000 Patronen.

15. Juli 2017
Vor dem Kiosk Lindenstraße Ecke Tannenstraße hält sich eine Gruppe betrunkener Personen auf. Als eine schwarze Jugendliche an ihnen vorbeigeht, wird sie lautstark als „N*****lein" betitelt. Eingreifende Passanten werden bedroht und körperlich angegangen. Wenige Wochen später kommt es zu einem Konflikt mit dieser Personengruppe, in dessen Folge eine Person anwesende AntifaschistInnen mit einem Baseballschläger bedroht.

27. August 2017
Nach dem „Fest ohne Grenzen" werden zwei ehemalige Besucher hinter dem Hauptbahnhof von zwei Personen in rechter Szenekleidung bedroht. Dabei wird unter anderem der Hitlergruß gezeigt und es fallen Aussagen wie *„Krefeld bleibt braun"*.

05. September 2017
Aus rassistischen Gründen schlägt eine männliche Person einem Geflüchteten eine Bierflasche auf den Kopf und flüchtet Richtung Ostwall. Die angegriffene Person wird mit dem Rettungswagen abgeholt. Kurze Zeit später kommt es zu rassistischen Beleidigungen in der Innenstadt durch zwei Personen. Ein Zusammenhang ist wahrscheinlich.

16. Februar 2018
Vermutlich in der Nacht auf den 17. Februar tauchen auf Hausfassaden in der Innenstadt mehrere dutzend Graffitis mit nationalsozialistischen Symbolen auf: Hakenkreuze, SS-Runen und Keltenkreuze. Zu finden sind diese vorwiegend auf der Roßstraße und dem Alten Deutschen Ring, vereinzelt auch auf der Tannenstraße, der Markstraße und der Wiedenhofstraße.

21. April 2018
Eine Gruppe aus fünf Neonazis sprüht am Voltaplatz rechte Graffitis – unter anderem eine Reichsfahne. Später bedrohen sie als links ausgemachte Jugendliche mit einer Holzlatte.

11. August 2018
Im August sind Mitglieder der Krefelder NPD mehrmals ausgestattet mit „Schutzzone"-Shirts in der Innenstadt unterwegs und wollen laut eigenen Angaben für Recht und Ordnung sorgen.

03. September 2018
In der Sollbrüggenstraße wird ein Auto mit Anti-AfD-Aufklebern angezündet. Ein politisches Motiv liegt nahe. Der Tatort liegt nur einige hundert Meter von den kurz zuvor gesprühten Nazi-Graffitis entfernt.

16. September 2018
In der Nacht werden Nazi-Symbole auf eine jüdische Gedenktafel des „Haus Schönhausen" (Schönhausenpark – Bockum) gesprüht. Ein paar Tage später tauchen auch auf der Kaiserstraße (ebenfalls Bockum) Hakenkreuze und rechtsradikale Schriftzüge auf.

01. November 2018
Am Donnerstag Abend bedroht ein 36-jähriger Krefelder als ausländisch ausgemachte Personen in der Straßenbahn 043. Er ruft dabei Parolen wie „Ausländer raus" oder „Heil Hitler", zeigt mehrfach den Hitlergruß und schwingt dabei einen Baseballschläger.

24. Januar 2019
Zum Neujahrsempfang der Krefelder AfD sind Jörg Meuthen und Harald Weyel geladen. Ca. 40 bis 50 Gegendemonstrierende finden sich zu einer angemeldeten Kundgebung nahe dem Versammlungsort ein.

11. September 2019
Geplant ist eine Veranstaltung der AfD NRW mit dem ehemaligen Neonazi Andreas Kalbitz im „Picnic Le Club". Nach der Ankündigung von Gegenprotest – und mutmaßlich interner Konflikte – wird die Veranstaltung kurzfristig abgesagt.

2020 – 2023

17. Februar 2020
Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen wird von der Werteunion Niederrhein zu einem Vortrag ins Haus Kleinlosen eingeladen. 70 Antifaschistinnen und Antifaschisten protestieren dagegen.

17. Februar 2020
Bei einem Bürgerdialog der Krefelder AfD im Seidenweberhaus liegt ein rassistisches Ausmalbuch aus, das bundesweit für Empörung sorgt. Die AfD entschuldigt sich nach langem Hin- und Her für einen Teil der Abbildungen.

16. März 2020
In der Nacht werden die Büros der Krefelder Grünen und der Krefelder Linken mit großen „SED"-Schriftzügen besprüht.

03. August 2020
Etwa 60 Gegner der Corona-Maßnahmen demonstrieren zum wiederholten Male auf dem Krefelder Theaterplatz. Eine Gegendemo mit bis zu 200 Personen aus dem antifaschistischen und bürgerlichen Spektrum demonstriert gegen die teils antisemitischen Äußerungen der „Corona-Rebellen" sowie die Akzeptanz von rechtsradikalen Personen in deren Reihen.

14. September 2020
In der Nacht nach den Kommunalwahlen sprühen Unbekannte insgesamt 17 Hakenkreuze an Fassaden, Haustüren, Fahrzeuge, Wahlplakate und Garagentore. Die Graffitis befinden sich rund um den Bockumer Platz.

15. September 2020
Nachdem die „Corona-Rebellen", die unter dem Label „Querdenken 215" firmiert sind, über mehrere Monate stationäre Kundgebungen auf dem Rathausplatz und Theaterplatz abgehalten haben, führen sie erstmals einen Demozug durch die Krefelder Innenstadt durch. Insgesamt 80 Personen beteiligen sich daran. Gegenprotest gibt es von einer 30-40-köpfigen Gruppe.

30. September 2020
In der Nacht zünden bisher Unbekannte zwei Autos im Krefelder Stadtteil Bockum (Buschstraße) an. Der auf einem Auto angebrachte Aufkleber der Seebrücke Krefeld und der antifaschistische Background der BesitzerInnen lassen auf ein flüchtlingsfeindliches bzw. extrem rechtes Motiv schließen. Der Brandanschlag ereignet sich nur wenige hundert Meter von einem zwei Jahre zurückliegenden Brandanschlag entfernt.

15. März 2021
10-15 Personen aus dem Hooligan-Umfeld des KFC Uerdingen versuchen, am Rande der Krefelder Querdenken-Demonstration am Hauptbahnhof anwesende AntifaschistInnen (ebenfalls 10-15) anzugreifen. Bei einem ersten Aufeinandertreffen fehlt den rechtsoffenen Hooligans die letzte Motivation, bei einem zweiten Aufeinandertreffen mit drei Antifaschisten können diese sich in Sicherheit bringen. Begleitet wird das Auftreten der Hooligans durch „Anti-Antifa"-Rufe und weitere Pöbeleien.

14. April 2021
Auf dem jüdischen Friedhof an der Alten Gladbacher Straße werden zwei Grabsteine umgestoßen. Beide sind dabei zerbrochen. Bereits wenige Tage zuvor hatten Mitarbeiter des Friedhofs einen Teil des Maschendrahtzauns des Friedhofs beschädigt vorgefunden.

21. April 2022
Eine kurdische Solidaritätskundgebung auf dem Neumarkt wird mehrfach von organisierten türkischen Faschisten angegriffen. Am Rande kesselt die Polizei 20-30 mutmaßliche graue Wölfe ein. Mindestens eine Person auf linker Seite wird in Gewahrsam genommen.

07. Mai 2022
Die AfD NRW veranstaltet ihren Wahlkampfabschluss eine Woche vor den Landtagswahlen vor dem Krefelder Rathaus. Als Redner tritt unter anderem der Bundesvorsitzende Tino Chrupalla, zugleich Chef der AfD-Bundestagsfraktion, auf. Etwa 70 AfD-Anhänger reisen an. An einer Gegendemonstration beteiligen sich etwa 140 Personen, die den geplanten Ablauf lautstark stören.

13. Januar 2023
Die Krefelder AfD hält eine Kundgebung auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs ab. Ein geplanter Demozug durch die Stadt findet nicht statt. Den etwa 60 AfDlern stellen sich 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten ohne offizielle Anmeldung einer Gegenveranstaltung entgegen. Nach der Kundgebung greifen AfD-Ordner einen Antifaschisten tätlich an.

immer aktuell: kronik.noblogs.org

verwendete literatur u. a.

Antifa-Kommission des Kommunistischen Bundes: Wie kriminell ist die NPD? Hamburg: buntbuch 1980.

Antifaschistische Aktion Göttingen: Nazi-Zentrale Burgstraße. Göttingen 1988.

Ausschuss für deutsche Einheit: Gestapo- und SS Führer kommandieren die westdeutsche Polizei. Eine Dokumentation. 1961.

Backes, Uwe / Eckhard, Jesse: Totalitarismus Extremismus Terrorismus. Opladen: Leske Verlag 1984.

Baumgarte, August: Das wahre Gesicht der Waffen-SS. Hannover 1963.

Benz, Wolfgang: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen. Frankfurt: Fischer Verlag 1989.

Berendsen, Eva u. a.: Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts. Berlin: Verbrecher Verlag 2019.

Binkowski, Rafael / Wiegrefe, Klaus: Brauner Bluff. In: Der Spiegel 42/2011.

Brüdigam, Heinz: Der Schoß ist fruchtbar noch. Neonazistische, militaristische, nationalistische Literatur und Publizistik in der Bundesrepublik. Frankfurt: Röderberg 1964.

Doerfer, Achim: „Irgendjemand musste die Täter ja bestrafen". Die Rache der Juden, das Versagen der deutschen Justiz nach 1945 und das Märchen deutsch-jüdischer Vesöhnung. Köln: KiWi 2021.

Feinendegen, Reinhard / Vogt, Hans: Krefeld. Die Geschichte der Stadt Band 5. Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Gegenwart. 2010.

Flühmann, Claudia: „... doch nicht bei uns in Krefeld!" Arisierung, Enteignung, Wiedergutmachung in der Samt- und Seidenstadt 1933 bis 1963. Essen: Klartext 2015.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München: C. H. Beck 1996.

Giordano, Ralph: Die zweite Schuld. Von der Last, Deutscher zu sein. Köln: KiWi 2020.

Gutmann, Wolfgang: Vier Jahre unter Rechtsradikalen. In: die tat, 29. Juni 1979.

Jäger, Siegfried (Hg.): Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten. Berlin: J.H.W. Dietz 1988.

Johnson, Eric A.: Nazi Terror. The Gestapo, Jews, and Ordinary Germans. New York: Basic Books 2000.

Kromschröder, Gerhard: Ansichten von innen. Als Nazi, Rocker, Ladendieb und strammer Katholik unterwegs. Frankfurt: Eichborn Verlag 1982.

Kromschröder, Gerhard: Ich war einer von ihnen. Unterwegs als Ladendieb und Neonazi, Asylant und Rocker sowie in anderen Rollen. Frankfurt: Eichborn Verlag 1987.

Launer, E. / Pohl, E. / Stengel, E.: Rechtsum zum Abitur, oder: Wie braun dürfen Lehrer sein? Göttingen: Steidl Verlag 1979.

Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1971. Marburg: Tectum-Verlag 2012.

Lersch, Paul: Die verkannte Gefahr. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Hamburg: Rowohlt Verlag 1981.

Mecklenburg, Jens: Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Berlin: Elefanten Press Verlag 1996.

Neumann, Nikolaus / Maes, Jochen: Der geplante Putsch. Die Rechte in der BRD – Ihre Hintermänner und ihre Organisationen. Hamburg: konkret Buchverlag 1971.

PDI: Die Volkssozialistische Bewegung Deutschlands. Sammelbecken militanter Rechtsradikaler. München 1981.

Pomorin, J. / Junge, R.: Vorwärts, wir marschieren zurück. Die Neonazis Teil II. Dortmund: Weltkreis-Verlag 1979.

Redaktionskollektiv Broschüre: Neonazis in Südniedersachsen. Göttingen 2008.

Reichel, Peter u. a.: Der Nationalsozialismus. Die zweite Geschichte. München: C. H. Beck 2009.

Sander, Ulrich: Von Arisierung bis Zwangsarbeit. Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945. Köln: PapyRossa 2012.

Schneider, Rudolf: Die SS ist ihr Vorbild. Neonazistische Kampfgruppen und Aktionskreise in der Bundesrepublik. Frankfurt: Röderberg 1981.

Spelt, Andreas: Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus. bpb 2021.

Sternhell, Zeev: Faschistische Ideologie. Eine Einführung. Berlin: Verbrecher Verlag 2019.

Stöss, Richard: Parteien Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1980, Band 1 – 4. Opladen: Westdeutscher Verlag 1986.

Taler, Conrad: Der braune Faden. Zur verdrängten Geschichte der Bundesrepublik. Köln: PapyRossa 2005.

Villa Merländer e. V.: Krefeld und der Nationalsozialismus. Ausstellungskatalog der NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld und der Villa Merländer. München: August Dreesbach Verlag 2020.

Wilke, Karsten: Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG) 1950 – 1990. Paderborn: Schöningh-Verlag 2011.

mensindex

ɔort, Manfred: **72**
osef Künkels: **26**
seyin: **109**

ent: **111**
mone: **99**
ın, Fritz: **12**
Helmut: **13**
Yüksel: **108**
n, Walter: **55**
, Wilhelm: **26**
, Sarah: **74, 75**
Frank: **56**
Philippe: **70, 73,**

Peter: **21**
Ruth: **93, 118, 125**
Gerhard: **12**
71, 72
s, Jan: **55, 56, 57**
edhelm: **31, 36**

hmet: **110**
ainer: **39, 42**
inz: **26**
eiko: **84**
kan: **110, 112**

22
stafa: **111**

74
einz: **20**
artin: **26**

vin: **117, 118, 123**
a: **74**
n, P.: **41**
evin: **73**
Willy: **21**
r: **112**
osef: **93**
g, Bruno: **12**

H
Hagens, Heinz: **45**
Halmanns, Matthias: **60, 72, 73**
Händelkes, Melanie: **72, 73, 74**
Händelkes, Rainer: **59, 74, 75**
Harmel, Heinrich Heinz Arthur: **19**
Hauser, Hansheinz: **55**
Heitz, Detlev: **62, 63**
Henning, Christian: **45**
Heuyng, Alois: **11**
Höffkes, Karl: **62**
Höfs, Hans-Ulrich: **55, 56, 57, 58, 59, 69, 70, 72**
Höhne-Pattberg, Hans-Michael: **85, 110**
Hörnemann, Hermann: **12**

I
Işık, Talha: **109**
Ixkes, Jakob: **57**

J
Janssen, Michael: **70, 72**
J., Ernst: **60**
J., Jason: **117**
Just, Wolfgang: **68**

K
Kamper, Thomas: **43**
K., Andreas: **77**
Kantelberg, Wolfgang: **29, 30, 31, 34, 36, 43**
Karschny, Lothar: **96**
Kaulertz, Heiner: **55**
Kelle, Birgit: **80**
Kelle, Klaus: **80, 86**
Keskin, Ercan: **109**
Keßlau, Hans-Georg: **20**
K., Jessica: **74**
Kleinewefers, Paul: **13**
Kosma, Lars: **119**
Krebber, Guido: **103**
K., Roman: **77**
Kruss, Jakob: **12**

L
Lachenicht, Volker: **26, 27, 28, 30, 119**
Libisch, Alfons: **34**
Lindenhahn, Bernd: **29, 33, 41, 42, 43**

M
M., Andreas: **97, 98**
Marzinowski, Stefan: **119**
Mayer-Steudte, Thomas: **94, 95**
M., Danny: **77**
Meier, Thomas: **56**
Metzing, Linda: **84**
Müller, Hanns: **16**

N
Neubauer, Harald: **57**
Neuhaus-Lobberich, Uwe: **26**
Niese, Hans: **13**

O
Orzechowski, Peter: **57**
Oskierski, Wilhelm: **13**
Özkurt, Halide: **108, 111**
Öztürk, Ibrahim: **109, 110**

P
Pieper, Michael: **102, 114, 115, 121, 124**

Q
Qualmann, Uwe: **57**

R
Rahmsdorf, Markus: **117**
Richter, Horst: **11**
Rönn, André: **98, 119**
Rouhs, Manfred: **29, 36, 45, 47, 54, 57, 84**

S
Sadlowski, Günter: **34**
Sahin, Musa: **110, 112**
Schiller, Bernd: **69**
Schröder, Burkhard: **98**
Schulenburg, Richard: **11**
Schuster, Friedrich „Fritz": **20**
S., Guido: **69**
Silkens, Peter: **20**
Şimşek, Hakan: **110**
Spönlein, Lars: **60, 61, 69, 70, 71, 72**
S., Sandy: **70**
Stammes, Günter: **47**

T
Tegethoff, Werner: **93, 98, 99**
ter Meer, Fritz: **13**
T., Kris: **122, 123**

U
Udtke, Horst: **26, 28**
Ünal, Salih Tufan: **106, 110**
Uzbay, Mecit: **124**

V
van Offern, Günther: **26**
Vincentz, Martin: **94, 98, 101, 104**

W
Wagener, Gerald: **39, 82, 85, 86, 87, 88, 90, 93**
Walter, Eugen: **104**
Wenden, Bastian: **90**
Wilke, Holger: **69**
Winter, Harald: **38, 42**
Wolff, Ingo: **65**
Wübbeling, Frank: **98, 119**
Wünnenberg, Alfred: **11**

Y
Yakut, Hatice: **111**
Yazici, Muharrem: **107**

(extrem)

rechte strukturen in krefeld

1945 — 2023